



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 10/2013–2014

Inhalt	Seite
10. Anschlussgesetzgebung Gebietsreform.....	757

Inhaltsverzeichnis

10.	Anschlussgesetzgebung Gebietsreform	
I.	Das Wichtigste in Kürze	758
II.	Ausgangslage	758
	1. Entwicklung der staatlichen Strukturen in Graubünden.....	758
	2. Strategische Weichenstellungen des Grossen Rates.....	768
	3. Teilrevision Kantonsverfassung vom 13. Juni 2012	770
	4. Übergeordnete Ziele und Leitsätze des Grossen Rates für die Jahre 2013–2016.....	770
	5. Regierungsprogramm 2013–2016.....	771
	6. Initiative «Starke Gemeinden – starker Kanton»	771
	7. Hinweis zu Wahlsprengel bzw. Wahlreform.....	772
III.	Gründe für die Reform	772
IV.	Werdegang der Vorlagen	773
	1. Vorgehen	773
	2. Vernehmlassungsverfahren Mantelgesetz und Teilrevision GG	773
	2.1 Verfahren	773
	2.2 Allgemeine Beurteilung der Vorlage	774
	2.3 Stellungnahmen zu einzelnen Fragen	775
	3. Vernehmlassungsverfahren Teilrevision Notariatsgesetz	782
	4. Vernehmlassungsverfahren EGzSchKG	784
	5. Vernehmlassungsverfahren Teilrevision Gesetz über das Lotteriewesen	785
V.	Eckpunkte der Anschlussgesetzgebung	786
	1. Einteilung der Regionen	786
	2. Organisation der Regionen.....	788
	3. Regionale Aufgaben.....	790
	4. Aufgabenübertragung und Rücknahme von Aufgaben.....	792
	5. Regionen und Regionalgerichte.....	794
VI.	Ausgestaltung der Vorlage	795
	1. Formelle Ausgestaltung der Vorlage	795
	2. Anpassung der Gesetzgebung.....	795

VII. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen	796
1. Anpassung der Gesetzgebung.....	796
2. Bestimmungen des Mantelgesetzes	796
3. Totalrevision Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Bezirke und Kreise (BR 110.200)	797
4. Teilrevision Gemeindegesetz (BR 175.050)	801
5. Weitere Teilrevisionen von Gesetzen	817
5.1 Teilrevision Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (BR 150.100)	817
5.2 Teilrevision Gesetz über die Staatshaftung (BR 170.050)	820
5.3 Teilrevision Gesetz über den Grossen Rat (BR 170.100)	820
5.4 Teilrevision Regierungs- und Verwaltungsorganisations- gesetz (BR 170.300)	821
5.5 Teilrevision Kantonales Datenschutzgesetz (BR 171.100)	821
5.6 Teilrevision Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (BR 210.100)	821
5.7 Teilrevision Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht (BR 210.200)	822
5.8 Teilrevision Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (BR 350.100)	822
5.9 Teilrevision Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (BR 370.100)	822
5.10 Teilrevision Gesetz über die Unterstützung der Fort- bildung Jugendlicher und Erwachsener im Kanton Graubünden (BR 433.100)	823
5.11 Teilrevision Gesetz über Ausbildungsbeiträge (BR 450.200)	823
5.12 Teilrevision Sprachengesetz des Kantons Graubünden (BR 492.100)	823
5.13 Teilrevision Gesetz über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (BR 500.000)	824
5.14 Teilrevision Gesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Krankheiten (BR 500.400)	824
5.15 Teilrevision Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (BR 710.100)	824
5.16 Teilrevision Steuergesetz für den Kanton Graubünden (BR 720.000)	824

5.17	Teilrevision Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuern (BR 720.200)	825
5.18	Teilrevision Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden (BR 801.100).....	825
6.	Inkrafttreten.....	827
7.	Weitere Teilrevisionen von Gesetzen und Erlass von neuem Recht.....	827
7.1	Teilrevision Notariatsgesetz (BR 210.300)	827
7.2	Erlass eines Einführungsgesetzes zum SchKG (EGzSchKG; BR 220.000).....	829
7.3	Teilrevision Gesetz über das Lotteriewesen (BR 935.450).....	835
8.	Teilrevisionen von zwei grossrätlichen Verordnungen	836
8.1	Teilrevision Geschäftsordnung des Grossen Rates (BR 170.140)	836
8.2	Teilrevision Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) vom 18. Dezember 1970 und zu den dazu erlassenen eidgenössischen Verordnungen (BR 500.200)	836
9.	Aufhebung einer grossrätlichen Verordnung	837
VIII.	Inkrafttreten	838
IX.	Finanzielle und personelle Auswirkungen	839
1.	Auswirkungen beim Kanton	839
2.	Auswirkungen bei den Gemeinden	840
3.	Auswirkungen bei den Bezirken	840
4.	Auswirkungen bei den Regionalverbänden	841
5.	Auswirkungen bei den Kreisen	841
X.	Gute Gesetzgebung	842
XI.	Anträge	842

Anhang

Entwürfe Rechtserlasse

- Mantelgesetz über die Gebietsreform
- Anhang I (Totalrevision Einteilungsgesetz)

- Anhang II (Teilrevision Gemeindegesetz; GG)
- Notariatsgesetz
- EGzSchKG
- Gesetz über das Lotteriewesen
- Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)
- GVV zum Epidemiengesetz
- Aufhebung der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs
- Romanische Übersetzung der Erlasstexte
- Italienische Übersetzung der Erlasstexte

Geltendes Recht

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

10.

Anschlussgesetzgebung Gebietsreform

Chur, den 14. Januar 2014

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft und den Entwurf für die Anschlussgesetzgebung Gebietsreform. Die Anschlussgesetzgebung konkretisiert die Teilrevision der Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) vom 13. Juni 2012, mit welcher die sogenannte mittlere Ebene im Grundsatz beschlossen und die wichtigsten Regelungen übergangsrechtlicher Natur statuiert worden sind. Die Vorlage umfasst eine Totalrevision des Einteilungsgesetzes (BR 110.200) sowie Teilrevisionen von 19 Gesetzen im Rahmen eines Mantelgesetzes, eine Teilrevision des Notariatsgesetzes (BR 210.300), den Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG; BR 220.000), eine Teilrevision des Gesetzes über das Lotteriewesen (BR 935.450), eine Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO; BR 170.140), eine Teilrevision der grossrätlichen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (BR 500.200) sowie die Aufhebung der grossrätlichen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GVV zum SchKG; BR 220.100).

I. Das Wichtigste in Kürze

Mit der Teilrevision der Kantonsverfassung (Botschaft [B] 2011–2012, S. 1963 ff.) wurden die strategischen Absichten des Grossen Rates in Bezug auf die mittlere Ebene (Regionalverbände, Bezirke, Kreise) in den Kernpunkten umgesetzt. Die Teilrevision, welche der Grosse Rat am 13. Juni 2012 beschloss und vom Bündner Stimmvolk am 23. September 2012 deutlich gutgeheissen wurde, beinhaltet im Wesentlichen die folgenden Änderungen und Anpassungen:

- Territoriale Zusammenführung der 14 Regionalverbände und 11 Bezirke zu 11 in der KV verankerten Regionen;
- Regionen dienen der Erfüllung administrativer und justiznaher Aufgaben der Gemeinden und des Kantons;
- terminologische Anpassung von Bezirks- zu Regionalgericht;
- Regionalgerichte werden als untere kantonale Gerichte verfassungsmässig statuiert;
- Kreise werden als Körperschaften des öffentlichen Rechts aufgehoben, dienen jedoch weiterhin als Wahlsprengel für die Bestellung des Grossen Rats.

Die vorliegende Anschlussgesetzgebung beinhaltet die Zuteilung der Gemeinden zu den 11 Regionen, die organisatorische Ausgestaltung der Regionen sowie zahlreiche formelle Anpassungen, welche dem (gestaffelten) Wegfall der Kreise und Regionalverbände Rechnung tragen. Materielle Anpassungen als Folge der Gebietsreform finden zwar Eingang in diese Botschaft, werden aber als gesonderte Vorlagen behandelt. Die Umsetzung der Gebietsreform in Bezug auf die Bezirke/Bezirksgerichte wird zur Hauptsache im Rahmen einer Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG; BR 173.000) ausserhalb dieser Vorlage erfolgen. Dafür besteht ein grösserer zeitlicher Spielraum, da die Bezirksgerichte in der heutigen Zusammensetzung und für den gegenwärtigen Gerichtssprengel bis Ende 2016 zuständig bleiben (vgl. Art. 108 Abs. 2 nKV).

II. Ausgangslage

1. Entwicklung der staatlichen Strukturen in Graubünden

Zum Zeitpunkt des Entstehens des Schweizerischen Bundesstaates im Jahre 1848 gab es im Kanton Graubünden 48 Gerichtsgemeinden. Dorfschaften innerhalb dieser Gerichtsgemeinden nannte man Nachbarschaften. Die Bundesverfassung von 1848 verpflichtete die Kantone, demokratische

Strukturen aufzubauen. Damit wurden direkt-demokratische Mitentscheidungsrechte geschaffen, welche das Stimmvolk als souverän bezeichnete. Als Folge davon trat am 1. April 1851 das «Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Bezirke und Kreise» (Einteilungsgesetz) in Kraft, welches 39 Kreise und 14 Bezirke für die Erfüllung politischer, gerichtlicher und administrativer Aufgaben schuf. Die hierfür vorgesehen gewesene Verfassungsgrundlage vom Jahre 1850, welche die Neueinteilung des Kantons in Bezirke, Kreise und Gemeinden vorgesehen hatte, wurde verworfen, was an der Inkraftsetzung des Einteilungsgesetzes nichts änderte. Die Kantonsverfassung von 1854 (durch welche Graubünden ein Einheitsstaat wurde) klärte dann die verworrene Rechtslage, indem Art. 3 vorsah: «Der Kanton zerfällt in politischer, gerichtlicher und administrativer Beziehung in Bezirke, Kreise und Gemeinden. Das Nähere hierüber bestimmt das Gesetz». Damit erhielt das Einteilungsgesetz nachträglich die geforderte verfassungsmässige Grundlage. Die darin zur Umschreibung der jeweiligen geografischen Abgrenzung erwähnten Nachbarschaften wurden – nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Niederlassung von Schweizer Bürgern im Jahre 1874, worin die politischen Gemeinden an die Stelle der Bürgergemeinden traten – mehrheitlich zu politischen Gemeinden. Damit waren neu nicht nur die Gemeindebürger, sondern auch die niedergelassenen Schweizer stimmberechtigt. Zur näheren Umschreibung des Kreisgebietes zählte das Einteilungsgesetz vom Jahre 1851 235 Gemeinden auf.

Heute (2014) erfüllen in Graubünden nebst dem Kanton 146 Gemeinden, 92 Bürgergemeinden, 39 Kreise, 11 Bezirke, 14 Regionalverbände und rund 400 Formen der interkommunalen Zusammenarbeit die öffentlichen Aufgaben.

Nachstehend soll überblicksmässig die Entwicklung der Strukturen auf der mittleren Ebene aufgezeigt werden.

Kreise

Dem Einteilungsgesetz kam für die Kreiseinteilung konstitutive Bedeutung zu. Bei der Kreiseinteilung hatte man Rücksicht auf die historischen Gegebenheiten genommen, deckten bzw. decken sich die Kreisgrenzen im Wesentlichen doch mit denjenigen der früheren Gerichtsgemeinden, womit die Kreise an deren Stelle traten. Sie erhielten zwar die Stellung von Selbstverwaltungskörpern, aber die ihnen vom Kanton überlassenen Aufgaben waren nur von geringfügiger Natur. Die Kompetenzen der bisherigen Gerichtsgemeinden gingen nur zum kleinsten Teil auf die neu geschaffenen Kreise über. Hauptsächlich wurden sie von den oft viel zu kleinen Nachbarschaften übernommen, welche zu den eigentlichen politischen Gemeinden wurden. Auf weitere Vorschläge in den 1860er Jahren betreffend die Neueinteilung des Kantons in Bezirke und Kreise wurde entweder nicht eingetreten oder der Verfassungsentwurf wurde vom Volk abgelehnt (1869).

Seit der grundlegenden Gebiets- und Strukturreform im Jahr 1851 blieb die Einteilung in 39 Kreise beinahe unverändert. Lediglich durch einzelne Gemeindezusammenschlüsse veränderten sich die Kreisgrenzen:

- Wiesen gehörte vor dem Zusammenschluss mit Davos zum Kreis Bergün (seit 2009: Kreis Davos);
- Surcuolm gehörte vor dem Zusammenschluss mit Flond zum Kreis Lugnez (seit 2009: Kreis Ilanz);
- Fanas und Valzeina gehörten vor dem Zusammenschluss mit Grüşch zum Kreis Seewis (seit 2011: Kreis Schiers);
- Versam und Valendas gehörten vor dem Zusammenschluss mit Safien und Tenna zum Kreis Ilanz (ab 2013: Kreis Safien);
- Duvin gehörte bis 31. Dezember 2013 zum Kreis Lugnez/Lumnezia; Pigniu, Rueun und Siat zum Kreis Ruis (ab 2014: alle Kreis Ilanz).

Freiwillige Zusammenschlüsse von Kreisen, wie sie Art. 68 Abs. 2 KV innerhalb des gleichen Bezirks zulässt, kamen bislang keine zustande.

Die Kreise sind unter noch geltendem Recht öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit und dienen als Wahlsprengel für die Bestellung des Grossen Rats (Art. 70 Abs. 1 und 3 KV).



Kreise	Anzahl Gemeinden 2014		Bevölkerung 2012		Anzahl Gemeinden 2014		Bevölkerung 2012		Anzahl Gemeinden 2014		Bevölkerung 2012	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Alvaschein	6	1.72%	3 332	1.72%	Ilanz	6	8 106	3.82%	Roveredo	6	5 037	2.60%
Avers	1	0.09%	171	0.09%	Jenaz	3	1 924	0.99%	Ruis	3	1 387	1.03%
Belfort	5	0.79%	1 526	0.79%	Klosters	1	3 909	2.02%	Safien	1	921	0.47%
Bergün	2	0.47%	910	0.47%	Küblis	3	1 808	0.93%	Schams	8	1 803	0.93%
Bregaglia	1	0.81%	1 576	0.81%	Lumnezia	3	3 158	1.67%	Schanfigg	2	3 812	1.97%
Brusio	1	0.57%	1 115	0.57%	Luzern	2	1 564	0.81%	Schiers	2	4 497	2.32%
Calanca	8	0.40%	772	0.40%	Maienfeld	4	6 357	3.28%	Seewis	1	1 378	0.71%
Chur	1	17.58%	34 087	17.58%	Mesocco	3	2 337	1.21%	Suot Tasna	3	3 768	1.94%
Churwalden	2	1.23%	2 394	1.23%	Oberengadin	11	17 157	8.85%	Sur Tasna	6	2 554	1.32%
Davos	1	5.75%	11 156	5.75%	Poschjavo	1	3 575	1.84%	Surses	9	2 444	1.26%
Disentis	6	4.00%	7 763	4.00%	Ramosch	2	1 707	0.88%	Thusis	6	5 954	3.07%
Domleschg	9	2.23%	4 325	2.23%	Rhâzüns	3	11 704	6.04%	Trins	4	7 477	3.86%
Fünf Dörfer	5	9.36%	18 160	9.36%	Rheinwald	4	750	0.39%	Val Müstair	1	1 545	0.80%
Total (39)						146				146	193 920	100.00%

Nach Art. 38 Abs. 1 der Kantonsverfassung vom 2. Oktober 1892 hatten die Kreise in gerichtlicher, politischer und administrativer Beziehung diejenigen Obliegenheiten und Befugnisse, welche ihnen durch das Gesetz zugewiesen wurden. Gemäss der geltenden Kantonsverfassung erfüllen die Kreise jene Aufgaben, die ihnen der Kanton oder die Gemeinden übertragen (Art. 70 Abs. 2 KV). Dem Kreis dürfen grundsätzlich alle kommunalen Aufgaben übertragen werden, die auch einem öffentlich-rechtlichen Gemeindeverband übertragen werden können. Dabei handelt es sich typischerweise um kreisbezogene und damit überkommunale Angelegenheiten. In der Praxis nehmen nur wenige Kreise selbständig solche Aufgaben wahr, so beispielsweise die Kreise Domleschg (Kreisschule), Oberengadin (Spital, Alters- und Pflegeheim, Regionalplanung, Förderung des öffentlichen Regionalverkehrs, Förderung der Tourismusdestination Oberengadin, Förderung der Musikschule, Flugplatz Samedan) und Surses (Spital, Alters- und Pflegeheim, Kreisschule). Einzelne Kreise erledigen im Übrigen kommunale Aufgaben im Steuerwesen (sogenannte Steuerallianzen).

Im Rahmen der Reform der bündnerischen Gerichtsorganisation entschied das Bündner Stimmvolk in der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 mit 61 zu 39 Prozent, alle richterlichen Aufgaben auf dem Gebiet der Strafrechtspflege der Staatsanwaltschaft und auf dem Gebiet der Zivilrechtspflege den Bezirksgerichten zu übertragen. Dadurch verloren die Kreise die richterlichen Aufgaben (B 2008–2009, S. 453 ff.). Seit dem 1. Januar 2011 verbleiben den Kreisen noch drei Aufgabenbereiche:

- die Durchführung der Kreiswahlen;
- vereinzelte besondere Verwaltungsaufgaben wie:
 - gewisse Aufgaben bei Elementarschäden zugunsten der Gebäudeversicherung Graubünden;
 - Bewilligung von Unterhaltungslosterien (Lotto, Tombola);
- justiznahe Aufgaben im Zivilrechtsbereich, wie:
 - Zivilstandsamt;
 - Berufsbeistandschaften (Kreise als bisherige Träger des Vormundtschaftswesens);
 - Aufsicht über öffentliche Versteigerungen;
 - Betreibungsamt;
 - Kreisnotariat.

Bezirke

Auch die Bezirke wurden Mitte des 19. Jahrhunderts geschaffen. Das Gesetz über die Aufstellung von Bezirksgerichten wurde im Jahr 1848 angenommen und im folgenden Jahr angepasst. Die territoriale Gliederung in 14 Bezirke erfolgte dann mit dem bereits erwähnten Einteilungsgesetz von 1851 und blieb während 150 Jahren unverändert. Erst die Gerichtsreform im Jahr 2000 passte die Bezirksgrenzen an die geänderten Verhältnisse an und reduzierte die Anzahl Bezirke auf deren 11. Diese sind gemäss Art. 35 GOG im Bereich der Rechtsprechungsbefugnisse und in den ihnen übertragenen Aufgaben rechts- und handlungsfähig. Die Bezirke sind Gerichtssprengel für die erstinstanzliche Zivil- und Strafgerichtsbarkeit (Art. 68 und 71 KV). Entsprechend bestehen in jedem Bezirk ein Bezirksgericht, ein Vermittleramt und eine Schlichtungsbehörde für Mietsachen; letztere sind dem Bezirksgericht administrativ angegliedert (vgl. Art. 45 und 51 GOG). Seit 2001 ebenfalls bezirksweise organisiert sind die Konkursämter (vgl. Art. 10b und 10c Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs [GVVzSchKG]; BR 220.100). Sie sind administrativ teils dem Bezirksgericht, teils einem Betreibungsamt angegliedert. Keine Bezirksaufgaben im Sinne des kantonalen Rechts sind jene (justiznahen) Aufgaben, die gestützt auf vertragliche Regelung der Kreise ganz oder teilweise auf Bezirksebene erfüllt werden.

Aufgrund ihrer Rechtsstellung haben die Bezirke keine Organe im rechtlichen Sinn und verfügen über keine Rechtsetzungsbefugnisse. Die Aufgaben der Rechtsprechung und der Justizverwaltung werden durch die oben erwähnten richterlichen Behörden bzw. das Konkursamt ausgeübt. Deren Wahl, Zusammensetzung, Grösse und Organisation werden durch das kantonale Recht abschliessend geregelt (vgl. v.a. Art. 35–56 GOG sowie die Organisationsverordnungen [BR 173.500 und 173.600]).

11 Bezirke



Bezirke	Anzahl Gemeinden 2014	Bevölkerung 2012	
		Anzahl	in %
Albula	22	8 212	4.23%
Bernina	2	4 690	2.42%
Hinterrhein	28	13 003	6.71%
Imboden	7	19 181	9.89%
Inn	12	9 574	4.94%
Landquart	9	24 517	12.64%
Maloja	12	18 733	9.66%
Moesa	17	8 146	4.20%
Plessur	5	40 293	20.78%
Prättigau/Davos	13	26 236	13.53%
Surselva	19	21 335	11.00%
Total (11)	146	193 920	100.00%

Regionalverbände

Im Jahr 1969 erarbeitete die Regionalplanungsgruppe Graubünden¹ einen Bericht, welcher die Schaffung von Planungsregionen zum Ziel hatte. Bereits damals wurden verschiedene Modelle zur Schaffung von Regionen (im Sinne von Planungsregionen) erwogen:

- vier bis acht grössere Regionen;
- 15 bis 20 kleinere Regionen;
- zweistufiger Aufbau mit Regionen und Subregionen.

Es konnte sich keine hoheitlich verordnete Gebietsabgrenzung im Sinne einer selbständigen Verwaltungsebene mit Steuerhoheit durchsetzen. Im Verlaufe der Zeit übernahmen die damals teils öffentlich-rechtlich, teils privatrechtlich organisierten Regionalverbände unterschiedliche Aufgaben. Neben den Planungsaufgaben und der Wirtschaftsförderung übernahmen sie Aufgaben im Bildungsbereich, im Sozial- und Gesundheitsbereich, im Kulturbereich oder in der Ver- und Entsorgung.

Die auf den 1. Januar 2004 in Kraft getretene Kantonsverfassung verlangte, dass sich die Regionalverbände bis zum 31. Dezember 2006 als Körperschaft des kantonalen öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit zu konstituieren hatten, soweit dies nicht bereits vorher der Fall gewesen war. Zudem hatte sich jede Gemeinde für die Erfüllung regionaler Aufgaben zwingend einem Regionalverband anzuschliessen. Diese Neuerung bezweckte die Stärkung der regionalen Organisationen und Strukturen. Die Regionalverbände als spezielle Art von Gemeindeverbindungen erhielten zwar eine Aufwertung, indem entsprechende Minimalanforderungen und damit eine erhöhte demokratische Legitimität verfassungsrechtlich verankert wurden; es wurde jedoch nicht festgeschrieben, welche Aufgaben sie zu erfüllen haben.

Mit den Regionalverbänden wurde keine neue Verwaltungsebene geschaffen, sondern einzig die Träger regionaler Aufgaben neu verfassungsrechtlich klar verankert. Insofern handelt es sich bei den Regionalverbänden um einen speziellen Zusammenschluss von Gemeinden zur Erfüllung überkommunaler Aufgaben, d.h. letztlich um interkommunale Zusammenarbeit (vgl. Grossratsprotokoll [GRP] 2002–2003, S. 307 f.). Entsprechend sind die Organisationsvorschriften im Gemeindegesetz unter dem Abschnitt «Interkommunale Zusammenarbeit» aufgeführt.

Seit dem Jahr 2012 bestehen 14 öffentlich-rechtlich ausgestaltete Regionalverbände, nachdem – mit Ausnahme von Haldenstein – die Gemeinden der Kreise Fünf Dörfer und Maienfeld im Jahr 2011 der Gründung eines neuen Regionalverbands Herrschaft/Fünf Dörfer zugestimmt hatten.

¹ Vorgängerin der heutigen Bündner Vereinigung für Raumentwicklung (BVR)

14 Regionalverbände



Regionalverbände	Anzahl Gemeinden 2014	Bevölkerung 2012	
		Anzahl	in %
Bregaglia (Gemeinde)	1	1 576	0.81%
Davos (Gemeinde)	1	11 156	5.75%
Herrschaft / Fünf Dörfer	8	23 514	12.13%
Nordbünden	11	56 583	29.18%
Oberengadin (Kreis)	11	17 157	8.85%
Organizzazione regionale della Calanca	8	772	0.40%
Pro Engiadina Bassa	11	8 029	4.14%
Pro Prättigau	12	15 080	7.78%
Region Mittelbünden	21	8 132	4.19%
Regione Mesolcina	9	7 374	3.80%
Regione Valposchiavo	2	4 690	2.42%
regioViamala	29	13 083	6.75%
Regiun Surselva	21	25 229	13.01%
Val Müstair (Gemeinde)	1	1 545	0.80%
Total (14)	146	193 920	100.00%

Gemäss Art. 69 Abs. 1 KV schliessen sich die Gemeinden für die Erfüllung regionaler Aufgaben zu Regionalverbänden zusammen. Art. 50 Abs. 3 Gemeindegesetz (GG; BR 175.050) statuiert klarstellend, dass Aufgaben von regionaler Bedeutung von einem Regionalverband zu erfüllen sind. Dessen Aufgaben können ihm vom Kanton, den Kreisen oder den Gemeinden übertragen werden (vgl. Art. 72 Abs. 2 KV). Bei den Regionalverbänden handelt es sich begriffsnotwendig um Mehrzweckverbände. Sie treten im Umfang ihrer Aufgaben an die Stelle der ihnen angeschlossenen Gemeinden und erfüllen die entsprechenden Aufgaben mit allen Kompetenzen (Art. 54 GG).

Während die Regionalverbände ursprünglich für die Durchführung der Raumplanung und später auch für das Entwicklungskonzept im Rahmen der Wirtschaftsförderung geschaffen worden waren, befassten sie sich später mit einem grossen Spektrum an regionalen und öffentlichen Aufgaben im Wirtschaftsbereich (z. B. Tourismus), im Bildungsbereich (Schulen), im Kulturbereich (Musikschulen, Museen) und im Infrastrukturbereich (Abfallbeseitigung). Es gibt markante Unterschiede in der Breite und der Tiefe der Aufgabenerfüllung zwischen den einzelnen Regionalverbänden. Beschränkt sich beispielsweise das Aufgabenspektrum des Regionalverbands Nordbünden auf die Wirtschafts-, Verkehrsentwicklung und die Regionalplanung, erfüllt die Region Surselva eine grosse Anzahl an überkommunalen Aufgaben (Wirtschaftsentwicklung, Regionalplanung, Abfallbewirtschaftung, Musikschule, öffentlicher Verkehr, Bildung etc.).

Interkommunale Zusammenarbeit und weitere Regions- bzw. Bezirkseinteilungen

Nicht zu den Strukturen der mittleren Ebene werden die vielfältigen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit (Gemeindeverbindungen) ausserhalb der Kreise, Bezirke und Regionalverbände sowie die verschiedenen sektoralpolitischen Einteilungen gerechnet. Die weiteren Gemeindeverbindungen (vgl. Art. 50 GG) werden durch die Gemeindereform umfasst. Der Grosse Rat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass die Zusammenlegung und die Auflösung von bestehenden Gemeindeverbindungen erleichtert werden soll; mit grosser Mehrheit hat er sich dafür ausgesprochen, dass die interkommunale Zusammenarbeit künftig nicht mehr gefördert werden soll (vgl. GRP 2010/2011, S. 499).

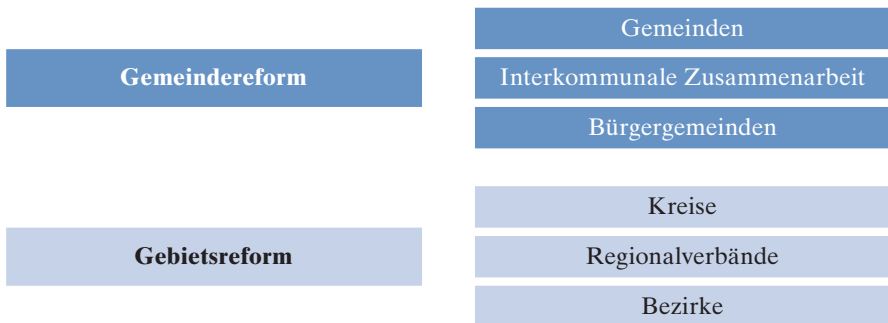
Die interkommunale Zusammenarbeit folgt *funktionalen* Räumen, die je nach Aufgabenbereich anders zusammengesetzt sein können. Der Perimeter für eine überkommunale Primarschule kann ein anderer sein als derjenige für eine Oberstufe, davon wiederum können sich die Gemeindeverbindungen für die Abfallbewirtschaftung, die Abwasserentsorgung oder die Wasserversorgung unterscheiden. Die Erfahrung zeigt, dass in Folge von Gemeindezusammenschlüssen ein grosser Teil der Gemeindeverbindungen aufgelöst

werden kann. Im Zuge der Umsetzung des Zusammenschlusses Arosa konnten z.B. bereits auf den Fusionszeitpunkt (2013) acht Formen der interkommunalen Zusammenarbeit aufgelöst werden. Festzuhalten bleibt aber, dass es auch bei der langfristig anzuvisierenden Anzahl Gemeinden von unter 50 weiterhin überkommunale Zusammenarbeitsformen geben, sich aber deren Zahl erheblich reduzieren wird.

Der Kanton selber legt in verschiedenen Sektoralpolitiken funktionale Räume fest (z.B. kantonale Schätzungsbezirke, Tiefbauamtsbezirke, Spitalregionen, Pflegeheimregionen, Spitexregionen). Auch diese werden durch die Gebietsreform nicht tangiert.

2. Strategische Weichenstellungen des Grossen Rates

Der Grosse Rat befasste sich in der Februarsession 2011 mit strategischen Fragen zur Gemeinde- und Gebietsreform (B 2010–2011, S. 589 ff., GRP 2010/2011, S. 520 ff.). Mittels 24 Grundsatzfragen konnte er zu den von der Regierung vorgeschlagenen Reformzielen Stellung beziehen und die entsprechenden Umsetzungsstrategien in den Konturen festlegen. Der Grosse Rat hielt ohne Gegenstimme fest, dass der Kanton überstrukturiert sei. Zudem sei eine Reform unter Einbezug aller Staatsebenen notwendig. Die Neuausrichtung solle zweigeteilt erfolgen: auf der kommunalen Ebene mittels einer Gemeindereform, auf der regionalen Ebene mittels einer Gebietsreform (vgl. GRP 2010/2011, S. 491 f., 541 f.).



Als strategische Ziele einer umfassenden Reform hielt die Regierung in ihrem Bericht und ihrer Botschaft über die Gemeinde- und Gebietsreform Folgendes fest:

- Die staatlichen Strukturen sollen konsequent auf die bestehenden und künftigen Anforderungen an die Aufgabenerfüllung ausgerichtet werden;
- die Leistungsfähigkeit, Eigenfinanzierungskraft und -verantwortung der politischen Gemeinden sollen gestärkt werden;
- die Gemeinden sollen ihre Aufgaben möglichst selbständig, bürgernah, wirksam und kostengünstig erfüllen;
- die Voraussetzungen für die erforderliche Neugestaltung des innerkantonalen Finanzausgleichs sollen verbessert werden;
- die Vereinfachung der Strukturen auf der regionalen Ebene soll die Transparenz und Rechtssicherheit erhöhen sowie die Voraussetzungen für die regionale Aufgabenerfüllung verbessern.

Der Grosse Rat stimmte diesen Zielen zu. Er beantwortete auch, mit welcher Strategie die Ziele erreicht werden sollen:

- Durch eine weiterhin nach dem Bottom-up-Ansatz initiierte Gemeinde-reform soll die Anzahl Gemeinden bis im Jahr 2020 auf 50 bis 100 Gemeinden, langfristig auf unter 50 Gemeinden reduziert werden;
- mittels einer nach dem Top-down-Ansatz verfassungsrechtlich zu verankernden Gebietsreform soll der Kanton in die drei Staatsebenen Kanton, Regionen und Gemeinden gegliedert werden;
- die notwendige Strukturreform soll etappiert diskutiert, beschlossen und umgesetzt werden. Über die Zuweisung von Aufgaben an die Region soll im Einzelfall entschieden werden.

Die in der Folge zu schaffenden Rechtsanpassungen sollen gemäss Auftrag des Grossen Rats gestaffelt erfolgen.

In Bezug auf die Gebietsreform formulierte der Grosse Rat die nachstehenden strategischen Absichten (vgl. GRP 2010/2011, S. 592 ff.):

- Es sollen acht bis 11 Regionen aus den heutigen Bezirken und Regionalverbänden gebildet und diese hoheitlich festgelegt werden;
- den Regionen sollen die Zivil- und Straferichtbarkeit der heutigen Bezirke übertragen werden;
- die Regionen können den Gemeinden zur Erfüllung überkommunaler Aufgaben dienen und sollen entsprechend den Regeln der interkommunalen Zusammenarbeit ohne eigene Steuer- und Gesetzgebungshoheit ausgestaltet werden;
- in die Entscheidungsgremien der Regionen sollen ausschliesslich Gemeindevorstandsmitglieder Einsitz nehmen können;

- kantonale Verwaltungsaufgaben können den Regionen übertragen werden;
- die Regionen sollen vor dem 1. Januar 2013 beschlossen werden;
- es sollen keine kantonalen administrativen Aufgaben mehr an die Kreise delegiert werden. Die Kreise sollen bis zur Umsetzung der Strukturen auf Regionsebene weiterhin für die Erfüllung kommunaler oder interkommunaler Aufgaben eingesetzt werden können.

3. Teilrevision Kantonsverfassung vom 13. Juni 2012

Am 23. September 2012 stimmte das Bündner Stimmvolk der Teilrevision der KV (Gebietsreform) vom 13. Juni 2012 mit 31 788 zu 9 410 Stimmen zu. Mit dieser wurden die 11 neuen Regionen auf höchster Rechtsstufe festgesetzt. Die Regionen sind als öffentlich-rechtliche Körperschaften ausgestaltet (Art. 71 Abs. 1 nKV) und sollen ab dem Jahr 2015 den Gemeinden und dem Kanton als Träger der zu erfüllenden Aufgaben dienen. Der Perimeter der Regionen bildet den Gerichtssprengel für die Regionalgerichte als erstinstanzliche Gerichte in der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit (vgl. Art. 71 Abs. 3 nKV).

Die eidgenössischen Räte erteilten der Teilrevision die Gewährleistung (der Ständerat am 16. September 2013, der Nationalrat am 23. September 2013).

4. Übergeordnete Ziele und Leitsätze des Grossen Rates für die Jahre 2013–2016

Im Rahmen der übergeordneten Ziele und Leitsätze für die Jahre 2013–2016 (Bericht und Antrag der Kommission für Staatspolitik und Strategie des Grossen Rates, S. 21 f.) folgerte der Grosse Rat, dass der Kanton Graubünden nur dann gegen aussen attraktiv bleiben werde, wenn er seine inneren Strukturen anpasse und modernisiere. Die Schaffung von grösseren, starken Gemeinden werde den Kanton insgesamt stärken. Die Regionen sollen in der Konzeption das weitere Zusammenschliessen der Gemeinden unterstützen, jedoch nur in Ausnahmefällen hoheitliche Gemeindeaufgaben übernehmen (Leitsatz 1).

5. Regierungsprogramm 2013–2016

Im Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2013–2016 bekräftigte die Regierung ihre Absicht, die Gemeinde-reform konsequent umzusetzen, Fusionshemmnisse zu beseitigen und Fusionsanreize zu schaffen. Fusionsprojekte sollen angemessen unterstützt werden. Durch das Zusammenführen von Bezirken und Regionalverbänden soll eine einzige mittlere Ebene geschaffen werden (Entwicklungsschwerpunkt 2, Gemeinde- und Gebietsreform; B 2011–2012, S. 1294).

6. Initiative «Starke Gemeinden – starker Kanton»

Am 10. Mai 2011 wurde die Volksinitiative «Starke Gemeinden – starker Kanton» in Form einer allgemeinen Anregung im Sinne von Art. 12 Abs. 1 und Art. 13 Abs. 1 der KV eingereicht. Die Initiative verlangte, dass der Kanton eine zukunftsfähige Struktur mit einer sinnvollen Aufgabenverteilung bekomme. Zu diesem Zweck sei eine umfassende Gebietsreform vorzunehmen, die folgende Grundsätze einhält:

- *Der Kanton ist dreistufig gegliedert: Kanton, eine mittlere Ebene und Gemeinden. Die Aufgaben der öffentlichen Hand werden grundsätzlich diesen drei Ebenen zugewiesen.*
- *Die Zahl der Gemeinden soll 50 nicht wesentlich überschreiten.*
- *Die Gebietsreform soll sich wo möglich und sinnvoll an die bestehenden Strukturen anlehnen. Die topografischen, sprachlichen und kulturellen Gegebenheiten sind dabei zu berücksichtigen.*

Die Regierung unterbreitete im Mai 2012 dem Grossen Rat eine Botschaft, welche die Ablehnung der Initiative und den Verzicht auf einen Gegenvorschlag beinhaltete (B 2012–2013, S.17 ff.). Die Ablehnung erklärte sich vor dem Hintergrund, dass die Initiative keine weitergehenden Ansprüche an die mittlerweile in Angriff genommene Gebietsreform stellte, hingegen bei der Gemeindereform einen anderen Ansatz verfolgte (Fusionszwang bzw. Änderung der Fusionsförderung).

Der Grosse Rat folgte in der Aprilsession 2013 dem Antrag der Regierung und lehnte die Initiative mit 82 zu 20 Stimmen bei neun Enthaltungen ab (vgl. GRP 2012/2013, S.841 ff.).

Im Mai 2013 zog das Initiativkomitee die Initiative zurück. Das Komitee verwies beim Rückzug darauf, dass es schon heute gelungen sei, «die mittlere Ebene zu schaffen (Gebietsreform), den Grossen Rat mit einer klaren Ansage zur deutlichen Verringerung der Anzahl Gemeinden zu bewegen, den Druck auf freiwillige Fusionen zu erhöhen», und stellte auch nötigen-

falls eine neue Initiative in Aussicht, falls der Reformprozess erlahme (vgl. www.gebietsreform-ja.ch).

7. Hinweis zu Wahlsprengel bzw. Wahlreform

Die Kreise bleiben im Zuge der Gebietsreform bis zu einer allfälligen Wahlreform in der heutigen territorialen Ausdehnung und mit den fusionsbedingten Änderungen (vgl. oben Ziff. II.1.) als Wahlsprengel erhalten; sie bilden jedoch voraussichtlich ab 2015 keine Körperschaften des öffentlichen Rechts mehr (sofern sie nicht von Gemeinden delegierte Aufgaben wahrnehmen, vgl. Art. 108 Abs. 1 nKV).

Das Bündner Stimmvolk lehnte am 3. März 2013 die Volksinitiative «Für gerechte Wahlen» (Proporzinitiative 2014; vgl. B 2012–2013, S. 407) mit 40104 zu 31382 Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 55,11 Prozent ab. Damit sind keine Änderungen in Bezug auf das Wahlverfahren und damit die Wahlkreise vorzunehmen. Einzig die Zuständigkeit zur Durchführung der Wahlen des Grossen Rates wird sich ändern: Sie obliegt ab 2018 den Regionen, da die Kreise nurmehr als Wahlsprengel bestehen und über keine Organe mehr verfügen.

Die Grossratswahlen 2014 werden durch die Kreise (weiterhin nach dem Majorzverfahren) durchgeführt. Das bedeutet, dass jeder Kreis im Mai 2014 noch über eine funktionierende Administration verfügen muss, um im Zusammenwirken mit den Kreisgemeinden das Wahlverfahren organisatorisch abzuwickeln.

III. Gründe für die Reform

Laufende Projekte, sich in Gang befindliche oder absehbare Entwicklungen sowie die bisher erfolgten strategischen Weichenstellungen des Grossen Rates unterstreichen den Handlungsbedarf in Bezug auf die Institutionen der mittleren Ebene. Die Gebietsreform trägt dem Handlungsbedarf bestmöglich Rechnung und sorgt für Planungssicherheit (vgl. B 2011–2012, S. 1982 f.).

Die verfassungsmässige Grundlage zur Umsetzung der Gebietsreform wurde im Rahmen der Teilrevision der KV vom 13. Juni 2012 geschaffen. Das Vorgehen entsprach ebenfalls einer Weichenstellung des Grossen Rates, wonach die notwendige Strukturreform nur etappiert diskutiert, festgelegt und umgesetzt werden kann (vgl. GRP 2010/2011, S. 492, 542 ff.). Die nun vorliegende Anschlussgesetzgebung konkretisiert die Verfassungsbestimmungen.

IV. Werdegang der Vorlagen

1. Vorgehen

Es geht vorliegend um die Umsetzung der Gebietsreform, wie sie der Grosse Rat in der Februarsession 2011 in den Grundzügen beschlossen und wie sie in der Teilrevision der KV vom 13. Juni 2012 in den wesentlichen Grundzügen vorgezeichnet wurde. Die Anschlussgesetzgebung hat sicherzustellen, dass die den Kreisen und Regionalverbänden übertragenen Aufgaben bereits per Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen (voraussichtlich 1. Januar 2015) durch die neuen Aufgabenträger (Regionen) wahrgenommen werden können. Die Anschlussgesetzgebung hat die Gemeinden den Regionen zuzuweisen und deren organisatorische Ausgestaltung zu konkretisieren. Jene kantonalen Erlasse, welche zu den Kreisen, Bezirken und Regionalverbänden legiferieren, sind im Zuge der Anschlussgesetzgebung Gebietsreform anzupassen. Zahlreiche Teilrevisionen von Gesetzen beinhalten lediglich terminologische Anpassungen. Wo die Revisionen über formelle Anpassungen hinausgehen, wurden separate Vernehmlassungsvorlagen erarbeitet; dies war bei der Teilrevision des Notariatsgesetzes, dem Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs sowie bei der Teilrevision des Gesetzes über das Lotteriewesen der Fall.

2. Vernehmlassungsverfahren Mantelgesetz und Teilrevision GG

2.1 Verfahren

Am 19. März 2013 eröffnete die Regierung ein breit angelegtes Vernehmlassungsverfahren über die Anschlussgesetzgebung Gebietsreform. Alle politischen Gemeinden, die Bezirke, Kreise, Regionalverbände, die politischen Parteien sowie zahlreiche interessierte oder betroffene Fachverbände und -organisationen wurden zur Vernehmlassung eingeladen. Die Vernehmlassungsteilnehmenden konnten sich zu grundsätzlichen Fragen und zu konkreten Elementen der Anschlussgesetzgebung äussern. Bei der organisatorischen Ausgestaltung der Regionen im Gemeindegesetz unterbreitete die Regierung neben der Hauptvariante auch einen sich sehr stark an den heutigen Bestimmungen über die Regionalverbände orientierenden Vorschlag (Variante I) zur Vernehmlassung.

Insgesamt beteiligten sich 76 politische Gemeinden (darin enthalten ebenfalls jene Stellungnahmen der Kreise bzw. Regionalverbände, welche ausdrücklich auch im Namen von Gemeinden eingereicht wurden). Alle 11

Bezirksgerichte unterstützten die Eingabe des Bezirksgerichts Hinterrhein, wobei zwei Bezirksgerichte eine eigene ergänzende Stellungnahme einreichten. 9 politische Parteien, 3 kantonale Departemente/Ämter, weitere interessierte Organisationen/Fachverbände sowie 7 Privatpersonen reichten ebenfalls zum Teil umfangreiche Vernehmlassungen ein.

Vernehmlassungsteilnehmende	Anzahl
Politische Gemeinden	76
Bezirke	11
Kreise	9
Regionalverbände/Regionen GR	11
Politische Parteien	9
Departemente und kantonale Dienststellen	3
Fachverbände und -organisationen	9
Private	7
Total Rücklauf	135

2.2 Allgemeine Beurteilung der Vorlage

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden teilt die strategischen Bestrebungen, starke Gemeinden in einem starken Kanton zu schaffen und die heutigen Strukturen danach auszurichten. Teilweise werden Bedenken geäussert, dass die Voraussetzungen für die vorgeschlagene Ausgestaltung der mittleren Ebene auf einen Kanton mit rund 50 starken Gemeinden zum heutigen Zeitpunkt noch nicht gegeben seien. Es wird als richtig angesehen, dass die Regionen ihre Aufgaben von den Gemeinden und vom Kanton zugewiesen erhalten.

Eine beachtliche Anzahl der Vernehmlassenden zeigt sich kritisch gegenüber der vorgeschlagenen Ausgestaltung und den Organisationsregelungen der Regionen. Insbesondere die Regionalverbände und jene Gemeinden, welche deren Vernehmlassungen übernommen haben, befürchten schwierige Zeiten für die Regionen und favorisieren eine weitgehende Organisationsfreiheit der Regionen. Die Bedürfnisse der Regionen seien unterschiedlich und die Vorlage nehme zu wenig Rücksicht auf die gewachsenen, gut funktionierenden Strukturen. Zudem sollen «regionale Aufgaben» obligatorisch den Regionen übertragen werden. Mit der Möglichkeit, Aufgaben in die Zuständigkeit der Gemeinden zurückzuführen, würden Rechts- und Planungs-

unsicherheiten einhergehen. Hingegen befürworten insbesondere grössere Gemeinden oder auch einige Regionalverbände die Vernehmlassungsvorlage, insbesondere auch die konkreten Organisationsvorschriften.

Die politischen Parteien BDP, FDP sowie die SVP befürworten ebenfalls die vorgeschlagene Stossrichtung. Die CVP bemängelt, dass mit der Vorlage die Stellung der Regionen zwischen dem Kanton und den erstarkten Gemeinden nach wie vor nicht geklärt werde. Die SP teilt die Auffassung, dass die Regionen schlank und zweckmässig organisiert werden sollen. Unklar erscheint der GLP die Gestaltung der mittleren Ebene. Es fehlten genaue Vorgaben, welche Aufgaben die Regionen übernehmen sollen.

Kontrovers diskutiert wird der Vorschlag, wonach die Statutenänderung bezüglich Regionsaufgaben der Einstimmigkeit bedarf. Dies könne zu einem Vetorecht jeder Gemeinde führen. Letztlich würde damit der Gründung von Gemeindeverbänden oder anderen Zusammenarbeitsformen Vorschub geleistet, was einer Strukturbereinigung zuwiderlaufe. Über die Weichenstellung des Grossen Rates hinaus gehe die Vorschrift, dass in die Präsidentenkonferenz nur Gemeindepräsidien Einsitz nehmen könnten.

Auf grosse Akzeptanz stösst der Vorschlag, dass die Regionen im Umfang der ihnen übertragenen Aufgaben Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit sowie eine beschränkte Rechtsetzungskompetenz übernehmen können.

Beurteilung

Die Regierung ist der Ansicht, dass die vorgeschlagene Hauptvariante den strategischen Zielsetzungen von starken Gemeinden entspricht und den Weichenstellungen des Grossen Rates nachkommt. Zwar kann sie die Bedenken, welche insbesondere von Seiten der heutigen Regionalverbände stammen, nachvollziehen. Würde den Regionen jedoch die Organisationsfreiheit überlassen und den Gemeinden ein Zwang zur Aufgabenübertragung vorgeschrieben, würde dies weitestgehend den heutigen Regelungen der Regionalverbände entsprechen. Der Grosse Rat hat sich aber ausdrücklich gegen den Status Quo ausgesprochen.

2.3 Stellungnahmen zu einzelnen Fragen

a) Organisatorische Ausgestaltung

39 Vernehmlassungen befürworten die vorgeschlagenen Organisationsvorschriften. Tendenziell grössere Gemeinden, darunter Bonaduz, Bregaglia, Chur, Churwalden, Davos, Domat/Ems, Felsberg, Flims, Klosters-Serneus, Landquart, Luzein, Maienfeld, Malans, La Punt-Chamues-ch, Pontresina,

Rhätzüns, Samedan, Silvaplana, St.Moritz, Untervaz oder Zuoz stimmen den kantonalrechtlichen Vorgaben ganz oder in ganz wesentlichen Teilen zu.

69 Vernehmlassungen setzen ein grosses Fragezeichen hinter den kantonal verordneten Regelungen. Insbesondere wird moniert, dass die unterschiedlichen Verhältnisse nicht eine einheitliche Regelung zuliessen.

Die politischen Parteien BDP, CVP und SVP sind der Meinung, dass jede Region den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend in eigener Entscheidung die Organisation definieren soll. FDP und GLP unterstützen die vorgeschlagene Ausgestaltung. Verschiedentlich wird der sogenannte Regionalausschuss bzw. werden dessen Aufgaben und Kompetenzen kritisch hinterfragt. Die Regionen GR sowie die Regionalverbände (regioViamala, Regiun Surselva, Pro Prättigau, Mittelbünden, Valposchiavo, Mesolcina, Calanca, Pro Engiadina Bassa) und die Gemeinden, welche diese unterstützen, sind grundsätzlich dafür, dass jede Region die für sie richtige Organisationsform frei wählen können soll. Die heutigen gut funktionierenden und für die Regionalverbände passenden Strukturen hätten sich bewährt. Entscheidend für die Organisation seien die zu erfüllenden Aufgaben.

Beurteilung

Die Regierung möchte an den kantonalrechtlichen Organisationsvorschriften (und damit an den Weichenstellungen des Grossen Rates [vgl. GRP 2010/2011, S. 491 ff.]) festhalten, auch wenn ihnen – rein quantitativ betrachtet – die Mehrheit der Vernehmlassenden kritisch gegenübersteht. Einerseits sollen durch den obligatorischen Einbezug von Gemeindevertreterinnen und -vertretern in die Region die Anliegen der Gemeinden stärker als bisher berücksichtigt werden. Andererseits sollen die Verantwortung und Leistungsfähigkeit der Gemeinden gestärkt werden. Die Gemeinden sollen unter bestimmten Rahmenbedingungen selber entscheiden können, ob, wie lange und zu welchen Bedingungen sie eine kommunale Aufgabe der Region übertragen möchten. Unter gewissen Voraussetzungen soll eine einmal übertragene Aufgabe auch wieder in die Hoheit der Gemeinde übertragen werden können. Um die Rechts- und Planungssicherheit auch für die Regionen zu gewährleisten, bietet sich die Aufgabenübertragung ausschliesslich in Form einer Leistungsvereinbarung an. Dass dadurch – wie von einigen Vernehmlassenden befürchtet – die Gefahr von kostspieligen und ineffizienten Organisationsformen bestehen soll, vermag die Regierung nicht zu überzeugen. Sie ist im Gegenteil der Ansicht, dass durch das vorgeschlagene Modell einfache Strukturen geschaffen werden.

b) Rechtliche Stellung

Recht deutlich haben sich die Stellungnehmenden dafür ausgesprochen, dass die Regionen im Umfang der ihnen übertragenen Aufgaben Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit sowie eine beschränkte Rechtsetzungskompetenz übernehmen können. Von verschiedener Seite wurde es als richtig erachtet, dass die Regionen nur die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen dürfen und die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit darauf beschränkt bleiben soll. Mit Ausnahme der FDP, welche sich gegen eine beschränkte Rechtsetzungskompetenz ausspricht und den Regionen lediglich die Möglichkeit zugestehen möchte, Gebühren und Beiträge (z.B. für Musikschule, Feuerwehr) zu erheben, begrüssen die übrigen Parteien die vorgeschlagene Regelung.

Beurteilung

Die Regionen sind als öffentlichrechtliche Körperschaften ausgestaltet (vgl. Art. 71 Abs. 1 nKV). Die Regelung, dass sie im Umfang der ihnen übertragenen Aufgaben eine beschränkte Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit sowie Rechtsetzungskompetenz erhalten sollen (vgl. Art. 62g GG), ist notwendig, um tatsächlich die Aufgaben adäquat erfüllen zu können.

c) Zusammensetzung der Organe

Die grösseren Gemeinden (u.a. Chur, Davos, Domat/Ems, Landquart, Klosters-Serneus, Thusis, Flims) sowie die politischen Parteien FDP und GLP tendieren zur vorgeschlagenen Hauptvariante. Unterstützt wird diese im Weiteren von den Regionalverbänden Herrschaft/Fünf Dörfer und Nordbünden (inkl. der unterstützenden Gemeinden) sowie von verschiedenen Gemeinden aus dem Oberengadin.

Teilweise auf Unverständnis stösst die Vorschrift, dass lediglich Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten in die regionalen Gremien Einsitz nehmen können. Es genüge, wenn die Gemeinden auch durch andere Vorstandsmitglieder vertreten seien. Insgesamt wird begrüsst, dass durch den Einsitz von Exekutivmitgliedern der Gemeinden keine Volkswahl für die Region erfolgen muss.

Beurteilung

Die Vorschläge zur einheitlichen organisatorischen Ausgestaltung der Regionen entsprechen weitgehend den in der Februarsession 2011 formulierten strategischen Weichenstellungen des Grossen Rates. Es kann aber aus verschiedenen Gründen sinnvoll sein, dass in die Präsidentenkonferenz

nicht nur die Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten, sondern auch weitere Vorstandsmitglieder Einsitz nehmen können, weshalb diesbezüglich eine entsprechende Anpassung vorgenommen werden soll. Diese Regelung entspricht im Übrigen der Absicht des Grossen Rates (vgl. GRP 2010/2011, S. 499, 580 ff.). Die Terminologie «Präsidentenkonferenz» soll trotzdem beibehalten werden (vgl. dazu die nachstehenden Ausführungen).

d) Präsidentenkonferenz

Knapp die Hälfte der Vernehmlassungsteilnehmenden befürwortet, dass die Gemeindepräsidien von Amtes wegen in die Präsidentenkonferenz Einsitz nehmen. Verschiedene Stellungnehmende fordern jedoch, dass auch Personen aus anderen Bereichen, welche ihre Gemeinde mit Interesse und Fachwissen vertreten, zugelassen werden sollen. Daher sollten auch Personen, die keine Präsidiumsfunktion einnehmen oder auch nicht im Gemeindevorstand vertreten sind, in die Präsidentenkonferenz und in den Regionalausschuss wählbar sein. Der Grosse Rat habe sich in seiner Weichenstellung nicht nur auf die Gemeindepräsidien beschränkt, sondern sich auch für weitere Mitglieder aus den Gemeindevorständen ausgesprochen, womit die vorgeschlagene Regelung zu weit gehe.

Die Wahl des Vorsitzenden der Präsidentenkonferenz durch diese wird von der Mehrheit gutgeheissen. Es wird argumentiert, dass eine Volkswahl zu aufwändig und nicht effizient wäre.

Beurteilung

Der Zwang zur Einsitznahme in die Entscheidungsgremien der Region soll im Sinne der Vorgabe des Grossen Rates nicht auf die Präsidentinnen und Präsidenten beschränkt sein, sondern die Gemeinde soll grundsätzlich irgend ein Mitglied des Gemeindevorstandes delegieren können. In der Praxis dürfte sich die Einsitznahme der Präsidentinnen und Präsidenten durchsetzen, wie Beispiele von Regionalverbänden mit ähnlicher Organisationsform zeigen.

Mit der vorgeschlagenen Regelung, wonach der Stimmeneinstand zur Ablehnung einer Vorlage führt, ist sichergestellt, dass nicht der Stichtscheid des Vorsitzenden zur Majorisierung der kleineren Gemeinden führt.

An der Stimmkraft (eine Stimme/1000 Ew.) und den entsprechenden Bestimmungen zum Schutze der kleineren Gemeinden soll hingegen festgehalten werden.

e) Aufgabenübertragung

Mit der Aufgabenübertragung der Gemeinden an die Region ist die Mehrheit der Stellungnehmenden einverstanden. Auf kritische Beurteilung stösst der Vorschlag, dass nicht alle Regionsgemeinden eine Aufgabe der Region übertragen müssen. Für gewisse regionale Aufgaben müsse langfristig Kontinuität gewährleistet werden, um Planungsunsicherheiten und Ineffizienz zu vermeiden.

Grundsätzlich besteht die Auffassung, dass Beschlüsse über bestimmte Aufgabenbereiche oder auch die Annahme der Statuten lediglich eines Mehrheitsbeschlusses bedürfen sollten (qualifizierte Mehrheit, Zustimmungsquoren mehrerer Gemeinden oder Referendumsrecht der Stimmbürger). Eine Einstimmigkeit würde faktisch zum Vetorecht jeder einzelnen Gemeinde führen und eine Region fast vor unlösbare Probleme stellen. Zudem sollen Gemeinden, welche eine Aufgabe nicht der Region übertragen haben, auch nicht mitbestimmen können.

Beurteilung

Die Gemeindeautonomie würde wesentlich beschränkt, wenn ein Zwang zur regionalen Aufgabenerfüllung statuiert würde. Dieser Punkt war im Wesentlichen der Auslöser für die Gebietsreform. Ein einmal gefällter Entscheid zur Aufgabenübertragung soll unter bestimmten Voraussetzungen auch wieder rückgängig gemacht werden können, falls sich die Verhältnisse ändern.

Die Pflicht zur Einstimmigkeit bei Statutenänderungen bezüglich Regionszweck und Regionsaufgaben ist nicht zwingend, um die Reformziele zu erreichen. Ein Mehrheitsbeschluss genügt. Es soll verhindert werden, dass mangels Einstimmigkeit sich eine Gemeinde bei einer konkreten Aufgabenerfüllung gezwungen sieht, hierfür eine herkömmliche Gemeindeverbindung einzugehen. Mit der Zustimmung zu einer solchen Statutenänderung wird im Übrigen noch keine Gemeinde verpflichtet, eine Aufgabe in der Folge dann auch tatsächlich der Region zu übertragen. Dieser Akt soll per Beschluss des Souveräns (Beschluss über eine Leistungsvereinbarung) erfolgen. Aus sachlichen Gründen erweist es sich als richtig, vom Erfordernis der Zustimmung aller Regionsgemeinden für solche Statutenänderungen abzusehen und hierfür lediglich die Mehrheit der Gemeinden zu fordern.

Die Übertragung einer konkreten Aufgabe durch die Gemeinden auf die Region soll nach einheitlichen Rechtsgrundlagen erfolgen. Es dient der Übersicht über den Inhalt und Umfang der übertragenen Aufgaben und damit deren Vollzug durch die Region, wenn die Aufgabenübertragung durch alle Gemeinden aufgrund derselben Grundlagen erfolgt (vgl. auch Bemerkungen unter Ziff. V.4.).

f) Regionshauptort

Der Grundsatz der Bezeichnung eines Regionshauptortes im kantonalen Recht ist in der Vernehmlassung weitgehend unbestritten geblieben. Der Regionalverband Valposchiavo, die Gemeinde Brusio und das Bezirksgericht Bernina haben sich dafür ausgesprochen, dass in Nachachtung des heutigen Sitzes des Regionalverbandes und in Abweichung zum Sitz des Bezirksgerichts Bernina Brusio an Stelle von Poschiavo Regionshauptort sein solle. Die Gemeinde Poschiavo liess sich zu diesem Punkt nicht vernehmen. Die Gemeinde Davos ihrerseits beantragt, dass Davos bei der Zuteilung der Regionshauptorte zu berücksichtigen sei. Davos habe entsprechend seiner Bedeutung seit vielen Jahrhunderten eine besondere Rolle im Kanton Graubünden ausgeübt. Ausserdem sei Davos mit Abstand grösster und wirtschaftlich bedeutendster Ort der neuen Region Prättigau/Davos. Der Regionalverband Pro Prättigau und die weiteren Vernehmlassungsteilnehmenden aus dem Prättigau äusserten sich zu dieser Frage nicht.

Beurteilung

An der Bezeichnung eines Hauptortes soll festgehalten werden. Der Hauptort bestimmt einzig den Sitz der Region, d.h. wo sie gerichtlich belangt werden kann. Dies schliesst aber nicht aus, dass die Region die Verwaltung oder Teilaufgaben an einem anderen Ort führen kann. So sieht Art. 2 EGzSchKG vor, dass die Regionen einen Sitz des Betriebs- und Konkursamtes bezeichnen. Die Regierung hat sich bei der Bezeichnung von den heutigen Bezirkshauptorten leiten lassen. Einzig im Falle der Region Surselva hat sie eine Änderung vorgenommen, indem sie Ilanz/Glion an Stelle von Trun als Hauptort bezeichnet hat. Dies ist in der Vernehmlassung unbestritten geblieben.

g) Stellung der Regionalgerichte

Sämtliche Bezirksgerichte (wie auch das Kantonsgericht) wehren sich in ihren Vernehmlassungen gegen die Aufhebung von Art. 35 GOG. Sie vertreten die Auffassung, dass ihnen auch weiterhin die Rechts- und Handlungsfähigkeit erhalten bleiben müsse.

Beurteilung

Die Frage der Rechts- und Handlungsfähigkeit steht in einem engen Zusammenhang mit Art. 54 nKV, wonach die Regionalgerichte untere kantonale Gerichte darstellen. Die oberen kantonalen Gerichte ihrerseits verfügen über keine Rechts- und Handlungsfähigkeit. Die entsprechende Umset-

zung von Art. 54 nKV muss erst auf den 1. Januar 2017 vorgenommen werden, so dass noch genügend Zeit verbleibt, die Frage umfassend zu klären. Die für die Regionalgerichte massgeblichen Gesetzesrevisionen werden im Rahmen einer separaten GOG-Revision vorgenommen. Sollte im Rahmen dieser Vorlage den Regionalgerichten (wie heute den Bezirksgerichten) die Rechts- und Handlungsfähigkeit zugestanden werden, dann erübrigen sich auch Regelungen in Bezug auf die im Eigentum des Bezirksgerichts Landquart stehenden Grundstücke (soweit ersichtlich einziges Bezirksgericht mit Grundeigentum). Ohne Fortführung der Rechts- und Handlungsfähigkeit ist demgegenüber ein Eigentumsübergang zwingend, welcher grundsätzlich entweder auf die Gemeinden, die Region oder den Kanton erfolgen könnte.

h) Übergangsfragen

Die meisten Übergangsfragen wurden im Zusammenhang mit den Kreisen aufgeworfen. Im August 2013 erfolgte eine spezifische Umfrage bei allen Kreisen. Sämtliche 39 Kreise beantworteten den Fragebogen. Dabei ging es insbesondere um Fragen nach den heute ihnen übertragenen Aufgaben, nach dem Archiv, dem Personal oder den Grundstücken.

Einzelne Vernehmlasser (u. a. die kantonale Finanzkontrolle) regten an zu prüfen, ob nicht die Regionen im Sinne einer Universalsukzession Guthaben und Verbindlichkeiten der Kreise, Bezirke und Regionalverbände übernehmen sollten.

Beurteilung

Die gewählte Konzeption sieht eine Aufhebung der Kreise, Bezirke und Regionalverbände vor, ohne dass die Regionen deren Rechtsnachfolgerinnen sind. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass Gläubiger durch die Aufhebung der Institutionen nicht zu Schaden kommen und Guthaben der aufgelösten Institutionen auf zweckmässige Weise noch geltend gemacht werden können. Die Übergangsbestimmungen im Einteilungsgesetz sowie im GG haben darauf Rücksicht zu nehmen.

Auf weitere Hinweise aus den Stellungnahmen wird in den Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln der Vorlage eingegangen.

3. Vernehmlassungsverfahren Teilrevision Notariatsgesetz

Im Kanton Graubünden gelten nebst den patentierten Notarinnen und Notaren und den Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwaltern auch die Kreisnotarinnen und Kreisnotare als Notariatspersonen im Sinne des Notariatsgesetzes. Kreisnotarinnen und Kreisnotare können die in ihrem Kreis anfallenden öffentlichen Beurkundungen und Beglaubigungen vornehmen. Die Auflösung der Kreise als Körperschaften des öffentlichen Rechts mit eigenen Organen führt dazu, dass die Aufgaben der Kreisnotarinnen und Kreisnotare im Sinne des Notariatsgesetzes neu geregelt werden müssen. Mit Beschluss vom 18. Dezember 2012 (Prot. Nr. 1232) nahm die Regierung vom Entwurf des Departementes für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (DJSG) für eine Teilrevision des Notariatsgesetzes Kenntnis und gab ihn für die Vernehmlassung frei. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 15. April 2013.

Der Vernehmlassungsentwurf der Regierung sah drei Varianten vor, wie die Aufgaben der Kreisnotarinnen und Kreisnotare zukünftig geregelt werden könnten:

- Variante 1: Die Funktion der Kreisnotarinnen und Kreisnotare wird ersatzlos aufgehoben. Die von den Kreisnotarinnen und Kreisnotaren angebotene Dienstleistungen werden künftig von patentierten Notarinnen und Notaren sowie in Grundstücksachen von Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwaltern übernommen.
- Variante 2: Die Aufgabe der Kreisnotarinnen und Kreisnotare werden von Regionalnotarinnen und Regionalnotaren weitergeführt. Im Gegensatz zur dritten Variante soll jede Region unabhängig davon, ob die Aufgabe der Kreisnotarinnen und Kreisnotaren allenfalls auch von patentierten Notarinnen und Notaren übernommen werden könnte, einen oder zwei Regionalnotarinnen und Regionalnotare ernennen können. Die Regionalnotarinnen und Regionalnotare nehmen die in ihrer Region anfallenden öffentlichen Beurkundungen und Beglaubigungen vor.
- Variante 3: Die Aufgabe der Kreisnotarinnen und Kreisnotare soll von so genannten Amtsnotarinnen und Amtsnotaren in denjenigen Gebieten weitergeführt werden, in welchen effektiv ein Bedürfnis dafür besteht.

Im Vernehmlassungsentwurf sprach sich die Regierung für Variante 3 aus. Aufgrund der Statistik der Notariatsinspektionen ergebe sich, dass vor allem in den peripher gelegenen Regionen die Dienstleistungen einer Kreisnotarin oder eines Kreisnotars durchaus genutzt werde. Einige dieser Regionen verfügten über keine patentierten Notarinnen und Notare in unmittelbarer Nähe, welche die entsprechenden Aufgaben der Kreisnotarinnen und Kreisnotare übernehmen könnten. Um eine flächendeckende Notariats-

dienstleistung gewährleisten zu können und aufgrund der Tatsache, dass es in den meisten Regionen einige patentierte Notarinnen und Notare gebe, sprach sich die Regierung dafür aus, dass nur in denjenigen Gebieten eine Amtsnotarin oder ein Amtsnotar eingesetzt werden soll, in welchen es an patentierten Notarinnen und Notaren fehle beziehungsweise solche nicht in angemessener Zeit erreicht werden könnten. Als Wahlorgan amte die Regierung, welche bei ausgewiesenem Bedarf auf Antrag der Region und nach Anhörung der Notariatskommission ein bis zwei Amtsnotarinnen oder Amtsnotare für einen genau umschriebenen Zuständigkeitsbereich wähle.

Während des Vernehmlassungsverfahrens gingen insgesamt 32 Stellungnahmen ein. Neben drei Parteien (BDP, CVP und FDP) äusserten sich insbesondere sechs Regionalverbände, 12 Kreise und zwei Gemeinden sowie die Notariatskommission, der Notarenverband, der Kreisnotarenverband, der Grundbuchverwalterverband und der Anwaltsverband. Die Auswertung der Vernehmlassung zeigt, dass der Vorschlag der Regierung sehr unterschiedlich aufgenommen wurde.

Sechs Vernehmlassungsteilnehmer – darunter die BDP, die Notariatskommission, der Anwaltsverband und der Notarenverband – sprechen sich für die erste Variante und damit die ersatzlose Aufhebung des Kreisnotariats aus. Zur Begründung führen sie insbesondere aus, dass Grundbuchverwalter sämtliche grundbuchbezogenen Geschäfte übernehmen können und für Beglaubigungen ohnehin kein Bedarf bestehe, da diese auch von Gemeindeschreibern vorgenommen werden können. Der Bedarf beschränke sich daher auf die Sachgebiete Ehe- und Erbrecht sowie Gesellschaftsrecht. Da in diesen Bereichen regelmässig sehr komplexe Fragen zu klären seien, was ein gewisses juristisches Fachwissen voraussetze, und diese Bereiche in der Regel lediglich einmal im Leben aktuell seien, rechtfertige es sich, dafür allenfalls eine etwas weiter entfernt tätige patentierte Notarin oder einen patentierten Notar aufzusuchen.

13 Vernehmlassungsteilnehmer – darunter die CVP und praktisch sämtliche Kreise – befürworten die zweite Variante. Sie plädieren für die Gewährleistung einer flächendeckenden Erfüllung der Notariatsdienstleistung und erachten den Bedarf dafür als ausgewiesen. Im Weiteren wird ausgeführt, dass keine sachlichen Gründe ersichtlich seien, dass nur für gewisse Regionen eine «Amtsnotarin oder ein Amtsnotar» vorgesehen werden soll. Die Einsetzung von Regionalnotarinnen und Regionalnotaren wäre im Übrigen mit keinen zusätzlichen Kosten verbunden. Die Wahl der Regionalnotarin oder des Regionalnotars habe dabei durch die Region zu erfolgen.

Neun Vernehmlassungsteilnehmer, darunter die FDP und die Mehrheit der Regionalverbände, sprechen sich für die von der Regierung bevorzugte Variante 3 aus.

Schliesslich befürworten drei Vernehmlassungsteilnehmer (Kreis Mesocco, Regionalverbände Mesolcina und Calanca) die Weiterführung des bestehenden Kreisnotariats. Da die Kreise weiterhin als Wahlsprenkel für die Grossratswahlen figurieren, könne auch der örtliche Zuständigkeitsbereich beibehalten werden. Die Wahl habe dabei durch die Region zu erfolgen.

Aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung sowie weiteren Abklärungen des DJSG bezüglich der Beurkundungsfälle der Kreisnotarinnen und Kreisnotaren nach Sachgebieten kommt die Regierung zum Schluss, den Vernehmlassungsentwurf leicht anzupassen. Die Vernehmlassungsunterlagen zeigten bereits, dass vor allem Kreisnotarinnen und Kreisnotare in den Randregionen einige Beurkundungen vorgenommen haben. Die Evaluation der Kreisnotariatstätigkeit nach Sachgebieten ergibt zudem, dass die inspizierten Kreisnotarinnen und Kreisnotare hauptsächlich in den Rechtsgebieten Erb-, Sachen- und Gesellschaftsrecht beurkundeten. Sie decken damit einen relativ breiten Sachbereich ab. Das Hauptaugenmerk der vorliegenden Revision liegt auf der Gewährleistung eines flächendeckenden Angebots von Notariatsdienstleistungen. Daher soll jede Region einen Antrag für die Einsetzung einer oder zweier Notariatspersonen stellen können, wobei die Regierung nicht den Bedarf zu prüfen hat, jedoch ob die vorgeschlagene Person fachlich und persönlich geeignet ist. Das örtliche Zuständigkeitsgebiet der Notariatsperson ist im Regierungsbeschluss zu umschreiben. Schliesslich soll die Bezeichnung der Notariatsperson nicht wie vorgeschlagen «Amtsnotarin» oder «Amtsnotar» lauten, sondern «Regionalnotarin» beziehungsweise «Regionalnotar».

Auf auffällige weitere Hinweise aus den Stellungnahmen wird in den Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln des Gesetzes eingegangen.

4. Vernehmlassungsverfahren EGzSchKG

Die strukturellen Veränderungen als Folge der Gebietsreform erfordern eine materielle Anpassung der Strukturen der Betreibungs- und Konkurskreise. Gemäss heutiger Ausgestaltung bildet jeder politische Kreis einen Betreibungskreis und jeder Bezirk einen Konkurskreis. Zudem ist die Einführungsgesetzgebung zum SchKG aufgrund von Art. 31 KV neu auf Gesetzesstufe zu erlassen. Aus diesem Grund nahm die Regierung die Gebietsreform zum Anlass, die kantonale Anschlussgesetzgebung generell zu prüfen.

Mit Beschluss vom 21. Mai 2013 (Prot. Nr. 427) gab die Regierung den Entwurf des DJSG für den Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz für Schuldbetreibung und Konkurs für die Vernehmlassung frei. Diese dauerte bis zum 13. September 2013. Es gingen total 28 Stellungnahmen ein; neben vier Parteien (BDP, CVP, GLP und SP) äusserten sich insbesondere

zwei Regionalverbände, neun Kreise und drei Gemeinden sowie der Anwaltsverband und der Verband der Betreibungs- und Konkursbeamten.

Im Zentrum der Vorlage steht die Ausgestaltung der Betreibungs- und Konkurskreise. Die Regierung führte zwei verschiedene Varianten aus, die sich lediglich hinsichtlich der Ausgestaltung des Konkurskreises unterscheiden:

- Variante 1: Jede Region bildet einen Betreibungs- und Konkurskreis.
- Variante 2: Jede Region bildet einen Betreibungs- und Konkurskreis; das ganze Kantonsgebiet bildet einen Konkurskreis.

Die Regierung bevorzugte im Rahmen des Vernehmlassungsentwurfes die erste Variante und damit die Schaffung von 11 Betreibungs- und Konkursämtern.

Sämtliche Vernehmlassungsteilnehmer sprechen sich ebenfalls für die erste Variante aus. Im Speziellen befürworten sie die Möglichkeit der Schaffung von Aussenstellen, die Abschaffung des Sportelsystems (vgl. S. 832) sowie die Zweiteilung der Aufsichtsfunktion. Einige wenige Vernehmlassungsteilnehmer (unter anderem die CVP) äussern sich kritisch bezüglich der Ernennungsvoraussetzungen für die Betreibungs- und Konkursbeamten, der Genehmigungspflicht für die Schaffung von Aussenstellen sowie der Ausgestaltung des Organisationsreglements. Auf diese Vorbringen wird in den Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln des Gesetzes eingegangen.

Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse wird lediglich die systematische Ausgestaltung des Einführungsgesetzes angepasst. In materieller Hinsicht drängen sich hingegen aufgrund der Rückmeldungen keine wesentlichen Änderungen gegenüber der Vernehmlassungsvorlage auf.

5. Vernehmlassungsverfahren Teilrevision Gesetz über das Lotteriewesen

Das Gesetz über das Lotteriewesen vom 24. April 2006 ist als Folge der Gebietsreform materiell anzupassen. Das Kreisamt erteilt gemäss geltendem kantonalem Recht Bewilligungen für die Durchführung von Unterhaltungslotterien. Hauptanliegen der Vorlage ist es, diese Zuständigkeit neu zu definieren.

Am 21. März 2013 gab die Regierung die Teilrevision des Gesetzes über das Lotteriewesen zur Vernehmlassung frei. Der Entwurf sah drei verschiedene Zuständigkeitsvarianten – Gemeinde, Region, Kanton – vor, wobei die Regierung der Variante den Vorzug gab, wonach die Zuständigkeit für die Erteilung der Bewilligungen für Unterhaltungslotterien den Regionen übertragen werden soll. Das DJSG lud die Kreise, Regionalverbände, die Standeskanzlei und die Departemente der kantonalen Verwaltung zur Ver-

nehmlassung ein. Die Vernehmlassungsfrist dauerte bis zum 21. Juni 2013. Es gingen 16 Vernehmlassungen ein; sieben Vernehmlassungsteilnehmer verzichteten auf eine Stellungnahme. Neben zwei Parteien (BDP und CVP) äusserten sich ein Regionalverband, drei Kreise und zwei Gemeinden.

Insgesamt wird die Vorlage von einer Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer begrüsst. Einige Vernehmlassungsteilnehmer (CVP, Gemeinde Churwalden, DVS) postulieren die Bewilligungsfreiheit bis zu einer gewissen Preissumme oder die Bewilligungserteilung in einem vereinfachten Meldeverfahren über die Gemeinden. Mit der Einführung einer solchen Bewilligungsfreiheit könnten jedoch keine Kontrollen bezüglich Einhaltung der gesetzlichen Regelungen – insbesondere ob die Vorgaben der Gewinnverteilung eingehalten werden – mehr stattfinden und zudem wären der Aufsichtsbehörde bei Missbräuchen die Hände gebunden. Die Gefahr von Missbräuchen besteht dabei insbesondere bei denjenigen Veranstaltern, welche Unterhaltungslotterien wirtschaftlich und gewinnorientiert veranstalten. Die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Bevölkerung bedarf daher einer gewissen Kontrolle. Die Durchführung einer Unterhaltungslotterie soll daher weiterhin bewilligungspflichtig sein. Ein Vernehmlassungsteilnehmer (DVS) spricht sich schliesslich für die Ansiedlung der Zuständigkeit zur Bewilligungserteilung beim Kanton beziehungsweise beim Amt für Migration und Zivilrecht aus.

Aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung drängen sich keine Änderungen gegenüber der Vernehmlassungsvorlage auf. Auf allfällige weitere Hinweise aus den Stellungnahmen wird in den Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln des Gesetzes eingegangen.

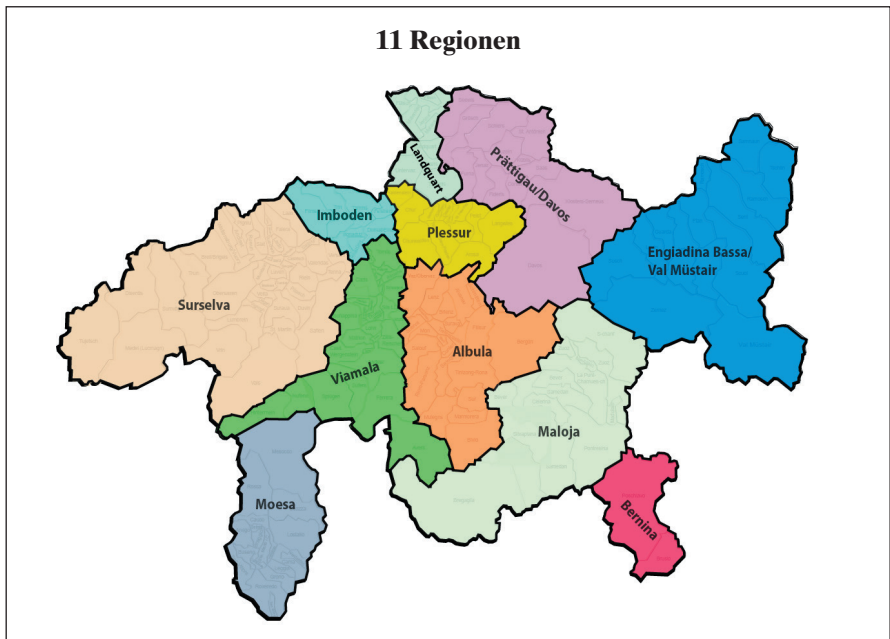
V. Eckpunkte der Anschlussgesetzgebung

1. Einteilung der Regionen

Mit der KV-Revision vom 13. Juni 2012 wurden 11 Regionen verfassungsrechtlich verankert. Es ist Sache der Anschlussgesetzgebung, die einzelnen Gemeinden den Regionen zuzuweisen. Für die Vernehmlassungsvorlage liess sich die Regierung von der Einteilung der Gemeinden zu den Bezirken leiten. In wenigen Fällen erschienen Anpassungen sinnvoll. In einzelnen Gemeinden wurden vor oder im Zuge des Vernehmlassungsverfahrens diesbezüglich Willenskundgaben des Stimmvolkes eingeholt. Die Stimmbürgerumfrage der Gemeinde Flims vom 30. Juni 2013 ergab ein klares Ergebnis zu Gunsten der Region Imboden. Noch klarer sprach sich die Gemeinde Saffiental am 15. Juli 2013 für die Region Surselva aus. Die Gemeinde Haldenstein entschied sich entgegen dem Antrag des Gemeindevorstandes für die Zugehörigkeit zur Region Plessur (statt Landquart). Deutlich fiel auch der

Entscheid des Souveräns der Gemeinde Mutten aus, der Region Viamala angehören zu wollen. Diese Willenskundgaben entsprachen somit allesamt der Zuteilung, wie sie die Regierung in ihrer Vernehmlassungsvorlage aufgeführt hatte. Die Gemeinde Schmitten ersuchte im Rahmen ihrer Stellungnahme zur Anschlussgesetzgebung Gebietsreform um Zuweisung zur Region Prättigau/Davos. Die Gemeinde berief sich dabei auf einen Auftrag der Stimmbürgerschaft vom 22. März 2013, Abklärungen und Verhandlungen bezüglich eines Zusammenschlusses (Eingemeindung) mit der Gemeinde Davos aufzunehmen. Ausserdem sei eine Wiedererwägung gegen den Beschluss der Gemeindeversammlung, den Kredit für ein Fusionsprojekt Albulatal nicht sprechen zu wollen, nicht zustande gekommen. Die Regierung sieht sich nicht veranlasst, hier eine andere Zuteilung vorzunehmen. Zum Einen konnte der Auftrag der Stimmbürgerschaft trotz Rückfrage nicht rechtsgenügend dokumentiert werden, zum Andern hat sich beim erwähnten Wiedererwägungsentscheid der Gemeindeversammlung Schmitten eine Mehrheit für die Zugehörigkeit zum Albulatal ausgesprochen. Im Regierungsbeschluss vom 30. April 2013 (Prot. Nr. 355) hat sich die Regierung zudem gegen das Gesuch der Gemeinde Schmitten ausgesprochen, den Förderraum Albulatal anzupassen.

Die dem Grossen Rat hiermit unterbreitete Regionseinteilung sieht wie folgt aus:



Region	Anzahl Gemeinden 2014	Bevölkerung 2012		Fläche ha
		Anzahl	in %	
Albula	21	8 132	4.19%	68 361
Bernina	2	4 690	2.42%	23 720
Engiadina Bassa/Val Müstair	12	9 574	4.94%	119 678
Imboden	7	19 181	9.89%	20 376
Landquart	8	23 514	12.13%	17 464
Maloja	12	18 733	9.66%	97 341
Moesa	17	8 146	4.20%	49 610
Plessur	6	41 296	21.30%	28 528
Prättigau/Davos	13	26 236	13.53%	85 340
Surselva	19	21 335	11.00%	137 339
Viamala	29	13 083	6.75%	62 758
Total	146	193 920	100.00%	710 515

2. Organisation der Regionen

Grundsätzliches

In Einklang mit den strategischen Absichten des Grossen Rates (Februar-session 2011) hat die Region hinsichtlich ihrer Organisation und Ausgestaltung gewissen Grundprinzipien zu folgen, d. h. dass

- eine regionale Plattform für die gemeinsame verbindliche Entscheidungsfindung geschaffen wird;
- die Strukturen bei der Aufgabenerfüllung vereinfacht werden;
- die Regionen besondere gemeinderechtliche Körperschaften sind;
- die Regionen eine schlanke, effiziente, einfache und einheitliche Organisation aufweisen;
- die Regionen verbindliche, rasche und demokratische Entscheide fällen;
- die Autonomie der Gemeinden gestärkt wird (keine zwingende Übertragung einer als potenziell regional eingestuften Aufgabe, d. h. keine Gemeinde wird gegen ihren Willen zur Aufgabenübertragung und damit zur verbindlichen regionalen Zusammenarbeit verpflichtet);
- mit dem Weisungsrecht des Gemeindevorstandes an die Gemeindevetreter in der Präsidentenkonferenz die Einflussnahme der Gemeinden auf regionaler Ebene gewahrt und gestärkt wird;

- in den Entscheidungsgremien ausschliesslich Vorstandsmitglieder Einsitz nehmen;
- die demokratischen Mitwirkungsrechte gewährleistet sind («Demokratie auf regionaler Ebene»);
- die freiwillige Aufgabenübertragung für kommunale Aufgaben nach einheitlichen, klaren und einfachen Grundsätzen erfolgt;
- die Regionen keine eigene Steuer- und Gesetzgebungshoheit erhalten;
- die Regionen nur, aber immerhin beschränkte Rechtsetzungskompetenz für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben erhalten.

Rechtliche Stellung und Zuständigkeiten der Organe

Die Präsidentenkonferenz (PK)

- ist als zentrales Organ Koordinations- und Entscheidungsplattform der Region;
- ist eine Art Delegiertenversammlung, d. h. ihr kommen sowohl legislative als auch exekutive Funktionen zu;
- besteht ausschliesslich aus den Präsidentinnen und Präsidenten bzw. einem anderen Gemeindevorstandsmitglied der Regionsgemeinden;
- tagt je nach Bedarf, aber mindestens zweimal pro Jahr, um über strategische Fragen zu entscheiden;
- entscheidet für alle Gemeinden, die der spezifischen Aufgabenübertragung zugestimmt haben, verbindlich;
- entscheidet grundsätzlich bei allen ihr übertragenen Aufgaben und Zuständigkeiten – abgesehen von gesetzlichen Ausstandsregelungen gemäss Gemeindegesetz – in Vollbesetzung, d. h. am Entscheid beteiligt sind u. U. auch Vertreter von Gemeinden, welche der betreffenden Aufgabenübertragung nicht zugestimmt haben;
- verfügt über die subsidiäre Generalkompetenz;
- bereitet die Statuten – gestützt auf die Musterstatuten des Kantons – zuhanden der Beschlussfassung durch die Mitgliedgemeinden vor;
- verfügt über eine beschränkte Rechtsetzungskompetenz;
- verabschiedet Leistungsvereinbarungen mit den Regionsgemeinden;
- erlässt sofern notwendig ein Geschäftsreglement, welches Einzelheiten der Organisation der Region (Verfahren bei der Entscheidungsfindung usw.) regelt.

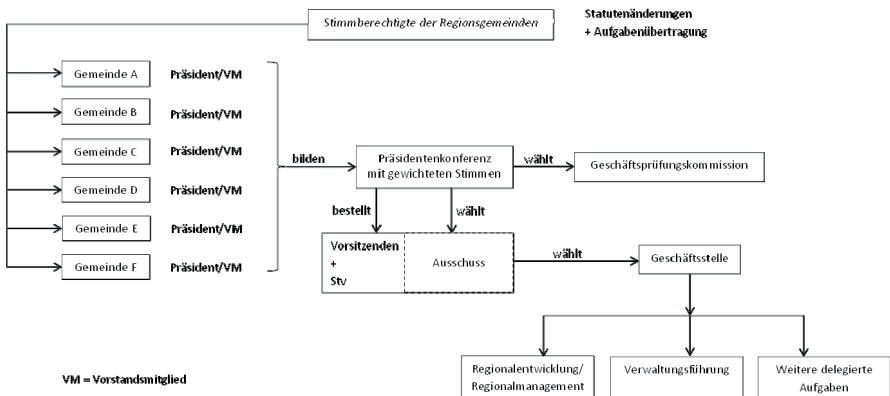
Der Regionalausschuss

- besteht aus Mitgliedern der PK;
- wird geleitet durch den Vorsitzenden der PK;
- ist eine Art Geschäftsleitung der Region;
- ist zuständig für die strategische Vorbereitung der Sitzungen der PK;
- ist zuständig für die ständigen politischen Kontakte zu kommunalen, regionalen, kantonalen und Bundesbehörden.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- wird aus den GPK der Regionsgemeinden rekrutiert;
- wird durch die PK gewählt bzw. bestimmt;
- hat sinngemäss den gleichen Aufgabenbereich wie die GPK einer Gemeinde.

Organisation der Regionen



3. Regionale Aufgaben

Die Konzeption der heutigen Regionalverbände bestimmt, dass «Aufgaben von regionaler Bedeutung» von einem Regionalverband zu erfüllen sind (vgl. Art. 50 Abs. 3 GG). Das geltende Recht schweigt sich aber darüber aus, was Aufgaben von regionaler Bedeutung sind. In der Praxis ist festzustellen, dass trotz der Qualifikation einer Aufgabe als regionale Aufgabe diese nicht immer für alle Regionalverbandsgemeinden erfüllt wird. So lässt z.B. die Gemeinde Trin die Abfallbewirtschaftung nicht durch die Region Surselva wahrnehmen.

Die Neukonzeption greift bereits vom Ansatz her weniger in die Autonomie der Gemeinden ein als die heutige Regelung der Regionalverbände. So sollen grundsätzlich die Gemeinden bestimmen, welche Aufgaben regional wahrzunehmen sind. In einzelnen Bereichen kann jedoch auch das kantonale Recht vorsehen, dass Aufgaben regional erfüllt werden müssen.

A. aufgrund kantonalen Rechts

1. (voraussichtlich auf 2015) vorgegeben:

- Regionalplanung/Richtplanung/Agglomerationsprogramm
- Berufsbeistandschaft
- Betreibungs- und Konkursamt
- Ausstellen Lotteriebewilligung

2. absehbar:

- Zivilstandswesen

B. denkbare kommunale Aufgaben

- Abfallbewirtschaftung
- Musikschulen
- Regionale Bildungsinstitute
- Regionaler Sozialdienst (vgl. Art. 5 SozHG)
- weitere

Die Regionsstatuten haben vorzusehen, welche kommunalen Aufgaben potenziell von der Region wahrgenommen werden sollen. Eine Verankerung in den Statuten braucht es dann nicht, wenn das kantonale Recht bestimmt, dass eine kommunale Aufgabe regional wahrzunehmen ist (Konstellationen A.1. in obiger Tabelle).

Mit der vom Grossen Rat vorgezeichneten Konzeption der Gebietsreform würde es sich nicht vertragen, wenn eine Gemeinde zu einer Aufgabenübertragung durch die anderen Gemeinden gezwungen werden könnte. Es muss dem freien Entscheid einer Gemeinde vorbehalten bleiben, ob sie eine kommunale Aufgabe selber oder in einer Form der interkommunalen Zusammenarbeit, wozu auch die Region gehört, wahrnehmen will. Sollte für die übrigen Gemeinden eine sinnvolle regionale Aufgabenerfüllung infolge der Ablehnung der Aufgabenübertragung durch eine einzelne Gemeinde verunmöglicht werden, kann gegebenenfalls der Weg über das kantonale Recht beschritten werden. So wurde im Rahmen des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts die Führung der Berufsbeistandschaften als regionale Aufgabe statuiert (vgl. Art. 46 EGzZGB; BR 210.100), so dass sich keine Gemeinde gegen eine regionale Aufgabenerfüllung zur Wehr setzen kann. Es versteht sich von selbst, dass für die Übernahme dieser Aufgaben durch die Region nicht noch eine Statutenrevision notwendig ist.

Wie vorliegend in II.1 ausgeführt, werden die Spitalregionen und die Pflegeheimregionen durch die Gebietsreform nicht tangiert. Die Festlegung der entsprechenden Regionen erfolgt im Krankenpflegegesetz (Spitalregionen)

oder basiert auf dem Krankenpflegegesetz (Pflegeheimregionen, Spitexregionen).

In Bezug auf das Zivilstandswesen lässt sich folgendes festhalten: Es bestehen aktuell 13 Zivilstandskreise, welche das Gebiet eines oder mehrerer Kreise umfassen. In finanzieller Hinsicht sind die Zivilstandskreise von den Gemeinden abhängig, da diese die Kosten tragen bzw. das Kreisdefizit übernehmen (vgl. Art. 20b EGzZGB). Auch bei der Aufgabenzuweisung des Zivilstandswesens gäbe es wiederum drei verschiedene Möglichkeiten, welcher Ebene die Aufgabe zukünftig zugewiesen werden soll: Gemeinde, Region, Kanton. Gemäss der kantonalen Vollziehungsverordnung über das Zivilstandswesen sind die Kreise und nicht mehr die Gemeinden für das Zivilstandswesen zuständig. Diese Aufgabe künftig wieder den Gemeinden zu übertragen, würde wohl der bundesrechtlichen Zivilstandsverordnung und der darin vorgesehenen Professionalisierung widersprechen. Der bundesrechtlich vorausgesetzte Beschäftigungsgrad könnte nur von wenigen Gemeinden erreicht werden; die übrigen wären daher gezwungen, sich überkommunal zusammenschliessen. Eine solche Entwicklung würde jedoch im Widerspruch zu den Zielen der vorliegenden Gebietsreform stehen. Das Zivilstandswesen zu kantonalisieren, erweist sich nicht als notwendig. Es ist deshalb absehbar, dass im Rahmen der auf die Umsetzung der Gebietsreform hin vorzunehmenden Teilrevision der kantonalen Zivilstandsverordnung (KZStV; BR 213.500) bei den Regionen als Aufgabenträgern angeknüpft werden wird. Allfällige Anpassungen an die Regionen bzw. die formelle Übernahme der Trägerschaft durch diese können nach Aufbau der Regionen zur Diskussion gestellt werden. Die Regierung wird dannzumal die heutige Einteilung der Zivilstandskreise einer Überprüfung unterziehen und in Kenntnis der Ausgestaltung der künftigen Regionen sowie nach Rücksprache mit den Regionen darüber befinden und auch die Frage klären, inwieweit sich eine Reduktion der Anzahl Zivilstandsämter aufdrängt.

4. Aufgabenübertragung und Rücknahme von Aufgaben

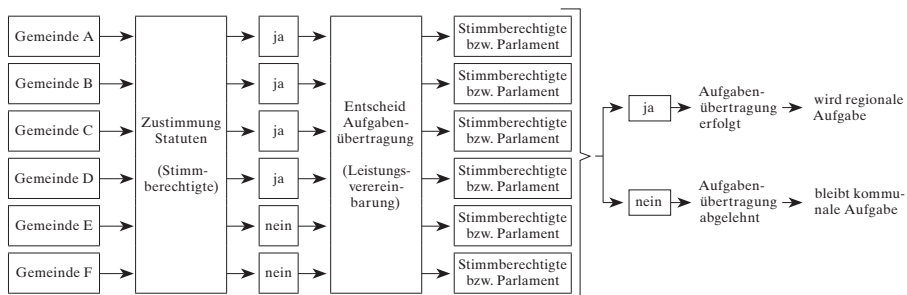
Die freiwillige Übertragung von kommunalen Aufgaben (z.B. Abfallbewirtschaftung, Abwasserbeseitigung, Musikschulen usw.) an die Regionen ist im Interesse einer höchstmöglichen Rechtsklarheit und Übersichtlichkeit für alle Regionen nach einheitlichen, nachvollziehbaren und einfachen Kriterien auszugestalten. Die Übertragung der Aufgabenerfüllung an die Region erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. In einem ersten Schritt beschliessen die Regionsgemeinden über die Statuten, welche die potentiell regional zu erfüllenden Aufgaben aufführen; in einem zweiten Schritt erfolgt die kon-

krete und definitive Aufgabenübertragung. Im Einzelnen gilt folgender Verfahrensablauf bei der Aufgabenübertragung:

- Die potentiell regional zu erfüllenden Aufgaben sind in die Regionsstatuten aufzunehmen. Die Stimmberechtigten der Regionsgemeinden entscheiden über den Erlass und die Änderung der Statuten. Die Statuten sind angenommen, wenn die Mehrheit der Gemeinden diesen zustimmt, d. h. sie gelten auch für die nicht zustimmenden Gemeinden.
- Für die Übertragung einer in den Statuten formulierten Aufgabe schliesst die Gemeinde mit der Region eine Leistungsvereinbarung (öffentlich-rechtlicher Vertrag) ab. Für die konkrete Aufgabenübertragung mittels Leistungsvereinbarung sind in jedem Falle die Stimmberechtigten bzw. ist das Gemeindeparlament zuständig. In Gemeinden, welche den Statuten nicht zugestimmt haben, folgt die Zuständigkeit zwingend daraus, dass sich die Stimmberechtigten damit zu einer potentiellen Aufgabenübertragung ablehnend geäußert haben; soll die Aufgabe nun dennoch übertragen werden, ist dieser ablehnende Entscheid zu berücksichtigen bzw. soll sich dasselbe Organ erneut zu dieser strategischen Organisationsfrage äussern können. Bei Gemeinden, welche den Statuten zugestimmt haben, erklärt sich die Zuständigkeit der Stimmberechtigten bzw. des Parlaments aus der Tatsache, dass die Leistungsvereinbarung Bestimmungen enthalten kann (z. B. über die mit der Aufgabenerfüllung durch die Region verbundenen Kosten), mit welchen bei der Zustimmung zu den Statuten nicht unbedingt gerechnet werden konnte bzw. musste, d. h. die nicht voraussehbar waren. Es ist zu verhindern, dass der Stimmbürger erkennen muss, dass er in voller Kenntnis der Folgen seines Entschides den Statuten nicht zugestimmt hätte. Aus sachlichen und politischen Gründen ist der Entscheid über die Leistungsvereinbarung deshalb dem gleichen Stimmkörper zu unterbreiten, welcher über die Statuten entschieden hat.

Aufgabenübertragung: Zuständigkeiten und Verfahren

Ausgangslage: 6 Regionsgemeinden, Übertragung der Aufgabe x



Die Gemeinde soll, unter Einhaltung der in den Regionsstatuten definierten Voraussetzungen, frei sein, eine Aufgabe wieder in die eigene Zuständigkeit zurückführen zu können. Die Hürden für eine solche Rückübernahme (z.B. Kündigungsfristen, maximale Dauer der Leistungsvereinbarung) dürfen dabei nicht übermässig hoch gesetzt werden.

5. Regionen und Regionalgerichte

Gemäss Art. 54 Ziff. 2 nKV bilden die Regionalgerichte untere kantonale Gerichte. Die Berührungspunkte zur Region sind einzig territorialer Natur, indem die Perimeter der Regionen die Sprengel für die Regionalgerichte darstellen (vgl. Art 71 Abs. 3 nKV). Aufgrund des Umstandes, dass es sich um untere kantonale Gerichte handelt, gelten die Unvereinbarkeitsbestimmungen gemäss Kantonsverfassung (Art. 22) bzw. Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (BR 170.300; Art. 3). Ebenso sind die Wählbarkeitsvoraussetzungen dieselben wie für die oberen kantonalen Gerichte (Art. 21 KV). Die Bestellung der Richterinnen und Richter erfolgt weiterhin nach dem bisherigen System. Die entsprechende Volkswahl wird durch die Regierung angeordnet, die Ersatzwahlen durch die Verwaltungskommission der Regionalgerichte (vgl. Art. 15 Gesetz über die politischen Rechte, GPR; BR 150.100). Es kommen den Regionen mithin keine Kompetenzen in Bezug auf die Gerichtsadministration oder die erstinstanzliche Gerichtsbarkeit zu. Die Finanzierung der Regionalgerichte übernimmt weiterhin vollumfänglich der Kanton.

Die Bezirksgerichte werden bis Ende 2016 mit ihrer heutigen Bezeichnung und für den heutigen Sprengel zuständig bleiben. Erst ab 2017 werden die Bezeichnung Regionalgerichte Verwendung sowie die neuen Regions-

bezeichnungen (Engiadina Bassa/Val Müstair statt Inn bzw. Viamala statt Hinterrhein) Anwendung finden. Für die beiden Gemeinden Haldenstein und Mutten, bei welchen die Region nicht deckungsgleich mit dem heutigen Bezirk ist, ändert sich somit per 1. Januar 2017 die örtliche richterliche Zuständigkeit.

Auf diesen Zeitpunkt hin sind die notwendigen Anpassungen der für die Regionalgerichte massgeblichen Rechtserlasse vorzunehmen, was mittels einer separaten Vorlage (GOG-Revision) erfolgen wird. Diese Revision wird so zu terminieren sein, dass sie rechtzeitig auf den 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt werden kann.

VI. Ausgestaltung der Vorlage

1. Formelle Ausgestaltung der Vorlage

Der Grosse Rat befürwortete eine etappierte Umsetzung der Gebietsreform. Im Rahmen der Teilrevision der Kantonsverfassung vom 13. Juni 2012 wurden die mittlere Ebene im Grundsatz beschlossen und die wichtigsten Regelungen statuiert. Für die Anschlussgesetzgebung ist Art. 31 Abs. 2 KV zu beachten, wonach wichtige Bestimmungen in der Form des Gesetzes zu erlassen sind. Die vorliegende Anschlussgesetzgebung umfasst eine Totalrevision des Gesetzes über die Einteilung des Kantons in Bezirke und Kreise sowie Teilrevisionen von 19 Gesetzen im Rahmen eines Mantelgesetzes, eine Teilrevision des Notariatsgesetzes, den Erlass des EGzSchKG, eine Teilrevision des Gesetzes über das Lotteriewesen, eine Teilrevision der GGO, eine Teilrevision der grossrätlichen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen sowie die Aufhebung der GVV zum SchKG.

Die Teilrevision des GG wurde zum Anlass genommen, wo nötig die Begrifflichkeiten des neuen Rechnungslegungsmodells (HRM2) zu übernehmen.

2. Anpassung der Gesetzgebung

Mit der vorliegenden Anschlussgesetzgebung ist sicherzustellen, dass die den Kreisen und Regionalverbänden übertragenen Aufgaben bereits per 2015 (voraussichtliches Inkrafttreten) durch die neuen Aufgabenträger wahrgenommen werden können und dass die übergangsrechtlichen Fragestellungen sorgfältig und praktikabel beantwortet werden.

Aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung und der Vorbehalte seitens des Kantonsgerichts und sämtlicher Bezirksgerichte wird die Umsetzung von Art. 54 Ziff. 2 nKV (Regionalgerichte als untere kantonale Gerichte) in einem separaten Revisionsverfahren vorgenommen. Es besteht kein unmittelbarer Zusammenhang zur Gebietsreform, weshalb die Teilrevision des GOG ohne Weiteres in ein separates Revisionsprojekt verwiesen werden kann. Auch zeitlich besteht keine Dringlichkeit, die Gerichtsorganisation zeitgleich mit der Anschlussgesetzgebung Gebietsreform anpassen zu müssen, bilden doch gemäss Art. 108 Abs. 2 nKV die Bezirke bis Ende 2016 Gerichtssprengel für die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit.

VII. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

1. Anpassung der Gesetzgebung

Um die Gebietsreform umzusetzen, sind insgesamt 19 Gesetze in Form eines Mantelgesetzes zu revidieren. Total revidiert wird das Gesetz über die Einteilung des Kantons in Bezirke und Kreise. Um den Grundsatz der Einheit der Materie zu wahren, werden die Teilrevision des Notariatsgesetzes, der Erlass des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs sowie die Teilrevision des Gesetzes über das Lotteriewesen separat zur Beschlussfassung vorgelegt. Ebenfalls separat werden die Teilrevisionen der grossrätlichen Verordnungen «GOG» und «Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)» sowie die Aufhebung der «GVV zum SchKG» dem Grossen Rat zum Beschluss vorgelegt.

2. Bestimmungen des Mantelgesetzes

Art. 1 Gegenstand und Zweck

Da die Umsetzung der Gebietsreform in einem eigenständigen Rechtserlass (Mantelgesetz) geregelt werden soll, werden Gegenstand und Zweck in einem einleitenden Artikel ausdrücklich festgehalten.

Art. 2 Totalrevision Einteilungsgesetz

Das Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Bezirke und Kreise vom 12. März 2000 wird aufgehoben und durch eine Totalrevision ersetzt. Der neue im Anhang I aufgeführte Erlass ist als integrierender Bestandteil des Mantelgesetzes zu verstehen (nachstehende Ziff. 3)

Art. 3 Teilrevision Gemeindegesetz

Das GG wird in einem bedeutenden Umfang revidiert und ist ebenfalls integrierender Bestandteil des Mantelgesetzes (Anhang II, nachstehende Ziff. 4).

Art. 4 Weitere Änderungen von Gesetzen

18 Erlasse werden mithilfe dieser Bestimmung teilrevidiert (nachstehende Ziff. 5).

Art. 5 Anpassung von grossrätlichen Verordnungen

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Gebietsreform muss eine grossrätliche Verordnung angepasst werden, die sich nicht auf ein kantonales Gesetz im formellen Sinn abstützt. Es handelt sich um die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz; BR 500.200). Gemäss Art. 32 Abs. 1 KV kann der Grosse Rat Verordnungen nur erlassen und revidieren, wenn er durch Gesetz ausdrücklich dazu ermächtigt wird. Die notwendige Ermächtigung an den Grossen Rat zur Anpassung der genannten Verordnung wird im Rahmen des vorliegenden Mantelgesetzes geschaffen. Die vorgesehenen Änderungen stellen redaktionelle Anpassungen und damit keine wichtigen Bestimmungen im Sinne von Art. 31 KV dar.

Art. 6 Referendum, Inkrafttreten

Die Regierung beabsichtigt, das Mantelgesetz auf den 1. Januar 2015 in Kraft zu setzen (nachstehende Ziff. 6).

3. Totalrevision Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Bezirke und Kreise (BR 110.200)

Art. 1 Einteilung

Vorliegend wird eine Totalrevision des Einteilungsgesetzes vorgenommen. Das bisherige Einteilungsgesetz legifizierte zu den Bezirken und Kreisen. Dieser Umstand kommt auch in den Schlussbestimmungen zum Ausdruck. Die übergangsrechtlichen Bestimmungen für die Regionalverbände werden im Gemeindegesetz geregelt, wo die Regionalverbände heute angeknüpft sind.

Die Zuteilung der Gemeinden zu den Regionen leitet sich von der heutigen Bezirkseinteilung ab und berücksichtigt die erfolgten Willenskundgaben der Gemeinden (vgl. Bemerkungen zu Ziff. V.1).

Die Aufzählung der Gemeinden berücksichtigt die Gemeindegemeinschaften bis zum 1. Januar 2014. Auch wenn im Gesetz alle Regionsgemeinden namentlich aufgeführt sind, bedeutet dies nicht, dass jeder Gemeinde-

zusammenschluss dazu führen wird, dass die Gesetzesbestimmung jeweils teilzurevidieren wäre. Analog der heutigen Praxis wird das Einteilungsgesetz laufend fortgeschrieben. Der Gemeindezusammenschluss selbst tritt durch die Zustimmung des Grossen Rates in Kraft, wobei der Beschluss endgültig ist (vgl. Art. 88 GG).

Änderungen im Bestand der Regionen können nur durch eine Revision der Kantonsverfassung erfolgen.

Angeknüpft wird mit Ausnahme der Region Surselva an den heutigen Bezirkshauptorten. Wenn die Regionen jeweils über einen Hauptort (Sitz) verfügen, heisst dies nicht, dass sie nicht für die jeweilige Aufgabenerfüllung über Aussenstellen verfügen können (z. B. Sitz des Betreibungs- und Konkursamtes, Sitz des Zivilstandsamtes etc.; vgl. auch Bemerkungen zu Ziff. IV.2.3, Bst. f).

Art. 2 Gemeindezusammenschlüsse

Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich Gemeindezusammenschlüsse über die Regionsgrenzen hinweg ergeben. Diesem Umstand wird durch Art. 2 Rechnung getragen. Die Gemeinden sollen die Möglichkeit haben, diesen Umstand im Fusionsvertrag regeln zu können. Die Regierung genehmigt den Fusionsvertrag (vgl. Art. 91 GG) und entscheidet damit letztlich über die Regionszugehörigkeit. Im Rahmen des Genehmigungsentscheids wird die Regierung die Auswirkung des Gemeindezusammenschlusses auf die Regionen berücksichtigen.

Art. 3 Archive

Abs. 1: Es geht hier um das historisch bedeutsame bzw. archivierungswürdige Schriftgut der aufgelösten Kreise. Was die Akten der Regionalverbände betrifft, wird eine entsprechende Bestimmung in die Teilrevision des Gemeindegesetzes aufgenommen. Soweit Archivakten der Bezirksgerichte bestehen, gehen diese ohne Weiteres zu den Regionalgerichten über.

Abs. 2: Insbesondere die Kreisarchive verfügen teilweise über einen historisch wertvollen Archivbestand, so dass eine zentrale Lösung im Staatsarchiv im Interesse des Kantons ist. Es rechtfertigt sich im Gegenzug, auf eine Kostenfolge für die Regionen zu verzichten, wenn sie die Archivalien dem Staatsarchiv anbieten. Selbstverständlich ist eine Archivalienübergabe mit dem Staatsarchiv abzusprechen. Die Übernahme hängt von den personellen und räumlichen Verhältnissen auf Seiten des Staatsarchivs ab. Entsprechende Möglichkeiten eröffnet der geplante Kulturgüterschutzraum am Münzweg in Chur.

Abs. 3: Zu einer erfolgreichen Liquidation der Kreise gehört auch ein sorgfältiger Umgang mit dem Archivgut. Mit dieser Bestimmung soll verhindert werden, dass sich die letzten Organe ihrer diesbezüglichen Verantwortung entziehen, weil es den Kreis nicht mehr gibt. Auch nach dem Auflösungs-

zeitpunkt können und müssen die letzten Organe im Bedarfsfalle die Auf-
lösungshandlungen noch vollziehen.

Art. 4 Arbeitsmittel, Mobiliar und Grundstücke

Abs. 1: Die Übertragung der Aufgaben von den Kreisen bzw. Bezirken an die Region sollte mit möglichst wenig Aufwand erfolgen. Dabei ist es sinnvoll, dass die Region die benötigten Arbeitsmittel und das Mobiliar entschädigungslos erhält. In Bezug auf die Regionalgerichte ist diesbezüglich ohnehin keine Schwierigkeit zu erwarten, da nur für wenige Gemeinden die territoriale Zugehörigkeit ändert, was die Anpassungen auf Seiten der Gerichte äusserst klein halten wird. Dies wird im Rahmen einer GOG-Revision näher ausgeführt. Eine parallele Bestimmung findet sich im Gemeindegesetz betreffend die Arbeitsmittel, das Mobiliar und die Grundstücke der Regionalverbände. Selbstverständlich erfolgt die Übertragung nur innerhalb der Region und nicht z. B. von einem Kreis einer Region in eine andere Region. Damit lässt sich auch die Unentgeltlichkeit rechtfertigen.

Abs. 2: Liegenschaften, die zur Erfüllung der Kreisaufgaben benötigt werden, sollen auch den Regionen zur Verfügung stehen, sofern sie die entsprechende Aufgabe auch wahrnehmen. Im Rahmen einer Erhebung werden die für die Aufgabenerfüllung benötigten Grundstücke und beschränkten dinglichen Rechte (z. B. Baurechte) ermittelt. Gestützt darauf sollen die Regionen in der Folge die Grundbuchanmeldung abgeben können.

Was das Schicksal der Liegenschaften der Bezirksgerichte betrifft, so wird dies im Rahmen der anstehenden Revision des GOG geregelt werden. Soweit ersichtlich, betrifft dies einzig das Bezirksgericht Landquart. In diesem Zusammenhang stellt sich insbesondere die Frage, ob den Regionalgerichten weiterhin eine Rechts- und Handlungsfähigkeit zukommen soll (vgl. auch Bemerkungen unter Ziff. IV.2.3, Bst. g).

Abs. 3: Die Kreise verfügen teilweise über historische Gebäulichkeiten, die nicht für die Aufgabenerfüllung benötigt werden (z. B. besitzt der Kreis Sursee die Burg Riom). Diese Liegenschaften sollen ins Gesamteigentum der Kreisgemeinden fallen. Mit der Regelung soll verhindert werden, dass hierfür (Liegenschaften-) Zweckverbände gebildet werden. Soweit ersichtlich, liegen bei den Bezirken keine derartigen Konstellationen vor, so dass auf eine entsprechende Regelung verzichtet werden kann.

Abs. 4: Es könnte zwischen Kreis und Region unter Umständen streitig sein, ob die Region ein bestimmtes Grundstück usw. für die Aufgabenerfüllung benötigt oder nicht und ihr somit entschädigungslos (Abs. 2) zu übertragen ist oder ob es ins Gesamteigentum der Kreisgemeinden übergeht (Abs. 3). Falls die Zuteilung nicht im Einvernehmen zwischen Kreis und Region erfolgen kann, wird die Regierung in Abs. 4 zu einem endgültigen Entscheid ermächtigt. Vorsorglich soll auch eine Kompetenz in Bezug auf Bezirks-

liegenschaften aufgenommen werden, obwohl eine Relevanz, wie in Abs. 3 erwähnt, kaum auszumachen ist. Eine analoge Bestimmung findet sich in Art. 103g GG.

Art. 5 Vermögen und Verbindlichkeiten

Abs. 1: Jeder Kreis hat in seiner Verfassung Regeln statuiert, nach denen ein Kreisdefizit verteilt würde. Es ist sachgerecht, diese Regelung auch bei einer Überschussverteilung anzuwenden. Selbstverständlich kommt die Regelung auch zum Tragen, wenn die «Liquidationsbilanz» einen Passivenüberschuss ausweist. Mit dem automatischen Übergang der Aktiven auf die Kreisgemeinden sind diese (bei mehreren Kreisgemeinden: im Sinne einer Streitgenossenschaft) auch berechtigt, Forderungen geltend zu machen, Inkassomassnahmen vorzunehmen und im Bedarfsfalle auch gerichtlich einzuklagen.

Abs. 2: Hier geht es um Verbindlichkeiten der Kreise, die erst nach der Auflösung ersichtlich oder geltend gemacht werden. Für Staatshaftungsfälle besteht eine Nachdeckung. Ein Rückgriff auf fehlbare Kreisbehörden und Kreisangestellte ist möglich, sofern die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Abs. 3: Von Seiten der Kreise ist der Wunsch nach einer Bestimmung für die Rechnungsabnahme geäussert worden. Verschiedene Kreise legen nicht jährlich Rechnung ab, sondern in einem überjährigen Turnus. Die Formulierung der Bestimmung berücksichtigt das Anliegen. Es rechtfertigt sich, die Rechnungsabnahme durch die Regionen vornehmen zu lassen. Absatz 3 berücksichtigt den Umstand, dass vereinzelt Kreisgemeinden einer anderen Region angehören werden (so gehört die Gemeinde Haldenstein der Region Plessur an, während die anderen Gemeinden des Kreises Fünf Dörfer der Region Landquart angehören. Eine Rechnungsabnahme durch die Region Landquart erscheint ohne Weiteres als zweckmässig).

Abs. 4 statuiert in Form einer Generalklausel ein Recht und eine Verpflichtung der letzten Kreisorgane, für eine ordnungsgemässe Auflösung der Kreise zu sorgen.

Art. 6 Aufhebung bisherigen Rechts

Abs. 2 ist im Zusammenhang mit Art. 108 KV (Fassung vom 23. September 2012) zu sehen. Der generelle Verweis auf die Bestimmungen, wie sie am Vortag des Inkrafttretens der Einteilung des Kantons gegolten haben, soll verhindern, dass Rechtslücken entstehen. Tritt die Einteilung des Kantons in Regionen am 1. Januar 2015 in Kraft, so sind die Bestimmungen, wie sie am 31. Dezember 2014 gegolten haben, für die Kreise und Bezirke massgebend. Obwohl die Kreise beispielsweise in Art. 78 Abs. 1 des Steuergesetzes (BR 720.000) nicht mehr erwähnt sind, ist damit gewährleistet, dass die Steuerbefreiung für die Dauer ihres Bestehens weiterhin abgeleitet werden kann.

Art. 7 Inkrafttreten

Die Regierung beabsichtigt, das Gesetz auf den 1. Januar 2015 in Kraft zu setzen.

4. Teilrevision Gemeindegesetz (BR 175.050)

Art. 1 I. Geltungs- und Regelungsbereich

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung.

Art. 9 2. Übertragbare Befugnisse a) Gemeinden ohne Gemeindeparlament

Lit. c: Redaktionelle Anpassung gemäss HRM2.

Lit. g: Redaktionelle Anpassung gemäss HRM2.

Lit. i: Redaktionelle Anpassung.

Art. 10 b) Gemeinden mit Gemeindeparlament

Abs. 1 lit. e: Redaktionelle Anpassung.

Abs. 2: Redaktionelle Anpassung gemäss HRM2.

Art. 49 Buchführung und Jahresrechnung

Abs. 3: Redaktionelle Anpassung.

Art. 50 I. Grundsatz, Formen und anwendbares Recht

Aus gesetzessystematischer Sicht rechtfertigt es sich, die Region unter dem Abschnitt «Interkommunale Zusammenarbeit» einzuordnen. Zwar handelt es sich bei ihr – im Gegensatz zu den übrigen in Art. 50 aufgeführten Zusammenarbeitsformen – nicht um einen freiwilligen Zusammenschluss von Gemeinden zur gemeinsamen Aufgabenerfüllung, sondern um einen vorgegebenen Gebietsperimeter, innerhalb welchem die angeschlossenen Gemeinden ihnen übertragene kantonale und kommunale Aufgaben erfüllen (weshalb die Statuierung dieser Zusammenarbeitsform in einem separaten Absatz gerechtfertigt ist). Jede Region ist mit anderen Worten von Gesetzes wegen flächendeckend und bezieht grundsätzlich alle dazugehörigen Gemeinden ein. Dennoch handelt es sich letztlich um eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung durch Gemeinden.

Abs. 1 lit. a: Redaktionelle Anpassung.

Abs. 2, 3: Ab Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen (voraussichtlich per 2015) ist die Aufgabenübertragung auf den Kreis und die Regionalverbände nicht mehr möglich (vgl. Art. 108 Abs. 3 nKV).

Abs. 2: Als eine der möglichen Zusammenarbeitsformen ist die Region im Grundsatzartikel 50 aufzunehmen. Während bei den Rechtsformen ge-

mäss Abs. 1 die Gemeinden frei sind zu entscheiden, in welchem Gebietsperimeter sie eine Aufgabe gemeinsam erfüllen wollen, ist das Regionsgebiet kantonrechtlich bestimmt (vgl. Einteilungsgesetz). Es rechtfertigt sich deshalb, für die Zusammenarbeitsform der Region einen eigenen Absatz zu bilden (s. auch einleitende Bemerkungen zu diesem Artikel).

Im Gegensatz zu den Regionalverbänden, denen Gemeindeaufgaben, die als regional eingestuft wurden, zwingend zu übertragen waren (vgl. Art. 69 KV und Art. 50 Abs. 3 GG), sieht die neue Regelung bei der Übertragung von entsprechenden Gemeindeaufgaben eine Kann-Formulierung vor.

Zu einzelnen Aspekten der Aufgabenübertragung vgl. Art. 62b.

Abs. 5: Die integrale, sinngemässe Anwendung der Vorschriften des GG (z. B. Unvereinbarkeit [Art. 21], Ausschlussgründe [Art. 22], Ausstandsgründe [Art. 23], Protokollführung [Art. 25]) lässt sich nicht ohne Weiteres auf alle Formen der Gemeindeverbindungen übertragen. Es ist einerseits zu unterscheiden zwischen den «traditionellen», gemeindeähnlichen kommunalen (z. B. Meliorationsgenossenschaft) bzw. interkommunalen Körperschaften (Regionalverband, Gemeindeverband), auf welche die allgemeinen Bestimmungen des GG primär zugeschnitten sind (vgl. auch Art. 54, wonach die Regional- und Gemeindeverbände im Umfang ihrer Aufgaben an die Stelle der ihnen angeschlossenen Gemeinden treten, womit ihnen auch deren Autonomie zukommt) und den übrigen Zusammenarbeitsformen andererseits, auf welche sich die entsprechenden Vorschriften des GG nicht *tel quel* übertragen lassen. Der bisherige Abs. 5 ist deshalb zu wenig differenziert formuliert. Diese Problematik soll jedoch nicht zum Gegenstand der vorliegenden Teilrevision gemacht, sondern anlässlich der Totalrevision des GG näher geprüft werden.

Die Regionen weisen gemäss dem neuen Art. 71 KV die Rechtsform einer Körperschaft des kantonalen öffentlichen Rechts auf, weshalb sich eine sinngemässe Anwendung der fraglichen Vorschriften des GG rechtfertigt. Von dieser generellen Übernahme ist dort abzusehen, wo spezielle Regelungen für die Region bestehen (z. B. bei der Rechnungsablage), weshalb Abs. 5 entsprechend relativiert werden soll.

Art. 51 II. Gemeindeverbände 1. Begriff und Entstehung

Marginalie: Mit der redaktionellen Anpassung des Randtitels werden die Gemeindeverbände (Ziff. II.) systematisch richtigerweise derselben Stufe zugewiesen wie die Regionen (Ziff. IV.). Damit folgen die Marginalien konsequent der Terminologie gemäss Art. 50. Die gesetzgeberische Inkonsequenz, dass der Randtitel von Art. 51 «II. Gemeindeverbindungen mit Rechtspersönlichkeit» lautet, dann aber gleichwohl nur die Gemeindeverbände und nicht auch die Regionen (welche ja dieselbe Rechtsform aufweisen) unter dieser Gliederung geregelt werden, wird damit verhindert.

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung.

Art. 52 2. Statuten

Marginalie: Redaktionelle Anpassung.

Abs. 1 lit. i: Dieser Artikel stellt klar, dass künftige Statuten eine ausserordentliche Auflösungsbestimmung enthalten müssen. Zudem kommt die kantonrechtliche Bestimmung aufgrund des Wortlautes auch bei jenen bestehenden Verbänden zur Anwendung, deren Mitgliedgemeinden in einen Fusionsprozess involviert sind, aber keine entsprechende Statutenbestimmung aufweisen. Die Bestimmung beseitigt eine Fessel, welche einem Gemeindezusammenschluss entgegen stehen kann.

Abs. 1 lit. l: Redaktionelle Anpassung.

Art. 53 3. Unübertragbare Befugnisse der Stimmberechtigten

Marginalie: Redaktionelle Anpassung.

Abs. 1 lit. b: Redaktionelle Anpassung.

Art. 54 4. Rechtliche Stellung

Marginalie: Redaktionelle Anpassung.

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung.

Art. 55 5. Beitrittsverfügung

Marginalie: Redaktionelle Anpassung.

Abs. 1: Die Bestimmung soll (mit der redaktionellen Anpassung) beibehalten werden, obwohl sich im Zusammenhang mit einer Beitrittsverfügung verschiedene, berechtigte Fragen stellen. Die Problematik soll jedoch nicht im Rahmen der Gebietsreform, sondern im Zuge der Totalrevision des GG angegangen werden.

Art. 56 6. Jahresrechnung und Geschäftsbericht

Marginalie: Redaktionelle Anpassungen.

Abs. 1: Redaktionelle Anpassungen.

Abs. 2: Redaktionelle Anpassungen (vgl. auch Bemerkungen zu Art. 9 lit. c und g und Art. 10 Abs. 2).

Abs. 3: Redaktionelle Anpassung.

Art. 57 2. Regionalverbände a) Mitgliedschaft, Abgrenzung

Die Regionalverbände werden grundsätzlich ab Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen (voraussichtlich per 1. Januar 2015) durch die Regionen abgelöst, wobei ihnen eine zweijährige Übergangszeit gewährt wird. Die spezifischen Bestimmungen über die Regionalverbände (Art. 57 bis 59 und 90) werden in der Folge aufgehoben.

Art. 58 b) Zusammenarbeit und Integration bestehender Organisationen

Vgl. Bemerkungen zu Art. 57.

Art. 59 c) Organisation

Vgl. Bemerkungen zu Art. 57.

Art. 61 IV. Kreise

Gemäss Art. 108 Abs. 1 nKV bestehen jene Kreise, welche von Gemeinden delegierte Aufgaben wahrnehmen, bis zwei Jahre nach Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen als Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts weiter. Für diese Kreise wird die entsprechende Weitergeltung von Art. 61 wie auch der weiteren der für sie massgebenden Bestimmungen bis zwei Jahre nach Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen (voraussichtlich: 1. Januar 2017) im neuen Einteilungsgesetz statuiert.

Art. 62 V. Regionen 1. Grundsatz

Das vorgeschlagene Regionenmodell führt neben Kanton und Gemeinden nicht zu einer dritten staatlichen Ebene im Kanton (vgl. GRP Juni 2012, S. 1387), da weder eine umfassende Zuständigkeit für alle regionalen Aufgaben noch die Region als «Herstellerin» von Gütern oder Dienstleistungen auftritt (die Region nimmt nicht originär Aufgaben wahr, sondern erfüllt die ihr vom Kanton und den Gemeinden übertragenen Aufgaben [abgeleitete Aufgabenerfüllung]); sie wird vielmehr als strategische Entscheidungsplattform in regionalen Angelegenheiten eingesetzt. Aus staatsrechtlicher Sicht handelt es sich beim Regionenmodell somit am ehesten um eine spezielle Form der interkommunalen Zusammenarbeit und nicht um eine voll ausgebildete dritte Staatsebene zwischen Kanton und Gemeinden.

Der Grundsatzartikel 62 stützt sich auf die neue verfassungsrechtliche Grundlage von Art. 71 KV und umschreibt den Zweck der Regionen. Diese dienen der wirkungsvollen Erfüllung von kommunalen Aufgaben der in einer Region vereinten Gemeinden (*Abs. 1*) und ermöglichen überdies die regionale Zusammenarbeit und die Wahrnehmung der ihnen vom Kanton übertragenen Aufgaben (*Abs. 2*). Mit der Formulierung, dass die Aufgabenerfüllung «wirkungsvoll» sein soll, wird eine besondere Effizienz und Effektivität angestrebt, welche insbesondere durch die verbindlichen Entscheidungsstrukturen und die schlanke Organisation erreicht werden sollen.

Abs. 2: Neben der Aufgabenübertragung durch die Gemeinden kann auch der Kanton Aufgaben auf die Regionen übertragen (z.B. Berufsbeistandschaften [vgl. Art. 46 Abs. 1 EGzZGB]). Für solche Aufgabenübertragungen ist eine kantonalgesetzliche Rechtsgrundlage erforderlich.

Abs. 3: Die Verbindlichkeit der Beschlüsse gilt für all jene Gemeinden, welche einer konkreten Aufgabenübertragung auf die Region zugestimmt haben, d.h. Gemeinden, welche eine Aufgabe zwar übertragen haben, bei einem Beschluss der Region jedoch überstimmt wurden, können sich über Entscheide der zuständigen Regionsorgane nicht hinwegsetzen.

Art. 62a 2. Rechtliche Stellung

Die Gemeinden treten mit der Übertragung einer Aufgabe zumindest einen Teil ihrer Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit an die Region ab. Im Gegensatz zum Gemeindeverband (vgl. Art. 54) tritt die Region im übertragenen Aufgabenbereich jedoch nicht zwingend an die Stelle der Gemeinden, womit sie diesen auch nicht in jedem Fall rechtlich gleichgestellt ist. Die Übertragungsgrundlage (Leistungsvereinbarung; vgl. Art. 62b) regelt den Umfang der übertragenen Aufgabe, die Art und die Modalitäten der Aufgabenerfüllung sowie die Finanzierung näher. Der Region kommt damit, zumindest nicht automatisch, jene Autonomie zu wie den Gemeinden bzw. den Gemeindeverbänden.

Die Regionen erhalten keine Steuerhoheit. Dies ergibt sich zunächst aus Art. 94 KV. Danach erhalten Steuerhoheit der Kanton und die Gemeinden sowie die Landeskirchen und deren Kirchgemeinden. Diese Aufzählung ist abschliessend. Die fehlende Steuerhoheit ergibt sich im Übrigen aber auch aus dem Wortlaut von Art. 62a selber. Aus diesem folgt eine Einschränkung der Abgabehoheit der Region auf Kausalabgaben, womit ihr die Steuerhoheit indirekt abgesprochen wird. Eine ausdrückliche Statuierung der fehlenden Steuerhoheit für die Region erübrigt sich damit.

Art. 62b 3. Aufgabenübertragung

Abs. 1: Bei der Übertragung einer Gemeindeaufgabe auf die Region handelt es sich um eine Auslagerung einer Aufgabe im Sinne der Art. 63 ff. Die freiwillige Übertragung von kommunalen Aufgaben (z.B. Abfallbewirtschaftung, Abwasserbeseitigung, Musikschule) an die Region ist im Interesse einer höchstmöglichen Rechtsklarheit und Übersichtlichkeit für alle Regionen nach einheitlichen, nachvollziehbaren und einfachen Kriterien auszugestalten. Die Übertragung der Aufgabenerfüllung an die Region erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. In einem ersten Schritt beschliessen die Regionsgemeinden über die Statuten, welche die potentiell regional zu erfüllenden Aufgaben enthalten; in einem zweiten Schritt erfolgt die konkrete und definitive Aufgabenübertragung mittels Leistungsvereinbarung. Hierfür sind in jedem Falle die Stimmberechtigten bzw. ist das Gemeindeparlament zuständig.

Mit der Regelung, wonach die Aufgabenübertragung ausschliesslich die betreffenden Gemeinden verpflichtet, soll ausgedrückt werden, dass die

Region die fragliche Aufgabe nur für jene Gemeinden übernimmt, die der Aufgabenübertragung ausdrücklich zugestimmt haben. Jede Gemeinde entscheidet mit der Zustimmung zur Leistungsvereinbarung, ob die Region die betreffende Aufgabe auch mit Wirkung für sie übernehmen soll oder nicht. Es soll keine Gemeinde zur verbindlichen regionalen Zusammenarbeit verpflichtet werden (dies im Gegensatz zum Regionalverband, gemäss welchem Aufgaben von regionaler Bedeutung zwingend diesem zu übertragen sind [vgl. Art. 69 KV und heutiger Art. 50 Abs. 3 GG]; wobei sich in der Praxis aber auch Ausnahmen von diesem Grundsatz finden [z.B. Abfallbewirtschaftungsverband Surselva, der seine Aufgabe nicht für alle Regionalverbandsgemeinden wahrnimmt]). Ist eine Aufgabenübertragung aber einmal erfolgt, so sind auch Mehrheitsentscheidungen möglich (vgl. Art. 62 Abs. 3).

Abs. 2: Die Gemeinde soll, unter Einhaltung der definierten Voraussetzungen, frei sein, eine Aufgabe grundsätzlich jederzeit wieder in die eigene Zuständigkeit zurückzuführen. Die Hürden für eine solche Rückübernahme (z.B. Dauer der Leistungsvereinbarung) dürfen nicht übermässig hoch gesetzt werden. Andernfalls würde die Bereitschaft einer Gemeinde, eine Aufgabe selbständig zu erfüllen, unnötig erschwert, was dem übergeordneten Zweck der Gemeinde- und Gebietsreform (Schaffung von starken, handlungs- und leistungsfähigen Gemeinden) zuwiderlaufen würde.

Art. 62c 4. Zusammenarbeit mit anderen Regionen

Die Regionen übergreifende Zusammenarbeit sollte gewährleistet sein. Die vorliegende Bestimmung soll hierfür die entsprechende Grundlage schaffen.

Abs. 1: Die Erfüllung von Aufgaben in funktionalen Räumen wie z. B. Wirtschafts-, Regional- oder Verkehrsentwicklung erfordert u. U. die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Regionen. Die entsprechenden Aufgaben sind dauerhafter Natur. Kann die Aufgabe zweckmässig und effizient nur in gemeinsamer Zusammenarbeit erfüllt werden, zeigt sich aber keine Region bereit, die Organisation und Führung bei der Aufgabenerfüllung zu übernehmen, so hat das kantonale Recht eine subsidiäre Regelung bereitzustellen. Bei der Richtplanung ist die Zusammenarbeit der Regionen bei Aufgaben, die über das Regionsgebiet hinausgehen, ausdrücklich vorgesehen (vgl. Art. 17 Abs. 1 KRG). Die mit der gemeinsamen Aufgabenerfüllung betraute Region soll für ihren zusätzlichen Aufwand angemessen entschädigt werden.

Abs. 2: Analog der Aufgabenübertragung der Gemeinde auf die Region (vgl. Art. 62b Abs. 1) soll die gemeinsame Aufgabenerfüllung durch zwei oder mehr Regionen aus denselben Gründen wie die Aufgabenübertragung (vgl. Bemerkungen zu Art. 62b Abs. 1) gestützt auf eine einheitliche Grundlage, d. h. mittels Leistungsvereinbarung, erfolgen.

Abs. 3: Hier soll die Voraussetzung geschaffen werden, dass die Region – im Gegensatz zu Abs. 1 – auch fallweise und bei Bedarf eine benachbarte Re-

gion oder einzelne Gemeinden aus der Nachbarschaft ohne Stimmrecht beziehen oder z. B. im Rahmen von Vernehmlassungen konsultieren kann. Der Sinn und Zweck liegt hier mehr in der Koordination und weniger in der (verbindlichen) Kooperation. Es bleibt dann immer noch der Region überlassen, ob sie die Meinungen der Beigezogenen berücksichtigt oder nicht.

Art. 62d 5. Organisation

Die Organe der Region werden einzeln aufgeführt. Dabei handelt es sich um eine abschliessende Aufzählung, d. h. weitere Organe sind nicht vorgesehen und auch nicht zulässig. Die vom Regionalausschuss zu wählende Geschäftsstelle (vgl. Art. 62k Abs. 1 lit. a) stellt kein Organ dar.

Art. 62e 6. Gesamtheit der stimmberechtigten Regionseinwohner

Abs. 1: Indem die Stimmberechtigten es in der Hand haben, die Statuten und damit den Grunderlass der Region via Initiativ- oder Referendumsrecht zu ändern und sie zudem über die höchste Ausgabenkompetenz verfügen, bilden sie das oberste Organ der Region.

Abs. 2: Die Befugnisse der Stimmberechtigten der Mitgliedgemeinden werden hier (nicht abschliessend) aufgezählt.

Es ist zu vermeiden, dass für das Personal einer bestimmten Region verschiedenes Personalrecht (kantonaes, kommunales) mit entsprechend unterschiedlichen Anstellungsbedingungen zur Anwendung kommt. Die von den Stimmberechtigten erlassenen Statuten haben deshalb das für die Regionsmitarbeitenden geltende Personalrecht zu bestimmen.

Abs. 3: Die Statuten enthalten jene (potentiellen) Aufgabenbereiche, welche die Mitgliedgemeinden der Region übertragen können. Mit dem Erlass bzw. einer Anpassung der Statuten erklären sich die Gemeinden mit diesem Aufgabenkatalog einverstanden. Damit hat die einzelne Gemeinde die betreffenden Aufgaben aber noch nicht automatisch der Region übertragen. Dazu bedarf es zusätzlich einer konkreten Übertragungsgrundlage (Leistungsvereinbarung; vgl. Art. 62b Abs. 1; zweistufiges Übertragungsverfahren). Mit einer Ergänzung des Aufgabenkatalogs der Statuten erfolgt eine Änderung des Verbandszwecks bzw. der Verbandsaufgaben, welche der Zustimmung der Mehrheit der Gemeinden bedarf. Die Zustimmung (bloss) der Mehrheit der Gemeinden (und nicht zusätzlich auch der Mehrheit der Stimmenden wie beim heutigen Regionalverband, vgl. Art. 53 Abs. lit. b) rechtfertigt sich dadurch, dass damit – entgegen der Regelung beim Regional- (und auch Gemeinde-)verband – mit der Zustimmung noch keine definitive Übertragung der Aufgabe erfolgt. Das zusätzliche Erfordernis der Mehrheit der Stimmen könnte überdies dazu führen, dass eine einwohnerstarke Gemeinde unter Umständen alle anderen Gemeinden der Region majorisieren könnte. Die Hürde für die Übertragung einer kommunalen Aufgabe auf die Region soll

nicht derart hoch angesetzt werden, dass sich eine Gemeinde mangels Zustandekommens einer statutarischen Aufgabenergänzung gezwungen sieht, auf eine herkömmliche interkommunale Zusammenarbeitsform auszuweichen.

Abs. 4: Gemeint sind damit Erlasse unterhalb der statutarischen Ebene bzw. Beschlüsse über Statutenänderungen, welche nicht den Regionszweck und die Regionsaufgaben betreffen. Im Weiteren können darunter auch Beschlüsse fallen, welche gestützt auf die Statuten erfolgen, ohne dass damit gleichzeitig eine Statutenänderung verbunden ist (z. B. Beschluss über eine Ausgabe im Zuständigkeitsbereich der Stimmberechtigten).

Art. 62f 7. Die Präsidentenkonferenz a) Zusammensetzung, Weisungsrecht

Die Präsidentenkonferenz (PK) ist das zentrale Organ und die eigentliche Koordinations- und Entscheidungsplattform der Region. Indem sie sowohl legislative als auch exekutive Funktionen wahrnimmt (vgl. Art. 62g), kann sie als eine Art Delegiertenversammlung bezeichnet werden. Sie tritt je nach Bedarf zusammen, mindestens aber zweimal pro Jahr.

Abs. 1: Es soll grundsätzlich der einzelnen Gemeinde aufgrund ihrer spezifischen Konstellation überlassen bleiben, ob sie ihren Präsidenten bzw. ihre Präsidentin oder ein anderes Mitglied des Gemeindevorstandes in die PK delegiert. Als Grundsatz soll jedoch gelten, dass eine Gemeinde nur im Ausnahmefall nicht mit ihrem Präsidenten bzw. ihrer Präsidentin vertreten ist. Um die geforderte Kontinuität zu gewährleisten, ist die ständige Mitgliedschaft der Gemeindepräsidenten bzw. -präsidentinnen zumindest erwünscht. Auf jeden Fall ist zu fordern, dass eine Gemeinde – Ausnahmesituationen vorbehalten – stets durch dasselbe Vorstandsmitglied (solange es das Vorstandsamt innehat) vertreten wird.

Die Delegierten der Gemeinden verfügen aufgrund ihrer Volkswahl nicht nur über die entsprechende demokratische bzw. föderalistische Legitimation, sondern in der Regel auch über den nötigen Rückhalt in der Gemeindeexekutive. Sie kennen die Sorgen und Nöte ihrer Gemeinden am besten, womit sie die Anliegen ihrer Gemeinde optimal in die Region einbringen können. Sie sind zudem in der Lage, überkommunale und regionale Fragen aus einer Gesamtoptik zu betrachten und anzugehen. Dies dürfte die Entscheidungsfindung innerhalb der Region versachlichen, erleichtern und dazu beitragen, regional tragbare Lösungen zu erarbeiten.

Die demokratische Legitimation wichtiger regionaler Beschlüsse der PK ist durch die Volkswahl der Gemeindepräsidien bzw. der weiteren Vorstandsmitglieder sowie durch obligatorische und fakultative Volksabstimmungen gewährleistet.

Abs. 2: Vor allem in einer Region mit bloss zwei Gemeinden (aktuell Region Bernina) ist zu fordern, dass neben dem ordentlichen Mitglied *zwei* weitere

Vorstandsmitglieder in die PK delegiert werden (die Formulierung «wenigstens» lässt dies zu). Es ist zu vermeiden, dass die PK weniger als fünf Mitglieder aufweist, was dem Anliegen einer möglichst breit abgestützten Meinungsbildung zuwider laufen würde. Wie in jenen Regionen, in welchen die Gemeinden nur durch ein einziges Mitglied vertreten sind, soll auch in den Regionen, in welche eine Gemeinde ein oder zwei weitere Vorstandsmitglieder in die PK delegiert, die Stimmabgabe bloss durch eine einzige Person erfolgen. Die Stimmabgabe auch des weiteren oder der weiteren PK-Mitglieder einer Gemeinde wäre schon deshalb nicht sinnvoll, weil sich die Stimmkraft einer Gemeinde nach deren Einwohnerzahl und nicht nach der Anzahl der Stimmenden richtet (vgl. Art. 62h Abs. 3).

Abs. 3: Der Gemeindevorstand soll die Möglichkeit haben, seinem bzw. seinen Vertretern in der PK verbindliche Weisungen zu erteilen. Indem diese in einer bestimmten Angelegenheit die konsolidierte Auffassung des Vorstandes in die PK einbringen, kann die Einflussnahme der Gemeinden auf regionaler Ebene gewahrt bzw. gestärkt werden. Allfällig bestehende, von der Weisung abweichende gemeindeeigene Regelungen sind somit im Interesse der effizienten Beschlussfassung in der Region ausgeschlossen.

Zusammen mit der Möglichkeit der Behördeninitiative erhalten die Gemeinden damit die Instrumente in die Hand, um eine sachgerechte Mitwirkung in der PK wahrzunehmen. Die Einflussnahme der Gemeinden soll gewährleistet sein.

Abs. 4: Mit der Begründung, dass die PK von einer Person präsiert werden soll, welche Gewähr dafür bietet, dass sie die Verhältnisse und die Probleme einer Region aus Sicht eines Mitgliedes einer Gemeindeexekutive kennt, drängt sich die Bezeichnung des Vorsitzenden aus der Mitte der PK auf (und weniger die Wahl Dritter, die u.U. zwar regional, kantonale oder auch national bekannte und verankerte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft oder Kultur sein können, die Probleme der Gemeinden jedoch nicht zwingend aus nächster Nähe kennen).

Die Wahl des Vorsitzenden der PK durch die Stimmberechtigten, wie sie die KV für die Präsidentinnen und Präsidenten der Regionalverbände vorsieht bzw. vorsah (vgl. Art. 11 Ziff. 6 KV), erscheint nicht angemessen. Während die Schaffung der Regionalverbände und damit die Stärkung der regionalen Organisationen und Strukturen eine zentrale Neuerung der KV von 2004 bildeten (vgl. auch B 2005–2006, S. 1043), soll mit den Regionen eine Vollzugsebene für die ihnen vom Kanton oder den Gemeinden übertragenen Aufgaben geschaffen werden (vgl. Bemerkungen zu Art. 62; zum Umfang bei der Rechtsetzung vgl. Art. 62g Abs. 1 lit. c). Der Stellenwert der Regionen erhellt auch daraus, dass mit der Gebietsreform (wie im Übrigen auch mit der Gemeindereform; vgl. B 2011–2012, S. 625) letztlich das Ziel verfolgt wird, die unterste staatliche Ebene, die Gemeinden, zu stärken (vgl.

B 2011–2012, S. 1992). Insgesamt erscheint eine Volkswahl des bzw. der Vorsitzenden nicht gerechtfertigt.

Die Regelung einer Amtsdauer erübrigt sich, da die Mitgliedschaft in der PK an jene in der Gemeindeexekutive anknüpft.

Art. 62g b) Aufgaben

Abs. 1 lit. c: Den Regionen soll in den ihnen delegierten Bereichen eine beschränkte Rechtsetzungskompetenz im Sinne des Erlasses von Vollzugsvorschriften für die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben zukommen (B 2011–2012, S. 1991).

Abs. 2: Es erscheint sachgerecht und zweckmässig, die subsidiäre Generalkompetenz auf Regionesebene der PK zuzuordnen. Dies rechtfertigt sich deshalb, weil es sich bei diesen Befugnissen um solche von regionaler Bedeutung mit damit verbundener Gültigkeit für die gesamte Region und entsprechend grossem Personenkreis handelt. So soll die PK z.B. die Leistungsvereinbarungen mit den Regionsgemeinden verabschieden. Von dieser Kompetenzvermutung nicht erfasst sein sollen jene Befugnisse, welche primär Vollzugscharakter haben und entsprechend im Zuständigkeitsbereich des Regionalausschusses als Verwaltungsbehörde liegen sollen.

Art. 62h c) Beschlussfassung, Stimmkraft

Abs. 1: Für die Mitglieder der PK gilt – ebenso wie für jene des Regionalausschusses – stillschweigend eine grundsätzliche Teilnahmepflicht für die Sitzungen. Ein Anwesenheitsquorum ist nicht erforderlich. Die Mehrheit der Stimmen sollte demnach in jedem Fall vertreten sein.

Abs. 2: Diese Regelung entspricht der allgemein üblichen bei Stimmengleichheit. Das Stimmengewicht einer Gemeinde bemisst sich im Übrigen nach Absatz 3.

Abs. 3: Es erscheint angezeigt, wesentliche Unterschiede in den Grössenverhältnissen der Mitgliedgemeinden bei der Stimmkraft zu berücksichtigen. Damit wird eine differenzierte, praktikable und leicht nachvollziehbare Regelung ermöglicht. Die Abstufung in der Stimmkraft darf aber nicht dazu führen, dass eine einzelne Gemeinde alle übrigen majorisieren kann (z.B. die Stadt Chur in der Region Plessur). Besteht aufgrund der Grössenverhältnisse und der ermittelten Stimmkraft in einer Region diese absolute Stimmenmehrheit einer einzelnen Gemeinde, so haben die Statuten entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Abs. 4: Dieser wohl seltene Fall könnte vorab in einer Region mit bloss zwei Gemeinden mit gleicher Stimmkraft eintreten. Im Sinne einer eigentlichen «Schiedsklausel» soll deshalb die Region die Regierung um Unterstützung angehen können.

Art. 62i 8. Regionalausschuss a) Zusammensetzung

Der Regionalausschuss weist den Status einer Art Geschäftsleitung auf mit den in Art. 62k umschriebenen Aufgaben.

Abs. 1: Die Beschlussfähigkeit einer Behörde kann nur dann dauerhaft einigermaßen gewährleistet sein, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sein können, welche zudem in einer bestimmten Angelegenheit auch stimmberechtigt sind. Weil zwar auch für den Regionalausschuss ebenso wie für die PK (vgl. Bemerkungen zu Art. 62h Abs. 1) eine grundsätzliche Teilnahmepflicht für die Sitzungen besteht, andererseits aber allfällige Ausstandspflichten zu beachten sind, soll der Regionalausschuss deshalb in aller Regel aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen.

Zwischen der PK und dem Regionalausschuss besteht keine eigentliche Trennung von Legislativ- und Exekutivfunktionen bzw. -organ, weshalb der Grundsatz, dass Legislativmitglieder in der Exekutive zumindest nicht in der Mehrzahl sein dürfen, vorliegend nicht zur Anwendung gelangen kann.

Abs. 2: Die Zusammensetzung des Regionalausschusses soll möglichst ausgewogen sein. Soweit sich Mitglieder aus genügend Gemeinden zur Verfügung stellen, soll keine Gemeinde mit zwei Mitgliedern vertreten sein.

Abs. 3: Im Interesse einer grösstmöglichen Koordination und Abstimmung der Aufgaben zwischen der PK und des Regionalausschusses drängt sich Personalunion zwischen dem Vorsitzenden der PK und dem Leiter des Regionalausschusses auf.

Art. 62k b) Aufgaben

Abs. 1: Der Regionalausschuss bildet das Organ, in welchem die Diskussion über technische Einzelheiten, vertiefte Fachdebatten und Detailangelegenheiten stattfinden soll. Die PK ist zwar zentrales Entscheidungsorgan in der Region, aufgrund ihrer Grösse und des Tagungsrhythmus¹ eignet sie sich jedoch weniger für solche Funktionen. In diesem Sinne hat der Regionalausschuss die Geschäfte der PK zu erarbeiten und vorzubereiten (vgl. Abs. 1 lit. d). Indem der Regionalausschuss gemäss lit. c die Vertretungsbefugnis der Region nach aussen innehat, ist er u. a. zuständig für die ständigen politischen Kontakte zu kommunalen, regionalen, kantonalen und Bundesbehörden.

Abs. 2: Als weitere mögliche Aufgaben und Befugnisse können etwa die Wahl von Projektgruppenmitgliedern, die Bewirtschaftung des Regionsvermögens, der Entscheid über einmalige oder wiederkehrende Ausgaben oder die Einreichung von Beitrags- und Subventionsgesuchen in Frage kommen.

Art. 62l c) Beschlussfassung

Abs. 1: vgl. Bemerkungen zu Art. 62i Abs. 1.

Abs. 2: Grundlage für die Forderung nach einer Stimmpflicht bildet Art. 19 GG, wonach die Mitglieder des Vorstandes, besonderer Behörden, von Aus-

schüssen und Kommissionen bei Abstimmungen und Wahlen zur Abgabe ihrer Stimme verpflichtet sind. Eingeführt wurde sie, weil «das Fehlen der Stimmpflicht in einem kleinen Gremium ... zu einem eigentlichen Notstand führen könne, wenn eine Mehrheit sich weigere, die Stimme abzugeben» (GRP 1964, S. 478). Die grundsätzliche Pflicht zur Stimmabgabe im Regionalausschuss soll deshalb ausdrücklich statuiert werden im Wissen, dass es sich dabei um eine sog. *lex imperfecta* handelt, deren Verletzung keine Sanktion nach sich zieht.

Die Einhaltung der Stimmpflicht lässt sich im Übrigen natürlich nur bei offener Abstimmung kontrollieren.

Abs. 3: Diese Regelung entspricht der allgemein üblichen bei Stimmgleichheit (vgl. auch Art. 62h Abs. 2 für die PK).

Art. 62m 9. Geschäftsprüfungskommission

Abs. 1: Es soll eine möglichst ausgewogene Verteilung der GPK-Mitglieder auf die Regionsgemeinden angestrebt werden.

Abs. 4: Diese Möglichkeit entspricht in etwa jener, wie sie auf Gemeindeebene besteht (vgl. Art. 18 Abs. 3).

Art. 62n 10. Politische Rechte

Gemäss Art. 71 nKV richten sich die politischen Rechte nach dem Gesetz. Sowohl die Stimmberechtigten als auch die Mitgliedgemeinden sollen am Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess auf regionaler Ebene mitwirken können. Hierfür sind vor allem das Initiativrecht und das Referendumsrecht vorgesehen.

Abs. 2: Mit der Formulierung «mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Regionseinwohner» (welche jener gemäss GPR für die Initiative in Gemeindeangelegenheiten entspricht [vgl. Art. 75 Abs. 1 lit. a GPR]) wird ausgedrückt, dass die Statuten das Initiativrecht wohl erleichtern, d.h. weniger als 25 Prozent der Stimmberechtigten für das Zustandekommen einer Initiative verlangen können, jedoch nicht einen darüber hinausgehenden Anteil fordern dürfen. Das Initiativrecht der Gemeinden wird – vorbehaltlich einer anderen Regelung in den Statuten der Region – analog dem Initiativrecht in kantonalen Angelegenheiten durch übereinstimmende Beschlüsse der Gemeindevorstände gefasst (vgl. Art. 12 Abs. 1 KV in Verbindung mit Art. 63 Abs. 1 GPR). Die initiativfähigen Aufgabenbereiche sind in Art. 62e aufgeführt.

Abs. 3: Die dem Referendum unterstehenden Beschlüsse der PK sind auf zweckmässige und ortsübliche Weise zu veröffentlichen. Ohne anderslautende Statutenbestimmung beträgt die Referendumsfrist analog dem fakultativen Referendum in kantonalen Angelegenheiten 90 Tage seit der Veröffentlichung des fraglichen Beschlusses (vgl. Art. 81 Abs. 1 GPR). Für die

Gemeinden erübrigt sich eine entsprechende Ermächtigung, weil sie mit Behördenmitgliedern in den Organen der Region vertreten sind.

Art. 62o 11. Finanzen a) Jahresrechnung und Geschäftsbericht

Gemäss dem revidierten Art. 95 Abs. 1 GG übt die Regierung die Aufsicht über die Regionen auf, worunter die Finanzaufsicht als besondere Aufsichtsbefugnis fällt (vgl. Art. 97 GG). Im Übrigen soll analog den Gemeindeverbänden auch für die Regionen das Finanzhaushaltsgesetz (FHG; BR 710.100) nur, aber immerhin sinngemäss gelten (vgl. Art. 1 Abs. 4 FHG). Damit soll ausgedrückt werden, dass für die erwähnten Organisationen keine überspannten Anforderungen an die Rechnungslegung gestellt werden sollen. Insbesondere damit bei vergleichbaren Tatbeständen und bei der Lösung von unterschiedlichen Auffassungen auf ein bestehendes Regelwerk zurückgegriffen werden kann, ist der Hinweis auf die sinngemässe Geltung des Finanzhaushaltsgesetzes wichtig.

Die im Vergleich zu den Gemeinden (vgl. Abs. 2 von Art. 1 FHG) abgeschwächte Bedeutung des Finanzhaushaltsgesetzes bedeutet, dass für die genannten Körperschaften keine Pflicht zur Einführung eines Finanzplanes, einer Geldflussrechnung oder einer Anlagenbuchhaltung verbunden ist.

Art. 62p b) Finanzierung, Gemeindebeiträge, Haftung

Die Finanzierung, die Höhe der Gemeindebeiträge sowie die Haftung der Gemeinden für Verbindlichkeiten können je nach Region und übertragenen Aufgaben unterschiedlich sein. Es empfiehlt sich deshalb, die entsprechende Regelung der einzelnen Region und ihren je spezifischen Verhältnissen zu überlassen. Die Statuten haben darüber zwingend Aussagen zu machen.

Art. 62q 12. Aufsicht

Mit der Genehmigung der Statuten sowie deren Änderungen erhält die Regierung ein Aufsichtsmittel im Sinne von Art. 95 GG in die Hand, mit welchem sie kontrollieren kann, ob die Regionen die ihnen obliegenden Verpflichtungen hinsichtlich Behördenorganisation, Kompetenzausscheidung usw. erfüllen.

Die Aufsicht der Regierung soll sich nicht auf eine blossе Rechtmässigkeitsprüfung beschränken, sondern sie soll ebenfalls eine zumindest summarische Zweckmässigkeitsprüfung beinhalten. Die kantonrechtliche Regelung der Regionen bezüglich Organisation und Kompetenzzuteilungen fällt relativ umfangreich und verbindlich aus, womit den Regionen nur noch ein verhältnismässig kleiner Handlungsspielraum für eigene Regelungen verbleibt. Im Übrigen ist eine solche Zweckmässigkeitskontrolle verfassungsrechtlich abgedeckt, formuliert doch Art. 74 Abs. 2 nKV, dass sich die Aufsicht im Bereich von Aufgaben, die den Regionen von den Gemeinden über-

tragen worden sind, auf die Rechtskontrolle beschränkt, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt wird.

Davon zu unterscheiden ist die Aufsicht der Regierung über die Aufgabenerfüllung. Diese beschränkt sich im Bereich jener Aufgaben, welche den Regionen von den Gemeinden übertragen wurden, grundsätzlich auf eine Rechtskontrolle (vgl. Art. 74 Abs. 2 nKV). Soweit sie Aufgaben erfüllen, welche ihnen der Kanton übertragen hat, äussern sich weder Art. 74 KV noch die kantonale Gesetzgebung. Es ist deshalb davon auszugehen, dass entsprechend der Regelung der Gemeindeaufsicht (Art. 67 Abs. 2 KV) die diesbezügliche Aufsicht über die Regionen ebenfalls auf eine Rechtskontrolle beschränkt ist (Toller, Kommentar KV/GR, Art. 74, Rz. 7).

Art. 90 4. Zugehörigkeit zu Kreisen und Regionalverbänden

Vgl. Bemerkungen zu Art. 57.

Art. 95 I. Grundsatz

Vgl. auch Art. 74 KV und Bemerkungen zu Art. 62q.

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung. Obwohl von der Gesetzessystematik her klar ist, dass die Region eine Form der interkommunalen Zusammenarbeit darstellt (vgl. Bemerkungen zu Art. 62), soll die Aufsicht der Regierung auch über die Region hier speziell statuiert werden.

Art. 103b IV. Bürgerliche Korporationen

Marginalie: Redaktionelle Anpassung.

Art. 103c V. Übergangsbestimmungen zur Teilrevision vom ... betreffend Regionalverbände 1. Gültiges Recht

Mit dieser sowie den folgenden Bestimmungen sollen die Aufhebung der Art. 69 und 72 KV sowie die Übergangsregelung in Art. 108 Abs. 3 nKV übergangsrechtlich näher konkretisiert werden. Das Erfordernis für entsprechende Übergangsbestimmungen ergibt sich daraus, dass den Regionalverbänden ab Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen (voraussichtlich per 2015) eine Frist von längstens zwei Jahren eingeräumt wird, um ihre Aufgaben auf die Regionen zu übertragen. Die Auflösung eines Regionalverbandes erfolgt mit der endgültigen Übertragung seiner Aufgaben auf die Region bzw. die Rücküberführung auf die Gemeinden. In Bezug auf die Region erfordert dies zunächst die Annahme der Statuten der Region durch die Mitgliedgemeinden. Damit wird der Wille ausgedrückt, den neuen Aufgabenträger «Region» für die Aufgabe an die Stelle des bisherigen Regionalverbandes treten zu lassen. Die Annahme der Statuten bedeutet aber noch nicht die konkrete Aufgabenübertragung auf den neuen Aufgabenträger; hierzu bedarf es eines speziellen Übertragungsaktes im Sinne von Art. 62b.

Abs. 1: Es ist vorgesehen, die mittlere Ebene «Region» auf den 1. Januar 2015 in Kraft zu setzen, d. h. sie ersetzt auf diesen Zeitpunkt hin grundsätzlich die heutigen Aufgabenträger Kreise, Bezirke und Regionalverbände. Im Sinne einer Übergangsregelung bestehen gemäss dem neuen Art. 108 Abs. 3 KV die Regionalverbände während längstens noch zwei Jahren weiter, wobei ihnen jedoch keine Aufgaben mehr zugewiesen werden dürfen. Während der zweijährigen Übergangsfrist soll die Übertragung der Aufgaben der Kreise und Regionalverbände auf die Regionen erfolgen, soweit dies nicht bereits vorher geschehen ist. Für die Aufgabenerfüllung der Regionalverbände voraussichtlich noch bis längstens Ende 2016 sind diese auf weiterhin bestehende gesetzliche Grundlagen angewiesen, womit die einschlägigen Bestimmungen des GG für so lange als anwendbar gelten. Mit dem Wegfall der Bestimmungen über die Regionalverbände im GG (und von Art. 69 und 72 KV) besteht für diese dannzumal keine Rechtsgrundlage mehr, weshalb sie automatisch als aufgelöst gelten.

Abs. 2: Umgekehrt müssen die Bestimmungen über die Regionalverbände (insbesondere jene, wonach jede Gemeinde einem solchen anzugehören hat [vgl. Art. 50 Abs. 3]) für jene Organisationen für ausser Kraft erklärt werden, welche ab 2015 (dem voraussichtlichen Inkrafttreten der Gebietsreform) keine Aufgaben mehr erfüllen. Es ist zu vermeiden, dass ein Regionalverband zwingend bis Ende 2016 bestehen bleiben muss, obwohl er keine Aufgaben mehr wahrnimmt, d. h. nur noch «auf dem Papier» besteht. Das lediglich formelle Weiterbestehen solcher aufgabentleerten Verbände hätte zur Folge, dass sie weiterhin über die statutengemässen Organe (u. a. Regionalversammlung, Regionalvorstand) verfügen müssten, d. h. diese unter Umständen (bei auslaufender Legislatur per Ende 2014) neu wählen müssten. Diese Konstellation könnte u. a. für den Regionalverband Nordbünden zutreffen. Dessen Aufgaben (Wirtschaftsentwicklung, Regionalplanung, Verkehrsentwicklung) sollen per 1. Januar 2015 von den Regionen Plessur, Imboden und Landquart übernommen werden.

Art. 103d 2. Vermögen und Verbindlichkeiten

Ein allfälliger, von den Gemeinden zu tragender Passivenüberschuss verteilt sich mangels anderer Statutenregelung beziehungsweise anderer einvernehmlicher Absprache zwischen den Regionalverbandsgemeinden auf die einzelnen Mitgliedgemeinden im Verhältnis ihrer Beitragspflicht. Auch ein Aktivenüberschuss fällt den Gemeinden entsprechend ihrer statutarischen Kostenbeteiligung (Mitgliederbeiträge, Sacheinlagen usw.) zu. Das Liquidationsverfahren ist nicht nur dann durchzuführen, wenn sich ein (Gemeinde-)Verband ersatzlos auflöst, sondern auch dann, wenn sämtliche bisherigen Aufgaben eines (Regional-)Verbandes auf eine neue Trägerschaft überführt worden sind. Nur eine solche Lösung garantiert einen sauberen und trans-

parenten Abschluss der Aktivitäten des bisherigen Regionalverbandes beziehungsweise eine klare Trennung zwischen dessen Aufgabenerfüllung und jener der Region (vgl. dazu Bemerkungen zu Art. 62).

Art. 103e 3. Auflösungsarbeiten

Abs. 1: Auch über den formellen Auflösungszeitpunkt eines Regionalverbandes hinaus muss dessen letzten Organen die Befugnis zuerkannt, gleichzeitig aber auch die Pflicht auferlegt werden, die notwendigen Arbeiten für eine ordnungsgemässe Liquidation des Regionalverbandes vorzunehmen. Hierfür ist deshalb eine spezielle Kompetenznorm zu statuieren, weil der Regionalverband formell nicht mehr besteht und dessen Organe somit ohne ausdrückliche Ermächtigung auch über keine Handlungsbefugnisse mehr verfügen.

Abs. 2: Das Rechnungs- und Geschäftsjahr der Regionalverbände entspricht in der Regel dem Kalenderjahr. Analog der Praxis bei Gemeindefusionen, gemäss welcher die neue Gemeinde die Rechnungsabnahme der ehemaligen Gemeinden vornimmt oder die letzten Protokolle der vormaligen Gemeinden genehmigt, soll die Rechnungsabnahme des aufgelösten Regionalverbandes durch die «Nachfolgeorganisation» erfolgen, auch wenn es sich dabei nicht um eine Rechtsnachfolge handelt. Eine spezielle Regelung drängt sich für den Regionalverband Nordbünden auf, dessen Gebiet sich auf drei Regionen (Imboden, Landquart, Plessur) erstreckt.

Art. 103f 4. Archive

Dem Archivgut als dem «Gewissen» einer Institution ist eine angemessene Beachtung zu schenken, d.h. es soll mit einer entsprechenden Übergangsregelung sichergestellt werden, dass es erhalten bleibt und eine ordentliche Übergabe auf die neue Organisation stattfindet. Die letzten Organe der aufgelösten Regionalverbände verfügen über die notwendige Übersicht über die Archivalien, weshalb sie über den Auflösungszeitpunkt hinaus für eine ordnungsgemässe Übergabe verantwortlich sind. Eine entsprechende Regelung über archivierungswürdige Dokumente der aufgelösten Kreise wird in Art. 3 des totalrevidierten Einteilungsgesetzes aufgenommen.

Art. 103g 5. Arbeitsmittel, Mobiliar und Grundstücke

Abs. 1 und 2: Im Interesse eines möglichst pragmatischen Übergangs vom Regionalverband auf die Region drängt sich diese Regelung umso mehr auf, als die Regionen gebietsmässig in den meisten Fällen den Regionalverbänden entsprechen. Die Bestimmung soll aber auch in allen übrigen Fällen dazu führen, dass sich die Beteiligten auf eine möglichst einfache Lösung einigen. Kommt keine Einigung zustande, soll die Regierung endgültig entscheiden.

Art. 103h 6. Region

Abs. 1: Die Ausführungsgesetzgebung hat dafür zu sorgen, dass die Regionen auf den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens (voraussichtlich auf den 1. Januar 2015) funktionsfähig sind und ihre operative Tätigkeit aufnehmen können. Zu diesem Zweck sollen die Präsidenten bzw. Präsidentinnen der Regionsgemeinden ein Übergangsorgan bilden, das im Hinblick auf das Inkrafttreten der Region für die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten verantwortlich ist. Hierfür werden sie mit allen notwendigen Kompetenzen ausgestattet.

Abs. 3: Analog zu den Statuten der Regional- (und auch Gemeinde-)verbände soll der Genehmigung der Regionsstatuten durch die Regierung konstitutiver Charakter zukommen. Die Regionen erlangen somit ihre Rechtspersönlichkeit nach Genehmigung mit dem Inkrafttreten der einschlägigen Bestimmungen (voraussichtlich per 1. Januar 2015).

5. Weitere Teilrevisionen von Gesetzen

5.1 Teilrevision Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (BR 150.100)

Art. 1 Geltungsbereich

Abs. 1: Wahlen in regionalen Angelegenheiten sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates (vgl. Art. 2), wobei Wahlsprengel die Kreise sind. Mit der späteren Teilrevision des GOG werden auch die Wahlen der Regionalrichter und -richterinnen unter den regionalen Wahlen aufgeführt. Die Abstimmungen in Bezirksangelegenheiten bezogen sich einzig auf die Abstimmungen über den Bezirkshauptort (Art. 3 des geltenden Einteilungsgesetzes). Aufgrund der fehlenden praktischen Relevanz und vor dem Hintergrund von Art. 6 Abs. 2 des totalrevidierten Einteilungsgesetzes kann der Verweis auf die Abstimmungen in Bezirksangelegenheiten gestrichen werden. Dies betrifft nebst Art. 1 die Artikel 15, 20, 36, 42, 43 und 44 GPR.

Eine Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Region durch das Stimmvolk ist nicht mehr vorgesehen (vgl. Bemerkungen zu Art. 62f Abs. 4 der Teilrevision GG).

Art. 2 Begriffe

Abs. 1 und 3: Redaktionelle Anpassungen.

Abs. 2 wird im Rahmen der Teilrevision GOG an die neue Terminologie angepasst werden.

Abs. 3: vgl. Erläuterungen zu Art. 1.

Art. 8 Abstimmungsort, -art und -tag

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung

Abs. 2: Redaktionelle Anpassung. Eine Regionalversammlung gewissermaßen im Sinne einer Landsgemeinde ist nicht mehr vorgesehen.

Art. 15 Anordnung, Bekanntgabe

Abs. 1 lit. a, c und d: Redaktionelle Anpassungen.

Abs. 1 lit. c und d: Ausserhalb der Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates sind keine weiteren regionalen Wahlen durch das Volk vorgesehen. Hingegen sind Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten möglich (vgl. Teilrevision GG).

Art. 16 Wahltermine 1. Erneuerungswahlen

Lit. a und d: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 20 Bereitstellung

Lit. a und d: Redaktionelle Anpassungen. Es rechtfertigt sich, direkt die zuständige Regionalbehörde (Regionalausschuss) zu bezeichnen.

Art. 21 Umfang

Lit. c und d: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 26 2. In regionalen Angelegenheiten

Marginalie: Redaktionelle Anpassung.

Falls eine Abstimmung in regionalen Angelegenheiten gemeindeweise erfolgt, richtet sich das Verfahren grundsätzlich nach dem verwiesenen Gemeinderecht. Es ist dem Recht der Gemeinde vorbehalten zu entscheiden, auf welche Weise sie ihren Willen erklärt, d.h. ob sie über ein bestimmtes Geschäft an der Urne oder an der Gemeindeversammlung beschliesst.

Art. 36 Meldung der Ergebnisse

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 37 Zusammenfassung der Gemeindeergebnisse

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 41 c. Losentscheid

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 42 Veröffentlichung 1. Vorläufiges Ergebnis

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 43 2. Nachzählung

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 44 3. Konsolidiertes Ergebnis

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 46 Annahme der Wahl

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 73 Grundsatz

Redaktionelle Anpassung. Das Quorum für eine Initiative gemäss Teilrevision GG (höchstens 25 Prozent; vgl. Art. 62n GG) ist als Höchstwert gedacht. Die Regionsstatuten bestimmen das notwendige Quorum.

Art. 74 Initiative in regionalen Angelegenheiten

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 102 Weiterzug ans Verwaltungsgericht

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 105 2. Regionen

Abs. 1: Redaktionelle Anpassungen.

Abs. 2: Bei 11 Regionen (gegenüber den heutigen 39 Kreisen) verliert die vom Gesetzgeber anvisierte Konstellation an praktischer Relevanz. Allenfalls könnte sie in der Region Bernina eintreten, wenn die beiden Gemeinden Brusio und Poschiavo fusionieren sollten. Die Konzeption lässt aber erwarten, dass dann die Gemeindebehörden die entsprechenden Befugnisse ausüben, so dass eine Kompetenznorm für die Regionalbehörden wenig sinnvoll erscheint. Die Bestimmung kann gestrichen werden.

Art. 106 3. Gemeinden

Redaktionelle Anpassung.

Art. 107 4. Regionalverbände

Eine Volkswahl des Präsidenten oder der Präsidentin der Region soll es nicht mehr geben (vgl. Art. 62f Abs. 4 der Teilrevision GG und Erläuterung zu Art. 1 GPR). In diesem Sinne ist die Bestimmung aufzuheben.

5.2 Teilrevision Gesetz über die Staatshaftung (BR 170.050)

Art. 1 Geltungsbereich

Redaktionelle Anpassung. Vgl. auch Art. 108 Abs. 4 nKV und Art. 6 Abs. 2 Einteilungsgesetz.

5.3 Teilrevision Gesetz über den Grossen Rat (BR 170.100)

Art. 1 Grundlage der Verteilung

Abs. 2: Die Wahlkreise entsprechen in ihrer territorialen Zusammensetzung den heutigen Kreisen. Diese stellen mit Inkrafttreten der Gebietsreform (mit Ausnahme jener Kreise, welche von Gemeinden delegierte Aufgaben wahrnehmen [Art. 108 Abs. 1 nKV]) keine Rechtskörperschaften mehr dar, bilden aber weiterhin den Wahlsprengel für die Wahl der Mitglieder des Grossen Rates.

Abs. 3: Durch Gemeindezusammenschlüsse kann sich die Anzahl der Wahlkreise reduzieren, weshalb Art. 27 Abs. 3 nKV von höchstens 39 Wahlkreisen spricht. Dass in einer Gemeinde mehrere Wahlkreise bestehen könnten, war schon dem bisherigen bündnerischen verfassungsrechtlichen Verständnis fremd. Die KV sieht bereits heute vor, dass sich der Bestand an Kreisen verändern kann, ohne dass es hierfür einer Verfassungsrevision bedarf (Art. 68 Abs. 2 und 70 Abs. 4 KV sowie Art. 2 Einteilungsgesetz). Mit der Verfassungsrevision im Rahmen der Gebietsreform wird die bisherige Situation fortgeschrieben (vgl. Art. 27 Abs. 3 nKV). Welche Regelung zum Zug kommen soll, wird aus Abs. 3 ersichtlich. Die Regelung lehnt sich an Art. 90 GG an, der im Zuge der Gebietsreform aufgehoben wird. Die heutige Regelung, wonach die Gemeinde mit der grösseren Einwohnerzahl massgebend ist, führt bei einem Zusammenschluss von mehr als zwei Gemeinden bereits zu Unklarheiten. So ist die Kreiszugehörigkeit bei Zusammenschlüssen von Gemeinden, die unterschiedlichen Kreisen angehören, üblicherweise Bestandteil des Fusionsvertrages. Dieser bedarf im Übrigen der Genehmigung durch die Regierung (vgl. Art. 91 GG).

Was die Regionszugehörigkeit von sich zusammenschliessenden Gemeinden betrifft, so ist Art. 2 des Einteilungsgesetzes massgebend (vgl. vorne Ziff. VII.3.).

Anhang (Art. 1 Abs. 2)

Der Anhang führt die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen auf. Stand Gemeinden: 1. Januar 2014. Die Zuordnung berücksichtigt somit auch den Zusammenschluss Ilanz/Glion.

Die Bezeichnung der Wahlkreise folgt jener, wie sie in Art. 68 KV verwendet wurde und im Vergleich zum bisherigen Einteilungsgesetz jüngeren Datums war. Aus dem Bergell und dem Misox wurde in der Vernehmlassung darauf hingewiesen, dass die Bezeichnung gemäss bisherigem Einteilungsgesetz (Bergell und Misox) ungenau und unzulänglich sei.

5.4 Teilrevision Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (BR 170.300)

Art. 3 Unvereinbarkeit

Es rechtfertigt sich, die Unvereinbarkeit eines Regierungsmitglieds auch bezüglich Regionsämter festzuschreiben.

Da Regionalgerichte untere kantonale Gerichte darstellen, werden die Unvereinbarkeitsregelungen von Art. 22 KV ohne Weiteres auch für diese gelten.

5.5 Teilrevision Kantonales Datenschutzgesetz (BR 171.100)

Art. 1 Geltungsbereich

Abs. 2 und 3: Redaktionelle Anpassungen; der Inhalt von Abs. 3 wird aus systematischen Gründen in den Abs. 2 überführt.

Art. 6 Rechtsschutz

Abs. 3: Redaktionelle Anpassungen

5.6 Teilrevision Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (BR 210.100)

Art. 20 I. Zivilstandskreise, -ämter

Abs. 1 und 2: Redaktionelle Anpassungen.

Vgl. hierzu auch die Ausführungen unter dem Kapitel V.3.

Art. 20a II. Zivilstandsbeamte

Abs. 1 und 2: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 38 I. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde 1. Organisation und geografische Zuständigkeit

Abs. 1: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 51 **IV. Fürsorgerische Unterbringung 1. Ärztliche Unterbringung a) Anordnung**

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung.

5.7 Teilrevision Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht (BR 210.200)

Art. 6 **Öffentliche Versteigerung 1. Amtliche Leitung**

Abs. 1: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 6b **3. Versteigerung von Grundstücken**

Abs. 3: Es ist naheliegend, dass innerhalb der Region der Regionalausschuss hierfür verantwortlich ist, er kann dies aber auch der Geschäftsstelle delegieren.

Art. 6c **4. Protokoll**

Abs. 3: Vgl. Erläuterung zu Art. 6b Abs. 3.

Art. 7 **Schenkung**

Redaktionelle Anpassungen.

5.8 Teilrevision Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (BR 350.100)

Art. 34 **Amtliche Sachverständige**

Redaktionelle Anpassung.

5.9 Teilrevision Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (BR 370.100)

Art. 2 **Regional- und Gemeindebehörden**

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 59 **Beschwerdegründe**

lit. b: Redaktionelle Anpassung.

**5.10 Teilrevision Gesetz über die Unterstützung der Fortbildung
Jugendlicher und Erwachsener im Kanton Graubünden (BR 433.100)**

Art. 2 Träger
Redaktionelle Anpassung.

5.11 Teilrevision Gesetz über Ausbildungsbeiträge (BR 450.200)

Art. 18 Datenbearbeitung und Amtshilfe
Abs. 1: Redaktionelle Anpassung.

5.12 Teilrevision Sprachengesetz des Kantons Graubünden (BR 492.100)

Art. 1 Zweck
Abs. 2: Redaktionelle Anpassung.

Art. 2 Gegenstand
lit. c: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 3 Grundsätze
Abs. 3: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 21 d) Zweisprachige Regionalschulen
Terminologische Anpassung; die Ergänzung «Gemeinde» bildet die Rechtswirklichkeit ab. Die bisherigen Gesuche sind in der Regel von Gemeinden der Regierung unterbreitet worden.

Art. 23 4. Zusammenschluss von Gemeinden/Gemeindeverbindungen
Abs. 2: Redaktionelle Anpassung.

Art. 25 Regionen
Redaktionelle Anpassungen.
Die Anpassung des Sprachengesetzes in Bezug auf die Gerichtssprachen wird im Rahmen der anschliessenden Teilrevision des GOG vorgenommen. Der Gesetzgeber hat die Amts- und Schulsprachen getrennt von den Gerichtssprachen (Art. 9 ff. Sprachengesetz) geregelt. Diese Systematik wird beibehalten. Aufgrund der eigenständigen Stellung der Regionalgerichte ist zudem das Kantonsgericht zuständig, wenn es um die Regelung von Einzelfällen über den Anwendungsbereich der Amtssprachen der Regionalgerichte gehen wird.

**5.13 Teilrevision Gesetz über das Gesundheitswesen des
Kantons Graubünden (BR 500.000)**

Art. 9 5. Amtsärzte

Marginalie: Redaktionelle Anpassung.
Redaktionelle Anpassungen.

Art. 30a Erlöschen der Bewilligung

Abs. 2: Redaktionelle Anpassungen.

**5.14 Teilrevision Gesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen
übertragbare Krankheiten (BR 500.400)**

Art. 10 Pocken-Impfung

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung.

**5.15 Teilrevision Gesetz über den Finanzhaushalt des
Kantons Graubünden (BR 710.100)**

Art. 1 Geltungsbereich

Abs. 4: Redaktionelle Anpassung. Aufgrund der Bestimmung von Art. 103c Abs. 1 GG ist sichergestellt, dass auch für die weiterbestehenden Regionalverbände die Finanzhaushaltsgesetzgebung weiterhin sinngemäss gilt.

5.16 Teilrevision Steuergesetz für den Kanton Graubünden (BR 720.000)

Art. 78 VI. Ausnahmen von der Steuerpflicht

Abs. 1 lit. c: Redaktionelle Anpassung.

Aufgrund von Art. 6 Abs. 2 Einteilungsgesetz ist übergangsrechtlich sichergestellt, dass jene Kreise, die erst zwei Jahre nach Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen aufgelöst werden, bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls (noch) von der Steuerpflicht befreit sind.

Art. 81 3. Geschäftsmässig begründeter Aufwand

Abs. 1 lit. a: Die Kreise haben seit dem 1. Januar 2009 keine Steuerhoheit mehr. Die Regionen selber verfügen über keine Steuerhoheit.

Art. 122 I. Amtspflichten 1. Geheimhaltungspflicht

Abs. 1: Es ist nicht ganz auszuschliessen, dass die Region als solche Wahrnehmungen macht, für die sie unter diese Bestimmung fällt. Dass die Region über keine Steuerhoheit verfügt, spielt diesbezüglich keine Rolle.

Art. 122a 2. Amtshilfe unter Steuerbehörden

Vgl. Erläuterung zu Art 81.

Es gibt keine Steuerbehörden der Regionen, weshalb sie auch nicht aufzuführen sind.

Art. 123 3. Amtshilfe anderer Behörden

Abs. 1: Es ist nicht ganz auszuschliessen, dass die Region als solche Wahrnehmungen oder Feststellungen macht, für die sie unter diese Bestimmung fallen könnte. Dass die Region über keine Steuerhoheit verfügt, spielt diesbezüglich keine Rolle.

5.17 Teilrevision Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuern (BR 720.200)

Art. 11 5. Subjektive Steuerbefreiung

lit. d: Redaktionelle Anpassung.

Aufgrund von Art. 6 Abs. 2 Einteilungsgesetz ist übergangsrechtlich sichergestellt, dass jene Kreise, die erst zwei Jahre nach Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen aufgelöst werden, bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls (noch) von der Handänderungssteuer befreit sind.

5.18 Teilrevision Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden (BR 801.100)

Art. 1 Gegenstand

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung. Die Regionen ersetzen die Regionalverbände.

Art. 2 Planungspflicht

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 3 Planungsträger

Abs. 2: Redaktionelle Anpassung.

Art. 6 Verfahren, Erledigungsfristen

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung.

Art. 10 Kantonsbeiträge 1. Grundsatz, Voraussetzungen

Abs. 1, Einleitungssatz: Redaktionelle Anpassung.

In Ziff. 2 braucht es keine Anpassung. Mit Region ist dort das Gebiet des Regionalverbandes gemeint. Da die Region den Regionalverband ersetzt, geht es künftig um das Gebiet der Region.

Art. 11 2. Bemessung

Abs. 1 und 2: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 14 Kantonaler Richtplan

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung.

Art. 17 Aufgaben

Redaktionelle Anpassungen.

Eine Anpassung des Begriffes der «Regionalpolitik» ist nicht notwendig, da es sich um einen bundesrechtlich verwendeten Begriff handelt.

Art. 18 Regionaler Richtplan

Redaktionelle Anpassungen. Hierin finden die organisationsrechtlichen Bestimmungen des GG Berücksichtigung

Abs. 2: Gesetzliche Regelungen über Anforderungen an ein Gremium für Fortschreibungen gibt es nicht. Dass auch Fortschreibungen von der Präsidentenkonferenz vorgenommen werden sollen, verleiht grösstmögliche Legitimation. Richtplanvorhaben, bei denen eine Fortschreibung erforderlich ist (z.B. von «Vororientierung» zu «Zwischenergebnis» oder von «Zwischenergebnis» zu «Festsetzung») sind oftmals umstritten. Je grösser die Legitimität resp. demokratische Verankerung des für die Nachführung zuständigen Gremiums ist, desto «leichter» haben es diese Vorhaben in der planerischen oder projektmässigen Umsetzung

Art. 20 Kommunale Richtpläne, Leitbilder

Abs. 1: Redaktionelle Anpassung.

Art. 102 Beschwerde 1. Entscheide der Regierung

Abs. 2: Redaktionelle Anpassung.

Aufgrund der Bestimmung von Art. 103c Abs. 1 GG ist sichergestellt, dass auch für die weiterbestehenden Regionalverbände die Beschwerdelegitimation weiterhin gilt.

6. Inkrafttreten

Art. 5 Referendum, Inkrafttreten

Die Regierung beabsichtigt, das Gesetz auf den 1. Januar 2015 in Kraft zu setzen.

Die Kompetenzdelegation des Gesetzgebers beinhaltet auch die Befugnis der Regierung, den Erlass gestaffelt in Kraft zu setzen, auch wenn dies im Erlass nicht ausdrücklich festgehalten wird (vgl. Richtlinien für die Rechtsetzung, von der Regierung am 16. November 2010 genehmigt).

7. Weitere Teilrevisionen von Gesetzen und Erlass von neuem Recht

7.1 Teilrevision Notariatsgesetz (BR 210.300)

Art.1 Notariatspersonen

Abs. 1 lit. b und Abs. 2: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 2 Zuständigkeit für Beurkundungen

Abs. 2: Die sachliche Zuständigkeit der Regionalnotarinnen und Regionalnotare soll dieselbe bleiben wie sie für die Kreisnotarinnen und Kreisnotare galt. Folglich verfügen die Regionalnotarinnen und Regionalnotare über eine umfassende Beurkundungs- und Beglaubigungskompetenz, welche auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt ist. Die örtliche Zuständigkeit der Regionalnotarinnen und Regionalnotare für Beurkundungen ist im Regierungsbeschluss zu umschreiben.

Art. 3 Beglaubigungen

Abs. 2: Der örtliche Zuständigkeitsbereich für Beglaubigungen ergibt sich ebenfalls aus dem Regierungsbeschluss.

Art. 4 Wahl, Zusammensetzung, Entschädigung der Notariatskommission

Abs. 2 lit. a: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 8 Unvereinbarkeit

Abs. 1 lit. a: Anpassung an Gebietsreform.

Art. 16 – Art. 16b Antrag, Wahl, Entschädigung

Der Antrag zur Wahl einer Regionalnotarin oder eines Regionalnotars soll vom jeweiligen Regionalausschuss an die Regierung gestellt werden; die Notariatskommission ist anzuhören. Die Zuständigkeit der Regierung

für die Wahl drängt sich mit Blick auf die Regelung der Haftung in Art. 43 des Notariatsgesetzes auf. Die Amtsdauer bleibt bei vier Jahren. Der örtliche Zuständigkeitsbereich ist im Regierungsbeschluss zu bezeichnen; die Umschreibung könnte beispielsweise durch Aufzählung der betreffenden Gemeinden erfolgen. Die Voraussetzungen für die Wahl zur Regionalnotarin oder zum Regionalnotar entsprechen sowohl den Voraussetzungen von Art. 8 des Anwaltsgesetzes (BR 310.100; «persönliche Voraussetzungen für den Registereintrag einer Anwältin/eines Anwaltes») als auch Art. 12 des Notariatsgesetzes («Voraussetzungen für die Erteilung des kantonalen Notariatspatents»). Einzelheiten regelt die Regierung durch Verordnung. Fachliche Eignung soll dabei mittels Vorlage eines Abschlusses einer universitären Hochschule, einer Fachhochschule oder einer gleichwertigen Ausbildungsstätte insbesondere in Recht oder Treuhandwesen als ausgewiesen erachtet werden oder aber aufgrund langjähriger praktischer Erfahrung. Die Entschädigung der Amtspersonen erfolgt gemäss der Verordnung über die Notariatsgebühren (BR 210.370).

Art. 17 Amtsantritt und Pflichten

Redaktionelle und organisatorische Anpassungen.

Art. 18 Beendigung des Amtes

Redaktionelle und organisatorische Anpassungen.

Art. 43 Schadenersatz

Abs. 1 Ziff. 2 und Abs 3: Die Haftungsregelung steht in engem Zusammenhang mit der Zuständigkeit für die Wahl. Bei den Regionalnotarinnen und Regionalnotaren handelt es sich nicht um Organe der Regionen. Haftungssubjekt für widerrechtliche Schäden im Rahmen einer notariellen Tätigkeit ist der Kanton. Die Kosten der vom Kanton abgeschlossenen Versicherung werden – wie auch bei den patentierten Notarinnen und Notaren – auf die Regionalnotarinnen und Regionalnotare überwälzt. Der Rückgriff richtet sich nach dem Staatshaftungsgesetz. Die Garantiesumme beträgt für jede Notariatsperson mindestens 5 000 000 Franken pro Schadenereignis.

Art. 48 Unbefugtes Verwenden des Titels und Ausübung der Notariatstätigkeit

Redaktionelle Anpassung.

Art. 51 Änderung des bisherigen Rechts

Redaktionelle Anpassungen.

Art. 51a Übergangsbestimmungen

Mit Aufhebung des Kreisnotariats müssen auch die aufbewahrungspflichtigen Sachen hinterlegt werden. Dabei ist zu unterscheiden, ob eine Regionalnotarin oder ein Regionalnotar die hinterlegungspflichtigen Sachen einer Kreisnotarin oder eines Kreisnotars übernimmt oder nicht.

7.2 Erlass eines Einführungsgesetzes zum SchKG (EGzSchKG; BR 220.000)

Art. 1 Betreibungs- und Konkurskreise

Jede Region soll einen Betreibungs- und Konkurskreis bilden. Da das Mass an Professionalisierung und die Grösse der Erfahrung eines Betreibungs- und Konkursbeamten massgebend von der Anzahl der zu erledigenden Fälle abhängt, soll es auch in Zukunft möglich sein, dass sich einzelne aneinandergrenzende Betreibungs- und Konkurskreise zusammenschliessen können. Ein solcher Zusammenschluss ist von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen.

Art. 2 Sitz

Jeder Betreibungs- und Konkurskreis verfügt über einen Hauptsitz, der von der Region bestimmt wird. Damit können die regionalen Gegebenheiten und insbesondere allfällig verfügbare Infrastrukturen mitberücksichtigt werden. Insbesondere für den Fall, dass sich Betreibungs- und Konkursämter im Sinne von Art. 1 Abs. 2 EGzSchKG zusammenschliessen, soll es den Regionen möglich sein, mittels Schaffung von Aussenstellen eine dezentrale Verankerung gewährleisten zu können. Daneben könnte sich die Schaffung einer Aussenstelle auch aufgrund der territorialen Ausgestaltung einzelner Betreibungs- und Konkurskreise und/oder der hohen Fallzahlen ergeben. Die Errichtung von Aussenstellen bedarf einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigungspflicht wird in der Vernehmlassung teilweise kritisiert. Sie soll jedoch verhindern, dass ein Betreibungs- und Konkursamt zahlreiche Aussenstellen errichtet, welche nur wenige Fälle bearbeiten, was sich negativ auf die Erfahrungswerte und damit auch die Qualität auswirkt. Im Sinne der Sicherstellung der Qualität der Aufgabenerfüllung und aufgrund der Tatsache, dass der Kanton Haftungssubjekt für allfällige Haftpflichtansprüche ist, rechtfertigt sich die Genehmigungspflicht.

Art. 3 Organisationsreglement

Da es sich bei den Betreibungs- und Konkursämtern um regionale Institutionen handelt – die Führung der Betreibungs- und Konkursämter somit eine regionale Aufgabe darstellt –, soll die Ausgestaltung der Betreibungs- und Konkursämter grundsätzlich den Regionen obliegen. Diese haben, soweit sie

im Einführungsgesetz dazu beauftragt und ermächtigt werden, ein Organisationsreglement zu erlassen. Das Einführungsgesetz enthält Rahmenbedingungen in Bezug auf die Organisation der Betreibungs- und Konkursämter, welche eine kantonal einheitliche Ausgestaltung der Betreibungs- und Konkursämter garantieren und demnach zwingend zur Anwendung gelangen. Das Organisationsreglement soll insbesondere Regelungen bezüglich Organisation des Betreibungs- und Konkursamtes und allfälligen Aussenstellen, Wahl und Ausgestaltung der Anstellung der Amtsleiterin oder des Amtsleiters, Bestimmungen über die Ausgestaltung der Anstellung der übrigen Angestellten und deren Besoldung enthalten. Den Regionen wird dadurch ermöglicht, den regionalen Gegebenheiten angemessen Rechnung zu tragen und darüber hinaus eine einheitliche Anstellung sämtlicher regionaler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzusehen. Die Anstellungsbedingungen sind jedoch nicht zwingend im Organisationsreglement des Betreibungs- und Konkursamtes zu statuieren. Den Regionen steht es offen, im Organisationsreglement in Sachen Anstellungsverhältnis auf das Personalrecht der Region zu verweisen. Das Organisationsreglement ist der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 4 Grundzüge der Organisation 1. Leitung

Jedes Betreibungs- und Konkursamt steht unter der Leitung einer Betreibungs- und Konkursbeamtin oder eines Betreibungs- und Konkursbeamten. Bis anhin wurden die Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und -beamten vom Kreis beziehungsweise der Verwaltungskommission der Bezirksgerichte für eine bestimmte Amtsdauer gewählt. Neu soll die Region die Betreibungs- und Konkursbeamtin oder den Betreibungs- und Konkursbeamten sowie deren bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter ernennen. Dabei ist es durchaus möglich, für ein Amt mehrere Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und -beamte zu ernennen und deren Aufgaben und Kompetenzen zu regeln. Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und -beamte sind Amtsleiterinnen und -leiter des betreffenden Betreibungs- und Konkursamtes. Sie sind für den Betrieb des Amtes verantwortlich und müssen die Abläufe gesetzes- und zweckmässig organisieren. Dafür verfügen sie über eine Überwachungs- und Weisungsfunktion gegenüber den übrigen Angestellten. Die Ernennung der Betreibungs- und Konkursbeamtin oder des Betreibungs- und Konkursbeamten erfolgt zeitlich unbefristet. Das Bundesrecht schreibt zwar keine Wählbarkeitsvoraussetzungen der Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und -beamten vor, lässt es den Kantonen im Sinne der diesen zustehenden subsidiären Regelungsfreiheit gemäss Art. 2 Abs. 5 Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) jedoch offen, entsprechende Vorschriften zu erlassen. Immer mehr Kantone haben davon Gebrauch gemacht (so z. B. Zürich, Zug, Luzern, Schwyz, Uri und Bern). Vor

dem Hintergrund, dass der Kanton Subjekt allfälliger Haftpflichtansprüche ist und dies weder an die Gemeinden noch an die Region delegieren kann, soll es dem Kanton offen stehen, Wählbarkeitsvoraussetzungen für die Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und -beamten zu normieren. Im kantonalen Einführungsgesetz wird auf die Formulierung von detaillierten Ernennungsvoraussetzungen verzichtet; die Regierung regelt die Einzelheiten in einer Verordnung. Mit dieser Normierung soll insbesondere Gewähr für eine gewisse fachliche Qualität der Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und -beamten geboten werden. Als Betreibungs- und Konkursbeamtin oder Betreibungs- und Konkursbeamter sowie Stellvertreterin oder Stellvertreter könnte beispielsweise ernannt werden, wer über einen eidgenössischen Fachausweis Fachfrau/Fachmann Betreuung und Konkurs verfügt. Wer über ein abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaft oder Betriebswirtschaft (Bachelor oder Master) verfügt, könnte ebenfalls als Amtsleiterin oder Amtsleiter eingesetzt werden. In begründeten Ausnahmefällen, beispielsweise aufgrund langjähriger praktischer Erfahrung im Schuldbetriebs- und Konkursbereich, sollte vom Erfordernis eines eidgenössischen Fachausweises oder eines anerkannten Abschlusses abgesehen werden. Das Kantonsgericht als Aufsichtsorgan soll die Eignung der zu ernennenden Person aufgrund der Vorgaben der Verordnung prüfen.

Art. 5 2. Übrige Angestellte

Neben den Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und Betreibungs- und Konkursbeamten als Leiterinnen oder Leiter eines Betreibungs- und Konkursamtes verfügt ein Amt regelmässig über weitere Angestellte im Sinne von Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern sowie Sekretariatsmitarbeiterinnen und Sekretariatsmitarbeiter. Die Anstellung der übrigen Angestellten richtet sich nach dem Organisationsreglement des Betreibungs- und Konkursamtes der betreffenden Region oder aufgrund eines entsprechenden Verweises im Organisationsreglement nach den Bestimmungen des Personalrechts der Region. Ausser den allgemeinen Anstellungsvoraussetzungen wie Funktion, Lohn, Dauer und Beendigung hat das Organisationsreglement insbesondere Angaben in Bezug auf die Kompetenzen und Unterschriftsberechtigung der Angestellten zu enthalten. Im Weiteren soll das Organisationsreglement festlegen, in welchem Umfang die Mitarbeitenden selbständig Massnahmen und Entscheide treffen können. Die Anstellung der übrigen Angestellten erfolgt durch die Region; diese kann der Amtsleitung ein Antragsrecht zuweisen.

Art. 6 Anstellung und berufliche Vorsorge

Artikel 6 stellt klar, dass sämtliche Arbeitsverhältnisse mittels öffentlich-rechtlichem Vertrag begründet werden und – sofern ein Organisationsreglement keine abweichenden Bestimmungen enthält – das kantonale Personal- und Vorsorgerecht zur Anwendung gelangt.

Art. 7 Mitteilung und Veröffentlichung

Die Regionen haben die personelle Zusammensetzung ihrer Betreibungs- und Konkursämter erstmalig angemessen – beispielsweise im betreffenden Amtsblatt – zu publizieren. Zusätzlich wird die Aufsichtsbehörde periodisch die personelle Zusammensetzung der Betreibungs- und Konkursämter im Internet publizieren.

Art. 8 Besoldung

Die Besoldung der Betreibungs- und Konkursbeamten sowie der übrigen Angestellten ist Sache der Regionen. Diese Zuständigkeit ergäbe sich im Übrigen auch ohne explizite Nennung aufgrund der Normierung in Art. 3 EGzSchKG. Die Regelung soll jedoch Klarheit und Rechtssicherheit schaffen. Mit der Einführung dieses Artikels und dem Hinweis auf die Ausrichtung einer festen Besoldung soll eine Entschädigung mittels Sportelsystem (Betreibungsbeamtin oder Betreibungsbeamte können statt der festen Besoldung die Gebühren behalten) endgültig abgeschafft und ein einheitliches Entschädigungssystem geschaffen werden.

Art. 9 Schweigepflicht

Entspricht Art. 8 der bisherigen GVV zum SchKG.

Art. 10 Verfahrensvorschriften

Im Sinne einer Generalklausel soll festgehalten werden, dass für sämtliche Verfahren im Sinne des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs die Verfahrensvorschriften der ZPO sowie des EGzZPO zur Anwendung gelangen, sofern das Bundesgesetz oder das Einführungsgesetz keine anderslautenden Bestimmungen enthalten. Die Anwendung der Bestimmungen der ZPO beziehungsweise des betreffenden Einführungsgesetzes drängen sich insbesondere aufgrund der sachlichen Nähe und Zusammenhänge auf. Im Weiteren spricht die Tatsache, dass es sich bei den Betreibungs- und Konkursämtern um justiznahe Institutionen handelt, ebenfalls für die Anwendbarkeit der Bestimmungen der ZPO und deren Ausführungsbestimmungen.

Art. 11 Verantwortlichkeit

Entspricht Art. 9 der bisherigen GVV zum SchKG. Im Speziellen ist darauf hinzuweisen, dass der Kanton – und nicht etwa eine Gemeinde oder ein Bezirk – von Bundesrechts wegen Subjekt der Haftpflicht ist. Damit kann die Verantwortung für die Betreibungs- und Konkursämter insbesondere nicht an die Regionen delegiert werden.

Art. 12 Haftpflichtversicherung

Entspricht Art. 10 der bisherigen GVV zum SchKG.

Art. 13–19

Bezüglich Aufsichtsbehörden, deren Aufgaben sowie das Verfahren sind keine Änderungen geplant; die Gesetzesbestimmungen entsprechen den Artikeln 11 bis 14c der bisherigen GVV zum SchKG. Es gilt zu beachten, dass das Kantonsgericht lediglich die fachliche und disziplinarische Aufsicht wahrnimmt. Die administrative und insbesondere die finanzrechtliche Aufsicht obliegt den Regionen. Die Regionen haben bei der Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit darauf zu achten, dass sie das Amts- und Berufsgeheimnis der Betreibungs- und Konkursämter wahren.

Art. 20 Nachlassgericht

Entspricht Art. 16 der bisherigen GVV zum SchKG. Die funktionelle Zuständigkeit ergibt sich aufgrund des Verweises in Art. 10 des EGzSchKG auf das Verfahren gemäss ZPO und kantonaler Einführungsgesetzgebung.

Art. 21 Gewerbsmässige Vertretung

Gemäss Art. 27 SchKG können die Kantone die gewerbsmässige Vertretung der am Zwangsvollstreckungsverfahren Beteiligten regeln. Über die nicht-gewerbstätige Vertretung darf der Kanton keine Vorschriften erlassen, zumal dafür gemäss Art. 68 Abs. 1 ZPO Vertretungsfreiheit gilt. Der Kanton ist nicht verpflichtet, entsprechende Regeln im Sinne von Art. 27 SchKG über die gewerbsmässige Vertretung zu normieren. Wird darauf verzichtet, ist die gewerbsmässige Vertretung völlig frei. Um Rechtssicherheit und Transparenz zu schaffen und aufgrund der Tatsache, dass die ZPO in Art. 68 Abs. 2 lit. c ebenfalls auf Art. 27 SchKG verweist, soll im Einführungsgesetz explizit normiert werden, dass die gewerbsmässige Vertretung sowohl für das eigentliche Betreibungsverfahren vor den Behörden der Zwangsvollstreckung im engeren Sinne als auch für gerichtliche Streitigkeiten im Inzidenzverfahren wie Rechtsöffnung oder Konkursverfahren sowie im Beschwerdeverfahren nach Art. 17 SchKG wie bisher grundsätzlich frei ist (vgl. Art. 3 Abs. 2 Anwaltsgesetz).

Keine Anwendung findet die freie gewerbsmässige Vertretung auf das Rechtsmittelverfahren; in diesen Verfahren ist die gewerbsmässige Vertretung im Sinne von Art. 68 Abs. 2 lit. a ZPO Anwältinnen und Anwälten vorbehalten.

Auf Bundesebene läuft derzeit ein Revisionsprojekt, gemäss welchem die den Kantonen gemäss Art. 27 SchKG heute zustehende Kompetenz, die gewerbsmässige Gläubigervertretung im Zwangsvollstreckungsverfahren zu regeln, aufgehoben werden soll. Auf diese Weise wäre jede handlungsfähige Person berechtigt, Parteien im Zwangsvollstreckungsverfahren in der ganzen Schweiz zu vertreten. Da dies im Kanton Graubünden bereits heute der Fall ist und mit der vorliegenden Revision keine Änderung erfährt, hat eine allfällige bundesrechtliche Gesetzesänderung keine Auswirkungen auf unseren Kanton.

Art. 22–27

Die Artikel 22–27 des Einführungsgesetzes entsprechen den Artikeln 28–32 der bisherigen GVV zum SchKG.

Art. 28 Übergangsrecht

Die Bestimmungen des Einführungsgesetzes sollen auch auf im Zeitpunkt des Inkrafttretens rechtshängige Verfahren Anwendung finden. Laufende Amtsperioden enden mit dem Inkrafttreten des Einführungsgesetzes. Wo Personen nicht auf eine bestimmte Amtsdauer gewählt worden sind, sind die Aufgabenträger gehalten, rechtzeitig entsprechende Kündigungen auszusprechen.

Gemäss Art. 53 SchKG wird die Betreuung am bisherigen Ort fortgesetzt, wenn der Schuldner seinen Wohnsitz nach Ankündigung der Pfändung, Androhung des Konkurses oder Zustellung des Zahlungsbefehls zur Wechselbetreuung verändert hat. Dies scheint für die Betreibungs- und Konkursämter praktikabel, da sie mit dem Fall schon betraut sind und eine Überführung an das örtlich neu zuständige Amt ab einem gewissen Verfahrensstadium einen relativ erheblichen Aufwand verursachen würde. Bei rechtshängigen Verfahren, deren örtliche Zuständigkeit über den Betreuungsort Haldenstein und Mutten begründet wurde, soll darum diese örtliche Zuständigkeit in analoger Anwendung zu Art. 53 SchKG beibehalten werden.

Art. 29 Referendum und Inkrafttreten

Seit dem 1. Januar 2011 müssen die kantonalen Ausführungsbestimmungen zum SchKG nicht mehr durch den Bund genehmigt werden. Allerdings haben die Kantone dem Bundesrat die Betreibungs- und Konkurskreise, die Organisation der Betreibungs- und Konkursämter sowie die Behörden, die der Kanton in Ausführung des Bundesgesetzes bezeichnet hat, anzugeben.

7.3 Teilrevision Gesetz über das Lotteriewesen (BR 935.450)

Art. 3 Bewilligungs- und Vollzugsinstanzen

Abs. 1 lit. a: Die Bewilligung für Unterhaltungslotterien soll von der territorial zuständigen Region erteilt werden. Aufgrund der geringen Anzahl an Bewilligungen, welche in den letzten Jahren erteilt wurden, und um gewisse Erfahrungswerte schaffen zu können, ist die Bewilligungsinstanz überkommunal anzusiedeln. Das Amt für Migration und Zivilrecht (AFM) ist Aufsichtsbehörde über das Lotteriewesen und kommt daher als Bewilligungsinstanz nicht in Frage. Im Übrigen soll die Bewilligungsbehörde weiterhin auch dezentral erreicht werden können. Um die Einhaltung der gesetzlichen Regelung zu kontrollieren und im Falle von Missbräuchen einschreiten zu können, erachtet die Regierung die Bewilligungspflicht für Unterhaltungs- lotterien weiterhin notwendig. Wer innerhalb der Regionalverwaltung für die Bewilligungserteilung zuständig ist (z.B. Regionalausschuss oder Geschäftsleitung), bestimmen die Regionen selber.

Art. 9 Ziehung

Abs. 1: Bei der öffentlichen Ziehung ist die Mitwirkung einer Amtsperson vorgesehen. Es können dies sein: eine von der betreffenden Region bezeichnete Person, eine Notarin oder ein Notar oder eine Regionalnotarin oder ein Regionalnotar. Es besteht eine Mitwirkungspflicht, wobei zwischen den genannten drei Personengruppen ausgewählt werden kann. Die Gesetzanpassung übernimmt die Begrifflichkeit der Teilrevision des Notariatsgesetzes.

Art. 25 Zustellungen von Entscheiden und Bewilligungen

Der zuständigen Dienststelle sind sowohl die Entscheide der Strafbehörden als auch die Bewilligungen für Unterhaltungs- lotterien zuzustellen. Da die Zuständigkeit für die Bewilligungserteilung für Unterhaltungs- lotterien den betreffenden Regionen zukommt, sind diese entsprechend anzuweisen, die Bewilligung unaufgefordert einzusenden.

8. Teilrevisionen von zwei grossrätlichen Verordnungen

8.1 Teilrevision Geschäftsordnung des Grossen Rates (BR 170.140)

Art. 3 3. Nichtteilnahme

Formelle Anpassung. Unter geltendem Recht meldet das Kreisamt die Nichtteilnahme einer Grossrätin/eines Grossrates. Es rechtfertigt sich, den Regionausschuss als hierfür zuständig zu bezeichnen.

8.2 Teilrevision Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) vom 18. Dezember 1970 und zu den dazu erlassenen eidgenössischen Verordnungen (BR 500.200)

Art. 2 Vollzugsbehörden

Redaktionelle Anpassung.

Art. 5 Amtsärzte

Marginalie: Redaktionelle Anpassung.
Redaktionelle Anpassung.

Art. 6 Meldewesen

Redaktionelle Anpassung.

Art. 9 Ärztliche Untersuchung und Absonderung

Abs. 1 und 3: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 10 Zwangsuntersuchungen

Redaktionelle Anpassung.

Art. 12 Allgemeine Verbotsordnungen

Abs. 2: Redaktionelle Anpassung.

Art. 13 Epidemiologische Abklärungen

Abs. 1, 2 und 3: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 14 Entschädigung

Abs. 1 und 4: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 16 Ausschluss von Schulen und ähnlichen Anstalten

Abs. 3: Redaktionelle Anpassungen.

Art. 17 Massnahmen gegenüber Dauerausscheidern
Redaktionelle Anpassung.

Art. 19 Zuständigkeit für Anordnung des Ausschlusses
Abs. 2: Redaktionelle Anpassung.

Art. 22 Fürsorge für Tuberkulose
Die Bezirksfürsorgestellen existieren nicht mehr. Die Nachfolgeeinrichtungen «regionale Sozialdienste» nehmen im Bereich der Bekämpfung der Tuberkulose keine Aufgaben wahr.

Art. 23 Zwangsmassnahmen
Siehe Bemerkungen zu Art. 22.
Redaktionelle Anpassung.

Art. 24 Zuführung zur Untersuchung
Abs. 1 lit. a): Redaktionelle Anpassung.
Abs. 2: Redaktionelle Anpassung.

Art. 25 Zuständigkeit
Abs. 2: Redaktionelle Anpassung.

Art. 27 Ausbildung von Desinfektoren
Abs. 2: Redaktionelle Anpassung.

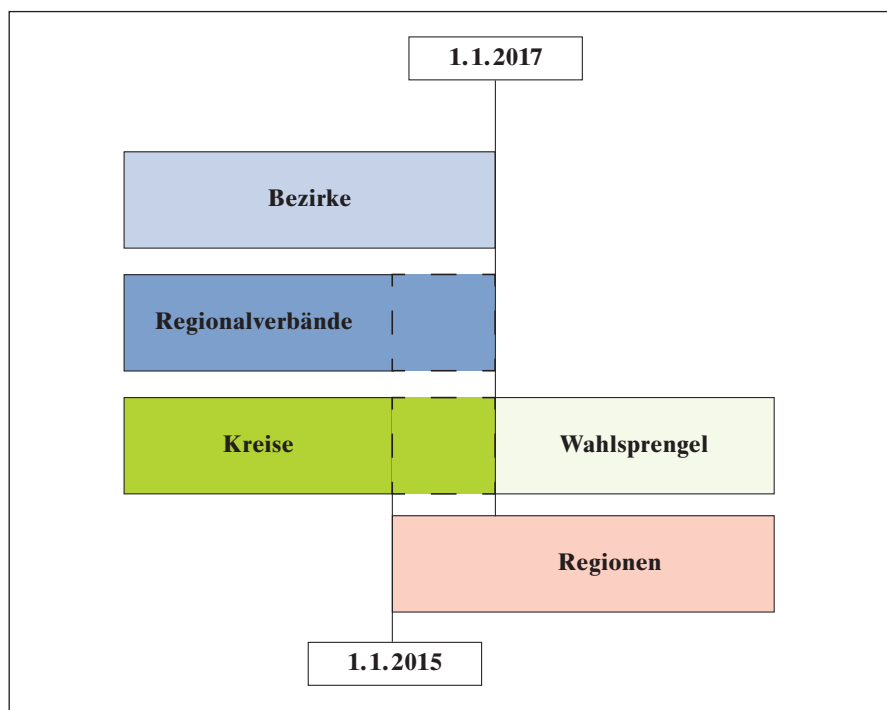
Art. 30 Rechtsmittel
Abs. 1: Redaktionelle Anpassung.

9. Aufhebung einer grossrätlichen Verordnung

Mit dem Erlass des EGzSchKG ist die grossrätliche Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GVVzumSchKG) aufzuheben.

VIII. Inkrafttreten

Der Umsetzung liegt die Konzeption zugrunde, wie sie nachstehend grafisch dargestellt wird. Auf den Zeitpunkt der Einteilung des Kantons in Regionen (voraussichtlich am 1. Januar 2015) sollen die gesetzlichen Grundlagen in Kraft treten, welche für die Regionen massgebend sind. Die Bezirke werden per Ende 2016 aufgelöst, die Kreise und Regionalverbände verlieren spätestens auf diesen Zeitpunkt die Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Körperschaft, so dass auf diesen Zeitpunkt hin die Rechtsgrundlagen aufgehoben werden können.



Die Regierung bestimmt das Inkrafttreten.

Auf den **1. März 2014** tritt Art. 108 Abs. 1 nKV in Kraft. Damit ist gewährleistet, dass Erneuerungswahlen nur noch in jenen Kreisen stattfinden müssen, welche von Gemeinden delegierte Aufgaben wahrnehmen und für eine beschränkte Dauer von zwei Jahren weiterbestehen. Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 19. November 2013 die Inkraftsetzung beschlossen und die entsprechenden Kreise bezeichnet, welche im Mai 2014 nebst

den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates Erneuerungswahlen (Kreispräsident/in und Stellvertreter/in) für die Amtsperiode vom 1. August 2014 bis zwei Jahre nach Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen durchzuführen haben. Es handelt sich um die Kreise Domleschg, Mesocco, Oberengadin, Schams und Surses. Von einer Erneuerungswahl kann dann abgesehen werden, wenn die entsprechenden Kreise auf den Inkrafttretenszeitpunkt von Art. 108 Abs. 1 KV (1. März 2014) sämtliche Aufgaben übertragen haben.

Die Vorlage wird vom Grossen Rat voraussichtlich in der Aprilsession 2014 behandelt. Die Umsetzung der Kernpunkte der Vorlage ist auf das Jahr 2015 geplant, doch muss je nach parlamentarischer Arbeit und/oder eines möglichen Referendums auch eine Verzögerung in Betracht gezogen werden. Sollte es Verzögerungen geben, müssten die nachstehenden Termine um ein Jahr verschoben werden.

Voraussichtlich auf den **1. Januar 2015** treten folgende Bestimmungen der KV-Revision in Kraft: Art. 3 Abs. 3, Art. 11 Ziff. 4, 5 und 6, Art. 26 Abs. 1, Art. 27 Abs. 3, Art. 68, Art. 69, Art. 70, Art. 71, Art. 74, Art. 76 Abs. 2, Art. 108 Abs. 2, 3 und 4 nKV.

Voraussichtlich auf den **1. Januar 2017** treten in Kraft: Art. 10 Abs. 1, Art. 54 Ziff. 2, Art. 55 Abs. 2 Ziff. 2, Art. 72, Art. 73 nKV.

Bereits auf den **1. September 2014** soll Art. 52 Abs. 1 lit. i GG in Kraft gesetzt werden können. Damit kann die Bestimmung ihre Wirkung für Gemeindezusammenschlüsse entfalten, welche auf das Jahr 2015 umgesetzt werden sollen.

IX. Finanzielle und personelle Auswirkungen

1. Auswirkungen beim Kanton

Das Statuieren der justiznahen Aufgaben als regionale Aufgaben führt nicht dazu, dass der Kanton finanziell belastet würde. Dadurch, dass im kantonalen Recht die justiznahen Aufgaben statt den Kreisen neu den Regionen zur Erfüllung zugewiesen wird, geht selbstverständlich keine Finanzierung durch den Kanton einher.

Keinen Einfluss hat die Vorlage auf den Finanzausgleich zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Art. 96 Abs. 2 und 3 KV bezieht sich nicht auf die Regionen im Sinne der Vorlage.

Der Regierung ist es ein besonderes Anliegen, dass die Umsetzung der Gebietsreform möglichst reibungslos erfolgt. Sie hat das Departement für Finanzen und Gemeinden (DFG) beauftragt, zweckmässige Umsetzungsvorlagen (Musterstatuten und Musterleistungsvereinbarungen) vorzuberei-

ten und den Transformationsprozess aktiv zu begleiten. Von diesem Prozess sind nebst dem DFG weitere Departemente berührt. Der personelle Aufwand der kantonalen Mitarbeitenden für die Umsetzung lässt sich nicht beziffern, sollte aber im Rahmen der bestehenden Ressourcen bewältigt werden können.

Was die allfällige Übernahme von Archivgut der Kreise betrifft, so ist eine Übernahme mit dem Staatsarchiv abzusprechen. Dieses wiederum hat nebst den Platzverhältnissen die personellen und zeitlichen Komponenten gebührend zu berücksichtigen.

2. Auswirkungen bei den Gemeinden

Die Übertragung der justiznahen Aufgaben von den Kreisen auf die Regionen sollte – bei unverändertem Aufgabenumfang – die Gemeinden finanziell nicht mehr belasten, als wenn die Aufgaben durch den Kreis bzw. kreisübergreifend wahrgenommen werden.

Die finanziellen und personellen Auswirkungen auf die Gemeinden bei den durch die Gemeinden delegierten Aufgaben sind davon abhängig, welche Aufgaben die Gemeinden in welchem Umfang und mit welcher Finanzierung den künftigen Regionen übertragen werden.

Die personelle Unterstützung des Kantons bei der Umsetzung (vgl. vorstehende Ziff. IX.1.) sollte die Gemeinden bei den Arbeiten für den Aufbau der Regionen bzw. für die Auflösung der Kreise, Bezirke und Regionalverbände entlasten.

3. Auswirkungen bei den Bezirken

Aufgrund der Anzahl Regionen analog zu den heutigen Bezirken sind die Auswirkungen auf die erstinstanzlichen Gerichte gering. Lediglich für zwei Gemeinden (Haldenstein und Mutten) gibt es eine Veränderung bezüglich Gerichtssprengel. Bis zum 31. Dezember 2016 bleiben die gewählten Richterinnen und Richter im Amt. Der Gerichtssprengel entspricht bis Ende 2016 den heutigen Bezirken. Die Berührungspunkte der Regionalgerichte zur Region sind einzig territorialer Natur, indem die Perimeter der Regionen die Sprengel für die Regionalgerichte darstellen; ansonsten haben die Regionalgerichte wie die heutigen Bezirksgerichte aufgrund der Gewaltenteilung eine eigenständige Stellung. Die für die Regionalgerichte massgeblichen Gesetzesrevisionen werden im Rahmen einer separaten GOG-Revision vorgenommen. Sollte im Rahmen dieser Vorlage den Regionalgerichten (wie heute den Bezirksgerichten) weiterhin die Rechts- und Handlungsfähigkeit

zugestanden werden, dann erübrigen sich auch Regelungen in Bezug auf die im Eigentum des Bezirksgerichts Landquart stehenden Grundstücke (soweit ersichtlich einziges Bezirksgericht mit Grundeigentum). Ohne Fortführung der Rechts- und Handlungsfähigkeit ist demgegenüber ein Eigentumsübergang zwingend, welcher grundsätzlich entweder auf die Gemeinden, die Region oder den Kanton erfolgen könnte.

4. Auswirkungen bei den Regionalverbänden

Die heutigen, selbst gewählten Organisationen bleiben bis spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen in Kraft (vgl. Erläuterungen zu Art. 103c GG). Aufgrund der wegfallenden rechtlichen Grundlagen lösen sich die Regionalverbände spätestens zwei Jahre nach Einteilung des Kantons in Regionen auf. Die übergangsrechtlichen Bestimmungen zur Teilrevision GG sehen vor, was mit dem bei der Auflösung vorhandenen Vermögen bzw. Verbindlichkeiten zu geschehen hat. Die lange Übergangszeit bis zur Auflösung der heutigen Regionalverbände ermöglicht eine ordnungsgemässe Auflösung.

5. Auswirkungen bei den Kreisen

Am 18. Mai 2014 finden Kreiswahlen statt. Zu wählen sind die Mitglieder des Grossen Rates für die am ersten Tag der Augustsession 2014 beginnende vierjährige Amtsperiode. Bezüglich der Wahl der Kreisbehörden (Kreispräsidentinnen und -präsidenten sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter) ist Art. 108 Abs. 1 nKV zu beachten. Erneuerungswahlen finden danach nur noch in jenen Kreisen statt, welche von Gemeinden delegierte Aufgaben wahrnehmen und für eine beschränkte Dauer von zwei Jahren weiterbestehen. Bei den übrigen Kreisen verlängert sich die Amtsdauer bis zum Zeitpunkt der Aufhebung der Kreise (voraussichtlich Ende 2014). Die letzten Kreisbehörden sind auch über den Auflösungszeitpunkt hinaus für eine ordnungsgemässe Liquidation des Kreises verantwortlich. Das Einteilungsgesetz regelt in grundsätzlicher Hinsicht, was mit vorhandenem Vermögen bzw. Verbindlichkeiten zu geschehen hat. Steuerrechtliche Folgen, wenn die Kreise im Zuge ihrer Auflösung Liegenschaften auf die Kreisgemeinden bzw. die Region übertragen (Übertragungen der öffentlichen Hand auf die öffentliche Hand), sind nicht zu gewärtigen.

Die Kreise werden vom Kanton rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, was zweckmässigerweise an die Hand genommen werden sollte. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Thematik der Übertragung der justiznahen

Aufgaben auf die Regionen, insbesondere, was die Kündigung der Arbeitsverträge betrifft, sowie die Archive zu richten sein.

X. Gute Gesetzgebung

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben werden mit der Revisionsvorlage beachtet.

XI. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. Auf die Vorlage einzutreten.
2. Dem Gesetz über die Umsetzung der Gebietsreform (Mantelgesetz) zuzustimmen.
3. Der Teilrevision des Notariatsgesetzes zuzustimmen.
4. Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs zu erlassen.
5. Der Teilrevision des Gesetzes über das Lotteriewesen zuzustimmen.
6. Der Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates zuzustimmen.
7. Der Teilrevision der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) vom 18. Dezember 1970 und zu den dazu erlassenen eidgenössischen Verordnungen zuzustimmen.
8. Die Aufhebung der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs zu beschliessen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Cavigelli*
Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Gesetz über die Gebietsreform im Kanton Graubünden (Mantelgesetz über die Gebietsreform)

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1, Art. 68 Abs. 2 und Art. 71 Abs. 2 der Kantonsverfassung,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

Art. 1

Dieses Gesetz regelt die Anpassung von kantonalen Erlassen zur Umsetzung der Gebietsreform. Gegenstand und Zweck

Art. 2

Das Gesetz über die Einteilung des Kantons in Regionen (BR 110.200) wird in der Fassung gemäss Anhang I erlassen. Totalrevision
Einteilungsgesetz

Art. 3

Das Gemeindegesetz (BR 175.050) wird in der Fassung gemäss Anhang II teilrevidiert. Teilrevision
Gemeindegesetz

Art. 4

Die nachstehenden Gesetze werden wie folgt geändert: Weitere
Änderungen
von Gesetzen

1. Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (BR 150.100)

Art. 1 Abs. 1 lit. a und c

¹ Das Gesetz regelt:

- a) die Wahlen und Abstimmungen in kantonalen (...) und **regionalen Angelegenheiten sowie die Wahlen der Bezirksgerichte;**
- c) die Ausübung des Initiativrechts in **Regions-** und Gemeindeangelegenheiten.

Art. 2 Abs. 1 und 3

¹ Kantonale Wahlen sind die **Regierungs-** und Ständeratswahlen; **regionale** Wahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates (...).

³ **Aufgehoben**

Art. 8

¹ Die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen **sowie** die Bezirksgerichtswahlen (...) werden gemeindeweise am gleichen Tag an der Urne durchgeführt.

² Die Wahlen und Abstimmungen in **regionalen Angelegenheiten** werden gemeindeweise am gleichen Tag (...) durchgeführt.

Art. 9 Abs. 1

¹ Der Gemeindevorstand (...) setzt ein Stimmbüro von mindestens zwei stimmberechtigten Mitgliedern ein und bezeichnet dessen Präsidentin beziehungsweise Präsidenten und dessen Aktuarin beziehungsweise Aktuar. Er kann auch selbst als Stimmbüro amten.

Art. 10 Abs. 2

² Wer ohne wichtigen Grund die Übernahme oder Ausübung des Amtes ablehnt, kann vom Gemeindevorstand (...) mit einer Busse von 50 bis 400 Franken bestraft werden.

Art. 15 Abs. 1 lit. a bis d

¹ Die Wahlen und Abstimmungen werden angeordnet:

- a) durch die Regierung:
die **Regierungs-** und Ständeratswahlen inklusive Ersatzwahlen, die Bezirksgerichts- und (...) Grossratswahlen (...) sowie die Abstimmungen in kantonalen Angelegenheiten;
- b) durch die Verwaltungskommission:
die Ersatzwahlen im Bezirk (...);
- c) durch **den Regionalausschuss:**
(...) die Abstimmungen in **regionalen Angelegenheiten**;
- d) **Aufgehoben**

Art. 16 lit. a und d

Die Erneuerungswahlen finden an folgenden Terminen statt:

- a) die **Regierungs-** und (...) Grossratswahlen (...) **gleichzeitig in der Regel im Mai oder Juni** für die für die Regierung am 1. Januar des folgenden Jahres, für den Grossen Rat am ersten Tag der Augustsession (...) beginnende Amtsdauer (...);
- d) **Aufgehoben**

Art. 20 lit. b, c und d

Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen werden vorbereitet und den Gemeinden rechtzeitig zugestellt:

- b) vom Bezirksamt bei Bezirksgerichtswahlen (...);

- c) vom **Regionalausschuss bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates sowie bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten.**
- d) **Aufgehoben**

Art. 21 lit. c und d

Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen umfassen:

- c) bei den Bezirksgerichtswahlen und den **Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates** die Wahlzettel, bei den (...) **Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten** die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen (...) **des Regionalausschusses.**
- d) **Aufgehoben**

Art. 25 Marginalie

1. In Eidgenössischen, kantonalen (...) und Bezirksangelegenheiten

Art. 26

¹ Soweit die **Urnenabstimmung vorgesehen ist**, richtet sich die Stimmabgabe nach Artikel 25. **2. In regionalen Angelegenheiten**

² Andernfalls erfolgt die Stimmabgabe (...) in den Gemeinden.

Art. 36 Abs. 1 lit. b, c und d, Abs. 3 und 4

¹ Das Stimmbüro meldet unverzüglich (...) die Gemeindeergebnisse:

- b) bei Bezirksgerichtswahlen (...) dem Bezirksamt;
- c) bei **den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und den Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten dem Regionalausschuss.**
- d) **Aufgehoben**

³ Die **Regionalausschüsse** melden der Standeskanzlei am Wahltag unverzüglich telefonisch und am nächsten Tag auch noch schriftlich die Ergebnisse der **Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates.**

⁴ Die Bezirksämter melden der Standeskanzlei am Tag nach der Wahl schriftlich die Ergebnisse der Bezirksgerichtswahlen. (...)

Art. 37 Abs. 2

² Bei Wahlen (...) im Bezirk kommt die Aufgabe dem Bezirksamt, **bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten dem Regionalausschuss** zu.

Art. 41 Abs. 1 lit. c und d

¹ Haben mehrere Personen gleich viele Stimmen erhalten, entscheidet über die Wahl oder die Reihenfolge der Einsitznahme das Los. Die Losziehung nimmt vor:

- c) bei **den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates der Regionalausschuss.**
- d) **Aufgehoben**

Art. 42

Die vorläufigen Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen werden von der Standeskanzlei, jene der Wahlen (...) auf **Bezirksebene** vom Bezirksamt (...) und jene der Wahl **der Mitglieder des Grossen Rates sowie der Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten vom Regionalausschuss** unverzüglich öffentlich bekanntgegeben.

Art. 43 Abs. 2 und 3

² Im Übrigen ordnet bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen die Regierung, bei Wahlen (...) auf **Bezirksebene** die Verwaltungskommission **sowie bei Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten der Regionalausschuss** eine Nachzählung an, wenn konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten bestehen.

³ Die Nachzählung kann zentral, bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen durch die Standeskanzlei, bei Wahlen (...) auf **Bezirksebene** durch das Bezirksamt (...) und **bei regionalen Wahlen und Abstimmungen** durch **den Regionalausschuss** vorgenommen werden oder, auf Anordnung dieser Stellen, in den Gemeinden erfolgen.

Art. 44 Abs. 2

² Bei Wahlen (...) auf **Bezirksebene beziehungsweise bei Wahlen und Abstimmungen auf regionaler Ebene** erfolgt die Veröffentlichung durch das **Bezirksamt** beziehungsweise **durch den Regionalausschuss** (...) im jeweiligen Publikationsorgan.

Art. 46 Abs. 1

¹ Wer eine Wahl nicht binnen acht Tagen seit der amtlichen Bekanntgabe des Ergebnisses durch schriftliche Mitteilung an die Regierung beziehungsweise die Verwaltungskommission **oder den Regionalausschuss** ablehnt, hat sie angenommen.

2. INITIATIVE IN **REGIONS-** UND GEMEINDE-ANGELEGENHEITEN

Art. 73

Die **Regionen** und Gemeinden gewährleisten das Initiativrecht nach Massgabe der folgenden Bestimmungen. Sie können es, insbesondere durch Herabsetzung der erforderlichen Unterschriftenzahl und Zulassung der Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes, erweitern.

Art. 74

Die Bestimmungen über das Initiativrecht in Gemeinden gelten sinngemäss für die **Regionen. (...)**

Initiative in regionalen Angelegenheiten

Art. 102 Abs. 1

¹ Entscheide der Regierung, des Grossen Rates und der zuständigen grossräthlichen Kommission sowie der Behörden der (...) Bezirke, **Regionen** und Gemeinden unterliegen der Beschwerde wegen Verletzung von politischen Rechten an das Verwaltungsgericht.

Art. 105

¹ Die **Regionen** regeln das Verfahren bei Wahlen und Abstimmungen in **regionalen Angelegenheiten**, soweit dieses Gesetz und die Regierung nichts bestimmen.

2. **Regionen**

² Aufgehoben

Art. 106

Die Gemeinden erlassen die für ihr Gebiet erforderlichen ergänzenden Bestimmungen über das Verfahren bei Wahlen und Abstimmungen in kantonalen und in **regionalen Angelegenheiten**.

Art. 107

Aufgehoben

2. Gesetz über die Staatshaftung (BR 170.050)

Art. 1 Abs. 1 lit. a

¹ Diesem Gesetz unterstehen:

- a) der Kanton, die Bezirke, **Regionen** und Gemeinden sowie die übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und deren selbstständige Anstalten (Gemeinwesen);

3. Gesetz über den Grossen Rat (BR 170.100)

Art. 1

¹ Für die Verteilung der Grossratsitze auf die **Wahlkreise** ist massgebend die schweizerische Wohnbevölkerung der **Wahlkreise** aufgrund der eidgenössischen Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes, die jeweils im Jahr vor den **Wahlen** publiziert wird.

² **Die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen ist im Anhang geregelt.**

³ **Die Zugehörigkeit zum Wahlkreis von sich zusammenschliessenden Gemeinden ist in der Fusionsvereinbarung zu regeln. Stehen wichtige Gründe dieser Regelung entgegen oder können sich die Gemeinden nicht einigen, entscheidet die Regierung endgültig. Ist mehr als eine Region betroffen, so sind diese vorgängig anzuhören.**

Art. 2

Die 120 Sitze des Grossen Rates werden auf die **Wahlkreise** nach folgendem Verfahren verteilt:

a) Vorwegverteilung:

1. Die schweizerische Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 120 geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die erste Verteilungszahl. Jeder **Wahlkreis**, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
2. Die schweizerische Wohnbevölkerung der verbleibenden **Wahlkreise** wird durch die Zahl der noch nicht zugeteilten Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die zweite Verteilungszahl. Jeder **Wahlkreis**, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
3. Dieses Verfahren wird wiederholt, bis die verbleibenden **Wahlkreise** die letzte Verteilungszahl erreichen.

b) Hauptverteilung:

Jeder verbliebene **Wahlkreis** erhält so viele Sitze, als die letzte Verteilungszahl in seiner Bevölkerungszahl enthalten ist.

c) Restverteilung:

Die restlichen Sitze werden auf die **Wahlkreise** mit den grössten Restzahlen verteilt. Erreichen mehrere **Wahlkreise** die gleiche Restzahl, so scheidet sie in der Reihenfolge der kleinsten Reste aus, die sich nach der Teilung ihrer Bevölkerungszahl durch die erste Verteilungszahl ergeben. Sind auch die Reste gleich, so entscheidet das Los.

Art. 3

Die Regierung gibt die Zahl der **in** jedem **Wahlkreis** zu wählenden Abgeordneten jeweils vor den **Wahlen** im Kantonsamtsblatt bekannt.

Art. 4

Jeder **Wahlkreis** wählt so viele Stellvertreterinnen und Stellvertreter, als er Abgeordnete zu wählen hat, höchstens jedoch zehn.

Anhang

(Art. 1 Abs. 2)

Die Gemeinden sind wie folgt den Wahlkreisen zugeordnet:

Wahlkreis	Gemeinden
Alvaschein	Alvaschein, Mon, Mutten, Stierva, Tiefencastel, Vaz/Obervaz
Avers	Avers
Belfort	Alvaneu, Brienz/Brinzauls, Lantsch/Lenz, Schmitten, Surava
Bergün	Bergün/Bravuogn, Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Brusio	Brusio
Calanca	Arvigo, Braggio, Buseno, Castaneda, Cauco, Rossa, Sta. Maria i.C., Selma
Chur	Chur
Churwalden	Churwalden, Tschierschen-Praden
Davos	Davos
Disentis	Breil/Brigels, Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Domleschg	Almens, Fürstenau, Paspels, Pratval, Rodels, Rothenbrunnen, Scharans, Sils i.D., Tomils
Fünf Dörfer	Haldenstein, Landquart, Trimmis, Untervaz, Zizers
Ilanz	Falera, Ilanz/Glion, Laax, Mundaun, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Klosters	Klosters-Serneus
Küblis	Conters i.P., Küblis, Saas i.P.
Lumnezia/Lugnez	Lumnezia, St. Martin, Vals
Luzein	Luzein, St. Antönien
Maienfeld	Fläsch, Jenins, Maienfeld, Malans
Mesocco	Lostallo, Mesocco, Soazza
Oberengadin	Bever, Celerina/Schlarigna, Madulain, Pontresina, La Punt-Chamues-ch, Same-dan, St. Moritz, S-chanf, Sils i.E./Segl, Silvaplana, Zuoz
Poschiavo	Poschiavo
Ramosch	Samnaun, Valsot
Rhäzüns	Bonaduz, Domat/Ems, Rhäzüns

Rheinwald	Hinterrhein, Nufenen, Splügen, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Leggia, Roveredo, San Vittore, Verdabbio
Ruis	Andiast, Obersaxen, Waltensburg/Vuorz
Saffien	Safiental
Schams	Andeer, Casti-Wergenstein, Donat, Ferrera, Lohn, Mathon, Rongellen, Zillis-Reischen
Schanfigg	Arosa, Maladers
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis
Suot Tasna	Ftan, Scuol, Sent
Sur Tasna	Ardez, Guarda, Lavin, Susch, Tarasp, Zernez
Surses	Bivio, Cunter, Marmorera, Mulegns, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Sur, Tinizong-Rona
Thusis	Cazis, Flerden, Masein, Thusis, Tschappina, Urmein
Trins	Felsberg, Flims, Tamins, Trin
Val Müstair	Val Müstair

4. Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (BR 170.300)

Art. 3

Das Amt eines Mitglieds der Regierung ist unvereinbar mit Gemeinde(...) und Bezirksämtern sowie Ämtern in **Regionen**. Im Übrigen gelten die Unvereinbarkeitsbestimmungen gemäss Artikel 22 der Kantonsverfassung.

5. Kantonales Datenschutzgesetz (BR 171.100)

Art. 1 Abs. 2 lit. a und b und Abs. 3

² Als Behörden im Sinne dieses Gesetzes gelten

- Behörden und Amtsstellen des Kantons (...), der Bezirke, **Regionen, Gemeinden und Gemeindeverbindungen**;
- öffentlich-rechtliche Anstalten, Stiftungen und Körperschaften des Kantons (...), der Bezirke, **Regionen und Gemeinden**;

³ **Aufgehoben**

Art. 6 Abs. 3

³ Entscheide der Departemente, der Gemeinde-, (...) Bezirks- und **Regionalbehörden**, der Gemeindeverbindungen sowie der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und Körperschaften können beim Verwaltungsgericht mit Beschwerde angefochten werden.

6. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (BR 210.100)

Art. 20 Abs. 1 und 2

¹ Die Zivilstandskreise umfassen das Gebiet **einer** oder mehrerer **Regionen** oder Teile davon und werden von der Regierung im Rahmen des Bundesrechts und nach Anhörung der beteiligten **Regionen** endgültig festgelegt.

² Die Regierung bezeichnet nach Anhörung der beteiligten **Regionen** Sitz und Name der Zivilstandsämter endgültig.

Art. 20a Abs. 1 und 2

¹ Der **Regionalausschuss** ernennt nach vorgängiger Genehmigung durch die kantonale Aufsichtsbehörde die nötige Anzahl Zivilstandsbeamte, bezeichnet den Leiter des Amtes und regelt die Stellvertretung.

² Erstreckt sich ein Zivilstandskreis über das Gebiet mehrerer (...) **Regionen**, einigen sich diese über das Wahlorgan und das Wahlverfahren.

Art. 38 Abs. 1

¹ Es bestehen folgende Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden:

- a) Engadin/Südtäler (**Regionen** Bernina, **Engiadina Bassa/Val Müstair** und Maloja);
- b) Mittelbünden/Moesa (**Regionen** Albula, (...) Moesa und **Viamala**);
- c) Nordbünden (**Regionen** Landquart, Plessur und Imboden);
- d) Prättigau/Davos (**Region** Prättigau/Davos);
- e) Surselva (**Region** Surselva).

Art. 51 Abs. 1 lit. b

¹ Befugt zur Anordnung der fürsorgerischen Unterbringung ist:

- b) jeder **Amtsarzt**;

7. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht (BR 210.200)

Art. 6 Abs. 1

¹ Die öffentliche Versteigerung muss von der **Regionalpräsidentin** oder vom **Regionalpräsidenten** oder von einer oder einem von ihr oder ihm bezeichneten **Regionsangestellten** geleitet werden.

Art. 6b Abs. 3

³ **Die Region** ist zuständig, den Zuschlag bei der Versteigerung eines Grundstückes der Grundbuchverwalterin oder dem Grundbuchverwalter mitzuteilen (Art. 235 Abs. 2).

Art. 6c Abs. 3

³ Das Steigerungsprotokoll ist von der Steigerungsleiterin oder vom Steigerungsleiter und von der Protokollführerin oder vom Protokollführer zu unterzeichnen und **bei der Region** zu deponieren.

Art. 7 Ziff. 2 und 3

Zuständige Behörde zur Klage auf Vollziehung einer im öffentlichen Interesse liegenden Auflage bei der Schenkung nach dem Tode des Schenkers (Art. 246 Abs. 2) ist:

2. der **Regionalausschuss**, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse **der Region** liegt;
3. die Regierung, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse mehrerer Gemeinden, mehrerer **Regionen** oder des Kantons liegt.

8. Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (BR 350.100)

Art. 34 Abs. 1 lit. a

¹ Als amtliche oder dauernd bestellte Sachverständige im Sinn der Strafprozessordnung gelten insbesondere:

- a) die **Amtsärztinnen** und -ärzte;

9. Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (BR 370.100)

Art. 2

Auf das Verwaltungsverfahren vor **Regional-** und Gemeindebehörden finden die allgemeinen Verfahrensgrundsätze sowie die Bestimmungen über die Erläuterung, die Berichtigung, die Revision und die Vollstreckung Anwendung.

Regional- und Gemeindebehörden

Art. 59 lit. b

Mit der Beschwerde können geltend gemacht werden:

- b) Verletzungen der Autonomie der Gemeinden, der **Regionen** und anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften sowie der Landeskirchen.

**10. Gesetz über die Unterstützung der Fortbildung
Jugendlicher und Erwachsener im Kanton Graubünden
(BR 433.100)**

Art. 2

Beiträge werden ausgerichtet an Gemeinden, Gemeindeverbände oder **Regionen** und an gemeinnützige und kulturelle Organisationen, wie Bäuerinnen- und Haushaltungsschulen und Volkshochschulen, wenn die Träger keinen Gewinn erzielen und auf Beiträge angewiesen sind. Für Fortbildungskurse der schulentlassenen Jugendlichen sollten keine oder nur bescheidene Kursgelder oder Gebühren erhoben werden.

11. Gesetz über Ausbildungsbeiträge (BR 450.200)

Art. 18 Abs. 1

¹ Die Fachstelle und die Behörden von Kanton, Bezirken, **Regionen** und Gemeinden, welche Daten gemäss Absatz 2 bearbeiten, geben Daten weiter, die für die Durchführung dieses Gesetzes von Bedeutung sind.

12. Sprachengesetz des Kantons Graubünden (BR 492.100)

Art. 1 Abs. 2

² Kanton, **Regionen**, Gemeinden, (...) Gemeindeverbände, Bezirke (...) sowie andere öffentlich-rechtliche Körperschaften tragen beim Erfüllen ihrer Aufgaben der herkömmlichen sprachlichen Zusammensetzung der Gebiete Rechnung und nehmen Rücksicht auf die angestammte Sprachgemeinschaft.

Art. 2 lit. c

Dieses Gesetz regelt:

- c) die Zuordnung der Gemeinden und **Regionen** zu den Sprachgebieten sowie das Zusammenwirken des Kantons mit den Gemeinden, **Regionen** (...), Gemeindeverbänden **und** Bezirken (...) sowie mit anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften bei der Bestimmung ihrer Amts- und Schulsprachen.

Art. 3 Abs. 3

³ Die kantonalen Behörden antworten in der Amtssprache, in der sie angegangen werden. Im Verkehr mit Gemeinden, **Regionen** und Gemeindeverbänden (...) verwenden sie deren Amtssprachen. In Beschwerdeverfahren richtet sich die Verfahrenssprache nach der im angefochtenen Entscheid verwendeten Amtssprache.

Art. 21

Auf Antrag **einer Gemeinde oder einer Region** kann die Regierung gestützt auf ein Konzept die Führung einer zweisprachigen Volksschule bewilligen. Der Kanton kann an diese Schulen Beiträge leisten.

Art. 23 Abs. 2

² **Regionen** und Gemeindeverbände regeln den Gebrauch der Amts- und gegebenenfalls der Schulsprachen in den Statuten. Sie berücksichtigen dabei in angemessener Weise die sprachliche Situation der einzelnen Gemeinden.

Art. 25 Abs. 1, 2 und 4

¹ **Regionen**, welche sich aus einsprachigen Gemeinden mit identischer Amtssprache zusammensetzen, gelten als einsprachig. Amtssprache ist in diesen **Regionen** die Amtssprache der angeschlossenen Gemeinden. **Regionen**

² **Regionen**, welche sich aus Gemeinden mit verschiedenen Amtssprachen beziehungsweise mehrsprachigen Gemeinden zusammensetzen, gelten als mehrsprachig. Amtssprachen in diesen **Regionen** sind sämtliche Amtssprachen der **in der Region** zusammengeschlossenen Gemeinden.

⁴ Die **Regionen** regeln die Einzelheiten über den Anwendungsbereich ihrer Amtssprachen im Zusammenwirken mit der Regierung.

13. Gesetz über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (BR 500.000)

Art. 9

¹ Die **Amtsärzte** und ihre Stellvertreter werden von der Regierung im Nebenamt auf vier Jahre gewählt. Sie sind die gesundheitspolizeilichen Aufsichts- und Vollzugsorgane des Departementes und erfüllen die gerichtsärztlichen und anderen amtsärztlichen Aufgaben. **5. Amtsärzte**

² Jeder im Kanton praktizierende Arzt kann zur Übernahme amtlicher Aufgaben verpflichtet werden, wenn besondere Fachkenntnisse erforderlich sind oder der **Amtsarzt** beziehungsweise sein Stellvertreter im Ausstand ist oder nicht zur Verfügung steht.

Art. 30a Abs. 2

² Die Bewilligung erlischt mit der Erfüllung des 70sten Altersjahres nicht, wenn die betreffende Person aufgrund eines **amtsärztlichen** Zeugnisses den Nachweis erbringt, sowohl in physischer als auch in psychischer Hinsicht in der Lage zu sein, weiterhin den Beruf ausüben zu können. Der Nachweis ist jeweils alle zwei Jahre einzureichen.

14. Gesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Krankheiten (BR 500.400)

Art. 10 Abs. 1

¹ Der Kanton organisiert öffentliche Schutzimpfungen gegen die Pocken. Er trägt die dabei entstehenden Kosten. Die Durchführung dieser Impfungen besorgen die **Amtsärzte**.

15. Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (BR 710.100)

Art. 1 Abs. 4

⁴ Für die **Regionen** und Gemeindeverbände sowie die Bürgergemeinden gilt das Gesetz sinngemäss, soweit nicht besondere Bestimmungen gelten.

16. Steuergesetz für den Kanton Graubünden (BR 720.000)

Art. 78 Abs. 1 lit. c

¹ Von der Steuerpflicht sind befreit

- c) die **Regionen** und die Gemeinden des Kantons und ihre Anstalten,

Art. 81 Abs. 1 lit. a

¹ Zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören insbesondere

- a) die Steuern des Bundes, der Kantone **und** der Gemeinden (...), ausgenommen die Strafsteuern und die Steuerbussen

Art. 122 Abs. 1

¹ Mitglieder von Behörden, Beamte und Angestellte des Kantons, der **Regionen** und der Gemeinden haben über die bei ihrer amtlichen Tätigkeit gemachten Wahrnehmungen strengstes Stillschweigen zu wahren. Sie sind für Widerhandlungen nach den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich.

Art. 122a

Die Steuerbehörden erteilen den Steuerbehörden des Bundes, der Kantone (...) und Gemeinden kostenlos die benötigten Auskünfte und gewähren ihnen auf Verlangen Einsicht in die amtlichen Akten.

Art. 123 Abs. 1

¹ Die Behörden des Bundes und des Kantons sowie der Bezirke, **Regionen** und Gemeinden erteilen den mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten Behörden ungeachtet einer allfälligen Geheimhaltungspflicht auf Ersuchen hin kostenlos alle erforderlichen Auskünfte. Sie können diese Behörden von sich aus informieren, wenn sie vermuten, dass eine Veranlagung unvollständig ist.

**17. Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuern
(BR 720.200)**

Art. 11 lit. d

Von der Handänderungssteuer befreit sind

- d) der Bezirk, **die Region**, die Gemeinde (mit deren Anstalten) und die Bürgergemeinde für Grundstücke im eigenen Gebiet;

**18. Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden
(BR 801.100)**

Art. 1 Abs. 1

¹ Das Gesetz ordnet die Raumplanung auf Gebiet des Kantons Graubünden. Es bestimmt die von den Gemeinden, von den **Regionen** und vom Kanton zu erfüllenden Aufgaben.

Art. 2

¹ Gemeinden, **Regionen** und Kanton sorgen für die Planung im Sinne der Raumplanungsgesetzgebung. Sie berücksichtigen die Anliegen der Raumplanung auch bei ihren übrigen Tätigkeiten.

² Gemeinden, **Regionen** und Kanton erfüllen ihre Aufgaben im gegenseitigen Einvernehmen und stimmen ihre Grundlagen, Planungen und raumwirksamen Tätigkeiten aufeinander und mit den Grundlagen, Konzepten und Sachplanungen des Bundes sowie den Planungen der benachbarten Kantone und Länder ab.

Art. 3 Abs. 2

² Die überörtliche Planung ist in der Regel Sache der **Regionen** und des Kantons.

Art. 5 Abs. 1

¹ Für die in diesem Gesetz und in der Verordnung festgelegten Verfahren für Planungen, Bauvorhaben, Landumlegungen und die Erhebung von Erschliessungsabgaben gilt ausschliesslich kantonales Recht, soweit die Gemeinden und **Regionen** nicht ausdrücklich ermächtigt oder verpflichtet werden, abweichende oder ergänzende eigene Verfahrensvorschriften zu erlassen oder bestimmte Verfahren selbst zu regeln.

Art. 10 Abs. 1 Einleitungssatz

¹ Der Kanton kann im Rahmen der verfügbaren Mittel Beiträge ausrichten an Gemeinden und **Regionen** sowie an Organisationen, Institutionen und andere Projektträger für:

Art. 11 Abs. 1 und 2

¹ Beiträge an Gemeinden und **Regionen** werden in der Form von Grundbeiträgen und von Zusatzbeiträgen ausgerichtet.

² Die Grundbeiträge werden nach der Finanzkraft der Gemeinden und **Regionen** und der Art der Leistung abgestuft. Die maximalen Grundbeiträge an die anrechenbaren Kosten betragen für:

1. Gemeinden:	Planungen	30%
	Grundlagen, Projekte	40%
2. Regionen :	Grundlagen, Planungen, Projekte	50%

Die Regierung kann Grundbeiträge um 10 - 50 Prozent kürzen, wenn der kantonale Finanzhaushalt dies erfordert.

Art. 14 Abs. 1

¹ Der Richtplan Graubünden und dessen Änderungen werden vom Kanton und den **Regionen** partnerschaftlich erarbeitet.

Art. 17

¹ Regionale Planungsaufgaben werden von den **Regionen** erfüllt. Bei Aufgaben, die über das Regionsgebiet hinausgehen, streben die **Regionen** eine gemeinsame Aufgabenerfüllung an.

² Die **Regionen** sorgen für die nachhaltige räumliche Entwicklung in ihrem Gebiet. Sie erfüllen insbesondere Aufgaben, die ihnen aufgrund der Raumplanungsgesetzgebung und des kantonalen Richtplans zufallen oder die sich aus der Regional- und Agglomerationspolitik oder weiteren raumwirksamen Politikbereichen ergeben. Sie tragen zur stufengerechten Umsetzung des kantonalen Richtplans bei.

Art. 18 Abs. 1, 2, 4 und 5

¹ Die **Regionen** erlassen die zur Umsetzung des kantonalen Richtplans erforderlichen sowie die in der Gesetzgebung vorgeschriebenen regionalen Richtpläne. Sie können weitere regionale Richtpläne erlassen.

² Zuständig für Beschlüsse über Erlass und Änderungen von regionalen Richtplänen **ist die Präsidentenkonferenz** (Regionalversammlung). Fortschreibungen sind in der Regel **ebenfalls Sache der Präsidentenkonferenz**.

⁴ Können Richtpläne oder Teile davon voraussichtlich nicht genehmigt werden, kann **die Region** beim Departement eine Einigungsverhandlung verlangen. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet die Regierung.

⁵ Die Regierung regelt durch Verordnung weitere Einzelheiten des Verfahrens. Die **Regionen** erlassen ergänzende Vorschriften.

Art. 20 Abs. 1

¹ Die Gemeinden können kommunale Richtpläne erlassen. Diese legen die von ihnen angestrebte räumliche Entwicklung bezüglich Nutzung, Gestaltung, Erschliessung und Ausstattung fest. Sie zeigen auf, wie die raumwirksamen Tätigkeiten der Gemeinde mit jenen der Nachbargemeinden, **der Region** und des Kantons koordiniert werden.

Art. 102 Abs. 2

² Entscheide der Regierung gemäss Absatz 1 sowie Entscheide über den Erlass des kantonalen Richtplans und die Genehmigung von regionalen Richtplänen können von den betroffenen Gemeinden und **Regionen** als Träger der Orts- beziehungsweise Regionalplanung mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

Art. 5

Grossrätliche Verordnungen, die den Vorgaben von Artikel 32 Absatz 1 der Kantonsverfassung nicht entsprechen, kann der Grosse Rat durch Verordnung anpassen, soweit dies die Umsetzung der Gebietsreform erfordert.

Anpassung von
grossrätlichen
Verordnungen

Art. 6

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Referendum,
Inkrafttreten

*Anhang I zum Gesetz über die Gebietsreform***Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Regionen**

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 und Art. 68 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

Art. 1

Die Gemeinden werden wie folgt den Regionen zugeteilt:

Einteilung

1. Region Albula:
Gemeinden Alvaneu, Alvaschein, Bergün/Bravuogn, Bivio, Brienz/Brinzauls, Cunter, Filisur, Lantsch/Lenz, Marmorera, Mon, Mulegns, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Schmitten, Stierva, Sur, Surava, Tiefencastel, Tinizong-Rona, Vaz/Obervaz.
Hauptort: Tiefencastel
2. Region Bernina:
Gemeinden Brusio, Poschiavo.
Hauptort: Poschiavo
3. Region Engiadina Bassa/Val Müstair:
Gemeinden Ardez, Ftan, Guarda, Lavin, Samnaun, Scuol, Sent, Susch, Tarasp, Val Müstair, Valsot, Zernez.
Hauptort: Scuol
4. Region Imboden:
Gemeinden Bonaduz, Domat/Ems, Felsberg, Flims, Rhäzüns, Tamins, Trin.
Hauptort: Domat/Ems.
5. Region Landquart:
Gemeinden Fläsch, Jenins, Landquart, Maienfeld, Malans, Trimmis, Untervaz, Zizers.
Hauptort: Landquart
6. Region Maloja:
Gemeinden Bever, Bregaglia, Celerina/Schlarigna, La Punt-Chamues-ch, Madulain, Pontresina, Samedan, S-chanf, Sils i.E./Segl, Silvaplana, St. Moritz, Zuoz.
Hauptort: Samedan

7. Region Moesa:
Gemeinden Arvigo, Braggio, Buseno, Cama, Castaneda, Cauco, Grono, Leggia, Lostallo, Mesocco, Rossa, Roveredo, San Vittore, Selma, Soazza, Sta. Maria i.C., Verdabbio.
Hauptort: Roveredo
8. Region Plessur:
Gemeinden Arosa, Chur, Churwalden, Haldenstein, Maladers, Tschierschen-Praden.
Hauptort: Chur
9. Region Prättigau/Davos:
Gemeinden Conters i.P., Davos, Fideris, Furna, Grüşch, Jenaz, Klosters-Serneus, Küblis, Luzein, Saas i.P., Schiers, Seewis i.P., St. Antönien.
Hauptort: Klosters-Serneus
10. Region Surselva:
Gemeinden Andiaast, Breil/Brigels, Disentis/Mustér, Falera, Ilanz/Glion, Laax, Lumnezia, Medel (Lucmagn), Mundaun, Obersaxen, Safiental, Sagogn, Schluein, St. Martin, Sumvitg, Trun, Tujetsch, Vals, Waltensburg/Vuoraz.
Hauptort: Ilanz/Glion
11. Region Viamala:
Gemeinden Almens, Andeer, Avers, Casti-Wergenstein, Cazis, Donat, Ferrera, Flerden, Fürstenau, Hinterrhein, Lohn, Masein, Mathon, Mutten, Nufenen, Paspels, Pratval, Rodels, Rongellen, Rothenbrunnen, Scharans, Sils i.D., Splügen, Sufers, Thusis, Tomils, Tschappina, Urmein, Zillis-Reischen.
Hauptort: Thusis

Art. 2Gemeinde-
zusammen-
schlüsse

Die Regionszugehörigkeit von sich zusammenschliessenden Gemeinden ist in der Fusionsvereinbarung zu regeln.

Art. 3

Archive

¹ Die Regionen sind verpflichtet, geeignete Archivräumlichkeiten für die Übernahme der Archive der aufgelösten Kreise bereitzustellen.

² Mit Beschluss der Präsidentenkonferenz kann die Region diese Archivalien auch dem Staatsarchiv zur dauernden Aufbewahrung anbieten.

³ Die letzten Organe der Kreise sind dafür verantwortlich, dass eine ordnungsgemässe Archivierung und Übergabe stattfindet.

Art. 4Arbeitsmittel,
Mobiliar und
Grundstücke

¹ Die Kreise und Bezirke treten der Region die zum Zeitpunkt des Übertrags vorhandenen und von der Region benötigten Arbeitsmittel sowie das benötigte Mobiliar entschädigungslos ab.

² Die im Eigentum der Kreise und Bezirke stehenden Grundstücke und die beschränkten dinglichen Rechte, die für die Aufgabenerfüllung der jeweiligen Region benötigt werden, gehen mit Inkrafttreten dieses Gesetzes entschädigungslos an die Region über. Der Grundbucheintrag erfolgt auf Anmeldung der Region gebührenfrei.

³ Die übrigen Grundstücke und beschränkten dinglichen Rechte der Kreise übernehmen die Kreisgemeinden im Verhältnis, wie sie sich zum Auflösungszeitpunkt an einem Kreisdefizit hätten beteiligen müssen. Der Eigentumsübergang erfolgt mit Inkrafttreten dieses Gesetzes. Die beteiligten Gemeinden übernehmen die Grundstücke in ihr Gesamteigentum (einfache Gesellschaft). Die Gemeinden können auch eine andere Lösung treffen. Der Grundbucheintrag erfolgt auf Anmeldung der Kreisgemeinden gebührenfrei.

⁴ Kommt über die Zuordnung von Grundstücken und beschränkten dinglichen Rechten zwischen dem Kreis beziehungsweise dem Bezirk und der Region keine Einigung zustande, entscheidet die Regierung endgültig.

Art. 5

¹ Die bei der Auflösung der Kreise vorhandenen Aktiven gehen automatisch auf die Kreisgemeinden über, und zwar im Verhältnis wie sie sich an einem Defizit hätten beteiligen müssen. Die Gemeinden sind berechtigt, Guthaben der Kreise auch klageweise geltend zu machen.

Vermögen und
Verbindlichkeiten

² Die Gemeinden der aufgelösten Kreise haften im Umfang ihres Defizitanteils für Verbindlichkeiten der Kreise. Ein allfälliges Rückgriffsrecht auf die Organe der aufgelösten Kreise geht im Umfang ihres Anteils auf die Gemeinden über.

³ Die Rechnungsabnahme mindestens für das letzte Jahr der aufgelösten Kreise erfolgt durch die Region, welcher eine Mehrzahl der Kreisgemeinden gebietsmässig zugewiesen wurde.

⁴ Die letzten Organe der Kreise sind auch über den Auflösungszeitpunkt der Kreise hinaus dafür verantwortlich, dass die Auflösungsarbeiten sorgfältig zu Ende geführt werden. Sie sind berechtigt und verpflichtet, die hierfür notwendigen Rechtshandlungen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben.

Art. 6

¹ Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird das Gesetz über die Einteilung des Kantons Graubünden in Bezirke und Kreise vom 12. März 2000 aufgehoben.

Aufhebung
bisherigen Rechts

² Für die Bezirke und Kreise gelten für die Dauer ihres Bestehens die Bestimmungen, wie sie am Vortag des Inkrafttretens der Einteilung des Kantons in Regionen gegolten haben.

Art. 7

Inkrafttreten

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

*Anhang II zum Gesetz über die Gebietsreform***Gemeindegesetz des Kantons Graubünden**

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 und Art. 71 Abs. 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.Das Gemeindegesetz des Kantons Graubünden vom 28. April 1974 wird
wie folgt geändert:**Art. 1 Abs. 1**¹ Diesem Gesetz unterstehen die politischen Gemeinden, die Bürgergemeinden sowie die **Regionen** und die Gemeindeverbände.**Art. 9 lit. c, g und i**

In Gemeinden ohne Gemeindeparlament dürfen folgende Befugnisse der Gemeindeversammlung oder Urnenabstimmung nicht entzogen werden:

- c) die Genehmigung des **Budgets** und der Gemeinderechnung sowie die Festsetzung des Steuerfusses;
- g) die Bewilligung von Ausgaben und Aufwendungen, welche im **Budget** nicht vorgesehen sind und die finanziellen Kompetenzen anderer Organe übersteigen;
- i) die Beschlussfassung über die Bildung eines **Gemeindeverbandes (...)** oder über den Beitritt zu einem solchen;

Art. 10 Abs. 1 lit. e und Abs. 2¹ In Gemeinden mit Gemeindeparlament dürfen folgende Befugnisse der Gemeindeversammlung oder Urnenabstimmung nicht entzogen werden:

- e) die Beschlussfassung über die Bildung eines **Gemeindeverbandes (...)** oder über den Beitritt zu einem solchen;

² Gemeindegesetze, **Budget**, Steuerfuss und Jahresrechnung sowie die Geschäfte gemäss Artikel 9 litera e sind dem fakultativen oder dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

Art. 49 Abs. 3

³ Für die **Regionen** und Gemeindeverbände sowie die Bürgergemeinden gelten die Vorgaben des kantonalen Finanzhaushaltsgesetzes sinngemäss, soweit nicht besondere Bestimmungen vorliegen.

Art. 50 Abs. 1 lit a, Abs. 2, 3 und 5

¹ Zur Besorgung bestimmter Aufgaben können sich Gemeinden wie folgt verbinden:

a) **Aufgehoben**

² Die Gemeinden können bestimmte Aufgaben **der Region** übertragen.

³ **Aufgehoben**

⁵ Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf die Formen der Gemeindeverbindungen sinngemäss Anwendung, **soweit nicht besondere Bestimmungen vorliegen**.

Art. 51 Marginalie und Abs. 1

¹ (...) Gemeindeverbände sind öffentlich-rechtliche Körperschaften.

II. Gemeindeverbände (...)
1. Begriff und Entstehung

Art. 52 Marginalie und Abs. 1 lit. i und l

¹ Die Statuten enthalten Bestimmungen über:

2. Statuten

- i) die Auflösung des Verbandes, **wobei diese im Falle von Gemeindegeseztzusammenschlüssen mit einer Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten zwingend auf den Fusionszeitpunkt hin erfolgen kann**, sowie die Verwendung des Vermögens und die Tilgung von Schulden;
- l) das Referendum der Gemeinden und der Stimmberechtigten gegen Beschlüsse der (...) Delegiertenversammlung, insbesondere welche deren finanzielle Kompetenzen übersteigen.

Art. 53 Marginalie und Abs. 1 lit. b

¹ Folgende Befugnisse dürfen der Gesamtheit der Stimmberechtigten nicht entzogen werden:

3. Unübertragbare Befugnisse der Stimmberechtigten

- b) die Änderung der Statuten, wofür in Bezug auf den Verbandszweck und die Verbandsaufgaben (...) die Zustimmung aller Gemeinden (...) erforderlich ist;

Art. 54 Marginalie und Abs. 1

¹ Die (...) Gemeindeverbände treten im Umfang ihrer Aufgaben an die Stelle des Kantons (...) beziehungsweise der ihnen angeschlossenen Gemeinden und haben in diesem Bereich deren Rechte und Pflichten mit Einschluss des Rechtes, Gebühren und Beiträge zu erheben und allfällige Subventionen zu beanspruchen.

4. Rechtliche Stellung

Art. 55 Marginalie und Abs. 1

¹ Ist die Lösung der einem (...) Gemeindeverband übertragenen öffentlichen Aufgaben nur möglich, wenn auch Gemeinden mitwirken, die ihm nicht beigetreten sind, so kann die Regierung ihren Beitritt anordnen, sofern zwei Drittel der Gemeinden diesem Verband bereits angehören.

5. Beitrittsverfügung

Art. 56

¹ Die (...) Gemeindeverbände haben jährlich über ihren gesamten Finanzhaushalt Rechnung abzulegen und einen **Geschäftsbericht** über ihre Tätigkeit zu erstatten.

6. Jahresrechnung und Geschäftsbericht

² **Budget, Jahresrechnung und Geschäftsbericht** sind öffentlich aufzulegen.

³ Innert Jahresfrist nach Beendigung des Rechnungsjahres sind Jahresrechnung und **Geschäftsbericht** dem Departement zuzustellen.

Art. 57**Aufgehoben****Art. 58****Aufgehoben****Art. 59****Aufgehoben****Art. 61****Aufgehoben****Art. 62**

¹ Die Regionen dienen der wirkungsvollen Erfüllung von Aufgaben der zugehörigen Gemeinden.

IV. Regionen
1. Grundsatz

² Sie nehmen überdies nach Massgabe der besonderen Gesetzgebung die ihnen vom Kanton übertragenen Aufgaben wahr.

³ Die Beschlüsse der Regionen sind verbindlich.

Art. 62a

Die Regionen treten im Umfang der ihnen übertragenen Aufgaben an die Stelle der betreffenden Gemeinden beziehungsweise des Kantons mit Einschluss des Rechtes, Gebühren und Beiträge zu erheben und allfällige Subventionen zu beanspruchen.

2. Rechtliche Stellung

Art. 62b

¹ Die Übertragung von Aufgaben durch die Gemeinden an die Region erfolgt mittels Leistungsvereinbarung. Sie verpflichtet ausschliesslich die betreffenden Gemeinden.

3. Aufgabenübertragung

² Region und Gemeinden regeln die Voraussetzungen über die Rückübernahme einer übertragenen Aufgabe.

Art. 62c

4. Zusammen-
arbeit mit ande-
ren Regionen

¹ Die Regionen können die ihnen übertragenen Aufgaben gemeinsam erfüllen. Ohne einvernehmliche Lösung ist die einwohnermässig grösste Region für die entsprechende Organisation verantwortlich, wofür sie angemessen zu entschädigen ist.

² Die Einzelheiten sind mittels Leistungsvereinbarung zu regeln.

³ Die Region kann bei überregionalen Aufgaben die benachbarte Region oder einzelne Gemeinden beiziehen oder konsultieren. Die Beigezogenen oder Konsultierten haben kein Stimmrecht.

Art. 62d

5. Organisation

Die Organe der Region sind:

- a) die Gesamtheit der stimmberechtigten Regionseinwohner;
- b) die Präsidentenkonferenz;
- c) der Regionalausschuss;
- d) die Geschäftsprüfungskommission.

Art. 62e

6. Gesamtheit
der stimmberechtigten
Regionseinwohner

¹ Die Gesamtheit der stimmberechtigten Regionseinwohner bildet das oberste Organ der Region.

² Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Erlass und Änderung der Statuten, welche unter anderem das für die Mitarbeitenden geltende Personalrecht enthalten;
- b) Entscheid über Vorlagen, gegen die das fakultative Referendum zustande gekommen ist;
- c) Entscheid über Vorlagen und Geschäfte, welche die Präsidentenkonferenz zum Entscheid vorgelegt hat;
- d) Entscheide über Initiativen im Rahmen des Zuständigkeitsbereichs;
- e) Entscheid über Ausgaben, welche die Kompetenzen anderer Organe übersteigen, wobei die Statuten das fakultative Referendum vorsehen können.

³ Statutenänderungen in Bezug auf den Regionszweck und die Regionsaufgaben bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der Gemeinden.

⁴ Für andere Erlasse und Beschlüsse ist die Mehrheit der Stimmenden erforderlich.

Art. 62f

- ¹ In der Präsidentenkonferenz nehmen die Präsidenten der Regionsgemeinden beziehungsweise nimmt ein anderes Mitglied des Gemeindevorstandes Einsitz. Im Verhinderungsfall werden sie durch ein anderes Mitglied des Gemeindevorstandes vertreten.
- ² In Regionen mit weniger als fünf Regionsgemeinden nimmt zusätzlich wenigstens ein weiteres Mitglied des Gemeindevorstandes Einsitz. Die Stimmabgabe erfolgt durch den Gemeindepräsidenten beziehungsweise dort, wo dieser nicht Einsitz nimmt, durch ein anderes Vorstandsmitglied.
- ³ Der Gemeindevorstand kann dem Gemeindevertreter verbindliche Weisungen erteilen.
- ⁴ Die Präsidentenkonferenz bezeichnet aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

7. Präsidentenkonferenz
a) Zusammensetzung,
Weisungsrecht

Art. 62g

- ¹ Der Präsidentenkonferenz obliegen im Wesentlichen folgende Aufgaben:
- a) Wahl des Regionalausschusses;
 - b) Wahl der Geschäftsprüfungskommission;
 - c) Erlass von Vollzugsvorschriften für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben;
 - d) Genehmigung des Budgets, der Jahresrechnung und der Verpflichtungskredite;
 - e) Entscheidung über frei bestimmbare, einmalige und wiederkehrende Ausgaben gemäss Regelung in den Statuten der Region.
- ² Der Präsidentenkonferenz stehen im Übrigen alle Befugnisse zu, welche nicht durch eidgenössisches oder kantonales Recht oder durch das Recht der Region einem anderen Organ übertragen sind.

b) Aufgaben

Art. 62h

- ¹ Jede ordnungsgemäss einberufene Präsidentenkonferenz ist beschlussfähig.
- ² Bei Wahlen und Abstimmungen entscheidet die Mehrheit der vertretenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet bei Wahlen das Los, bei Abstimmungen gilt die Sachvorlage als abgelehnt.
- ³ Bei Wahlen und Abstimmungen verfügt jede Gemeinde bis tausend Einwohner über eine Stimme. Pro weitere tausend Einwohner oder für einen Bruchteil davon erhält die Gemeinde eine zusätzliche Stimme. Eine einzelne Gemeinde darf nicht über mehr Stimmen verfügen als die Gesamtheit der übrigen Gemeinden.
- ⁴ Wird eine Region beim Entscheid über eine Frage, welche zwingend einer Regelung bedarf, wiederholt blockiert, so kann sie die Regie-

c) Beschlussfassung,
Stimmkraft

rum um Unterstützung ersuchen. Ein allfälliger Entscheid der Regierung ist endgültig.

Art. 62i

8. Regional-
ausschuss
a) Zusammen-
setzung

¹ Die Präsidentenkonferenz wählt aus ihrer Mitte einen Regionalausschuss.

² In der Regel nimmt aus der gleichen Gemeinde nur ein Mitglied Einsitz im Regionalausschuss.

³ Der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz nimmt von Amtes wegen Einsitz und leitet den Regionalausschuss.

Art. 62k

b) Aufgaben

¹ Der Regionalausschuss ist die Verwaltungsbehörde der Region. Ihm obliegen im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- a) Wahl der Geschäftsstelle und des übrigen Geschäftsstellenpersonals;
- b) Wahl des weiteren Regionalpersonals;
- c) Vertretung der Region nach aussen;
- d) Vorbereitung der Geschäfte zuhanden der Präsidentenkonferenz mit entsprechender Antragstellung.

² Die Statuten der Region regeln die weiteren Aufgaben des Regionalausschusses.

Art. 62l

c) Beschluss-
fassung

¹ Der Regionalausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.

² Die Beschlussfassung erfolgt durch Handmehr. Vorbehältlich von Ausstandsgründen ist jedes Mitglied zur Stimmabgabe verpflichtet.

³ Bei Stimmgleichheit entscheidet bei Wahlen das Los, bei Abstimmungen gilt die Sachvorlage als abgelehnt.

Art. 62m

9. Geschäfts-
prüfungskom-
mission

¹ Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus drei Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommissionen der Regionsgemeinden, wobei höchstens zwei Mitglieder derselben Geschäftsprüfungskommission angehören dürfen.

² Die Amtsperiode beträgt vier Jahre. Die maximale Amtszeit beträgt zwölf Jahre.

³ Die Geschäftsprüfungskommission prüft spätestens nach jedem Jahresabschluss die Rechnungs- und Geschäftsführung der Region zuhanden der Präsidentenkonferenz.

⁴ Im Einvernehmen mit dem Regionalausschuss kann die Rechnungsprüfung privaten Sachverständigen übertragen werden.

Art. 62n

¹ Die politischen Rechte der Gesamtheit der stimmberechtigten Regionseinwohner sind gewährleistet.

10. Politische Rechte

² Mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Regionseinwohner beziehungsweise der Gemeinden im Regionsgebiet kann die Abstimmung über ein in ihre Zuständigkeit fallendes Geschäft verlangen.

³ Mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Regionseinwohner kann eine Abstimmung verlangen über die dem Referendum unterliegenden Beschlüsse der Präsidentenkonferenz.

⁴ Das Verfahren richtet sich subsidiär nach den Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden.

Art. 62o

¹ Die Region hat spätestens bis Ende Juni jährlich über ihren gesamten Finanzhaushalt Rechnung abzulegen und einen Geschäftsbericht über ihre Tätigkeit zu erstatten. Der Geschäftsbericht ist öffentlich zugänglich.

11. Finanzen
a) Jahresrechnung und Geschäftsbericht

² Nach Beendigung des Rechnungsjahres sind die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht innert Jahresfrist dem Departement zuzustellen.

Art. 62p

Die Finanzierung der Region und die Gemeindebeiträge werden in den Regionsstatuten ebenso geregelt wie die Haftung der Gemeinden für Verbindlichkeiten der Region.

b) Finanzierung, Gemeindebeiträge, Haftung

Art. 62q

Die Statuten der Region wie auch jede nachträgliche Änderung sind der Regierung zur Genehmigung zu unterbreiten, welche sie auf ihre Recht- und Zweckmässigkeit überprüft.

12. Aufsicht

Art. 90**Aufgehoben****Art. 95 Abs. 1**

¹ Die Regierung übt im Sinne der Kantonsverfassung die Aufsicht über die Gemeinden und die Träger der interkommunalen Zusammenarbeit sowie über die Regionen aus.

Art. 103b Marginalie

IV. Bürgerliche Korporationen

Art. 103c

V. Übergangsbestimmungen zur Teilrevision vom ... betreffend Regionalverbände
1. Gültiges Recht

¹ Die Regionalverbände können die ihnen übertragenen Aufgaben bis längstens zwei Jahre nach Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen erfüllen. Für diese Regionalverbände gelten für die Dauer ihres Bestehens die Bestimmungen von Artikel 1 und 50 bis 59 beziehungsweise die für Regionalverbände im Weiteren massgebenden Bestimmungen fort.

² Regionalverbände, welche keine Aufgaben mehr erfüllen, werden auf diesen Zeitpunkt hin aufgelöst, womit für sie die Bestimmungen gemäss Absatz 1 hinfällig werden.

Art. 103d

2. Vermögen und Verbindlichkeiten

Ein allfällig vorhandenes Verbandsvermögen beziehungsweise allfällige Verbindlichkeiten sind je nach ihrer Kostenbeteiligung beziehungsweise ihrer Beitragspflicht auf die Regionalverbandsgemeinden zu verteilen, sofern die Statuten nichts anderes vorsehen oder sich die Regionalverbandsgemeinden nicht anderweitig einigen. Die Regionalverbände teilen den Abschluss des Liquidationsverfahrens und damit gleichzeitig ihre Auflösung der Regierung mit.

Art. 103e

3. Auflösungsarbeiten

¹ Die letzten Organe des Regionalverbandes sind über dessen Auflösungszeitpunkt hinaus dafür verantwortlich, dass die Auflösungsarbeiten ordnungsgemäss zu Ende geführt werden. Sie sind berechtigt und verpflichtet, die hierfür notwendigen Rechtshandlungen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben.

² Die Rechnungsabnahme für das letzte Jahr der aufgelösten Regionalverbände erfolgt durch die entsprechende Region beziehungsweise durch jene Region, welcher die Mehrzahl der ehemaligen Regionalverbandsgemeinden gebietsmässig zugewiesen wurde. Die Rechnungsabnahme des Regionalverbandes Nordbünden wird durch die Region Plessur vorgenommen.

Art. 103f

4. Archive

Die letzten Organe der Regionalverbände sind dafür verantwortlich, dass eine ordnungsgemässe Archivierung und Übergabe stattfindet.

Art. 103g

5. Arbeitsmittel, Mobilien und Grundstücke

¹ Die Regionalverbände treten der Region die zum Zeitpunkt des Übertrags vorhandenen und von der Region benötigten Arbeitsmittel, das benötigte Mobilien sowie benötigte Grundstücke und beschränkte dingliche Rechte entschädigungslos ab. Der Grundbucheintrag erfolgt auf Anmeldung der Region gebührenfrei.

² Kommt über die Zuordnung von Grundstücken und beschränkten dinglichen Rechten zwischen dem Regionalverband und der Region keine Einigung zustande, entscheidet die Regierung endgültig.

Art. 103h

¹ Die Präsidenten der Regionsgemeinden bilden ein Übergangsorgan, das für die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Region auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Einteilung des Kantons in Regionen sorgt. Sie sind berechtigt und verpflichtet, die hierfür notwendigen Rechtshandlungen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben. 6. Region

² Die Statuten sind nach Massgabe von Artikel 62e zu erlassen.

³ Die Statuten sind der Regierung spätestens bis zum letzten Monat vor Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen zur Genehmigung einzureichen.

Art. 104 Marginalie

VI. Inkrafttreten

II.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Teilrevision.

Notariatsgesetz

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung¹⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Das Notariatsgesetz vom 18. Oktober 2004 wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1 lit. b und Abs. 2

¹ Als Notariatspersonen im Sinne dieses Gesetzes gelten

b) **Regionalnotarinnen und Regionalnotare**,

² Den Titel "**Notarin**" beziehungsweise "**Notar**" darf nur eine patentierte Notariatsperson und den Titel "**Regionalnotarin**" beziehungsweise "**Regionalnotar**" **nur eine von der Regierung** gewählte und amtierende Notariatsperson führen.

Art. 2 Abs. 2

² **Regionalnotarinnen und Regionalnotare** sind für die in ihrem **örtlichen Zuständigkeitsbereich** anfallenden Beurkundungen zuständig, das heisst für Rechtsgeschäfte über Grundstücke, die ganz oder teilweise in ihrem **Zuständigkeitsbereich** liegen, und für andere Geschäfte, sofern mindestens eine Urkundspartei im **Zuständigkeitsbereich** wohnhaft ist oder ihren Sitz hat. Sie üben ihre Funktionen in ihrem **Zuständigkeitsbereich** aus. **Der örtliche Zuständigkeitsbereich ergibt sich aus dem Wahlbeschluss der Regierung.**

Art. 3 Abs. 2

² **Regionalnotarinnen und Regionalnotare** sind für alle Beglaubigungen in ihrem **Zuständigkeitsbereich** zuständig.

Art. 4 Abs. 2 lit. a

² Der Notariatskommission gehören in der Regel an:

¹⁾ BR 110.100

- a) eine patentierte Notarin oder ein patentierter Notar, eine **Regionalnotarin** oder ein **Regionalnotar** und eine patentierte Grundbuchverwalterin oder ein patentierter Grundbuchverwalter;

Art. 8 Abs. 1 lit. a

¹ Nicht als Notariatsperson amten darf, wer:

- a) vollamtlich oder hauptamtlich im Dienst des Bundes, des Kantons, (...) **einer Region** oder einer Gemeinde steht;

III. Regionalnotarinnen und Regionalnotare

Art. 16

Antrag

¹ Der Regionalausschuss kann einen Antrag an die Regierung für die Wahl einer Regionalnotarin oder eines Regionalnotars für einen örtlich bestimmten Zuständigkeitsbereich stellen. Die Notariatskommission ist anzuhören.

² Der örtliche Zuständigkeitsbereich ist im Antrag genau zu umschreiben.

³ Der Regionalausschuss hat nachzuweisen, dass die vorgeschlagene Person fachlich und persönlich geeignet ist.

⁴ Wählbar sind nur Personen, welche die Voraussetzungen nach Artikel 12 Litera b bis e erfüllen und die Amtssprache im betreffenden Zuständigkeitsbereich beherrschen.

Art. 16a

Wahl

¹ Die Regierung wählt je nach Bedarf einen oder zwei Regionalnotarinnen oder Regionalnotare für einen örtlich bestimmten Zuständigkeitsbereich innerhalb einer Region.

² Die Wahl erfolgt für eine Amtsdauer von vier Jahren. Im Falle einer Vakanz erfolgt die Wahl für die Restdauer der laufenden Amtsperiode.

³ Die Regierung teilt ihren Beschluss dem Regionalausschuss und der Notariatskommission schriftlich mit. Der Beschluss ist zudem angemessen zu veröffentlichen.

Art. 16b

Entschädigung

¹ Die Entschädigung der Regionalnotarinnen und Regionalnotare erfolgt über die Gebühren gemäss der Verordnung über die Notariatsgebühren.

² Ist die Regionalnotarin oder der Regionalnotar zugleich als Grundbuchverwalterin oder Grundbuchverwalter gewählt, erfolgt die Entschädigung über die Grundbuchkreise. Die Gebühren für die Amts-

verrichtungen der Regionalnotarinnen und Regionalnotare fallen den Grundbuchkreisen zu.

Art. 17

¹ Die **Regionalnotarin** oder der **Regionalnotar** wird **von der Präsidentin oder dem Präsidenten der Notariatskommission** vereidigt. Artikel 13 Absatz 1 ist sinngemäss anwendbar.

² Nach der Vereidigung **übergibt die Präsidentin oder der Präsident der Notariatskommission Patentierungsbeschluss, Stempel und Siegel.**

³ Die Notariatskommission führt periodische Ausbildungskurse für **Regionalnotarinnen und Regionalnotare** durch. Der Besuch dieser Kurse ist für alle **Regionalnotarinnen und Regionalnotare**, welche nicht patentierte Notarinnen oder patentierte Notare sind, obligatorisch.

Art. 18

¹ Das Amt der **Regionalnotarin** oder des **Regionalnotars** endet:

- a) durch Verzicht oder Tod der Inhaberin oder des Inhabers;
- b) mit Ablauf der Amtsperiode;
- c) durch Entzug der Notariatsberechtigung in sinngemässer Anwendung von Artikel 15.

² Das **Departement** teilt Fälle von Absatz 1 Litera a und b der Notariatskommission schriftlich mit.

³ In Fällen von Absatz 1 Litera c teilt die Notariatskommission ihre Einleitungsbeschlüsse und Entscheide **der Regierung und der betreffenden Region** mit.

⁴ Bei Beendigung des Amtes sind die Akten **der betreffenden Region** abzuliefern.

Art. 43 Abs. 1 Ziff. 2 und Abs. 3

¹ Für Schäden, die im Rahmen einer notariellen Tätigkeit widerrechtlich verursacht worden sind, haftet:

2. **der Kanton bei Regionalnotarinnen und Regionalnotaren;**

³ Der Kanton (...) **versichert** sich gegen Schadenersatzansprüche, die wegen der notariellen Tätigkeit von Notariatspersonen gegen **ihn** erhoben werden. **Die persönliche Haftpflicht der Notariatspersonen** wird mitversichert.

Art. 48

Wer unbefugterweise den Titel **"Notarin"** beziehungsweise **"Notar"** oder **"Regionalnotarin"** beziehungsweise **"Regionalnotar"** verwendet oder eine Notariatstätigkeit ausübt, wird von der Notariatskommission mit Busse bis 5'000 Franken bestraft.

Art. 51

Das Steuergesetz für den Kanton Graubünden wird wie folgt geändert:

Art. 150 Abs. 3

³ Gegen Entrichtung der üblichen Entschädigung kann die Aufnahme des Inventars dem zuständigen **Regionalnotar** übertragen werden.

Art. 51a

Übergangs-
bestimmungen

¹ **Mit Aufhebung des Kreisnotariats haben die Kreisnotarinnen und Kreisnotare alle aufbewahrungspflichtigen Sachen in Anwesenheit eines Mitgliedes der Notariatskommission bei der betreffenden Region zu hinterlegen.**

² **Davon kann abgesehen werden, wenn eine Regionalnotarin oder ein Regionalnotar alle hinterlegungspflichtigen Sachen zur eigenen Aufbewahrung übernimmt.**

³ **In jedem Fall ist ein Übergabeprotokoll zu erstellen und der Notariatskommission auszuhändigen.**

II.

Das Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG)

vom...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung¹⁾,
nach Einsichtnahme in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I. **Betreibungs- und Konkursamt**

1. ORGANISATION

Art. 1

¹ Jede Region bildet einen Betreibungs- und Konkurskreis.

Betreibungs- und
Konkurskreise

² Zwei oder mehrere Regionen können die Führung und Verwaltung ihrer Betreibungs- und Konkursämter zusammenlegen. Eine solche Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

³ Ist die fachliche, ordnungsgemässe oder zweckmässige Führung eines Betreibungs- und Konkursamtes nicht gewährleistet, kann die Aufsichtsbehörde die Zusammenlegung der Führung und Verwaltung mit derjenigen eines anderen Betreibungs- und Konkursamtes anordnen.

Art. 2

¹ Die Region bestimmt den Sitz ihres Betreibungs- und Konkursamtes.

Sitz

² Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde kann das Betreibungs- und Konkursamt Aussenstellen unterhalten. Die administrative und fachliche Leitung der Aussenstellen obliegt dem Betreibungs- und Konkursamt.

Art. 3

¹ Die Führung der Betreibungs- und Konkursämter sowie allfälliger Aussenstellen ist Sache der Regionen. Die Region erlässt dazu ein Organisationsreglement, soweit sie dazu durch dieses Gesetz ermächtigt und beauftragt wird.

Organisations-
reglement

¹⁾ BR 110.100

² Das Organisationsreglement enthält insbesondere Bestimmungen über die ordnungsgemässe Durchführung der Betreibungen und Konkurse in der Region sowie den zweckmässigen Einsatz von Personal und Mittel.

³ Das Organisationsreglement ist der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 4

Grundzüge der
Organisation
1. Leitung

¹ Die Region hat für die Leitung ihres Betreibungs- und Konkursamtes eine Betreibungs- und Konkursbeamtin oder einen Betreibungs- und Konkursbeamten sowie deren Stellvertreterin oder Stellvertreter zu ernennen.

² Der Amtsinhaberin oder dem Amtsinhaber obliegt die administrative und fachliche Führung des Betreibungs- und Konkursamtes sowie allfälliger Aussenstellen.

³ Als Betreibungs- und Konkursbeamtin oder Betreibungs- und Konkursbeamter sowie Stellvertreterin oder Stellvertreter kann eingesetzt werden, wer über die erforderliche persönliche und fachliche Eignung verfügt. Einzelheiten regelt die Regierung durch Verordnung.

Art. 5

2. übrige
Angestellte

¹ Als übrige Angestellte im Sinne dieses Gesetzes gelten alle weiteren qualifizierten Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter sowie die Mitarbeitenden des Sekretariats der Betreibungs- und Konkursämter.

² Das Organisationsreglement hat insbesondere Angaben bezüglich Kompetenzen und Unterschriftsberechtigungen der übrigen Angestellten zu enthalten.

Art. 6

3. Anstellung und
berufliche
Vorsorge

¹ Das Arbeitsverhältnis sämtlicher Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und Betreibungs- und Konkursbeamten sowie der übrigen Angestellten wird mit öffentlich-rechtlichem Vertrag begründet.

² Soweit das Organisationsreglement keine abweichenden Bestimmungen enthält, gelangen die Bestimmungen des kantonalen Personal- und Vorsorgerechts zur Anwendung.

Art. 7

Mitteilung und
Veröffentlichung

¹ Die Region hat die Ernennung und den Rücktritt von Amtspersonen unverzüglich der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

² Bei Änderungen der personellen Zusammensetzung hat die Region die Namen der betreffenden Personen angemessen zu publizieren. Die Aufsichtsbehörde informiert periodisch über die personelle Zusammensetzung der Betreibungs- und Konkursämter.

³ Konkursgericht und Nachlassgericht sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde unverzüglich die Ernennung von Personen mitzuteilen, die mit

der Sachwahrung, der Liquidation oder der ausseramtlichen Konkursverwaltung beauftragt werden.

Art. 8

Die Region regelt die feste Besoldung ihrer Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und Betreibungs- und Konkursbeamten und der übrigen Angestellten im Organisationsreglement. Besoldung

2. GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

Art. 9

Die Amtspersonen, ihre Angestellten und Hilfspersonen, die mit der ausseramtlichen Konkursverwaltung, der Sachwahrung oder der Liquidation beauftragten Personen, die Aufsichts- und Gerichtsbehörden sowie die Polizei sind verpflichtet, über alle in Ausübung ihres Amtes erlangten Kenntnisse und anvertrauten Geheimnisse Verschwiegenheit zu wahren, soweit nicht nach Bundesrecht ein Einsichtsrecht in Protokolle und Register besteht oder sie durch ausdrückliche Vorschriften zur Anzeige oder Mitteilung an Behörden verpflichtet sind. Schweigepflicht

Art. 10

Soweit das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs und dieses Gesetz keine Vorschriften enthalten, richtet sich das Verfahren nach der Zivilprozessordnung und der kantonalen Einführungsgesetzgebung. Verfahrensvorschriften

Art. 11

¹ Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit richtet sich nach den Artikeln 5 und 6 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs. Verantwortlichkeit

² Der Kanton kann im Verfahren gemäss dem Gesetz über die Staatshaftung auf die Personen, die den Schaden durch vorsätzliche oder grobfahrlässige Verletzung ihrer Amtspflicht widerrechtlich verursacht haben, Rückgriff nehmen.

Art. 12

¹ Der Kanton versichert die Amtspersonen und Angestellten, ihre Hilfspersonen, die mit der ausseramtlichen Konkursverwaltung, der Sachwahrung oder der Liquidation beauftragten Personen, die Aufsichts- und Gerichtsbehörden sowie die Polizei gegen Schadenersatzansprüche für Schäden gemäss Artikel 5 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs, die diese bei der Erfüllung der Aufgaben, die ihnen das Bundesgesetz zuweist, widerrechtlich verursachen. Haftpflichtversicherung

² Die Regierung legt die Höhe der Garantiesumme und eines allfälligen Selbstbehaltes fest, bestimmt die Aufteilung der Prämien und regelt weitere Einzelheiten in einer Verordnung.

II. Aufsicht

1. BEHÖRDE UND AUFGABEN

Art. 13

Aufsichts-
behörde

Einzige kantonale Aufsichtsbehörde gemäss Artikel 13 und Beschwerdeinstanz gemäss Artikel 17 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs ist das Kantonsgericht.

Art. 14

Aufgaben
1. im
Allgemeinen

¹ Die Aufsichtsbehörde übt die fachliche Aufsicht über das gesamte Betreibungs- und Konkurswesen aus und nimmt die ihr gemäss Bundesrecht zugewiesenen Befugnisse und Pflichten wahr.

² Sie kann im Rahmen des Bundesrechts Kreisschreiben und allgemein gültige oder für den Einzelfall verbindliche Weisungen erlassen.

Art. 15

2. im Besonderen

¹ Die Aufsichtsbehörde hat die Geschäftsführung der Betreibungs- und Konkursämter regelmässig zu prüfen oder prüfen zu lassen und trifft die geeigneten Massnahmen zur Verhinderung oder Beseitigung von un-zweckmässigen oder ordnungswidrigen Zuständen.

² Sie sorgt für eine ordnungsgemässe Amtsübergabe.

³ Sie kann Einführungs- und Weiterbildungskurse durchführen und die Teilnahme für obligatorisch erklären.

⁴ Sie kann einen Beratungsdienst unterhalten, der die Betreibungs- und Konkursämter in Fragen der allgemeinen Geschäftsführung und in konkreten Einzelfällen berät.

⁵ Sie genehmigt den Zusammenschluss zweier oder mehrerer Betreibungs- oder Konkursämter, die Schaffung von Aussenstellen sowie das Organisationsreglement.

Art. 16

Disziplinar-
befugnis

Die Aufsichtsbehörde übt die ihr gemäss Artikel 14 Absatz 2 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs zustehenden Disziplinarbefugnisse aus.

2. VERFAHREN

Art. 17

Verfahren vor
Kantonsgericht
1. als Aufsichts-
behörde

¹ Beschwerden gemäss Artikel 17 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs sowie Gesuche und Anzeigen sind schriftlich einzureichen.

² Die Aufsichtsbehörde holt die erforderlichen Vernehmlassungen ein und klärt den Sachverhalt von Amtes wegen ab.

³ Ein Parteivortritt findet nicht statt.

⁴ Im Übrigen sind die Bestimmungen der Zivilprozessordnung sinngemäss anwendbar.

Art. 18

¹ Die Aufsichtsbehörde kann aufgrund einer Anzeige oder von Amtes wegen ein Disziplinarverfahren eröffnen. 2. als Disziplinarbehörde

² Sie teilt dies der betroffenen Amtsperson mit und nimmt die nötigen Abklärungen vor.

³ Nach Abschluss der Untersuchung erhält die betroffene Person Gelegenheit zur Stellungnahme; nötigenfalls ist eine mündliche Verhandlung durchzuführen.

⁴ Der Disziplinarentscheid wird unter Angabe des Sachverhaltes und der wesentlichen Erwägungen schriftlich eröffnet.

⁵ Im Übrigen sind die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes über das Verfahren vor kantonalen Verwaltungsbehörden sinngemäss anwendbar.

Art. 19

Kosten und Parteientschädigungen richten sich in allen Verfahren vor der Aufsichtsbehörde nach den Bestimmungen des Bundesrechtes und, wenn diesen nichts zu entnehmen ist, nach jenen der Zivilprozessordnung und der kantonalen Einführungsgesetzgebung. Kosten

III. Verschiedene Bestimmungen

Art. 20

¹ Das Bezirksgericht ist unteres Nachlassgericht. Nachlassgericht

² Das Kantonsgericht ist oberes kantonales Nachlassgericht.

Art. 21

¹ Zur gewerbsmässigen Vertretung sind in allen Verfahren Anwältinnen und Anwälte befugt, die nach dem Anwaltsgesetz vom 23. Juni 2000 berechtigt sind, Parteien vor schweizerischen Gerichten zu vertreten. Gewerbsmässige Vertretung

² Die Vertretung in Angelegenheiten des summarischen Verfahrens nach Artikel 251 der Zivilprozessordnung, im Beschwerdeverfahren nach Artikel 17 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs sowie im Verfahren vor dem Betreibungs- und Konkursamt ist davon ausgenommen.

Art. 22

Depositenanstalt

¹ Depositenanstalt gemäss Artikel 9 und 24 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs ist die Graubündner Kantonallbank mit ihren Filialen.

² Die Regierung kann weitere Depositenstellen bestimmen.

Art. 23

Polizeigewalt

Die Amtspersonen sind befugt, im Rahmen des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs die Hilfe der kantonalen und kommunalen Polizei in Anspruch zu nehmen. Die Amtshilfe erfolgt in der Regel kostenlos.

Art. 24

Zwangs-
vollstreckung
gegen öffentlich-
rechtliche
Körperschaften

¹ Zuständig für die Durchführung von Betreibungen gegen Kanton, Gemeinden, andere Körperschaften und selbständige Anstalten des kantonalen öffentlichen Rechts ist die ordentliche Betreibungs- und Konkursbeamtin oder der ordentliche Betreibungs- und Konkursbeamte.

² Liegen Ausstandsgründe gemäss Artikel 10 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vor, so bezeichnet die kantonale Aufsichtsbehörde das zuständige Betreibungsamt.

³ Gehen Pfändungsbegehren gegen Gemeinden ein, so hat das Betreibungsamt dem für die Aufsicht über die Gemeinden zuständigen kantonalen Amt Mitteilung zu erstatten.

Art. 25

Strafanzeige

Die Amtspersonen erstatten bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige, wenn sie in Ausübung ihrer Amtstätigkeit einen begründeten Verdacht auf Betreibungs- oder Konkursdelikte erhalten.

Art. 26Aufbewahrung
der Akten

¹ Das Betreibungs- und Konkursamt ist verpflichtet, die nicht mehr benötigten Akten ordnungsgemäss zu archivieren.

² Die Region hat hierfür die geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Art. 27

Nach Art. 230a
Abs. 3 SchKG
zuständige
Behörde

Das für die Finanzen zuständige Departement ist die nach Artikel 230a Absatz 3 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs zuständige Behörde.

IV. Schlussbestimmungen

Art. 28

¹ Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf Verfahren Anwendung, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens rechtshängig sind. Für den Fall, dass eine Gemeinde als Folge der Gebietsreform einer anderen Region und damit einem anderen Betreibungs- und Konkursamt zugeteilt wird, richtet sich die örtliche Zuständigkeit sinngemäss nach den Bestimmungen über den Wohnsitzwechsel gemäss Artikel 53 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs. Übergangsrecht

² Die Kreise und Bezirke haben im Zusammenwirken mit dem Übergangsorgan gemäss Artikel 103h des Gemeindegesetzes für einen geordneten Geschäftsübergang der Betreibungs- und Konkursämter zu sorgen.

³ Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes enden laufende Amtsperioden von Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und Betreibungs- und Konkursbeamten.

Art. 29

¹ Das Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum. Referendum und
Inkrafttreten

² Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Gesetz über das Lotteriewesen

Änderung vom...

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung¹,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Das Gesetz über das Lotteriewesen vom 24. April 2006 wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 1 lit. a

¹ Die Bewilligung wird erteilt:

a) für Unterhaltungslotterien **von der zuständigen Region**;

Art. 9 Abs. 1

¹ Die Ziehung ist öffentlich und unter Beizug der **vom Regionalausschuss der zuständigen Region bezeichneten Person**, einer Notarin oder eines Notars oder der **Regionalnotarin** oder des **Regionalnotars** vorzunehmen.

Art. 25

Die Strafbehörden und die **Regionen** haben Entscheide und Bewilligungen, die das Lotteriewesen betreffen, der zuständigen Dienststelle unaufgefordert einzusenden.

II.

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

¹⁾ BR 110.100

Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 1 der Kantonsverfassung und Art. 69 des Gesetzes über den Grossen Rat,

beschliesst:

I.

Die Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 8. Dezember 2005 wird wie folgt geändert:

Art. 3

Die Nichtteilnahme an einer Session ist frühzeitig, in der Regel spätestens zwei Wochen vor Beginn der Session, dem (...) **Regionalausschuss** zu melden. **Der Regionalausschuss** teilt der Standeskanzlei die Einsitznahme von Stellvertreterinnen oder Stellvertretern spätestens am Freitag vor der Eröffnung der Session der Standeskanzlei mit. Vorbehalten bleiben besondere Fälle.

II.

Diese Teilrevision tritt zusammen mit dem Gesetz über die Gebietsreform im Kanton Graubünden in Kraft.

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiegesetz) vom 18. Dezember 1970 und zu den dazu erlassenen eidgenössischen Verordnungen

Änderung vom...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiegesetz) und zu den dazu erlassenen eidgenössischen Verordnungen wird wie folgt geändert:

Art. 2

Das Sanitätsdepartement, der Kantonsarzt, die **Amtsärzte** und die Gemeinden sind mit dem Vollzug beauftragt.

Art. 5

Den **Amtsärzten** und ihren Stellvertretern obliegen die ihnen durch diese **Amtsärzte** Verordnung übertragenen Vollzugsaufgaben.

Art. 6

Die Ärzte und Labors melden dem zuständigen Kantonsarzt und gleichzeitig dem zuständigen **Amtsarzt** Fälle von übertragbaren Krankheiten gemäss der eidgenössischen Verordnung über die Meldung übertragbarer Krankheiten des Menschen.

Art. 9 Abs. 1 und 3

¹ Der **Amtsarzt** ordnet die ärztliche Überwachung von Personen im Sinne von Artikel 15 des eidgenössischen Epidemiegsetzes an.

³ Der Kantonsarzt ist über die angeordneten Massnahmen zu orientieren. Er kann die Absonderung vorsorglich verfügen, wenn gegen die Massnahme des **Amtsarztes** rekurriert wird.

Art. 10

Der **Amtsarzt** ist befugt, Personen im Sinne von Artikel 17 und 19 Absatz 1 des eidgenössischen Epidemiengesetzes zu verpflichten, Untersuchungen und Entnahmen von Untersuchungsmaterial an sich vornehmen zu lassen.

Art. 12 Abs. 2

² Im regionalen und örtlichen Bereich erlässt er diese Massnahmen nach Rücksprache mit dem **Amtsarzt** und den Gemeindebehörden.

Art. 13

¹ Die **Amtsärzte** sorgen in ihrem **Wirkungskreis** für die notwendigen epidemiologischen Abklärungen. Alle Kantons- und Gemeindebehörden haben dabei ohne Entschädigungsanspruch mitzuwirken.

² Der **Amtsarzt** orientiert den Kantonsarzt über die getroffenen Massnahmen.

³ Erstrecken sich diese Abklärungen über mehr als einen **Wirkungskreis**, so stehen sie unter der Leitung des Kantonsarztes.

Art. 14 Abs. 1 und 4

¹ Gesunden Personen, die infolge Anordnungen des Sanitätsdepartementes, des Kantons- oder **Amtsarztes** einen Erwerbsausfall erleiden, kann die Gemeinde eine Entschädigung bis 80% des Ausfalls ausrichten.

⁴ Die Kosten der auf Anordnung des Sanitätsdepartementes, des Kantons- oder **Amtsarztes** erfolgten ärztlichen, mikrobiologischen und serologischen Untersuchungen gehen bei Nichtverschulden und bei negativem Befund zu Lasten des Kantons, soweit nicht Versicherungen leistungspflichtig sind.

Art. 16 Abs. 3

³ Der **Amtsarzt** kann im Einverständnis mit dem Kantonsarzt diese Fristen verkürzen und weitere Massnahmen treffen.

Art. 17

Bei Dauerausscheidern von Diphtheriebakterien und von Erregern von Abdominaltyphus oder Paratyphus entscheidet über die Wiederezulassung zum Schulbesuch der **Amtsarzt**.

Art. 19 Abs. 2

² Werden diese Anordnungen nicht befolgt, so verfügt die zuständige Schulbehörde nach Anhörung des **Amtsarztes** den Ausschluss. Nötigenfalls können ganze Schulklassen, alle Klassen desselben Schulhauses oder alle Schulen des Ortes geschlossen werden.

Art. 22**Aufgehoben****Art. 23**

Das Sanitätsdepartement ordnet auf Antrag des Kantonsarztes Massnahmen gegenüber Tuberkulösen an, die sich nicht an die Anordnungen (...) des **Amtsarztes** halten.

Art. 24 Abs. 1 lit. a und Abs. 2

¹ Personen, die mit Geschlechtskranken Geschlechtsverkehr hatten, sich einer erhöhten Ansteckungsgefahr aussetzen oder sonst in begründetem Verdacht stehen, geschlechtskrank zu sein, können durch die Polizei einem Arzt zur Untersuchung zugeführt werden, wenn sie

a) einem Aufgebot des **Amtsarztes** keine Folge leisten,

² Die erkrankte Person kann nötigenfalls durch den **Amtsarzt** in ein Krankenhaus eingewiesen werden, wenn diese sich der angeordneten Behandlung nicht unterzieht oder vorzeitig entzieht.

Art. 25 Abs. 2

² Die Schlussdesinfektion ist obligatorisch, wenn ein an Pocken, Tuberkulose, Cholera, Pest oder Abdominaltyphus Erkrankter die Wohnung wechselt, hospitalisiert wird oder gestorben ist. Der **Amtsarzt** kann im Einverständnis mit dem Kantonsarzt auch in andern Fällen eine Schlussdesinfektion anordnen.

Art. 27 Abs. 2

² Der Kantonsarzt meldet den **Amtsärzten** die neu ausgebildeten Desinfektoren.

Art. 30

¹ Gegen Verfügungen der Gemeinden, des Kantons- oder **Amtsarztes**, die auf Grund dieser Verordnung erlassen werden, kann innert 30 Tagen beim Departement Einsprache erhoben werden.

II.

Diese Teilrevision tritt zusammen mit dem Gesetz über die Gebietsreform im Kanton Graubünden in Kraft.

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GVV zum SchKG)

Aufhebung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GVV zum SchKG) vom 8. Oktober 1996 wird aufgehoben.

II.

Diese Aufhebung tritt zusammen mit dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG) in Kraft.

Lescha davart la refurma dal territori en il chantun Grischun (lescha generala davart la refurma dal territori)

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin ils art. 31 al. 1, 68 al. 2 sco er 71 al. 2 da la constituziun chantunala, sunter avair gi invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

Art. 1

Questa lescha regla l'adattaziun da relaschs chantunals per pudair realisar la refurma dal territori. Object ed intent

Art. 2

La lescha davart la divisiun dal chantun en regiuns (DG 110.200) vegn relaschada en la versiun tenor l'aggiunta I. Revisiun totala da la lescha da divisiun

Art. 3

La lescha da vischnancas (DG 175.050) vegn revedida parzialmain en la versiun tenor l'aggiunta II. Revisiun parziala da la lescha da vischnancas

Art. 4

Las leschas qua sutvart vegnan midadas sco suonda: Ulteriuras midadas da leschas

1. Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (DG 150.100)

Art. 1 al. 1 lit. a e c

¹ La lescha regla:

- a) las elecziuns e las votaziuns en chaussas chantunalas (...) e **regionalas sco er las elecziuns da las dretgiras districtualas**;
- c) il diever dal dretg d'iniziativa en chaussas **regionalas** e communalas.

Art. 2 al. 1 e 3

¹ Elecziuns chantunalas èn las elecziuns da la regenza e dal cussegl dals chantuns; elecziuns **regionalas** èn las elecziuns da las commembras respectivamain dals commembers dal cussegl grond (...).

³ **aboli**

Art. 8

¹ Las elecziuns e las votaziuns federalas e chantunalas **sco er** las elecziuns da **las dretgiras districtualas (...)** han lieu en las vischnancas, e quai il medem di ed a l'urna.

² Las elecziuns e las votaziuns en chaussas **regiunalas** han lieu il medem di en las vischnancas (...).

Art. 9 al. 1

¹ La suprastanza communal (...)
installescha in biro electoral d'almain
duas commembras respectivamain dus commembers e nominescha la presidenta respectivamain il president e l'actura respectivamain l'actuar da quest biro electoral. **Ella (...)** po er funcziunar senza sco biro electoral.

Art. 10 al. 2

² Tgi che refusescha senza motiv impurtant d'acceptar e d'ademplier l'uffizi, po vegnir chastià da la suprastanza communal (...) cun ina multa da 50 a 400 francs.

Art. 15 al. 1 lit. a fin d

¹ Las elecziuns e las votaziuns vegnan ordinadas:

- a) da la regenza:
per las elecziuns da la regenza e dal cussegl dals chantuns inclusiv las elecziuns substitutivas, per las elecziuns da la dretgira districtuala e per las (...) elecziuns dal cussegl grond (...) sco er per las votaziuns en chaussas chantunalas;
- b) da la cumissiun administrativa:
per las elecziuns substitutivas en il district (...);
- c) dal **la cumissiun regiunala:**
(...) per las votaziuns en chaussas **regiunalas**;
- d) **aboli**

Art. 16 lit. a e d

Las elecziuns da renovaziun han lieu ils suandants termins:

- a) las elecziuns da la regenza e (...) dal cussegl grond (...) il medem mu-ment per regla il matg u il zercladur, e quai per la perioda d'uffizi da la regenza che cumenza il 1. da schaner da l'onn vegnint e dal cussegl grond che cumenza l'emprim di da la sessiun d'avust (...);
- d) **aboli**

Art. 20 lit. b, c e d

Ils documents d'elecziun e da votaziun vegnan preparads e tramess ad ura a las vischnancas:

- b) da l'uffizi districtual tar elecziuns (...) da la dretgira districtuala;
- c) **da la cumissiun regiunala tar las elecziuns da las commembras e dals commembers dal cussegl grond sco er tar votaziuns en chaussas regiunalas.**
- d) **aboli**

Art. 21 lit. c e d

Ils documents d'elecziun e da votaziun cumpiglian:

- c) ils cedels electorals tar las elecziuns da la dretgira districtuala e tar las elecziuns **da las commembras e dals commembers dal cussegl grond**, ils cedels da votar, ils projects da votaziun e las explicaziuns (...) **da la cumissiun regiunala tar votaziuns en chaussas regiunalas.**
- d) **aboli**

Art. 25 marginala

1. en chaussas federalas, chantunalas (...) e districtualas

Art. 26

¹ Uschenavant **che (...) la votaziun a l'urna è previsa**, sa drizza la votaziun tenor l'artitgel 25.

2. en chaussas regiunalas

² Cas cuntrari ha **la votaziun lieu (...)** en las vischnancas.

Art. 36 al. 1 lit. b, c e d ed al. 3 e 4

¹ Il biro electoral communitgescha immediatamain (...) ils resultats da la vischnanca:

- b) tar **las elecziuns (...)** da la dretgira districtuala a l'uffizi districtual;
- c) tar **las elecziuns da las commembras e dals commembers dal cussegl grond e tar votaziuns en chaussas regiunalas a la cumissiun regiunala.**
- d) **aboli**

³ **Las cumissiuns regiunalas** communitgeschan immediatamain per telefon ils resultats da las elecziuns **da las commembras e dals commembers dal cussegl grond** a la chanzlia chantunala il di d'elecziun ed il di suentar er anc **en scrit**.

⁴ Ils uffizis districtuals communitgeschan ils resultats da las elecziuns da la dretgira districtuala en scrit a la chanzlia chantunala il di suentar las elecziuns. (...)

Art. 37 al. 2

² Tar elecziuns (...) en il district è quai chaussa da l'uffizi districtual, tar **las elecziuns da las commembras e dals commembers dal cussegl grond e tar votaziuns en chaussas regiunalas da la cumissiun regiunala.**

Art. 41 al. 1 lit. c e d

¹ Sche pliras personas han survegni il medem dumber da vuschs, decida la sort davart l'elecziun u davart la successiun d'occupar in post. La sort vegn tratga:

- c) **da la cumissiun regiunala tar las elecziuns da las commembras e dals commembers dal cussegl grond.**
- d) **aboli**

Art. 42

Ils resultats totals provisorics da las votaziuns e da las elecziuns chantunalas vegnan publicgads immediatamain tras la chanzlia chantunala, quels (...) da las elecziuns sin plaun districtual (...) tras l'uffizi districtual (...) e quels da l'elecziun **da las commembras e dals commembers dal cussegl grond sco er da votaziuns en chaussas regiunalas tras la cumissiun regiunala.**

Art. 43 al. 2 e 3

² Dal rest ordinescha tar elecziuns e tar votaziuns chantunalas la regenza, tar elecziuns (...) sin plaun districtual (...) la cumissiun administrativa **sco er tar las elecziuns da las commembras e dals commembers dal cussegl grond e tar votaziuns en chaussas regiunalas la cumissiun regiunala** ina verificaziun dal scrutini, sch'igl existan indizis concrets per irregularitads.

³ La verificaziun dal scrutini po succeder en in lieu central, tar elecziuns e tar votaziuns chantunalas tras la chanzlia chantunala, tar elecziuns (...) sin **plaun districtual (...)** tras **l'uffizi districtual e tar elecziuns e votaziuns regiunalas tras la cumissiun regiunala** u – sin dumonda da quests posts – en las vischnancas.

Art. 44 al. 2

² Tar elecziuns (...) sin plaun districtual (...) **respectivamain tar elecziuns e tar votaziuns sin plaun regiunal** succeda la publicaziun tras l'uffizi districtual respectivamain **tras la cumissiun regiunala (...)**, e quai mintgamai en l'organ da publicaziun respectiv.

Art. 46 al. 1

¹ La persuna che na refusescha betg in'elecziun entaifer otg dis sunter la publicaziun uffiziala dal resultat cun ina communicaziun en scrit a la regenza respectivamain a la cumissiun administrativa (...) u a **la cumissiun regiunala**, ha acceptà l'elecziun.

2. INIZIATIVA EN CHAUSSAS REGIUNALAS E COMMUNALAS

Art. 73

Las regiuns e las vischnancas garanteschon il dretg d'iniziativa a norma da las sequentas disposiziuns. **Ellas** pon extender quest dretg, spezialmain cun reducir il dumber da sottascripziuns **necessari** e cun permetter l'iniziativa en furma dal sboz elavurà.

Art. 74

Las disposiziuns **davart** il dretg d'iniziativa en las vischnancas valan conform al senn per **las regiuns**. (...)

Iniziativa
en chaussas
regiunalas

Art. 102 al. 1

¹ Cunter decisziuns da la regenza, dal cussegl grond e da la cumissiun competenta dal cussegl grond sco er da las autoritads (...) dals districts, **da las regiuns** e da las vischnancas po vegnir recurri tar la dretgira administrativa pervia da violaziun da dretgs politics.

Art. 105

¹ **Las regiuns** reglan la procedura per elecziuns e per votaziuns en chaussas **regiunalas**, uschenavant che questa lescha e la regenza na disponan nagut.

2. regiuns

² **aboli**

Art. 106

Las vischnancas relaschan las disposiziuns complementaras necessarias per lur territori davart la procedura per elecziuns e per votaziuns en chaussas chantunalas ed en chaussas **regiunalas**.

Art. 107

aboli

2. Lescha davart la responsabladad dal stadi (DG 170.050)

Art. 1 al. 1 lit. a

¹ A questa lescha èn suttamess:

- a) il chantun, ils districts, **las regiuns** e las vischnancas sco er las ulteriuras corporaziuns da dretg public e lur instituts autonoms (instituziuns publicas);

3. Lescha davart il cussegl grond (DG 170.100)

Art. 1

¹ Per reparter ils mandats dal cussegl grond sin ils circuls **electorals** è decisiv il dumber da la populaziun svizra dals circuls **electorals** sin basa da la statistica federala da l'effectiv annual da la populaziun che vegn mintgamai publicgada l'onn avant las elecziuns (...).

² L'**attribuziun da las vischnancas als circuls electorals** è reglada en l'aggiunta.

³ A tge circul electoral che vischnancas che fusiuneschan appartegnan, sto vegnir reglà en la cunvegna da fusiun. Sch'igl ha motivs relevants che s'opponan a questa regulaziun u sche las vischnancas na chattan betg in'enclegientscha, decida la regenza definitivamain. Sche dapli ch'ina regiun è pertutgada, ston questas regiuns vegnir consultadas l'emprim.

Art. 2

Ils 120 mandats dal cussegl grond vegnan repartids sin ils circuls **electorals** tenor la suandanta procedura:

- a) Repartiziun anticipada:
 1. Il dumber da la populaziun svizra dal chantun vegn dividi tras 120. La proxima cifra entira pli auta sur il resultat furma l'emprima cifra da repartiziun. Mintga circul **electoral** che dispona d'in dumber pli pitschen che questa cifra survegn in mandat; quest circul na vegn betg pli tratg en consideraziun per l'ulteriura repartiziun.
 2. Il dumber da la populaziun svizra dals circuls **electorals** restants vegn dividi tras il dumber dals mandats che n'èn betg anc vegnids repartids. La proxima cifra entira pli auta sur il resultat furma la segunda cifra da repartiziun. Mintga circul **electoral** che dispona d'in dumber pli pitschen che questa cifra survegn in mandat; quest circul na vegn betg pli tratg en consideraziun per l'ulteriura repartiziun.
 3. Questa procedura vegn repetida fin ch'ils circuls **electorals** restants cuntanschan l'ultima cifra da repartiziun.
- b) Repartiziun principala:

Mintga circul **electoral** restant survegn tants mandats sco quai che l'ultima cifra da repartiziun è cuntegnida en ses dumber da la populaziun.
- c) Repartiziun restanta:

Ils mandats restants vegnan repartids sin ils circuls **electorals** cun las cifras restantas las pli grondas. Sche plirs circuls **electorals** cuntanschan la medema cifra restanta, vegnan els eliminads tenor la successiun dals rests ils pli pitschens che resultan suenter la divisiun da lur

dumber da la populaziun tras l'emprima cifra da repartiziun. Sche er quests rests en eguals, decida la sort.

Art. 3

Avant las elecziuns (...) publitescha la regenza **mintgamai** en il feagl uffizial dal chantun Grischun il dumber da las commembras e dals commembers dal cussegl grond che ston vegnir elegids en mintga circul **electoral**.

Art. 4

Mintga circul **electoral** elegia tantas suppleantas e tants suppleants sco quai ch'el ha d'eleger commembras e commembers dal cussegl grond, sin il pli dentant diesch.

Agiunta

(art. 1 al. 2)

Las vischnancas èn attribuidas als circuls electorals sco suonda:

Circul electoral	Vischnancas
Alvaschagn	Alvaschagn, Casti, Mon, Mut, Stierva, Vaz
Avras	Avras
Belfort	Alvagni, Brinzauls, Lantsch, Schmitten, Surava
Bravuogn	Bravuogn, Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Brusio	Brusio
Calanca	Arvigo, Braggio, Buseno, Castaneda, Cauco, Rossa, Sta. Maria i.C., Selma
Cuira	Cuira
Churwalden	Churwalden, Tschierschen-Praden
Tavau	Tavau
Mustér	Breil, Medel (Lucmagn), Mustér, Sumvitg, Trun, Tujetsch
Tumleastga	Almen, Farschno, Giuvaulta, Pasqual, Pratal, Roten, Scharàns, Seglias, Tumeagl
Tschintg Vitgs	Haldenstein, Landquart, Trimmis, Vaz sut, Zizers
Foppa	Falera, Glion, Laax, Mundaun, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Claustra	Claustra-Serneus
Küblis	Cunter en il Partenz, Küblis, Saas

Lumnezia	Lumnezia, S. Martin, Val S. Pieder
Luzein	Luzein, St. Antönien
Maiavilla	Fläsch, Jenins, Maiavilla, Malans
Mesauc	Lostallo, Mesauc, Soazza
Engiadin'ota	Bever, La Punt-Chamues-ch, Madulain, Puntraschigna, Samedan, San Murezzan, S-chanf, Schlarigna, Segl, Silvaplauna, Zuoz
Puschlav	Puschlav
Ramosch	Samignun, Valsot
Razén	Domat, Panaduz, Razén
Valragn	Nufenen, Spleia, Sufers, Valragn
Roveredo	Cama, Grono, Leggia, Roveredo, San Vittore, Verdabbio
Rueun	Andiast, Sursaissa, Vuorz
Stussavgia	Val Stussavgia
Schons	Andeer, Casti-Vargistagn, Donat, Farera, Lon, Maton, Runtgaglia, Ziràn-Reschen
Scanvetg	Arosa, Maladers
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis
Suot Tasna	Ftan, Scuol, Sent
Sur Tasna	Ardez, Guarda, Lavin, Susch, Tarasp, Zernez
Surses	Beiva, Cunter, Mulegns, Murmarera, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Sour, Tinizong-Rona
Tusaun	Cazas, Flearda, Masagn, Tschappina, Tusaun, Urmagn
Trin	Favugn, Flem, Trin, Tumein
Val Müstair	Val Müstair

4. Ordinaziun davart l'organisaziun da la regenza e da l'administraziun (DG 170.300)

Art. 3

L'uffizi d'ina commembra u d'in commember da la regenza è incumpatibel cun uffizis communalis (...) e districtuals sco er cun uffizis en **regiuns**. Dal rest valan las disposiziuns d'incumpatibilitad tenor l'artitgel 22 da la constituziun chantunala.

5. Lescha chantunala davart la protecziun da datas (DG 171.100)

Art. 1 al. 2 lit. a e b ed al. 3

² Sco autoritads en il senn da questa lescha valan:

- a) autoritads ed uffizis dal chantun (...), dals districts, **da las regiuns, da las vischnancas e da las colliaziuns da vischnancas**;
- b) instituts, fundaziuns e corporaziuns da dretg public dal chantun (...), dals districts, **da las regiuns e da las vischnancas**;

³ aboli

Art. 6 al. 3

³ Decisiuns dals departaments, da las autoritads communalas, (...) distric-tualas e **regionalas**, da las colliaziuns da vischnancas sco er dals instituts autonoms e da las corporaziuns autonomas da dretg public pon vegnir contestadas cun recurs tar la dretgira administrativa.

6. Lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer (DG 210.100)

Art. 20 al. 1 e 2

¹ Ils circuls da stadi civil cumpiglian il territori d'ina u da **pliras regiuns** u da parts da **quellas** e vegnan determinads definitivamain da la regenza en il rom dal dretg federal e sunter avair consultà **las regiuns pertutgadas**.

² La regenza designescha definitivamain la sedia ed il num dals uffizis da stadi civil sunter avair consultà **las regiuns pertutgadas**.

Art. 20a al. 1 e 2

¹ **La cumissiun regionala** numna – sunter l'approvaziun precedenta tras l'autoridad chantunala da surveglianza – il dumber necessari da funcziunaris da stadi civil, designescha il schef da l'uffizi e regla la substituziun.

² Sch'in circul da stadi civil cumpiglia il territori da **pliras regiuns (...)**, sa cunvegnan **quellas** davart l'organ electoral e davart la procedura electorala.

Art. 38 al. 1

¹ Igl existan las suandantas autoritads da protecziun da l'uffant e da cre-schids:

- a) Engiadina/vals dal sid (**regiuns Bernina, Engiadina bassa/Val Mü-stair e Malögia**);
- b) Grischun central/Moesa (**regiuns Alvra, Moesa e Viamala**);
- c) Grischun dal nord (**regiuns Landquart, Plessur e Plaun**);
- d) Partenz/Tavau (**regiun Partenz/Tavau**);

e) Surselva (**regiun Surselva**).

Art. 51 al. 1 lit. b

¹ L'autorisaziun d'ordinar ina collocaziun per motivs d'assistenza ha:

b) mintga medi **uffizial**;

7. Lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer (DG 210.200)

Art. 6 al. 1

¹ L'ingiant public sto vegnir manà da la presidenta u dal president **da la regiun** ubain d'ina emploiada (...) u d'in emploià **da la regiun** ch'è vegni designà dad ella u dad el.

Art. 6b al. 3

³ En cas d'in ingiant d'in bain immobigliar è **la regiun cumpetenta** per communitgar l'agjudicaziun a l'administratura u a l'administratur dal register funsil (art. 235 al. 2).

Art. 6c al. 3

³ Il protocol da l'ingiant sto vegnir suttascrit da la manadra u dal manader da l'ingiant e da la protocollista u dal protocollist e vegnir deponi tar **la regiun**.

Art. 7 cifras 2 e 3

L'autorità cumpetenta per il plant sin l'execuziun d'ina grevezza ch'è en l'interess public en cas d'ina donaziun suenter la mort da la donatura u dal donatur (art. 246 al. 2) è:

2. **la cumissiun regiunala**, sche la grevezza è en l'interess public **da la regiun**;
3. la regenza, sche la grevezza è en l'interess **public** da pliras vischnancas, da **pliras regiuns** u dal chantun.

8. Lescha introductiva tar il cudesch da procedura penala svizzer (DG 350.100)

Art. 34 al. 1 lit. a

¹ Sco expertas ed experts uffizials u nominads permanentamain en il senn dal cudesch da procedura penala valan en spezial:

a) las medias **uffizialas** ed ils medis **uffizials**;

9. Lescha davart la giurisdicziun administrativa (DG 370.100)

Art. 2

Per la procedura administrativa davant autoritads **regionalas** e communalas vegnan applitgads ils principis generalis da procedura sco er las disposiziuns davart l'interpretaziun, davart la rectificaziun, davart la revisiun sco er davart l'execuziun.

Autoritads
regionalas e
communalas

Art. 59 lit. b

Cun il recurs pon vegnir fatgas valair:

- b) violaziuns da l'autonomia da las vischnancas, **da las regiuns** e d'altres corporaziuns da dretg public sco er da las baselgias chantunalas.

10. Lescha davart il sustegn dal perfecziunament da giuvenils e da creschids en il chantun Grischun (DG 433.100)

Art. 2

Contribuziuns vegnan pajadas a vischnancas, a corporaziuns da vischnancas u a **regiuns** ed ad organisaziuns d'utilitad publica e culturalas, sco scolas da puras e d'economia da chasa ed universitads popularas, sch'ils purtaders n'obtegnan nagin gudogn e sch'els èn dependents da contribuziuns. Per curs da perfecziunament dals giuvenils che han terminà la scola na duain vegnir incassads nagins u mo modests custs da curs u taxas.

11. Lescha davart las contribuziuns da scolaziun (DG 450.200)

Art. 18 al. 1

¹ Il post spezialisà e las autoritads dal chantun, dals districts, **da las regiuns** e da las vischnancas che elavuran datas tenor l'alinea 2 transferechan datas ch'èn impurtantas per realisar questa lescha.

12. Lescha da linguas dal chantun Grischun (DG 492.100)

Art. 1 al. 2

² Cun ademplir lur incumbensas tegnan il chantun, **las regiuns**, las vischnancas, (...) las corporaziuns da vischnancas, ils districts (...) sco er autras corporaziuns da dretg public quint da la cumposiziun linguistica usitada dals territoris e prendan resguard da la communitad linguistica tradiziunala.

Art. 2 lit. c

Questa lescha regla:

- c) l'attribuziun da las vischnancas e **da las regiuns** als territoris linguistics sco er la collavuraziun dal chantun cun las vischnancas, cun las **regiuns (...)**, cun las corporaziuns da vischnancas e cun ils districts (...) sco er cun autras corporaziuns da dretg public tar la determinaziun da lur linguas uffizialas e da lur linguas da scola.

Art. 3 al. 3

³Las autoritads chantunals respundan en la lingua uffiziala, en la quala ellas vegnan dumandadas. En il contact cun vischnancas, cun **regiuns e** cun corporaziuns da vischnancas (...) dovran ellas las linguas uffizialas da talas (...). En proceduras da recurs sa drizza la lingua da procedura tenor la lingua uffiziala che vegn duvrada en la decisiun contestada.

Art. 21

Sin dumonda **d'ina vischnanca u d'ina regiun** po la regenza – sa basond sin in concept – permetter da manar ina scola populara bilingua. Il chantun po pajar contribuziuns a questas scolas.

Art. 23 al. 2

²Las **regiuns** e las corporaziuns da vischnancas reglan il diever da las linguas uffizialas ed eventualmain da las linguas da scola en ils statuts. En quest connex resguardan ellas en moda adequata la situaziun linguistica da las singulas vischnancas.

Art. 25 al. 1, 2 e 4

Regiuns

¹**Regiuns** che sa cumponan da vischnancas monolinguas cun ina lingua uffiziala identica valan sco regiuns monolinguas. La lingua uffiziala da **questas regiuns** è la lingua uffiziala da las vischnancas che furman **la regiun**.

²**Regiuns** che sa cumponan da vischnancas cun differentas linguas uffizialas respectivamain da vischnancas plurilinguas valan sco **regiuns plurilinguas**. Las linguas uffizialas da **questas regiuns** èn tut las linguas uffizialas da las vischnancas che furman **la regiun**.

⁴Las **regiuns** reglan ils detagls davart il champ d'applicaziun da lur linguas uffizialas en cooperaziun cun la regenza.

13. Lescha davart ils fatgs da sanadad dal chantun Grischun (DG 500.000)

Art. 9

5. medis uffizials ¹ Ils medis **uffizials** e lur substituts vegnan elegids da la regenza per quatter onns en uffizi secundar. Els èn ils organs da surveglianza e d'execuziun

dal departament concernent la polizia sanitaria ed adempleschan las incumbensas medicinal-giudizialas ed autras incumbensas dal medi uffizial.

² Mintga medi che pratitgescha en il chantun po vegnir obligà da surpigliar incumbensas uffizialas, sche enonuschientschas spezialas fan da basegn u sch'il medi **uffizial** respectivamain ses substitut ha preni recusaziun u na stat betg a disposiziun.

Art. 30a al. 2

² La permissiun na scada betg cun la cumplenida dal 70avel onn da vegliadetgna, sche la persuna pertutgada cumprova sin basa d'in attestat dal medi **uffizial** d'esser abla – tant fisicamain sco er psichicamain – da pudair pratitgar vinavant la professiun. La cumprova sto mintgamai vegnir inoltrada mintga 2 onns.

14. Lescha davart las vaccinaziuns preventivas publicas cunter malsognas transmissiblas (DG 500.400)

Art. 10 al. 1

¹ Il chantun organisescha vaccinaziuns preventivas publicas cunter la virola. El porta ils custs che resultan da quai. La realisaziun da questas vaccinaziuns è chausa da las medias **uffizialas** e dals medis **uffizials**.

15. Lescha da finanzas dal chantun Grischun (DG 710.100)

Art. 1 al. 4

⁴ Per las **regiuns** e per las corporaziuns da vischnancas sco er per las vischnancas burgaisas vala questa lescha confirm al senn, nun ch'i valian disposiziuns spezialas.

16. Lescha da taglia per il chantun Grischun (DG 720.000)

Art. 78 al. 1 lit. c

¹ Liberads da l'obligaziun da pajar taglia èn

c) **las regiuns** e las vischnancas dal chantun e lur instituts,

Art. 81 al. 1 lit. a

¹ Tar las expensas motivadas da la fatschenta appartegnan spezialmain:

a) las taglias da la confederaziun, dals chantuns e da las vischnancas (...), cun excepziun da las taglias penalas e da las multas fiscalas;

Art. 122 al. 1

¹ Ils commembers da las autoritads, ils funcziunaris ed ils emploiads dal chantun, **da las regiuns** e da las vischnancas ston tegnair absolutamain secret quai ch'els vegnan a savair tar lur activitad uffiziala. Per cuntraenziuns èn els responsabels tenor las prescripziuns legalas.

Art. 122a

Las autoritads da taglia dattan gratuitamain las infurmaziuns necessarias a las autoritads da taglia da la confederaziun, dals chantuns (...) e da las vischnancas e las concedan, sin dumonda, invista da las actas uffizialas.

Art. 123 al. 1

¹ Las autoritads da la confederaziun e dal chantun sco er dals districts, **da las regiuns** e da las vischnancas dattan, sin dumonda, gratuitamain tut las infurmaziuns necessarias a las autoritads incumbensadas cun l'execuziun da questa lescha, e quai independentamain d'ina eventuala obligaziun dal secret professional. Ellas pon infurmar sezzas questas autoritads, sch'ellas supponan ch'ina taxaziun saja incumpletta.

17. Lescha davart las taglias communalas e davart las taglias da baselgia (DG 720.200)

Art. 11 lit. d

Libras u libers da la taglia sin midada da maun èn:

- d) il district, **la regiun**, la vischnanca (cun ses instituts) e la vischnanca burgaisa per bains immobiliars sin l'agen territori;

18. Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (DG 801.100)

Art. 1 al. 1

¹ La lescha regla la planisaziun dal territori sin il territori dal chantun Grischun. Ella definescha las incumbensas che ston vegnir ademplitas da las vischnancas, da las **regiuns** e dal chantun.

Art. 2

¹ Las vischnancas, las **regiuns** ed il chantun procuran per la planisaziun en il senn da la legislaziun davart la planisaziun dal territori e resguardan ils interess da la planisaziun dal territori er tar lur ulteriuras activitads.

² Las vischnancas, las **regiuns** ed il chantun adempleschan lur incumbensas en enelegientscha vicendaivla e coordineschan lur basa, lur planisaziuns e lur activitads che han in effect sin il territori ina cun l'autra e cun la

basa, cun ils concepts e cun las planisaziuns sectorialas da la confederaziun sco er cun las planisaziuns dals chantuns e dals pajais vischins.

Art. 3 al. 2

² La planisaziun surlocala è per regla chausa da las **regiuns** e dal chantun.

Art. 5 al. 1

¹ Per las proceduras da planisaziuns, da projects da construcziun e da regroupaments dal terren – ch'èn fixadas en questa lescha ed en l'ordinaziun – e per l'incassament da taxas d'avertura vala exclusivamain il dretg chantunal, nun che las vischnancas e las **regiuns** vegnian autorisadas u obligadas expressivamain da relaschar atgnas prescripziuns da procedura divergentas u complementaras u da reglar sezzas tschertas proceduras.

Art. 10 al. 1 frasa introductiva

¹ En il rom dals meds finansials che stattan a disposiziun po il chantun pagar contribuziuns a vischnancas ed a **regiuns** sco er ad organisaziuns, ad instituziuns sco er ad autras instituziuns ch'èn responsablas per projects per:

Art. 11 al. 1 e 2

¹ Contribuziuns a vischnancas ed a **regiuns** vegnan pajadas en furma da contribuziuns fundamentalas e da contribuziuns supplementaras.

² Las contribuziuns fundamentalas vegnan graduadas tenor la forza finanziaria da las vischnancas e da las **regiuns** e tenor il gener da la prestaziun. Las contribuziuns fundamentalas maximalas als custs imputabels importan per:

- | | | |
|---------------------|--|-----|
| 1. vischnancas: | planisaziuns | 30% |
| | infurmaziuns da basa, projects | 40% |
| 2. regiuns : | infurmaziuns da basa, planisaziuns, projects | 50% |

La regenza po reducir las contribuziuns fundamentalas per 10 – 50 per tschient, sche las finanzas dal chantun pretendan quai.

Art. 14 al. 1

¹ Il plan directiv grischun e sias midadas vegnan elavurads dal chantun e da las **regiuns** en moda collegiala.

Art. 17

¹ Incumbensas da planisaziun regiunalas vegnan ademplidas da las **regiuns**. Tar incumbensas che surpassan il territori da la regiun, sa stentan las **regiuns** d'ademplir comunablamain las incumbensas.

² Las **regiuns** procuran per in svilup territorial persistent en lur territori. Ellas adempleschan spezialmain incumbensas ch'ellas ston far sin basa da la legislaziun davart la planisaziun dal territori e dal plan directiv chantu-

nal u che resultan da la politica regiunala e da la politica d'aglomeraziun u d'ulteriurs secturs politics che han in effect sin il territori. Ellas procuran ch'il plan directiv chantunal vegnia realisà conform al stgalim.

Art. 18 al. 1, 2, 4 e 5

¹ Las **regiuns** relaschan ils plans directivs regiunals ch'èn prescrits en la legislaziun e ch'èn necessaris per realisar il plan directiv chantunal. Ellas pon relaschar ulteriurs plans directivs regiunals.

² **Competenta** per ils conclus da relaschar e da midar plans directivs regiunals è **la conferenza da las presidentas e dals presidents** (radunanza regiunala). Actualisaziuns èn per regla **medemamain** chausa da la **conferenza da las presidentas e dals presidents**.

⁴ Sche plans directivs u (...) parts da quels na pon previsiblmain betg vegnir approvads, po la **regiun** pretender ina tractativa da reconciliaziun tar il departament. Sch'i na dat nagina reconciliaziun, decida la regenza.

⁵ En l'ordinaziun regla la regenza ulteriurs detagls da la procedura. Las **regiuns** relaschan prescripziuns complementaras.

Art. 20 al. 1

¹ Las vischnancas pon relaschar plans directivs communalns che determineschan il svilup dal territori ch'ellas vulan cuntanscher areguard l'utilisaziun, areguard la furmaziun, areguard l'avertura ed areguard l'infrastructura. Els mussan, co che las activitads da la vischnanca che han in effect sin il territori vegnan coordinadas cun quellas da las vischnancas vischinas, da la **regiun** e dal chantun.

Art. 102 al. 2

² Cunter decisiuns da la regenza tenor l'aleina 1 sco er cunter decisiuns davart il relasch dal plan directiv chantunal e davart l'approvaziun da plans directivs regiunals pon las vischnancas e las **regiuns** pertutgadas sco instituziuns ch'èn responsablas per la planisaziun locala respectivamain per la planisaziun regiunala far recurs tar la dretgira administrativa.

Art. 5

Adattaziun
d'ordinaziuns dal
cussegl grond

Las ordinaziuns dal cussegl grond che na correspundan betg a las prescripziuns da l'artitgel 32 aleina 1 da la constituziun chantunala po il cussegl grond adattar sin via d'ina ordinaziun, uschenavant che la realisaziun da la refurma dal territori pretenda quai.

Art. 6

Referendum,
entrada en vigur

¹ Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

² La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa lescha.

Agiunta I tar la lescha davart la refurma dal territori

Lescha davart la divisiun dal chantun Grischun en regiuns

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin ils art. 31 e 68 da la constituziun chantunala, sunter avair già invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

Art. 1

Las vischnancas vegnan attribuidas a las regiuns sco suonda:

Divisiun

1. Regiun Alvra:
vischnancas d'Alvagni, Alvaschagn, Beiva, Bravuogn, Brinzauls, Casti, Cunter, Filisur, Lantsch, Mon, Mulegns, Murmarera, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Schmitten, Sour, Stierva, Surava, Tinizong-Rona, Vaz.
Lieu principal: Casti
2. Regiun Bernina:
vischnancas da Brusio e Puschlav.
Lieu principal: Puschlav
3. Regiun Engiadina bassa / Val Müstair:
vischnancas d'Ardez, Ftan, Guarda, Lavin, Samignun, Scuol, Sent, Susch, Tarasp, Val Müstair, Valsot, Zernez.
Lieu principal: Scuol
4. Regiun Plaun:
vischnancas da Domat, Favugn, Flem, Panaduz, Razén, Trin, Tumein.
Lieu principal: Domat
5. Regiun Landquart:
vischnancas da Fläsch, Jenins, Landquart, Maiavilla, Malans, Trimis, Vaz sut, Zizers.
Lieu principal: Landquart
6. Regiun Malögia:
vischnancas da Bever, Bregaglia, La Punt-Chamues-ch, Madulain, Puntraschigna, Samedan, S-chanf, Schlarigna, Segl, Silvaplauna, San Murezzan, Zuoz.
Lieu principal: Samedan

7. Regiun Moesa:
vischnancas d'Arvigo, Braggio, Buseno, Cama, Castaneda, Cauco, Grono, Leggia, Lostalio, Mesauc, Rossa, Roveredo, San Vittore, Selma, Soazza, Sta. Maria i.C., Verdabbio.
Lieu principal: Roveredo
8. Regiun Plessur:
vischnancas d'Arosa, Cuira, Churwalden, Haldenstein, Maladers, Tschierschen-Praden.
Lieu principal: Cuira
9. Regiun Partenz / Tavau:
vischnancas da Claustra-Serneus, Cunter en il Partenz, Fideris, Furna, Grüşch, Jenaz, Küblis, Luzein, Saas, Schiers, Seewis, St. Antönien, Tavau.
Lieu principal: Claustra-Serneus
10. Regiun Surselva:
vischnancas d'Andiast, Breil, Falera, Glion, Laax, Lumnezia, Medel (Lucmagn), Mundaun, Mustér, Sagogn, Schluoin, St. Martin, Sumvitg, Sursaissa, Trun, Tujetsch, Val S. Pieder, Val Stussavgia, Vuorz.
Lieu principal: Glion
11. Regiun Viamala:
vischnancas d'Almen, Andeer, Avras, Casti-Vargistagn, Cazas, Donat, Farera, Farschno, Flearda, Giuvaulta, Lon, Masagn, Maton, Mut, Nufenen, Pasqual, Pratval, Roten, Runtgaglia, Scharàns, Seglias, Spleia, Sufers, Tschappina, Tumeigl, Tusaun, Urmagn, Valragn, Ziràn-Reschen.
Lieu principal: Tusaun

Art. 2

Fusiuns da vischnancas

A tge regiun che vischnancas che fusiuneschan appartegnan, sto vegnir reglà en la cunvegna da fusiun.

Art. 3

Archivs

¹ Las regiuns èn obligadas da metter a disposiziun localitads d'archiv adattadas per surpigliar ils archivs dals circuls schliads.

² Tras in conclus da la conferenza da las presidentas e dals presidents po la regiun er porscher questas archivalias a l'archiv dal stadi per las laschar conservar duraivlamain.

³ Ils ultims organs dals circuls èn responsabels ch'ils documents vegnian archivads e surdads conform a l'urden.

Art. 4

Meds da lavur, mobigliar e bains immobigliars

¹ Ils circuls ed ils districts surlaschan gratuitamain a la regiun ils meds da lavur sco er il mobigliar ch'èn avant maun il mument da la surdada e che vegnan duvrads da la regiun.

² Cur che questa lescha entra en vigur, passan ils bains immobigliars ed ils dretgs reals limitads, ch'èn en proprietad dals circuls e dals districts e che vegnan duvradas da la regiun respectiva per ademplir las incumbensas, senza indemnisaziun a la regiun. L'inscripziun en il register funsil vegn fatga gratuitamain sin annunzia da la regiun.

³ Ils ulteriurs bains immobigliars e dretgs reals limitads dals circuls vegnan surpigliads da las vischnancas dals circuls en la proporziun, en la quala ellas avessan già da participar ad in deficit dal circol il mument da sia schliaziun. La proprietad mida, cur che questa lescha entra en vigur. Las vischnancas partecipadas surpiglian ils bains immobigliars en lur proprietad collectiva (società simpla). Las vischnancas pon er tschermer in'otra soluziun. L'inscripziun en il register funsil vegn fatga gratuitamain sin annunzia da las vischnancas dals circuls.

⁴ Sch'il circol u il district e la regiun na chattan nagina enclegientscha davart l'attribuziun da bains immobigliars e da dretgs reals limitads, decida la regenza definitivamain.

Art. 5

¹ Las activas ch'èn avant maun cur ch'ils circuls vegnan schliads passan automaticamain a las vischnancas dals circuls en la proporziun, en la quala ellas avessan già da participar ad in deficit. Las vischnancas han il dretg da far valair dabuns dals circuls er tras plant. Facultad ed obligaziuns

² Las vischnancas dals circuls schliads stattan bunas per obligaziuns dals circuls en la dimensiun da lur quota da deficit. In eventual dretg da prender regress sin ils organs dals circuls schliads passa a las vischnancas en la dimensiun da lur quota.

³ Almain il quint per l'ultim onn dals circuls schliads vegn preni giu da quella regiun, a la quala è vegnida attribuida la gronda part dal territori da las vischnancas dals circuls.

⁴ Er suenter il mument ch'ils circuls èn vegnids schliads, èn ils ultims organs dals circuls responsabels che las lavurs da schliaziun vegnian mandadas a fin conscienzusamain. Els èn autorisads ed obligads da far ils acts giuridics e las decleraziuns ch'i dovra per quest intent.

Art. 6

¹ Cun l'entrada en vigur da questa lescha vegn abolida la lescha davart la divisiun dal chantun Grischun en districts e circuls dals 12 da mars 2000. Aboliziun dal dretg vertent

² Uschè ditg ch'ils districts ed ils circuls existan, valan per els las disposiziuns che valevan il di avant che la divisiun dal chantun en regiuns è entrada en vigur.

Art. 7

La regenza fixescha il termin che questa lescha entra en vigur.

Entrada en vigur

Agiunta II tar la lescha davart la refurma dal territori

Lescha da vischnancas dal chantun Grischun

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 1 e sin l'art. 71 al. 2 da la constituziun chantunala,
sunter avair gi invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

La lescha da vischnancas dal chantun Grischun dals 28 d'avrigl 1974 vegn midada sco suonda:

Art. 1 al. 1

¹ A questa lescha èn sutmessas las vischnancas politicas, las vischnancas burgaisas sco er las **regiuns** e las corporaziuns da vischnancas.

Art. 9 lit. c, g ed i

En vischnancas senza parlament communal na **dastga (...)** la radunanza communal u (...) la votaziun a l'urna **betg vegnir privada da las suandantas competenzas**:

- c) approvar il **budget** ed il quint communal sco er fixar il pe da taglia;
- g) conceder expensas e spesas che n'èn betg previsas en il **budget** e che surpassan las competenzas finanzialas d'auters organs;
- i) deliberar la furmaziun d'ina corporaziun da vischnancas (...) u la participaziun ad ina tala;

Art. 10 al. 1 lit. e ed al. 2

¹ En vischnancas cun parlament communal na **dastga (...)** la radunanza communal u (...) la votaziun a l'urna **betg vegnir privada da las suandantas competenzas**:

- e) deliberar la furmaziun d'ina corporaziun da vischnancas (...) u la participaziun ad ina tala;

² Las leschas communalas, il **budget**, il pe da taglia ed il quint annual sco er las fatschentas tenor l'artitgel 9 litera a ston vegnir sutmess al referendum facultativ u obligatoric.

Art. 49 al. 3

³ Per las **regiuns** e per las corporaziuns da vischnancas sco er per las vischnancas burgaisas valan las prescripziuns da la lescha chantunala da finanzas conform al senn, nun ch'i sajan avant maun disposiziuns spezialas.

Art. 50 al. 1 lit a, al. 2, 3 e 5

¹ Per ademplir tschertas incumbensas pon vischnancas s'unir sco suonda:

a) **aboli**

² Las vischnancas pon delegar tschertas incumbensas **a la regiun**.

³ **aboli**

⁵ Las prescripziuns da questa lescha vegnan applitgadas conform al senn per las furmas da las colliaziuns da vischnancas, **nun ch'i sajan avant maun disposiziuns spezialas**.

Art. 51 marginala ed al. 1

II. Corporaziuns
da vischnancas
(...)

I. noziun e
furmaziun

¹ Corporaziuns (...) da vischnancas èn corporaziuns da dretg public.

Art. 52 marginala ed al. 1 lit. i ed l

2. statuts

¹ Ils statuts cuntengnan disposiziuns davart:

- i) la schliaziun da la corporaziun, **che po – en cas da fusiuns da vischnancas – avoir lieu en mintga cas il mument da la fusiun observond in termin da desditga d'almain 3 mais, sco er l'utilisaziun da la facultad ed il pajament da debits;**
- l) il referendum da las vischnancas e da las personas cun dretg da votar cunter conclus (...) da la radunanza da delegads, en spezial cunter tals che surpassan sias cumpetenzas finanzialas.

Art. 53 marginala ed al. 1 lit. b

3. cumpetenzas
intransmissiblas
da las personas
cun dretg da votar

¹ **Da las** suandantas cumpetenzas na **dastga (...)** la totalitad da las personas cun dretg da votar **betg vegnir privada:**

- b) midar ils statuts; **per** quest intent èsi necessari – areguard l'intent ed areguard las incumbensas da la corporaziun – che tut las vischnancas dettian lur consentiment (...);

Art. 54 marginala ed al. 1

4. posiziun
giuridica

¹ En la dimensiun da lur incumbensas entran (...) las corporaziuns da vischnancas en la posiziun dal chantun (...) respectivamain da las vischnancas associadas ed han lur dretgs e lur obligaziuns en quest sectur, inclusiv il dretg d'incassar taxas e contribuziuns e da pretender eventualas subvenziuns.

Art. 55 marginala ed al. 1

¹ Sche la soluziun d'incumbensas publicas ch'èn delegadas (...) ad ina corporaziun da vischnancas è mo pussaivla, sche er vischnancas cooperechan che na fan betg part da questa corporaziun, po la regenza ordinar lur participaziun, premess che dus terzs da las vischnancas appartegnian gia a questa corporaziun.

5. disposiziun da participaziun

Art. 56

¹ Mintga onn ston (...) las corporaziuns da vischnancas render quint davart tut lur finanzas e suttametter in rapport da gestiun davart lur activitad.

6. quint annual e rapport da gestiun

² Il **budget**, il quint **annual** ed il rapport da gestiun ston vegnir exponids publicamain.

³ Entaifer in onn sunter la finiziun da l'onn da gestiun ston il quint annual ed il rapport da gestiun vegnir tramess al departament.

Art. 57

aboli

Art. 58

aboli

Art. 59

aboli

Art. 61

aboli

Art. 62

¹ Las regiuns servan ad ademplir efficaciamain incumbensas da las vischnancas appartegentas.

IV. Regiun
1. princip

² A norma da la legislaziun speziala adempleschan ellas plinavant las incumbensas che las vegnan attribuidas tras il chantun.

³ Ils conclus da las regiuns èn liants.

Art. 62a

En la dimensiun da las incumbensas surdadas ad ellas entran las regiuns en la posiziun da las vischnancas respectivas respectivamain dal chantun; cumprais è il dretg d'incassar taxas e contribuziuns e da pretender eventualas subvenziuns.

2. posiziun giuridica

Art. 62b

¹ Las incumbensas vegnan surdadas da las vischnancas a la regiun tras ina convegna da prestaziun. La surdada oblighescha exclusivamain las vischnancas respectivas.

3. delegaziun d'incumbensas

² La regiun e las vischnancas reglan las premissas per prender enavos ina incumbensa surdada.

Art. 62c

4. collavuraziun
cun autras
regiuns

¹ Las regiuns pon adempler cuminaivlamain las incumbensas che las èn vegnidas surdadas. Sch'i na vegn betg chattada ina soluziun consensuala, surpiglia la regiun cun ils pli blers abitants la responsabladad per l'organisaziun correspondent, ed ella vegn indemnizada commensuradamain per quai.

² Ils detagls vegnan reglads tras ina convegna da prestaziun.

³ En cas d'incumbensas surregionalas po la regiun consultar la regiun vischina u singulas vischnancas. Las parts consultadas n'han nagin dretg da votar.

Art. 62d

5. organisaziun

Il organ da la regiun èn:

- a) la totalitad dals abitants da la regiun cun dretg da votar;
- b) la conferenza dals presidents;
- c) la cumissiun regiunala;
- d) la cumissiun da gestiun.

Art. 62e

6. totalitad
dals abitants
da la regiun cun
dretg da votar

¹ La totalitad dals abitants da la regiun cun dretg da votar furma l'organ suprem da la regiun.

² En spezial ha quel las suandantas incumbensas:

- a) relaschar e midar ils statuts, che cuntregnan tranter auter il dretg da personal che vala per ils collavurators;
- b) decider davart projects, cunter ils quals è reussì il referendum facultativ;
- c) decider davart projects e fatschentas ch'èn vegnids suttamess da la conferenza dals presidents per laschar prender ina decisiun;
- d) decider davart iniziativas che pertutgan ses champ da cumpetenzza;
- e) decider davart expensas che surpassan las cumpetenzas d'auters organs; en quest connex pon ils statuts prevair il referendum facultativ.

³ Midadas dals statuts che concernan l'intent da la regiun e las incumbensas da la regiun ston vegnir approvadas da la maioritad da las vischnancas.

⁴ Per auters relaschs e conclus dovri la maioritad dals votants.

Art. 62f

¹ Da la conferenza dals presidents fan part almain ils presidents communal da las vischnancas da la regiun u in auter commember da la suprastanza communal. En cas d'impediment vegnan els represchentads d'in auter commember da la suprastanza communal.

7. conferenza dals presidents
a) composiziun, dretg da dar directivas

² En regiuns cun main che tschintg vischnancas fa almain in ulteriur commember d'ina suprastanza communal part da la conferenza dals presidents. Votar votescha il president communal u, sche quel na fa betg part da la conferenza dals presidents, in auter commember da la suprastanza.

³ La suprastanza communal po dar directivas liantas a la represchentanza communal.

⁴ La conferenza dals presidents nominescha in parsura e sia substituziun or da ses ravugl.

Art. 62g

¹ La conferenza dals presidents ha principalmain las suandantas incumbensas:

b) incumbensas

- a) eleger la cumissiun regionala;
- b) eleger la cumissiun da gestiun;
- c) relaschar prescripziuns d'execuziun per ademplir las incumbensas surdadas;
- d) approvar il budget, il quint annual ed ils credits d'impegn;
- e) decider davart expensas unicas e periodicas ch'èn disponiblas libramain tenor la regulaziun en ils statuts da la regiun.

² La conferenza dals presidents ha dal rest tut las cumpetenzas che na vegnan betg delegadas ad in auter organ tras il dretg federal u chantunal u tras il dretg da la regiun.

Art. 62h

¹ Mintga conferenza dals presidents che vegn convocada conform a l'urden è abla da decider.

c) decisziuns, forza electorala

² Tar elecziuns e votaziuns decida la maioritad da las vuschs represchentadas. En cas da paritad da las vuschs vegn l'elecziun decidida cun trair la sort, en cas da votaziuns vala la fatschenta sco refusada.

³ Tar elecziuns e votaziuns ha mintga vischnanca fin 1000 abitants ina vusch. Per mintga ulteriurs 1000 abitants u per ina part da quai survegn la vischnanca ina vusch supplementara. Ina singula vischnanca na dastga betg avair dapli vuschs che tut las ulteriuras vischnancas ensemen.

⁴ Sch'ina regiun vegn bloccada repetidamain en sia decisziun davart ina dumonda che sto vegnir reglada obligatoricamain, po ella du-

mandar il sustegn da la regenza. In'eventuala decisiun da la regenza è definitiva.

Art. 62i

8. cumissiun
regiunala
a) cumposiziun

¹ La conferenza dals presidents elegia ina cumissiun regiunala or da ses ravugl.

² Per regla fa mo in commember da la medema vischnanca part da la cumissiun regiunala.

³ Il parsura da la conferenza dals presidents fa d'uffizi part da la cumissiun regiunala e maina quella.

Art. 62k

b) incumbensas

¹ La cumissiun regiunala è l'autorità administrativa da la regiun. Ella ha en spezial las suandantas incumbensas:

- a) eleger il secretariat e l'ulteriur persunal dal secretariat;
- b) eleger l'ulteriur persunal regiunal;
- c) represchentar la regiun vers anor;
- d) preparar las fatschentas per mauns da la conferenza dals presidents e formular las propostas correspundentas.

² Ils statuts da la regiun reglan las ulteriuras incumbensas da la cumissiun regiunala.

Art. 62l

c) decisiuns

¹ La cumissiun regiunala è abla da concluder, sche la maiorità da ses commembers è preschenta.

² Ils conclus vegnan prendids en ina votaziun averta. Cun resalva da motivs da recusaziun è mintga commember obligà da votar.

³ En cas da parità da las vuschs vegn l'elecziun decidida cun trair la sort, en cas da votaziuns vala la fatschenta sco refusada.

Art. 62m

9. cumissiun
da gestiun

¹ La cumissiun da gestiun consista da trais commembers da las cumisiuns da gestiun da las vischnancas da la regiun, ma maximalmain dus commembers dastgan appartegnair a la medema cumissiun da gestiun communal.

² La perioda d'uffizi dura 4 onns. Il temp d'uffizi maximal importa 12 onns.

³ Il pli tard suenter mintga clusiun dal quint annual controlla la cumissiun da gestiun la contabilità e la gestiun da la regiun per mauns da la conferenza dals presidents.

⁴ En enclegientscha cun la cumissiun regiunala po la revisiun da quintes vegnir surdada ad experts privats.

Art. 62n

¹ Ils dretgs politics da la totalitad dals abitants da la regiun cun dretg da votar èn garantids. 10. dretgs politics

² Almain in quart dals abitants cun dretg da votar da la regiun respectivamain da las vischnancas dal territori da la regiun po pretender ina votaziun davart ina fatschenta ch'appartegna a sia cumpetenzza.

³ Almain in quart dals abitants cun dretg da votar da la regiun po pretender ina votaziun davart ils conclus da la conferenza dals presidents che sustastattan al referendum.

⁴ La procedura sa drizza subsidiarmain tenor las disposiziuns da la lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun.

Art. 62o

¹ Mintga onn fin il pli tard la fin da zercladur sto la regiun render quint davart tut sias finanzas e suttametter in rapport da gestiun davart sia activitad. Il rapport da gestiun è accessibel a la publicitad. 11. finanzas
a) quint annual
e rapport da
gestiun

² Suenter la finiziun da l'onn da gestiun ston il quint annual ed il rapport da gestiun vegnir tramess entaifer 1 onn al departament.

Art. 62p

Tant la finanziaziun da la regiun e las contribuziuns communalas sco er la responsabladad da las vischnancas per obligaziuns da la regiun vegnan regladas en ils statuts da la regiun. b) finanziaziun,
contribuziuns
communalas,
responsabladad

Art. 62q

Ils statuts da la regiun sco er mintga adattaziun posteriura ston vegnir suttamess a la regenza per l'approvaziun. La regenza controlla ils statuts e las adattaziuns areguard lur legalitad e lur opportunitad. 12. surveglianza

Art. 90

aboli

Art. 95 al. 1

¹ En il senn da la constituziun chantunala surveglia la regenza las vischnancas e las instituziuns ch'èn responsablas per la collavuraziun intercommunala sco er las regiuns.

Art. 103b marginala

IV. Corporaziuns
burgaisas

Art. 103c

V. Disposiziuns
transitoricas
tar la revisiun
parziala dals ...
concernent las
corporaziuns
regiunalas
1. dretg valaivel

¹ Las corporaziuns regiunalas dastgan ademplir las incumbensas surdadas ad ellas anc durant maximalmain 2 onns suenter l'entrada en vigur da la divisiun dal chantun en regiuns. Uschè ditg che questas corporaziuns regiunalas existan, valan per ellas las disposiziuns dals artitgels 1 e 50 fin 59 respectivamain las ulteriuras disposiziuns decisivas per las corporaziuns regiunalas.

² Corporaziuns regiunalas che n'adempleschan pli naginas incumbensas vegnan schliadas per quest termin, uschia che la disposiziun tenor l'alineia 1 daventa obsoleta per ellas.

Art. 103d

2. facultad ed
obligaziuns

Sche la corporaziun posseda eventualmain anc ina facultad u sch'i èn avant maun eventualas obligaziuns, sto quai vegnir reparti sin las vischnancas da la corporaziun regiunala tut tenor lur participaziun als custs respectivamain tut tenor lur obligaziun da pajar contribuziuns, premess ch'ils statuts na prevesian betg insatge auter u che las vischnancas da la corporaziun regiunala na chattian betg in'otra enelegientscha. Las corporaziuns regiunalas communitgeschan a la regenza la terminaziun da la procedura da liquidaziun ed uschia gist er lur schliaziun.

Art. 103e

3. lavurs da
schliaziun

¹ Er suenter il mument che las corporaziuns regiunalas èn vegnidas schliadas, èn ils ultims organs da las corporaziuns regiunalas responsabels che las lavurs da schliaziun vegnian manadas a fin conform a l'urden. Els èn autorisads ed obligads da far ils acts giuridics e las decleraziuns ch'i dovra per quest intent.

² Il quint per l'ultim onn da las corporaziuns regiunalas schliadas vegn prendì giu da la regiun correspudenta respectivamain da quella regiun, a la quala è vegnida attribuida la gronda part dal territori da las anteriuras vischnancas da la corporaziun regiunala. Il quint da la corporaziun regiunala dal Grischun dal nord vegn prendì giu da la regiun Plessur.

Art. 103f

4. archivis

Ils ultims organs da las corporaziuns regiunalas èn responsabels ch'ils documents vegnian archivads e surdads conform a l'urden.

Art. 103g

5. Meds da
lavor, mobigliar
e bains
immobigliars

¹ Las corporaziuns regiunalas surlaschan gratuitamain a la regiun ils meds da lavor, il mobigliar sco er ils bains immobigliars ed ils dretgs reals limitads ch'èn avant maun il mument da la surdada e che ve-

gnan duvrads da la regiun. L'inscripziun en il register funsil vegn fatga gratuitamain sin annunzia da la regiun.

² Sche la corporaziun regionala e la regiun na chattan nagina enclegientscha davart l'attribuziun da bains immobigliars e da dretgs reals limitads, decida la regenza definitivamain.

Art. 103h

¹ Ils presidents da las vischnancas da la regiun furman in organ transitoric che procura che la regiun funcziunia il mument che la divisiun dal chantun en regiuns entra en vigur. Els èn autorisads ed obligads da far ils acts giuridics e las decleraziuns ch'i dovra per quest intent. 6. regiun

² Ils statuts ston vegnir relaschads a norma da l'artitgel 62e.

³ Fin il pli tard l'ultim mais avant che la divisiun dal chantun en regiuns entra en vigur ston ils statuts vegnir inoltrads a la regenza per l'approvaziun.

Art. 104 marginala

VI. Entrada en vigur

II.

La regenza fixescha il termin che questa revisiun parziala entra en vigur.

Lescha davart il notariat

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala¹⁾,
sunter avair già invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

La lescha davart il notariat dals 18 d'october 2004 vegn midada sco suon-
da:

Art. 1 al. 1 lit. b ed al. 2

¹ Sco persunas da notariat en il senn da questa lescha valan:

b) notaras **regionalas** e notars **regiunals**;

² Il titel "**notara**" u "**notar**" dastga mo vegnir purtà d'ina persuna da no-
tariat patentada ed il titel "**notara regiunala**" u "**notar regiunal**" dastga
mo vegnir purtà d'ina persuna da notariat ch'è vegnida elegida **da la re-
genza** e ch'è en uffizi.

Art. 2 al. 2

² Notaras **regionalas** e notars **regiunals** èn cumpetents per las documenta-
ziuns che resultan en lur **territori da cumpetenzza local**, quai vul dir per
acts giuridics davart bains immobigliars che sa chattan totalmain e parzial-
main en lur **territori da cumpetenzza**, e per autras fatschentas, sche al-
main ina part contrahenta viva u è domiciliada en il **territori da cumpete-
tenza**. Ellas ed els pratitgeschan lur activiad en lur **territori da cumpete-
tenza**. **Il territori da cumpetenzza resulta dal concul electoral da la re-
genza**.

Art. 3 al. 2

² Notaras **regionalas** e notars **regiunals** èn cumpetents per tut las legalisa-
ziuns en lur **territori da cumpetenzza**.

¹⁾ DG 110.100

Art. 4 al. 2 lit. a

² A la cumissiun da notariat appartegnan per regla:

- a) ina notara patentada u in notar patentà, ina notara **regiunala** u in notar **regional (...)** ed **in** 'administratura (...) u in administratur dal register funsil patentà;

Art. 8 al. 1 lit. a

¹ Funcziunar sco persuna da notariat na dastga betg, tgi:

- a) che ha ina funcziun cumplaina tar la confederaziun, tar il chantun, tar ina **regiun (...)** u tar ina vischnanca;

III. Notaras regiunalas e notars regionals**Art. 16**

Proposta

¹ La cumissiun regiunala po suttametter a la regenza ina proposta per l'elecziun d'ina notara regiunala u d'in notar regional per in tschert territori da cumpetenza. La cumissiun da notariat sto vegnir taclada.

² Il territori da cumpetenza sto vegnir circumscriet exactamain en la proposta.

³ La cumissiun regiunala sto cumprovar che la persuna proponida ha las qualificaziuns professionalas e personalas.

⁴ Elegiblas èn mo personas che adempleschan las pretensiuns da l'artitgel 12 literas b fin e, e che san la lingua uffiziala dal territori da cumpetenza respectiv.

Art. 16a

Elecziun

¹ Tut tenor basegn elegia la regenza ina u duas notaras regiunalas u notars regionals per in tschert territori da cumpetenza entaifer ina regiun.

² L'elecziun vegn fatga per ina perioda d'uffizi da 4 onns. En cas d'ina vacanza vegn l'elecziun fatga per il rest da la perioda d'uffizi currenta.

³ La regenza communitgescha ses conclus en scrit a la cumissiun regiunala ed a la cumissiun da notariat. Il conclus sto plinavant vegnir publitgà en moda adequata.

Art. 16b

Indemnisaziun

¹ Las notaras regiunalas ed ils notars regionals vegnan indemnisads sur las taxas tenor l'ordinaziun davart las taxas da notariat.

² Sche la notara regiunala u il notar regional è elegì a medem temp sco administratura u administratur dal register funsil, vegn ella u el indemnisà sur il circol da register funsil. Las taxas per ils acts uffizials

da las notaras regiunalas e dals notars regiunals van als circuls da register funsil.

Art. 17

¹ La notara **regiunala** u il notar **regiunal** vegn saramentà da la presidenta (...) u dal president **da la cumissiun da notariat**. L'artitgel 13 alinea 1 è applitgabel conform al senn.

² Suentar la saramentaziun **surdad** la presidenta (...) u il president **da la cumissiun da notariat il conclus da patentaziun, il bul ed il sigil**.

³ La cumissiun da notariat organischescha periodicamain curs da scolaziun per notaras **regiunalas** e per notars **regiunals**. La frequentaziun da quests curs è obligatorica per tut las notaras **regiunalas** e per tut ils notars **regiunals** che n'èn betg notaras patentadas u notars patentads.

Art. 18

¹ L'uffizi da notara **regiunala** u da notar **regiunal** finescha:

- a) tras la renunzia u tras la mort da la titulara u dal titular;
- b) cun la scadenza da la perioda d'uffizi;
- c) tras la retratga da la legitimaziun da notariat applitgond l'artitgel 15 conform al senn.

² **Il departament** communitescha a la cumissiun da notariat en scrit ils cas da l'alinea 1 **literas a e b**.

³ En ils cas da l'alinea 1 litera c communitescha la cumissiun da notariat ses conclus d'introducziun e sias decisiuns a **la regenza ed a la regiun respectiva**.

⁴ Tar la finiziun da l'uffizi ston (...) las actas **vegnir consegnadas a la regiun respectiva**.

Art. 43 al. 1 cifra 2 ed al. 3

¹ Per donns ch'èn vegnids chaschunads illegalmain en il rom d'ina activitad notariala stat buna respectivamain bun:

2. il **chantun** tar notaras **regiunalas** e tar notars **regiunals**;

³ Il chantun (...) **s'assicurescha** cunter pretensiuns d'indemnisaziun che vegnan fatgas valair **envers el** pervia da l'activitad notariala da las persunas da notariat. **La responsabladad persunala da las personas da notariat vegn cunassicurada**.

Art. 48

Tgi che porta nunautorisadamain il titel "**notara**" u "**notar**" ubain "**notara regiunala** u "**notar regiunal**" u tgi che pratitgescha **nunautorisadamain** l'activitad da notariat, vegn chastià da la cumissiun da notariat cun ina multa fin 5 000 francs.

Art. 51**La lescha da taglia per il chantun Grischun vegn midada sco suonda:****Art. 150 al. 3**

³ Cunter il pajament da l'indemnisaziun usitada po vegnir surdada la registraziun da l'inventari al notar **regional** cumpetent.

Art. 51aDisposiziuns
transitoricas

¹ Cun l'aboliziun dal notariat cirquital ston las notaras cirquitalas ed ils notars cirquitals deponer tar la regiun respectiva tut las chaussas che ston vegnir tegnidas en salv; quai en preschientscha d'ina commembra u d'in commember da la cumissiun da notariat.

² Da questa obligaziun poi vegnir desistì, sch'ina notara regionala u in notar regional surpiglia sez l'incumbensa da tegnair en salv tut las chaussas che ston vegnir tegnidas en salv.

³ En mintga cas stoi vegnir fatg in protocol da surdada che sto vegnir consegnà a la cumissiun da notariat.

II.

Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

Lescha introductiva tar la lescha federala davart la scussiun ed il concurs (LItLSC)

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala¹⁾,
sunter avair gè invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I. Uffizi da scussiun e da concurs

1. ORGANISAZIUN

Art. 1

¹ Mintga regiun furma in circol da scussiun e da concurs.

Circuls
da scussiun
e da concurs

² Duas u pliras regiuns pon unir la gestiun e l'administraziun da lur uffizis da scussiun e da concurs. Ina tala cunvegna sto vegnir approvada da l'autorità da surveglianza.

³ Sch'i n'è betg garanti ch'in uffizi da scussiun e da concurs vegnia manà en moda professiunala, regulara u adequata, po l'autorità da surveglianza ordinar che la gestiun e l'administraziun vegnian unidas cun talas d'in auter uffizi da scussiun e da concurs.

Art. 2

¹ La regiun fixescha la sedia da ses uffizi da scussiun e da concurs.

Sedia

² Cun l'approvaziun da l'autorità da surveglianza po l'uffizi da scussiun e da concurs manar posts externs. La direcziun administrativa e professiunala dals posts externs è chausa da l'uffizi da scussiun e da concurs.

Art. 3

¹ La gestiun dals uffizis da scussiun e da concurs sco er d'eventuals posts externs è chausa da las regiuns. Per quest intent relascha la regiun in reglament d'organisaziun, uschenavant ch'ella vegn autorisada ed incumbensada tras questa lescha da far quai.

Reglament
d'organisaziun

¹⁾ DG 110.100

² Il reglament d'organisaziun cuntegna en spezial disposiziuns davart l'execuziun regulara da las scussiuns e dals concurs en la regiun sco er davart l'engaschament adequat dal persunal e dals meds finanzials.

³ Il reglament d'organisaziun sto vegnir suttemess a l'approvaziun da l'autorità da surveglianza.

Art. 4

Principis da
l'organisaziun
1. direcziun

¹ Per la direcziun da ses uffizi da scussiun e da concurs sto la regiun nominar ina funcziunaria u in funcziunari da scussiun e da concurs sco er sia substituta u ses substitut.

² Questa persuna è responsabla per la direcziun administrativa e professiunala da l'uffizi da scussiun e da concurs sco er d'eventuals posts externs.

³ Sco funcziunaria u funcziunari da scussiun e da concurs e sco substituta u substitut po vegnir engaschà, tgi che ha la qualificaziun persunala e professiunala necessaria. Ils detagls vegnan reglads da la regenza en l'ordinaziun.

Art. 5

2. ulteriuras
emploiadas
ed ulteriurs
emploiads

¹ Sco ulteriuras emploiadas ed ulteriurs emploiads en il senn da questa lescha valan tut las autras referendarias qualifitgadas e tut ils auters referendaris qualifitgads sco er las collavuraturas ed ils collavuratur da secretariat dals uffizis da scussiun e da concurs.

² Il reglament d'organisaziun sto cuntegnair en spezial indicaziuns davart las cumpetenzas da las ulteriuras emploiadas e dals ulteriurs emploiads sco er davart lur autorizaziun da suttascriber.

Art. 6

3. engaschament
e prevenziun
professionala

¹ La relaziun da lavur da tut las funcziunarias e da tut ils funcziunaris da scussiun e da concurs sco er da las ulteriuras emploiadas e dals ulteriurs emploiads vegn constituida tras in contract da dretg public.

² Uschenavant ch'il reglament d'organisaziun na cuntegna naginas disposiziuns divergentas, vegnan applitgadas las disposiziuns dal dretg chantunal da persunal e da prevenziun.

Art. 7

Communicaziun
e publicaziun

¹ La regiun sto communitgar immediatamain a l'autorità da surveglianza la nominaziun e la demissiun da persunas d'uffizi.

² Sch'i dat mutaziuns tar il persunal, sto la regiun publictar en moda adequata ils nums da las persunas respectivas. L'autorità da surveglianza infurmescha periodicamain davart la cumposiziun dal persunal dals uffizis da scussiun e da concurs.

³ La dretgira da concurs e la dretgira da moratori è obligadas da communitgar immediatamain a l'autorità da surveglianza la nominaziun da per-

sunas che vegnan incumbensadas cun la curatura, cun la liquidaziun u cun l'administraziun extrauffiziala dal concurs.

Art. 8

En il reglament d'organisaziun regla la regiun la salarisaziun fixa da sias funcziunarias e da ses funcziunaris da scussiu e da concurs sco er da las ulteriuras emploiadas e dals ulteriurs emploiads. Salarisaziun

2. DISPOSIZIUNS CUMINAIVLAS

Art. 9

Las personas d'uffizi, lur emploiadas ed emploiads sco er lur personas auxiliaras, las personas ch'èn incumbensadas cun l'administraziun extrauffiziala dal concurs, cun la curatura u cun la liquidaziun, las autoritads da surveglianza e las autoritads giudizialas sco er la polizia èn obligads da mantegnair discreziun davart tut las enconuschientschas e davart tut ils secrets confidads durant l'execuziun da lur uffizi, premess ch'i n'existia betg in dretg da prender invista dals protocols e dals registers tenor il dretg federal u premess ch'ellas ed els na sajan betg obligads tras prescripziuns expressivas da far in'annunzia u ina comunicaziun a las autoritads. Obligaziun da discreziun

Art. 10

Uschenavant che la lescha federala davart la scussiu ed il concurs e questa lescha na cuntengnan naginas prescripziuns, sa drizza la procedura tenor il cudesch da procedura civila e tenor la legislaziun introductiva chantunala. Prescripziun da procedura

Art. 11

¹ La responsabladad civila sa drizza tenor ils artitgels 5 e 6 da la lescha federala davart la scussiu ed il concurs. Responsabladad

² En la procedura tenor la lescha davart la responsabladad dal stadi po il chantun prender regress sin las personas che han chaschunà illegalmain il donn cun violar intenziunadamain u per greva negligientscha lur obligaziun d'uffizi.

Art. 12

¹ Il chantun assicurescha las personas d'uffizi, las emploiadas ed ils emploiads, lur personas auxiliaras, las personas ch'èn incumbensadas cun l'administraziun extrauffiziala dal concurs, cun la curatura u cun la liquidaziun, las autoritads da surveglianza, las autoritads giudizialas sco er la polizia cunter pretensiuns d'indemnisaziun per donns tenor l'artitgel 5 da la lescha federala davart la scussiu ed il concurs che quellas u quels cha- Assicuranza da responsabladad

schunan illegalmain ademplant las incumbensas che vegnan attribuidas ad ellas ed ad els tras la lescha federala.

² La regenza fixescha l'autezza da la summa da garanzia e d'ina eventuala resalva persunala, determinescha la repartiziun da las premias e regla ulteriurs detagls en in'ordinaziun.

II. Surveglianza

1. AUTORITAD ED INCUMBENSAS

Art. 13

Autoritad da
surveglianza

L'unica autoritad chantunala da surveglianza tenor l'artitgel 13 sco er l'unica istanza da recurs tenor l'artitgel 17 da la lescha federala davart la scussiu ed il concurs è la dretgira chantunala.

Art. 14

Incumbensas
1. en general

¹ L'autoritad da surveglianza exequescha la surveglianza professiunala dals fatgs da scussiu e da concurs ed ademplescha las cumpetenzas e las obligaziuns che vegnan attribuidas ad ella tras il dretg federal.

² En il rom dal dretg federal po ella relaschar circularas sco er directivas generalmain valaivlas u directivas liantas per il cas singul.

Art. 15

2. en spezial

¹ L'autoritad da surveglianza sto examinar u laschar examinar regularmain la gestiun dals uffizis da scussiu e da concurs e prenda las mesiras adattadas per impedir u per eliminar stadis inadequats u irregulars.

² Ella procura che l'uffizi vegnia surdà en moda regulara.

³ Ella po organisar curs d'introducziun e da perfecziunament e declerar che la participaziun saja obligatorica.

⁴ Ella po manar in servetsch da cussegliaziun che cusseglia ils uffizis da scussiu e da concurs en dumondas da la gestiun generala ed en cas singuls concrets.

⁵ Ella dat il consentiment per unir dus u plirs uffizis da scussiu e da concurs sco er per crear posts externs ed approvescha il reglament d'organisasiun.

Art. 16

Cumpetenzas
disciplinaras

L'autoritad da surveglianza exequescha las cumpetenzas disciplinaras che tutgan ad ella tenor l'artitgel 14 alinea 2 da la lescha federala davart la scussiu ed il concurs.

2. PROCEDURA

Art. 17

- ¹ Recurs tenor l'artitgel 17 da la lescha federala davart la scussiu ed il concurs sco er dumondas e denunzias ston vegnir inoltradas en scrit. Procedura davant la dretgira chantunala
- ² L'autorità da surveglianza procura per las consultaziuns necessarias e sclerescha d'uffizi ils fatgs. 1. sco autorità da surveglianza
- ³ Las partidas na vegnan betg convocadas.
- ⁴ Dal rest èn applitgables conform al senn las disposiziuns dal cudesch da procedura civila.

Art. 18

- ¹ Sin basa d'ina denunzia u d'uffizi po l'autorità da surveglianza avrir ina procedura disciplinara. 2. sco autorità disciplinara
- ² Ella communitgescha quai a la persuna d'uffizi pertutgada e fa ils scleriments necessaris.
- ³ Suentar la finiziun da l'inquisiziun survegn la persuna pertutgada la pussaivladad da prender posiziun; sche necessari sto vegnir fatga ina tractativa a bucca.
- ⁴ La decisiun disciplinara vegn communitgada en scrit cun inditgar ils fatgs e las consideraziuns essenzialas.
- ⁵ Dal rest èn applitgables conform al senn las disposiziuns da la lescha davart la giurisdicziun administrativa concernent la procedura davant autoritàs administrativas chantunalas.

Art. 19

Ils custs e las indemnisaziuns da las partidas sa drizzan en tut las proceduras davant l'autorità da surveglianza tenor las disposiziuns dal dretg federal e – sche quellas na cuntengnan nagut – tenor las disposiziuns dal cudesch da procedura civila e da la legislaziun introductiva chantunala. Custs

III. Differentas disposiziuns

Art. 20

- ¹ La dretgira districtuala è la dretgira inferiura da moratori. Dretgira da moratori
- ² La dretgira chantunala è la dretgira da moratori chantunala superiura.

Art. 21

- ¹ Autorisads a la represchentanza professiunala en tut las proceduras èn las advocatas ed ils advocats che han il dretg da represchentar partidas davant dretgiras svizras tenor la lescha federala davart las advocatas ed ils advocats dals 23 da zercladur 2000. Represchentanza professiunala

² Exceptada da quai è la represchentanza en chaussas da la procedura summarica tenor l'artitgel 251 dal cudesch da procedura civila, en proceduras da recurs tenor l'artitgel 17 da la lescha federala davart la scussiun ed il concurs sco er en proceduras davant l'uffizi da scussiun e da concurs.

Art. 22

Institut da deposit ¹ L'institut da deposit tenor ils artitgels 9 e 24 da la lescha federala davart la scussiun ed il concurs è la banca chantunala grischuna cun sias filialas.

² La regenza po fixar ulteriurs instituts da deposit.

Art. 23

Polizia En il rom da la lescha federala davart la scussiun ed il concurs èn las persunas d'uffizi autorisadas da clamar l'agid da la polizia chantunala e communal. L'agid uffizial vegn per regla prestà gratuitamain.

Art. 24

Execuziun
sfurzada cunter
corporaziuns
da dretg public

¹ Cumpetent per exequir scussiuns cunter il chantun, cunter vischnancas, cunter autras corporaziuns e cunter instituts autonomi da dretg public chantunal è la funcziunaria ordinaria u il funcziunari ordinari da scussiun e da concurs.

² Sch'i dat motivs da recusaziun tenor l'artitgel 10 da la lescha federala davart la scussiun ed il concurs, designescha l'autorità chantunala da surveglianza l'uffizi da scussiun cumpetent.

³ Sch'i vegnan inoltradas dumondas da sequestraziun cunter vischnancas, sto l'uffizi da scussiun communitgar quai a l'uffizi chantunal ch'è cumpetent per la surveglianza da las vischnancas.

Art. 25

Denunzia penala Las persunas d'uffizi fan ina denunzia penala tar la procura publica, sch'ellas survegnan – exequind lur uffizi – in suspect motivà da delicts da scussiun u da concurs.

Art. 26

Conservaziun
da las actas

¹ L'uffizi da scussiun e da concurs è obligà d'archivar en moda regulara las actas che na vegnan betg pli duvradas.

² Per quest intent sto la regiun metter a disposiziun las localitads adattadas.

Art. 27

Autorità cumpetenta tenor l'art. 230a al. 3 LSC

Il departament ch'è responsabel per las finanzas è l'autorità cumpetenta tenor l'artitgel 230a alinea 3 da la lescha federala davart la scussiun ed il concurs.

IV. Disposiziuns finalas

Art. 28

¹ Las disposiziuns da questa lescha vegnan er applitgadas per proceduras ch'èn pendentas il mument da l'entrada en vigur. En cas ch'ina vischnanca vegn attribuida ad in'otra regiun ed uschia ad in auter uffizi da scussiun e da concurs en consequenza da la refurma dal territori, sa drizza la cumpetenza territoriala conform al senn tenor las disposiziuns da l'artitgel 53 da la lescha federala davart la scussiun ed il concurs concernent la midada da domicil. Dretg transitoric

² En cooperaziun cun l'organ transitoric tenor l'artitgel 103h da la lescha da vischnancas ston ils circuls ed ils districts procurar che las fatschentas dals uffizis da scussiun e da concurs vegnian surdadas conform a l'urden.

³ Cur che questa lescha entra en vigur, fineschan las periodas d'uffizi currentas da las funcziunarias e dals funcziunaris da scussiun e da concurs.

Art. 29

¹ Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

² La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

Referendum ed
entrada en vigur

Lescha davart las lottarias

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala ¹⁾,
sunter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

La lescha davart las lottarias dals 24 d'avrigl 2006 vegn midada sco suonda:

Art. 3 al. 1 lit. a

¹ La permissiun vegn concedida:

a) da **la regiun cumpetenta** per lottarias da divertiment;

Art. 9 al. 1

¹ La tratga è publica e sto vegnir fatga cun consultaziun da la **persuna designada da la cumissiun regiunala cumpetenta**, d'ina notara u d'in notar ubain da la notara **regiunala** u dal notar **regiunal**.

Art. 25

Las autoritads penals **e las regiuns** ston trametter las decisziuns e las permissiuns che pertutgan las lottarias al post da servetsch cumpetent, e quai senza vegnir **intimadas**.

II.

Questa revisiun parziala è suttamesa al referendum facultativ.

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

¹⁾ DG 110.100

Urden da gestiun dal cussegl grond (UGCG)

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 1 da la constituziun chantunala e sin l'art. 69 da la lescha davart il cussegl grond,

concluda:

I.

L'urden da gestiun dal cussegl grond dals 8 da december 2005 vegn midà sco suonda:

Art. 3

La nunparticipaziun ad ina sessiun sto vegnir annunziada a temp a **la cumissiun regiunala (...)**, per ordinari il pli tard duas emnas avant che la sessiun cumenza. **La cumissiun regiunala** communitgescha a la chanzlia chantunala la participaziun da suppleantas u da suppleants il pli tard il venderdi avant l'avertura da la sessiun. Resalvads restan cas spezials.

II.

Questa revisiun parziala entra en vigur ensemen cun la lescha davart la refurma dal territori en il chantun Grischun.

Ordinaziun executiva tar la lescha federala davart il cumbat cunter malsognas transmissiblas da l'uman (lescha d'epidemias) dals 18 da december 1970 e tar las ordinaziuns federalas relaschadas latiers

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala, suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

L'ordinaziun executiva tar la lescha federala davart il cumbat cunter malsognas transmissiblas da l'uman (lescha d'epidemias) dals 18 da december 1970 e tar las ordinaziuns federalas relaschadas latiers vegn midà sco suonda:

Art. 2

Il departament da sanidad, il medi chantunal, ils medis **uffizials** e las vischnancas èn incumbensads cun l'execuziun.

Art. 5

Ils medis **uffizials** e lur substituents adempleschan las incumbensas executivas che als vegnan assegnadas da questa ordinaziun. Medis **uffizials**

Art. 6

Ils medis ed ils labors rapporteschan al medi chantunal responsabel ed il medem mument al medi **uffizial** responsabel cas da malsognas transmissiblas tenor l'ordinaziun federala davart l'annunzia da malsognas transmissiblas da l'uman.

Art. 9 al. 1 e 3

¹ Il medi **uffizial** ordinescha la surveglianza medicinala da persunas en il senn da l'artitgel 15 da la lescha federala d'epidemias.

³ Il medi chantunal sto vegnir orientà davart las mesiras ordinadas. El po disponer preventivamain l'isolaziun sch'i vegn fatg recurs cunter la mesira dal medi **uffizial**.

Art. 10

En il senn dals artitgels 17 e 19 alinea 1 da la lescha federala d'epidemias è il medi **uffizial** autorisà d'obligar persunas da laschar far vi da sai controllas medicinalas e da laschar prender material per analisas.

Art. 12 al. 2

² En ils secturs regiunals u locals relascha el questas mesiras suenter avair consultà il medi **uffizial** e las autoritads communalas.

Art. 13

¹ Ils medis **uffizials** procuran per ils scleriments epidemiologics necessaris en lur **territori d'activitad**. Tut las autoritads chantunalas e communalas ston cooperar en quest connex senza in dretg **da survegnir ina** indemnisaziun.

² Il medi **uffizial** orientescha il medi chantunal davart las mesiras prendidas.

³ Sche quels scleriments cumpiglian dapli che **in territori d'activitad**, suttastattan els a la surveglianza dal medi chantunal.

Art. 14 al. 1 e 4

¹ A persunas saunas che subeschan ina perdita da gudogn pervia da las ordinaziuns dal departament da sanitad, dal medi chantunal u dal medi **uffizial** po la vischnanca pagar ina indemnisaziun fin ad 80 pertschient da la perdita.

⁴ Ils custs da las controllas medicinalas, microbiologicas e seriologicas ch'èn vegnidas fatgas sin ordinaziun dal departament da sanitad, dal medi chantunal u dal medi **uffizial** van – en cas che la persuna n'è betg la culpa ed en cas ch'ils resultats èn negativs – a donn e cust dal chantun, uschenavant che assicuranzas n'èn betg obligadas da surpigliar la prestaziun.

Art. 16 al. 3

³ En consentiment cun il medi chantunal po il medi **uffizial** reducir quests terminus u prender ulteriuras mesiras.

Art. 17

En cas da secretaders permanents da bacterias da difteria e d'agents patogens da tifus abdominal u da paratifus decida il medi **uffizial** davart la readmissiun a frequentar la scola.

Art. 19 al. 2

² Sche questas ordinaziuns na vegnan betg observadas, ordinescha l'autorità da scola cumpetenta l'exclusiun suenter avair consultà il medi **uffizial**. Sche necessari pon vegnir serradas entiras classas da scola, tut las classas da la medema chasa da scola u tut las scolas d'in vitg.

Art. 22**aboli****Art. 23**

Sin dumonda dal medi chantunal ordinescha il departament da sanidad mesiras cunter persunas infectadas da la tuberculosa che n'observan betg las ordinaziuns (...) dal medi **uffizial**.

Art. 24 al. 1 lit. a ed al. 2

¹ Persunas che han gi relaziuns sexualas cun persunas ch'èn infectadas d'ina malsogna sexuala, che s'exponan ad in privel d'infezziun pli grond u che stattan uschiglio sut in suspect fundà dad esser infectadas d'ina malsogna sexuala, pon vegnir escortadas da la polizia tar in medi per ina controlla medicinala, sch'ellas:

a) na dattan betg suatientscha ad ina clamada dal medi **uffizial**,

² La persuna malsauna po – sche necessari – vegnir tramessa d'in medi **uffizial** en in ospital, sche quella na sa suttametia betg al tractament disponi u sch'ella **fugia** anticipadamain da quel.

Art. 25 al. 2

² La dischinfecziun finala è obligatorica, sch'ina persuna ch'è infectada da **la virola**, da la tuberculosa, da la colera, da la pestilenza u da tifus abdominal mida abitaziun, vegn ospitalisada u è morta. Cun il consentiment dal medi chantunal po il medi **uffizial** er ordinar ina dischinfecziun finala per auters cas.

Art. 27 al. 2

² Il medi chantunal communitgescha als medis **uffizials** ils dischinfecturs scolads da nov.

Art. 30

¹ Cunter disposiziuns da las vischnancas, dal medi chantunal u **uffizial** che vegnan relaschadas sin basa da questa ordinaziun po vegnir protestà tar il departament entaifer 30 dis.

II.

Questa revisiun parziala entra en vigur ensemen cun la lescha davart la refurma dal territori en il chantun Grischun.

Ordinaziun executiva tar la lescha federala davart scussiun e concurs (OECGtLSC)

Aboliziun dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala,
suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

L'ordinaziun executiva tar la lescha federala davart scussiun e concurs
(OECGtLSC) dals 8 d'october 1996 vegn abolida.

II.

Questa aboliziun entra en vigur ensemen cun la lescha introductiva tar la
lescha federala davart la scussiun ed il concurs (LItLSC).

Legge sulla riforma territoriale nel Cantone dei Grigioni (Legge mantello sulla riforma territoriale)

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 31 cpv. 1, l'art. 68 cpv. 2 e l'art. 71 cpv. 2 della Costituzione cantonale,

visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

Art. 1

La presente legge disciplina l'adeguamento di atti normativi cantonali per l'attuazione della riforma territoriale. Oggetto e scopo

Art. 2

La legge sulla suddivisione del Cantone in regioni (CSC 110.200) viene emanata nella versione secondo l'appendice I. Revisione totale della legge sulla suddivisione

Art. 3

La legge sui comuni (CSC 175.050) viene sottoposta a revisione parziale nella versione secondo l'appendice II. Revisione parziale della legge sui comuni

Art. 4

Le seguenti leggi sono modificate come segue: Altre modifiche di leggi

1. Legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (CSC 150.100)

Art. 1 cpv. 1 lett. a e c

¹ La legge disciplina:

- a) le elezioni e votazioni in affari cantonali (...) e **regionali, nonché le elezioni dei tribunali distrettuali**;
- c) l'esercizio del diritto di iniziativa in affari **regionali** e comunali.

Art. 2 cpv. 1 e 3

¹ Sono elezioni cantonali le elezioni del Governo e del Consiglio degli Stati; sono elezioni **regionali** le elezioni dei membri del Gran Consiglio (...).

³ **Abrogato**

Art. 8

¹ Le elezioni e votazioni federali e cantonali, **nonché** le elezioni dei tribunali distrettuali (...) hanno luogo nel comune lo stesso giorno con voto alle urne.

² Le elezioni e votazioni in affari **regionali** hanno luogo nel comune lo stesso giorno (...).

Art. 9 cpv. 1

¹ La sovranza comunale (...) costituisce un ufficio elettorale di almeno due membri aventi diritto di voto e ne designa il presidente e l'attuario. La sovranza comunale può costituirsi essa stessa in ufficio elettorale.

Art. 10 cpv. 2

² Chiunque senza motivo importante rifiuti di accettare o di esercitare la funzione, può essere punito dalla sovranza comunale (...) con una multa da 50 a 400 franchi.

Art. 15 cpv. 1 lett. a – d

¹ Le elezioni e le votazioni vengono indette:

- a) dal Governo:
le elezioni del Governo e del Consiglio degli Stati incluse le elezioni suppletive, le elezioni dei tribunali distrettuali (...) e del Gran Consiglio (...), nonché le votazioni in affari cantonali;
- b) dalla commissione amministrativa:
le elezioni suppletive nel distretto (...);
- c) dal **comitato regionale**:
(...) le votazioni in affari **regionali**;
- d) **abrogata**

Art. 16 lett. a e d

Il rinnovo delle nomine ha luogo nelle seguenti date:

- a) le elezioni del Governo e (...) del Gran Consiglio (...) per il periodo di carica a partire dal 1° gennaio dell'anno seguente per il Governo, dal primo giorno della sessione di agosto per il Gran Consiglio (...) contemporaneamente di regola a maggio o giugno;
- d) **abrogata**

Art. 20 let. b, c e d

Il materiale elettorale e di voto viene preparato e recapitato per tempo ai comuni:

- b) dall'ufficio distrettuale in caso di elezioni (...) **dei** tribunali distrettuali;
- c) **dal comitato regionale in caso di elezioni dei membri del Gran Consiglio, nonché in caso di votazioni in affari regionali.**

d) **abrogata**

Art. 21 lett. c e d

Il materiale elettorale e di voto comprende:

- c) in caso di elezioni dei tribunali distrettuali e di elezioni **dei membri del Gran Consiglio** le schede elettorali, in caso di votazioni **in affari regionali** le schede di voto, i testi in votazione e le spiegazioni (...) **del comitato regionale.**
- d) **abrogata**

Art. 25 Titolo marginale

1. In affari federali, cantonali (...) e distrettuali

Art. 26

¹ Qualora (...) **sia prevista** la votazione alle urne, l'esercizio del diritto di voto si conforma all'articolo 25. ² In affari **regionali**

² In caso contrario l'esercizio del diritto di voto avviene (...) nei comuni.

Art. 36 cpv. 1 lett. b, c e d, cpv. 3 e 4

¹ L'ufficio elettorale comunica immediatamente (...) i risultati comunali:

- b) all'ufficio distrettuale in caso di elezioni (...) relative ai tribunali distrettuali;
- c) **al comitato regionale** in caso di elezioni (...) **dei membri del Gran Consiglio e di votazioni in affari regionali.**
- d) **abrogata**

³ Il giorno dell'elezione **i comitati regionali** comunicano immediatamente per telefono alla Cancelleria dello Stato, ed il giorno seguente anche per iscritto, i risultati delle elezioni **dei membri del Gran Consiglio.**

⁴ Il giorno seguente all'elezione gli uffici distrettuali comunicano per iscritto alla Cancelleria dello Stato i risultati delle elezioni dei tribunali distrettuali. (...)

Art. 37 cpv. 2

² In caso di elezioni (...) nel distretto il compito spetta all'ufficio distrettuale, in caso di elezioni (...) **dei membri del Gran Consiglio** e in caso di **votazioni in affari regionali il compito spetta al comitato regionale.**

Art. 41 cpv. 1 lett. c e d

¹ Se più persone ottengono lo stesso numero di voti, la sorte decide sull'elezione oppure sulla successione nella graduatoria elettorale. Il sorteggio è effettuato:

- c) dal **comitato regionale** in caso di elezioni **dei membri del Gran Consiglio**.
- d) **abrogata**

Art. 42

I risultati provvisori delle elezioni e delle votazioni cantonali vengono pubblicati immediatamente dalla Cancelleria dello Stato, quelli delle elezioni (...) a livello distrettuale (...) dall'ufficio distrettuale (...) e quelli dell'elezione **dei membri del Gran Consiglio, nonché delle votazioni in affari regionali dal comitato regionale**.

Art. 43 cpv. 2 e 3

² Per il resto, se sussistono indizi concreti di irregolarità, un secondo conteggio viene ordinato dal Governo in caso di elezioni e votazioni cantonali, dalla commissione amministrativa (...) in caso di elezioni (...) a livello distrettuale, **nonché dal comitato regionale** in caso di elezioni **dei membri del Gran Consiglio e di votazioni in affari regionali**.

³ Il secondo conteggio può venire eseguito a livello centrale dalla Cancelleria dello Stato in caso di elezioni e votazioni cantonali, dall'ufficio distrettuale (...) in caso di elezioni (...) a livello distrettuale e **dal comitato regionale** in caso di **elezioni e votazioni a livello regionale**, oppure nei comuni su disposizione di questi uffici.

Art. 44 cpv. 2

² In caso di elezioni (...) a livello distrettuale **rispettivamente in caso di elezioni e votazioni a livello regionale** la pubblicazione compete all'ufficio distrettuale rispettivamente al **comitato regionale (...)** nel rispettivo organo di pubblicazione.

Art. 46 cpv. 1

¹ Ha accettato la nomina chi entro otto giorni dalla pubblicazione ufficiale del risultato non la declina con comunicazione scritta al Governo rispettivamente alla commissione amministrativa (...) o **al comitato regionale**.

2. INIZIATIVA IN AFFARI REGIONALI E COMUNALI

Art. 73

Le regioni e i comuni garantiscono l'esercizio del diritto d'iniziativa ai sensi delle disposizioni seguenti. Essi possono ampliarlo, in particolare riducendo il numero di firme necessarie o permettendo l'iniziativa sotto forma di progetto elaborato.

Art. 74

Le disposizioni sul diritto di iniziativa nei comuni valgono per analogia per **le regioni**. (...) Iniziativa in affari regionali

Art. 102 cpv. 1

¹ Le decisioni del Governo, del Gran Consiglio e della Commissione competente del Gran Consiglio, nonché delle autorità (...) dei distretti, **delle regioni** e dei comuni sono soggette al ricorso dinanzi al Tribunale amministrativo per violazione dei diritti politici.

Art. 105

¹ **Le regioni** disciplinano la procedura delle elezioni e votazioni in affari **regionali**, per quanto la presente legge e il Governo non prevedano norme. 2. Regioni

² **Abrogato**

Art. 106

I comuni emanano per il loro territorio le disposizioni complementari necessarie sulla procedura delle elezioni e votazioni in affari cantonali e **regionali**.

Art. 107

Abrogato

2. Legge sulla responsabilità dello Stato (CSC 170.050)

Art. 1 cpv. 1 lett. a

¹ Sono soggetti alla presente legge:

- a) il Cantone, i distretti, **le regioni** e i comuni, nonché gli altri enti di diritto pubblico e i loro istituti autonomi (enti pubblici);

3. Legge sul Gran Consiglio (CSC 170.100)

Art. 1

¹ Per la ripartizione tra i **circondari elettorali** dei seggi in Gran Consiglio è determinante la popolazione svizzera residente dei **circondari elettorali** in base alla statistica federale dello stato annuale della popolazione (...) pubblicata (...) nell'anno che precede le elezioni (...).

² **L'attribuzione dei comuni ai circondari elettorali è disciplinata nell'appendice.**

³ **L'appartenenza al circondario elettorale di comuni in fase di aggregazione va disciplinata nell'accordo di aggregazione. Se a questa regolamentazione si oppongono motivi gravi oppure i comuni non riev-**

scono a trovare un'intesa, decide il Governo in via definitiva. Se ne è interessata più di una regione, esse vanno previamente sentite.

Art. 2

I 120 seggi del Gran Consiglio sono ripartiti tra i **circondari elettorali** nel modo seguente:

- a) Ripartizione preliminare:
 1. Il totale della popolazione svizzera residente è diviso per 120. Il quoziente arrotondato all'intero immediatamente superiore è quello determinante per la ripartizione preliminare. Ogni **circondario elettorale** la cui popolazione sia inferiore a questo quoziente, ottiene un seggio ed è escluso dalla ripartizione successiva.
 2. Il totale della popolazione svizzera residente dei rimanenti **circondari elettorali** è diviso per il numero dei seggi restanti. Il quoziente arrotondato all'intero immediatamente superiore è quello determinante per la seconda ripartizione. Ogni **circondario elettorale** la cui popolazione sia inferiore a questo quoziente, ottiene un seggio ed è escluso dalla ripartizione successiva.
 3. L'operazione viene ripetuta fino a quando i **circondari elettorali** rimanenti raggiungono l'ultimo quoziente di ripartizione.
- b) Ripartizione principale:

Ogni **circondario elettorale rimanente** ottiene tanti seggi quante volte l'ammontare della sua popolazione contiene l'ultimo quoziente.
- c) Ripartizione completiva:

I seggi rimanenti sono ripartiti tra i **circondari elettorali** che ottengono i resti maggiori. Se più **circondari elettorali** ottengono resti uguali, sono dapprima esclusi quelli che hanno ottenuto i resti minori dalla divisione della loro popolazione per il primo quoziente determinante. Se vi è ancora parità si procede a sorteggio.

Art. 3

Prima delle elezioni (...) il Governo pubblica nel Foglio ufficiale cantonale il numero dei deputati da eleggersi in ogni **circondario elettorale**.

Art. 4

Ogni **circondario elettorale** elegge un numero di supplenti uguale a quello dei suoi deputati, ma al massimo dieci supplenti.

Appendice

(art. 1 cpv. 2)

I comuni sono attribuiti ai circondari elettorali come segue:

Circondario elettorale	Comuni
Alvaschein	Alvaschein, Mon, Mutten, Stierva, Tiefencastel, Vaz/Obervez
Avers	Avers
Belfort	Alvaneu, Brienz/Brinzauls, Lantsch/Lenz, Schmitten, Surava
Bergün	Bergün/Bravuogn, Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Brusio	Brusio
Calanca	Arvigo, Braggio, Buseno, Castaneda, Cauco, Rossa, Sta. Maria i.C., Selma
Coira	Coira
Churwalden	Churwalden, Tschierschen-Praden
Davos	Davos
Disentis	Breil/Brigels, Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Domleschg	Almens, Fürstenau, Paspels, Pratval, Rodels, Rothenbrunnen, Scharans, Sils i.D., Tomils
Fünf Dörfer	Haldenstein, Landquart, Trimmis, Untervaz, Zizers
Ilanz	Falera, Ilanz/Glion, Laax, Mundaun, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Klosters	Klosters-Serneus
Küblis	Conters i.P., Küblis, Saas i.P.
Lumnezia/Lugnez	Lumnezia, St. Martin, Vals
Luzern	Luzern, St. Antönien
Maienfeld	Fläsch, Jenins, Maienfeld, Malans
Mesocco	Lostallo, Mesocco, Soazza
Oberengadin	Bever, Celerina/Schlarigna, Madulain, Pontresina, La Punt-Chamues-ch, Samedan, St. Moritz, S-chanf, Sils i.E./Segl, Silvaplana, Zuoz
Poschiavo	Poschiavo
Ramosch	Samnaun, Valsot
Rhätzens	Bonaduz, Domat/Ems, Rhätzens

Rheinwald	Hinterrhein, Nufenen, Splügen, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Leggia, Roveredo, San Vittore, Verdabbio
Ruis	Andiast, Obersaxen, Waltensburg/Vuorz
Safien	Safiental
Schams	Andeer, Casti-Wergenstein, Donat, Ferrera, Lohn, Mathon, Rongellen, Zillis-Reischen
Schanfigg	Arosa, Maladers
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis
Suot Tasna	Ftan, Scuol, Sent
Sur Tasna	Ardez, Guarda, Lavin, Susch, Tarasp, Zernez
Surses	Bivio, Cunter, Marmorera, Mulegns, Riompersonz, Salouf, Savognin, Sur, Tinizong-Rona
Thusis	Cazis, Flerden, Masein, Thusis, Tschappina, Urmein
Trins	Felsberg, Flims, Tamins, Trin
Val Müstair	Val Müstair

4. Legge sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione (CSC 170.300)

Art. 3

Le funzioni di consigliere di Stato sono incompatibili con cariche in comuni (...) e distretti, nonché con cariche in **regioni**. Per il resto si applicano le disposizioni sull'incompatibilità secondo l'articolo 22 della Costituzione cantonale.

5. Legge cantonale sulla protezione dei dati (CSC 171.100)

Art. 1 cpv. 2 lett. a e b, cpv. 3

² Sono considerate autorità ai sensi della presente legge:

- autorità ed uffici del Cantone (...), dei distretti, **delle regioni, dei comuni e delle unioni di comuni**;
- istituti, fondazioni ed enti di diritto pubblico del Cantone (...), dei distretti, **delle regioni e dei comuni**;

³ **Abrogato**

Art. 6 cpv. 3

³ Le decisioni dei dipartimenti, delle autorità comunali, (...) distrettuali e **regionali**, delle unioni di comuni, nonché degli istituti ed enti autonomi di diritto pubblico possono essere impugnate con ricorso al Tribunale amministrativo.

**6. Legge d'introduzione al Codice civile svizzero
(CSC 210.100)**

Art. 20 cpv. 1 e 2

¹ I circondari di stato civile comprendono il territorio di **una** o più **regioni** o parti di **esse** e vengono determinati in via definitiva dal Governo nell'ambito del diritto federale e dopo aver udito le **regioni interessate**.

² Il Governo definisce in via definitiva, dopo aver udito **le regioni interessate**, la sede e il nome degli uffici di stato civile.

Art. 20a cpv. 1 e 2

¹ Il **comitato regionale** nomina, previa approvazione da parte dell'autorità cantonale di vigilanza, il numero necessario di ufficiali di stato civile, designa il capo dell'ufficio e ne disciplina la supplenza.

² Se un circondario di stato civile si estende al territorio di più **regioni (...)**, **queste** si accordano sull'autorità di nomina e sulla procedura di nomina.

Art. 38 cpv. 1

¹ Esistono le seguenti autorità di protezione dei minori e degli adulti:

- a) Engadina/Valli meridionali (**regioni** Bernina, **Engiadina Bassa/Val Müstair** e Maloja);
- b) Grigioni centrale/Moesa (**regioni** Albula, (...) Moesa e **Viamala**);
- c) Grigioni settentrionale (**regioni** Landquart, Plessur e Imboden);
- d) Prettigovia/Davos (**regione** Prettigovia/Davos);
- e) Surselva (**regione** Surselva).

Art. 51 cpv. 1 lett. b

¹ È autorizzato a ordinare il ricovero a scopo di assistenza:

- b) ogni medico **delegato**;

**7. Legge d'introduzione al Codice civile svizzero delle
obbligazioni (CSC 210.200)**

Art. 6 cpv. 1

¹ L'incanto pubblico deve essere diretto dal presidente **della regione** oppure da un dipendente **della regione** da lui designato.

Art. 6b cpv. 3

³ **La regione** è competente per la comunicazione all'ufficiale del registro fondiario dell'aggiudicazione dell'incanto di un fondo (art. 235 cpv. 2).

Art. 6c cpv. 3

³ Il verbale dell'incanto va sottoscritto dal direttore d'asta e dal verbalista e poi depositato presso **la regione**.

Art. 7 n. 2 e 3

È autorità competente per l'adempimento di un onere di interesse pubblico in caso di donazione dopo la morte del donatore (art. 246 cpv. 2):

2. il **comitato regionale**, se l'onere è di interesse pubblico **della regione**;
3. il Governo, se l'onere è nell'interesse di più comuni, di più **regioni** o del Cantone.

8. Legge d'applicazione del Codice di diritto processuale penale svizzero (CSC 350.100)

Art. 34 cpv. 1 lett. a

¹ Sono considerati in modo particolare esperti ufficiali o incaricati permanentemente ai sensi del Codice di procedura penale:

- a) i medici **delegati**;

9. Legge sulla giustizia amministrativa (CSC 370.100)

Art. 2

Alla procedura amministrativa dinanzi ad autorità **regionali** e comunali si applicano i principi generali della procedura, nonché le disposizioni sulla spiegazione, la rettifica, le revisione e l'esecuzione.

Art. 59 lett. b

Possono essere fatte valere mediante ricorso:

- b) violazioni dell'autonomia dei comuni, **delle regioni** e di altri enti di diritto pubblico, nonché delle Chiese riconosciute dallo Stato.

Autorità
regionali e
comunali

10. Legge concernente l'incremento dell'istruzione complementare degli adolescenti e degli adulti nel Cantone dei Grigioni (CSC 433.100)

Art. 2

Sono versati sussidi a comuni, corporazioni di comuni o **regioni** e a organizzazioni di **utilità pubblica** e **culturali**, quali le scuole per contadine e di economia domestica nonché le università popolari, purché gli enti interessati non conseguano alcun lucro e dipendano da sussidi. Per corsi di formazione complementare degli adolescenti in età postscolastica non si dovrebbero riscuotere rette o altre tasse oppure soltanto in misura modesta.

11. Legge sui contributi di formazione (CSC 450.200)

Art. 18 cpv. 1

¹ Il Servizio e le autorità di Cantone, distretti, **regioni** e comuni che elaborano dati conformemente al capoverso 2 trasmettono i dati importanti per l'attuazione della presente legge.

12. Legge sulle lingue del Cantone dei Grigioni (CSC 492.100)

Art. 1 cpv. 2

² Nell'adempimento dei loro compiti il Cantone, **le regioni**, i comuni, le corporazioni (...) comunali (...) ed altri enti di diritto pubblico prestano attenzione alla composizione linguistica tradizionale delle regioni e hanno riguardo per la comunità linguistica autoctona.

Art. 2 lett. c

La presente legge disciplina:

- c) l'assegnazione dei comuni e **delle regioni** alle regioni linguistiche, nonché la cooperazione tra il Cantone ed i comuni, **le regioni**, le corporazioni (...) comunali, i distretti (...) ed altri enti di diritto pubblico nella determinazione delle loro lingue ufficiali e scolastiche.

Art. 3 cpv. 3

³ Le autorità cantonali rispondono nella lingua ufficiale nella quale sono state interpellate. Nei rapporti con i comuni, **le regioni** e le corporazioni (...) comunali (...) esse usano le rispettive lingue ufficiali. Nella procedura di ricorso la lingua della procedura si conforma alla lingua ufficiale usata nella decisione impugnata.

Art. 21

Su proposta **di un comune o di una regione**, il Governo può autorizzare sulla base di un concetto la conduzione di una scuola popolare bilingue. Il Cantone può erogare sussidi a queste scuole.

Art. 23 cpv. 2

² Le **regioni e le corporazioni (...)** comunali disciplinano l'uso delle lingue ufficiali ed eventualmente delle lingue scolastiche nello statuto. **Esse** tengono adeguatamente conto della situazione linguistica dei singoli comuni.

Art. 25 cpv. 1, 2 e 4

Regioni

¹ Le **regioni composte** da comuni monolingui con medesima lingua ufficiale sono **considerate** monolingui. In **queste regioni** la lingua ufficiale è la lingua ufficiale dei comuni che ne fanno parte.

² Le **regioni composte** da comuni con lingue ufficiali diverse rispettivamente comuni plurilingui sono **considerate** plurilingui. Le lingue ufficiali di **queste regioni** sono tutte le lingue ufficiali dei comuni che formano **la relativa regione**.

⁴ Le **regioni** disciplinano i dettagli relativi al campo d'applicazione delle loro lingue ufficiali in cooperazione con il Governo.

**13. Legge sull'igiene pubblica del Cantone dei Grigioni
(CSC 500.000)**

Art. 9

5. Medici delegati

¹ I medici **delegati** e i loro supplenti vengono nominati in servizio parziale per la durata di quattro anni dal Governo. Essi sono gli organi di vigilanza ed esecuzione della polizia sanitaria del Dipartimento e svolgono compiti di medicina legale e altri compiti d'ufficio.

² Ogni medico esercitante nel Cantone può essere obbligato ad assumersi compiti d'ufficio, se occorrono specifiche conoscenze professionali oppure se il medico **delegato** o il suo sostituto deve ricusarsi oppure non è disponibile.

Art. 30a cpv. 2

² L'autorizzazione non si estingue al compimento del settantesimo anno d'età se la persona interessata, sulla base di un attestato del medico **delegato**, fornisce la comprova di essere in grado sia dal punto di vista fisico che da quello psichico di continuare a esercitare la professione. La comprova deve poi essere presentata ogni due anni.

14. Legge sulle vaccinazioni pubbliche per la profilassi delle malattie contagiose (CSC 500.400)

Art. 10 cpv. 1

¹ Il Cantone organizza vaccinazioni pubbliche per la profilassi del vaiolo e ne sopporta le spese. Queste vaccinazioni vengono effettuate dai medici delegati.

15. Legge sulla gestione finanziaria del Cantone dei Grigioni (CSC 710.100)

Art. 1 cpv. 4

⁴ Per le **regioni** e le corporazioni di comuni, nonché per i comuni patriziali la legge vale per analogia, per quanto non vi siano disposizioni speciali.

16. Legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni (CSC 720.000)

Art. 78 cpv. 1 lett. c

¹ Sono esenti dall'assoggettamento:

c) **le regioni** e i comuni del Cantone e i loro istituti e stabilimenti,

Art. 81 cpv. 1 lett. a

¹ Fanno parte delle spese giustificate dall'uso commerciale specialmente:

a) le imposte della Confederazione, dei cantoni e dei comuni (...), eccettuate le imposte penali e le multe fiscali,

Art. 122 cpv. 1

¹ Le autorità, i funzionari e gli impiegati del Cantone, **delle regioni** e dei comuni devono tenere strettamente segreto quanto vengono a sapere nell'esercizio delle loro funzioni d'ufficio. Essi rispondono delle contravvenzioni a norma di legge.

Art. 122a

Le autorità fiscali rilasciano gratuitamente alle autorità fiscali della Confederazione, dei cantoni (...) e dei comuni le informazioni necessarie e su richiesta accordano loro il diritto di prendere visione degli atti ufficiali.

Art. 123 cpv. 1

¹ Le autorità della Confederazione e del Cantone nonché dei distretti, **delle regioni** e **dei** comuni rilasciano, gratuitamente e incuranti dell'eventuale obbligo di segretezza, su richiesta tutte le informazioni necessarie alle autorità incaricate dell'esecuzione della presente legge. Da parte loro esse

possono informare queste autorità se suppongono che una tassazione sia incompleta.

17. Legge sulle imposte comunali e di culto (CSC 720.200)

Art. 11 lett. d

Sono esentati dall'imposta sul trapasso di proprietà

- d) il distretto, **la regione**, il comune (con i suoi istituti) e il comune patriziale per fondi nel proprio territorio;

18. Legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (CSC 801.100)

Art. 1 cpv. 1

¹ La legge disciplina la pianificazione del territorio nel Cantone dei Grigioni. Essa stabilisce i compiti che competono ai comuni, alle **regioni** e al Cantone.

Art. 2

¹ Comuni, **regioni** e Cantone provvedono alla pianificazione ai sensi della legislazione sulla pianificazione territoriale. Essi tengono conto degli intenti della pianificazione territoriale anche per le altre loro attività.

² Comuni, **regioni** e Cantone adempiono ai loro compiti di comune accordo ed armonizzano le basi, le pianificazioni e le attività di incidenza territoriale fra di loro e con le basi, i concetti e le pianificazioni settoriali della Confederazione, nonché con le pianificazioni dei Cantoni e dei Paesi confinanti.

Art. 3 cpv. 2

² La pianificazione sovralocale compete di regola alle **regioni** e al Cantone.

Art. 5 cpv. 1

¹ Per le procedure concernenti pianificazioni, progetti di costruzione, ricomposizioni particellari e la riscossione dei tributi di urbanizzazione, definite nella presente legge e nell'ordinanza, fa stato esclusivamente il diritto cantonale, nella misura in cui i comuni e le **regioni** non vengano esplicitamente autorizzati o obbligati ad emanare proprie prescrizioni procedurali divergenti o complementari oppure a disciplinare autonomamente determinate procedure.

Art. 10 cpv. 1 frase introduttiva

¹ Nel limite dei mezzi disponibili, il Cantone può accordare sussidi a comuni e **regioni**, nonché ad organizzazioni, istituzioni e ad altri responsabili di progetti per:

Art. 11 cpv. 1 e 2

¹ Sussidi a comuni e **regioni** vengono versati sotto forma di sussidi di base e sussidi supplementari.

² I sussidi di base vengono commisurati alla capacità finanziaria dei comuni e delle **regioni** ed al tipo di prestazione. I sussidi di base massimi alle spese computabili ammontano per:

1. comuni: pianificazioni al 30%
 basi, progetti al 40%
2. **regioni**: basi, pianificazioni, progetti al 50%

Se il bilancio cantonale lo richiede, il Governo può ridurre sussidi di base del 10 - 50 per cento.

Art. 14 cpv. 1

¹ Il piano direttore dei Grigioni e le sue modifiche vengono elaborati dal Cantone e dalle **regioni** sulla base di un partenariato.

Art. 17

¹ Compiti di pianificazione regionali vengono assolti **dalle regioni**. Per quanto riguarda i compiti che superano i confini regionali, **le regioni** perseguono un adempimento comune dei compiti.

² Le **regioni** provvedono allo sviluppo territoriale sostenibile nel loro territorio. Esse adempiono in particolare ai compiti, che gli competono secondo la legislazione sulla pianificazione territoriale e il piano direttore cantonale o che risultano dalla politica regionale e di agglomerazione oppure da altri settori politici di incidenza territoriale. Esse contribuiscono alla graduale realizzazione del piano direttore cantonale.

Art. 18 cpv. 1, 2, 4 e 5

¹ Le **regioni** emanano i piani direttori regionali necessari alla realizzazione del piano direttore cantonale, nonché prescritti nella legislazione. Esse possono emanare ulteriori piani direttori regionali.

² I decreti in merito all'emanazione e alle modifiche dei piani direttori regionali competono **alla conferenza dei sindaci** (Assemblea regionale). **Anche gli** aggiornamenti competono di regola alla **conferenza dei sindaci**.

⁴ Se i piani direttori o parti di essi probabilmente non possono essere approvati, la **regione** può richiedere al Dipartimento una procedura di conciliazione. Se non si raggiunge un accordo, decide il Governo.

⁵ Il Governo disciplina tramite ordinanza ulteriori dettagli della procedura. Le **regioni** emanano prescrizioni complementari.

Art. 20 cpv. 1

¹ I comuni possono emanare piani direttori comunali, nei quali viene stabilito lo sviluppo territoriale auspicato dai comuni riguardo all'utilizzazione, strutturazione, urbanizzazione ed attrezzatura. Essi mostrano come le attività di incidenza territoriale del comune vengano coordinate con quelle dei comuni vicini, della **regione** e del Cantone.

Art. 102 cpv. 2

² Decisioni del Governo ai sensi del capoverso 1, nonché decisioni sull'emanazione del piano direttore cantonale e sull'approvazione di piani direttori regionali possono essere impugnate dai comuni e dalle **regioni** interessati, quali responsabili della pianificazione locale rispettivamente regionale, con ricorso presso il Tribunale amministrativo.

Art. 5

Adeguamento di
ordinanze del
Gran Consiglio

Le ordinanze del Gran Consiglio che non corrispondono alle prescrizioni dell'articolo 32 capoverso 1 della Costituzione cantonale possono essere adeguate tramite ordinanza del Gran Consiglio, se ciò è necessario per attuare la riforma territoriale.

Art. 6

Referendum,
entrata in vigore

¹ La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

² Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore della presente legge.

*Appendice II alla legge sulla riforma territoriale***Legge sulla suddivisione del Cantone dei Grigioni in regioni**

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti gli art. 31 e 68 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

Art. 1

I comuni vengono attribuiti alle regioni come segue:

Suddivisione

1. Regione Albula:
Comuni di Alvaneu, Alvaschein, Bergün/Bravuogn, Bivio, Brienz/Brinzauls, Cunter, Filisur, Lantsch/Lenz, Marmorera, Mon, Mulegns, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Schmitten, Stierva, Sur, Surava, Tiefencastel, Tinizong-Rona, Vaz/Obervaz.
Capoluogo: Tiefencastel
2. Regione Bernina:
Comuni di Brusio, Poschiavo.
Capoluogo: Poschiavo
3. Regione Engiadina Bassa/Val Müstair:
Comuni di Ardez, Ftan, Guarda, Lavin, Samnaun, Scuol, Sent, Susch, Tarasp, Val Müstair, Valsot, Zernez.
Capoluogo: Scuol
4. Regione Imboden:
Comuni di Bonaduz, Domat/Ems, Felsberg, Flims, Rhäzüns, Tamins, Trin.
Capoluogo: Domat/Ems.
5. Regione Landquart:
Comuni di Fläsch, Jenins, Landquart, Maienfeld, Malans, Trimmis, Untervaz, Zizers.
Capoluogo: Landquart
6. Regione Maloja:
Comuni di Bever, Bregaglia, Celerina/Schlarigna, La Punt-Chamuesch, Madulain, Pontresina, Samedan, S-chanf, Sils i.E./Segl, Silvaplana, St. Moritz, Zuoz.
Capoluogo: Samedan

7. Regione Moesa:
Comuni di Arvigo, Braggio, Buseno, Cama, Castaneda, Cauco, Grono, Leggia, Lostalio, Mesocco, Rossa, Roveredo, San Vittore, Selma, Soazza, Sta. Maria i.C., Verdabbio.
Capoluogo: Roveredo
8. Regione Plessur:
Comuni di Arosa, Churwalden, Coira, Haldenstein, Maladers, Tschierschen-Praden.
Capoluogo: Coira
9. Regione Prättigau/Davos:
Comuni di Conters i.P., Davos, Fideris, Furna, Grüşch, Jenaz, Klosters-Serneus, Küblis, Luzein, Saas i.P., Schiers, Seewis i.P., St. Antönien.
Capoluogo: Klosters-Serneus
10. Regione Surselva:
Comuni di Andiast, Breil/Brigels, Disentis/Mustér, Falera, Ilanz/Glion, Laax, Lumnezia, Medel (Lucmagn), Mundaun, Obersaxen, Safiental, Sagogn, Schluein, St. Martin, Sumvitg, Trun, Tujetsch, Vals, Waltensburg/Vuorz.
Capoluogo: Ilanz/Glion
11. Regione Viamala:
Comuni di Almens, Andeer, Avers, Casti-Wergenstein, Cazis, Donat, Ferrera, Flerden, Fürstenau, Hinterrhein, Lohn, Masein, Mathon, Mutten, Nufenen, Paspels, Pratval, Rodels, Rongellen, Rothenbrunnen, Scharans, Sils i.D., Splügen, Sufers, Thusis, Tomils, Tschappina, Urmein, Zillis-Reischen.
Capoluogo: Thusis

Art. 2

Aggregazioni
comunali

L'appartenenza regionale di comuni in fase di aggregazione va disciplinata nell'accordo di aggregazione.

Art. 3

Archivi

¹ Le regioni sono tenute a mettere a disposizione locali d'archivio idonei a ospitare gli archivi rilevati dai circoli sciolti.

² Mediante decisione della conferenza dei sindaci, la regione può consegnare questi atti d'archivio anche all'Archivio di Stato per la conservazione permanente.

³ Gli ultimi organi dei circoli sono responsabili per un'archiviazione e una consegna ordinate.

Art. 4

Strumenti di
lavoro, mobilio e
fondi

¹ I circoli e i distretti cedono senza dovere indennizzo alcuno alla regione gli strumenti di lavoro necessari disponibili al momento del trasferimento, nonché il mobilio necessario.

² Con l'entrata in vigore della presente legge, i fondi di proprietà dei circoli e dei distretti e i diritti reali limitati che la relativa regione necessita per l'adempimento dei compiti passano alla regione senza che questa debba indennizzo alcuno. L'iscrizione nel registro fondiario avviene senza la riscossione di tasse su notificazione da parte della regione.

³ I rimanenti fondi e i diritti reali limitati dei circoli vengono rilevati dai comuni del circolo, in proporzione a un'eventuale partecipazione al deficit del circolo al momento dello scioglimento. Il trapasso di proprietà avviene con l'entrata in vigore della presente legge. I comuni interessati riprendono i fondi nella loro proprietà comune (società semplice). I comuni possono adottare anche una soluzione diversa. L'iscrizione nel registro fondiario avviene senza la riscossione di tasse su notificazione da parte dei comuni del circolo.

⁴ Se il circolo o il distretto e la regione non giungono a un'intesa per quanto riguarda l'attribuzione di fondi e di diritti reali limitati, decide il Governo in via definitiva.

Art. 5

¹ Gli attivi presenti al momento dello scioglimento dei circoli passano automaticamente ai comuni del circolo in proporzione alla loro partecipazione a un eventuale deficit. I comuni possono far valere averi dei circoli anche tramite azione.

Patrimonio e obbligazioni

² I comuni dei circoli sciolti rispondono nella misura della loro partecipazione al deficit per obbligazioni dei circoli. Un eventuale diritto di regresso nei confronti degli organi dei circoli sciolti passa ai comuni in proporzione alla loro partecipazione.

³ Almeno per l'ultimo anno, i conti dei circoli che sono stati sciolti vengono approvati dalla regione alla quale è stata attribuita la maggior parte del territorio dei comuni del circolo.

⁴ Gli ultimi organi dei circoli sono responsabili anche oltre la data dello scioglimento dei circoli per una conclusione accurata dei lavori di scioglimento. Sono autorizzati e tenuti a procedere agli atti giuridici necessari a tale scopo e a fornire spiegazioni.

Art. 6

¹ Con l'entrata in vigore della presente legge è abrogata la legge sulla suddivisione del Cantone dei Grigioni in distretti e circoli del 12 marzo 2000.

Abrogazione del diritto previgente

² Per la durata della loro esistenza, per i distretti e i circoli fanno stato le disposizioni valide il giorno prima dell'entrata in vigore della suddivisione del Cantone in regioni.

Art. 7

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore della presente legge.

Entrata in vigore

*Appendice II alla legge sulla riforma territoriale***Legge sui comuni del Cantone dei Grigioni**

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti gli art. 31 cpv. 1 e 71 cpv. 2 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

La legge sui comuni del Cantone dei Grigioni del 28 aprile 1974 è modificata come segue:

Art. 1 cpv. 1¹ Alla presente legge sottostanno i comuni politici, i comuni patriziali, **le regioni** e le corporazioni (...) **di comuni**.**Art. 9 lett. c, g e i**

Nei comuni senza parlamento comunale non possono essere sottratte all'assemblea comunale o alla votazione per urna le seguenti competenze:

- c) non concerne il testo italiano;
- g) non concerne il testo italiano;
- i) la decisione sulla creazione di una corporazione **di comuni (...)** o sulla relativa adesione;

Art. 10 cpv. 1 lett. e e cpv. 2¹ In comuni con un parlamento comunale non possono essere sottratte all'assemblea comunale o alla votazione per urna le seguenti competenze:

- e) la decisione sulla creazione di una corporazione **di comuni (...)** o sulla relativa adesione;

² non concerne il testo italiano.**Art. 49 cpv. 3**³ Per le **regioni** e le corporazioni di comuni, nonché per i comuni patriziali le prescrizioni della legge cantonale sulla gestione finanziaria fanno stato per analogia, per quanto non vi siano disposizioni speciali.

Art. 50 cpv. 1 lett. a, cpv. 2, 3 e 5

¹ Per il disbrigo di determinati compiti i comuni possono unirsi come segue:

a) abrogata

² I comuni possono delegare determinati compiti **alla regione**.

³ Aufgehoben

⁵ Le norme della presente legge sono applicabili per analogia alle forme delle unioni di comuni, **per quanto non vi siano disposizioni speciali**.

Art. 51 titolo marginale e cpv. 1

II. Corporazioni
di comuni (...)

1. Nozione e
costituzione

¹ Le corporazioni (...) **di comuni** sono enti di diritto pubblico.

Art. 52 titolo marginale e cpv. 1 lett. i e l

2. Statuto

¹ Lo statuto contiene disposizioni su:

- i) lo scioglimento della corporazione, **che nel caso di aggregazioni di comuni può avvenire con un termine di disdetta di almeno tre mesi, imperativamente per la data dell'aggregazione, nonché** l'impegno del patrimonio e l'estinzione dei debiti;
- l) il referendum dei comuni e degli aventi diritto di voto contro decisioni dell'assemblea (...) dei delegati, in particolare quelle che sorpassano le sue competenze finanziarie.

Art. 53 titolo marginale e cpv. 1 lett. b

3. Competenze
non trasferibili
degli aventi
diritto di voto

¹ Le seguenti competenze non possono essere sottratte alla totalità degli aventi diritto di voto:

- b) la modifica dello statuto per la quale, in riferimento allo scopo della corporazione e ai compiti della stessa, è necessaria (...) l'approvazione di tutti i comuni (...);

Art. 54 titolo marginale e cpv. 1

4. Posizione
giuridica

¹ Le corporazioni (...) **di comuni** subentrano nell'assunzione dei compiti loro assegnati al posto del Cantone o (...) **dei comuni** loro associati e hanno, in quest'ambito, i loro diritti e doveri incluso il diritto di riscuotere tasse e contributi e di richiedere eventuali sussidi.

Art. 55 titolo marginale e cpv. 1

5. Decisione di
adesione

¹ Se l'assolvimento dei compiti pubblici attribuiti ad una corporazione (...) **di comuni** è possibile soltanto mediante la partecipazione di comuni che non vi hanno aderito, il Governo può decretare la loro adesione se due terzi dei comuni già appartengono alla corporazione.

Art. 56

¹ Le corporazioni (...) **di comuni** devono ogni anno rendere conto dell'intera gestione finanziaria e presentare un rapporto di gestione sulla propria attività.

6. Conto annuale e rapporto di gestione

² Il preventivo, il **conto annuale** e il rapporto di gestione devono essere esposti pubblicamente.

³ Entro un anno dalla chiusura dell'esercizio il **conto** annuale e il rapporto di gestione devono essere trasmessi al Dipartimento.

Art. 57**Abrogato****Art. 58****Abrogato****Art. 59****Abrogato****Art. 61****Abrogato****Art. 62**

¹ Le regioni servono all'adempimento efficace di compiti dei comuni aderenti.

IV. Regioni
1. Principio

² Inoltre, assumono i compiti loro delegati dal Cantone a norma della legislazione speciale.

³ Le decisioni delle regioni sono vincolanti.

Art. 62a

In misura dei compiti loro delegati, le regioni subentrano al posto dei comuni in questione, rispettivamente del Cantone, incluso il diritto di riscuotere tasse e contributi e di richiedere eventuali sussidi.

2. Posizione giuridica

Art. 62b

¹ La delega di compiti dai comuni alla regione avviene tramite accordo di prestazioni. Essa impegna esclusivamente i comuni interessati.

3. Trasferimento dei compiti

² La regione e i comuni disciplinano le condizioni per tornare a occuparsi di un compito delegato.

Art. 62c

¹ Le regioni possono adempiere in comune i compiti loro delegati. In assenza di una soluzione consensuale, la regione più grande per nu-

4. Collaborazione con altre regioni

mero di abitanti è responsabile per la corrispondente organizzazione e per questo deve essere adeguatamente indennizzata.

² I dettagli vanno disciplinati tramite accordo di prestazioni.

³ In caso di compiti sovraregionali, la regione può fare capo o consultare la regione confinante o singoli comuni. I comuni o le regioni cui si è fatto capo o che sono stati consultati non hanno diritto di voto.

Art. 62d

5. Organizzazione

Gli organi della regione sono:

- a) la totalità degli abitanti della regione aventi diritto di voto;
- b) la conferenza dei sindaci;
- c) il comitato regionale;
- d) la commissione della gestione.

Art. 62e

6. Totalità degli abitanti della regione aventi diritto di voto

¹ La totalità degli abitanti della regione aventi diritto di voto costituisce l'organo supremo della regione.

² Ad esso competono in particolare i seguenti compiti:

- a) emanazione e modifica dello statuto nel quale è tra l'altro disciplinato il diritto del personale valido per i collaboratori;
- b) decisione su progetti contro i quali è riuscito il referendum facoltativo;
- c) decisione su progetti e affari che la conferenza dei sindaci ha presentato per la decisione;
- d) decisioni in merito a iniziative nel quadro del settore di competenza;
- e) decisione su spese che superano le competenze di altri organi; lo statuto può anche prevedere il referendum facoltativo.

³ Le modifiche dello statuto relative allo scopo e ai compiti della regione necessitano del consenso della maggioranza dei comuni.

⁴ Per altri atti normativi e altre decisioni è necessaria la maggioranza dei votanti.

Art. 62f

7. Conferenza dei sindaci

a) Composizione, diritto di impartire istruzioni

¹ La conferenza dei sindaci è costituita dai sindaci dei comuni della regione o da altri membri del municipio. In caso di impedimento sono rappresentati da un altro membro del municipio.

² Nelle regioni con meno di cinque comuni, si aggiunge almeno un altro membro del municipio. Il voto viene espresso dal sindaco oppure, nel caso in cui egli non faccia parte della conferenza dei sindaci, da un altro membro del municipio.

³ Il municipio può impartire istruzioni vincolanti al rappresentante del comune.

⁴ La conferenza dei sindaci designa un presidente e il suo vice tra i propri membri.

Art. 62g

¹ Alla conferenza dei sindaci competono essenzialmente i seguenti compiti: b) Compiti

- a) nomina del comitato regionale;
- b) nomina della commissione della gestione;
- c) emanazione di prescrizioni d'esecuzione per l'adempimento dei compiti delegati;
- d) approvazione del preventivo, del conto annuale e dei crediti d'impegno;
- e) decisione in merito a spese liberamente determinabili, uniche e ricorrenti conformemente alla regolamentazione prevista dallo statuto della regione.

² Alla conferenza dei sindaci spettano inoltre tutte le competenze che il diritto federale o cantonale oppure il diritto della regione non attribuiscono a un altro organo.

Art. 62h

¹ Ogni conferenza dei sindaci regolarmente convocata può deliberare validamente. c) Presa delle decisioni, forza di voto

² In caso di nomine e votazioni decide la maggioranza dei voti rappresentati. In caso di parità di voti in caso di nomine decide la sorte, in caso di votazioni l'oggetto è considerato respinto.

³ In caso di nomine e votazioni, ogni comune fino a mille abitanti dispone di un voto. Il comune riceve un voto supplementare per ogni ulteriore insieme di mille abitanti o sua frazione. Un singolo comune non può disporre di più voti rispetto alla totalità degli altri comuni.

⁴ Se una regione viene ripetutamente bloccata nella decisione in merito a una questione che va assolutamente disciplinata, può chiedere aiuto al Governo. Un'eventuale decisione del Governo è definitiva.

Art. 62i

¹ La conferenza dei sindaci nomina un comitato regionale scegliendo tra i propri membri. 8. Comitato regionale
a) Composizione

² Di norma, un solo membro di uno stesso comune siede nel comitato regionale.

³ Il presidente della conferenza dei sindaci siede d'ufficio nel comitato regionale e lo dirige.

Art. 62k

¹ Il comitato regionale è l'autorità amministrativa della regione. Gli compiti b) Compiti competono essenzialmente i seguenti compiti:

- a) nomina del segretariato e del rimanente personale del segretariato;
- b) nomina dell'ulteriore personale della regione;
- c) rappresentanza della regione verso l'esterno;
- d) preparazione degli affari a destinazione della conferenza dei sindaci, con corrispondente proposta.

² Lo statuto della regione disciplina gli ulteriori compiti del comitato regionale.

Art. 62l

c) Presa delle decisioni

¹ Il comitato regionale è in numero legale se è presente la maggioranza dei membri.

² Le decisioni vengono prese per alzata di mano. Ogni membro è tenuto a esprimere il proprio voto, fatta salva la presenza di motivi di ricusa.

³ In caso di parità di voti in caso di nomine decide la sorte, in caso di votazioni l'oggetto è considerato respinto.

Art. 62m

9. Commissione della gestione

¹ La commissione della gestione è composta da tre membri delle commissioni della gestione dei comuni della regione; al massimo due membri possono far parte della stessa commissione della gestione.

² Il periodo di carica è di quattro anni. La funzione può essere esercitata per al massimo 12 anni.

³ La commissione della gestione, al più tardi dopo la chiusura dell'esercizio annuale, verifica la contabilità e la gestione della regione a destinazione della conferenza dei sindaci.

⁴ In accordo con il comitato regionale, la revisione dei conti può essere delegata a esperti privati.

Art. 62n

10. Diritti politici

¹ I diritti politici della totalità degli abitanti della regione aventi diritto di voto sono garantiti.

² Almeno un quarto degli abitanti della regione aventi diritto di voto oppure almeno un quarto dei comuni nel territorio regionale può richiedere la votazione in merito a un affare che rientra nella sua competenza.

³ Almeno un quarto degli abitanti della regione aventi diritto di voto può richiedere una votazione in merito alle decisioni della conferenza dei sindaci soggette a referendum.

⁴ La procedura si conforma in via sussidiaria alle disposizioni della legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni.

Art. 62o

¹ La regione deve ogni anno, entro fine giugno, rendere conto dell'intera gestione finanziaria e presentare un rapporto di gestione sulla propria attività. Il rapporto di gestione è accessibile al pubblico.

11. Finanze
a) Conto annuale e rapporto di gestione

² Dopo la chiusura dell'esercizio il conto annuale e il rapporto di gestione devono essere trasmessi al Dipartimento.

Art. 62p

Nello statuto della regione vengono disciplinati il finanziamento della regione e i contributi dei comuni, così come la responsabilità dei comuni per obbligazioni assunte dalla regione.

b) Finanziamento, contributi dei comuni, responsabilità

Art. 62q

Lo statuto della regione, come pure ogni modifica successiva vanno sottoposti per approvazione al Governo, che ne esamina la legittimità e l'opportunità.

12. Vigilanza

Art. 90

Abrogato

Art. 95 cpv. 1

¹ Il Governo esercita ai sensi della Costituzione cantonale la vigilanza sui comuni e sugli organi della collaborazione intercomunale, **nonché sulle regioni**.

Art. 103b titolo marginale

IV. Corporazioni patriziali

Art. 103c

¹ Le corporazioni regionali possono svolgere i compiti loro delegati al massimo per due anni dopo l'entrata in vigore della suddivisione del Cantone in regioni. Per la durata della loro esistenza, per queste corporazioni regionali fanno stato le disposizioni dell'articolo 1 e degli articoli 50 - 59 e le ulteriori disposizioni determinanti per le corporazioni regionali.

V. Disposizioni transitorie relative alla revisione parziale del ... concernenti le corporazioni regionali
1. Diritto vigente

² Le corporazioni regionali che non svolgono più alcun compito verranno sciolte con effetto a questa data, le disposizioni di cui al capoverso 1 non saranno quindi valide per loro.

Art. 103d

Un eventuale patrimonio della corporazione o eventuali obbligazioni vanno distribuiti tra i comuni della corporazione regionale secondo la loro partecipazione ai costi o al loro obbligo di contribuzione, salvo diversa decisione nello statuto o salvo diversa decisione dei comuni della

2. Patrimonio e obbligazioni

corporazione regionale. Le corporazioni regionali comunicano al Governo la conclusione della procedura di liquidazione e con ciò al contempo il loro scioglimento.

Art. 103e

3. Lavori di scioglimento

¹ Gli ultimi organi della corporazione regionale sono responsabili oltre la data dello scioglimento per una conclusione regolare dei lavori di scioglimento. Sono autorizzati e tenuti a procedere agli atti giuridici necessari a tale scopo e a fornire spiegazioni.

² I conti dell'ultimo anno delle corporazioni regionali che sono state sciolte vengono approvati dalla regione corrispondente o dalla regione alla quale è stata attribuita la maggior parte del territorio dei comuni della ex corporazione regionale. I conti della corporazione regionale Grigioni settentrionale vengono approvati dalla regione Plessur.

Art. 103f

4. Archivi

Gli ultimi organi delle corporazioni regionali sono responsabili per un'archiviazione e una consegna ordinate.

Art. 103g

5. Strumenti di lavoro, mobilio e fondi

¹ Le corporazioni regionali cedono senza dovere indennizzo alcuno alla regione gli strumenti di lavoro necessari disponibili al momento del trasferimento e di cui la regione ha bisogno, il mobilio necessario, nonché i fondi necessari e i diritti reali limitati. L'iscrizione nel registro fondiario avviene senza la riscossione di tasse su notificazione da parte della regione.

² Se la corporazione regionale e la regione non giungono a un'intesa per quanto riguarda l'attribuzione di fondi e di diritti reali limitati, decide il Governo in via definitiva.

Art. 103h

6. Regione

¹ I sindaci dei comuni della regione costituiscono un organo transitorio che garantisce il funzionamento della regione al momento dell'entrata in vigore della suddivisione del Cantone in regioni. Sono autorizzati e tenuti a procedere agli atti giuridici necessari a tale scopo e a fornire spiegazioni.

² Lo statuto va emanato a norma dell'articolo 62e.

³ Lo statuto va inoltrato per approvazione al Governo al più tardi un mese prima dell'entrata in vigore della suddivisione del Cantone in regioni.

Art. 104 Titolo marginale

VI. Entrata in vigore

II.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore della presente revisione parziale.

Legge sul notariato

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale¹⁾,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

La legge sul notariato del 18 ottobre 2004 è modificata come segue:

Art. 1 cpv. 1 lett. b e cpv. 2

¹ Sono considerati notaie e notai ai sensi della presente legge

b) notaie **regionali** e notai **regionali**,

² Sono autorizzati ad usare il titolo di "**notaia**" **rispettivamente** "**notaio**" soltanto notaie e notai con patente e il titolo di "**notaia regionale**" **rispettivamente** "**notaio regionale**" soltanto notaie e notai in carica eletti dal **Governo**.

Art. 2 cpv. 2

² Le notaie **regionali** e i notai **regionali** sono competenti per le documentazioni pubbliche nel loro **settore di competenza territoriale**, vale a dire per negozi giuridici riguardanti fondi che si trovano totalmente o parzialmente nel loro **settore di competenza** e per altri negozi nella misura in cui almeno una delle parti richiedenti l'atto sia residente oppure abbia la propria sede nel **settore di competenza**. Esercitano le proprie funzioni nel loro **settore di competenza**. **Il settore di competenza territoriale risulta dalla decisione di nomina del Governo.**

Art. 3 cpv. 2

² Le **notaie regionali** e i **notai regionali** sono competenti per tutte le legalizzazioni nel loro **settore di competenza**.

Art. 4 cpv. 2 lett. a

² Della Commissione notarile fanno parte di regola:

¹⁾ CSC 110.100

- a) una notaia o un notaio con patente, una notaia **regionale** o un notaio **regionale** e una o un ufficiale del registro fondiario con patente;

Art. 8 cpv. 1 lett. a

¹ Non può ricoprire la carica di notaia o notaio chi:

- a) ha un impiego a tempo pieno o lavora a titolo principale al servizio della Confederazione, del Cantone, (...) **di una regione** o di un comune;

III. Notaie regionali e notai regionali

Art. 16

Richiesta

¹ Il comitato regionale di una corrispondente regione può presentare al Governo una richiesta per la nomina di una notaia regionale o di un notaio regionale per un determinato settore di competenza territoriale. Va sentita la Commissione notarile.

² Il settore di competenza territoriale va definito esattamente nella richiesta.

³ Il comitato regionale deve dimostrare l'idoneità professionale e personale della persona proposta.

⁴ Possono essere nominate soltanto persone che soddisfano le condizioni di cui all'articolo 12 lettere b – e che padroneggiano inoltre la lingua ufficiale del corrispondente settore di competenza.

Art. 16a

Nomina

¹ A seconda della necessità, il Governo nomina uno o due notaie regionali o notai regionali per un determinato settore di competenza territoriale all'interno di una regione.

² La nomina prevede una durata della carica di quattro anni. In caso di vacanza, la nomina avviene per la durata residua del periodo amministrativo in corso.

³ Il Governo comunica per iscritto la propria decisione al comitato regionale e alla Commissione notarile. La decisione deve inoltre essere pubblicata in forma adeguata.

Art. 16b

Indennizzo

¹ Le notaie regionali e i notai regionali vengono indennizzati tramite le tasse conformemente all'ordinanza sulle tasse notarili.

² Se la notaia regionale o il notaio regionale è al contempo nominata o nominato ufficiale del registro fondiario, l'indennizzo avviene tramite i circondari del registro fondiario. Le tasse per le operazioni d'ufficio delle notaie regionali e dei notai regionali spettano ai circondari del registro fondiario.

Art. 17

¹ La notaia **regionale** o il notaio **regionale** presta giuramento dinanzi alla presidente o al presidente **della Commissione notarile**. L'articolo 13 capoverso 1 è applicabile per analogia.

² **Dopo il giuramento, la presidente o il presidente della Commissione notarile consegna il decreto di rilascio della patente, il timbro e il sigillo.**

³ La Commissione notarile tiene corsi periodici di formazione per notaie **regionali** e notai **regionali**. La frequenza di questi corsi è obbligatoria per tutte le notaie **regionali** e per tutti i notai **regionali** che non sono in possesso della patente.

Art. 18

¹ Il mandato della notaia **regionale** o del notaio **regionale** cessa:

- a) per rinuncia o decesso della o del titolare;
- b) alla scadenza del periodo di carica;
- c) per revoca dell'abilitazione all'esercizio della professione di notaio o notaia applicando per analogia l'articolo 15.

² **Il Dipartimento** comunica per iscritto alla Commissione notarile i casi di cui al capoverso 1 lettere a e b.

³ Nei casi di cui al capoverso 1 lettera c la Commissione notarile comunica **al Governo e alla regione in questione** i suoi decreti d'avvio e le sue decisioni.

⁴ Al termine del mandato gli atti devono essere consegnati **alla regione in questione**.

Art. 43 cpv. 1 n. 2 e cpv. 3

¹ Per danni causati illecitamente nell'ambito di un'attività notarile risponde:

2. **il Cantone per le notaie regionali e i notai regionali;**

³ Il Cantone (...) si **assicura** contro pretese di risarcimento danni sollevate nei **suoi** confronti a causa dell'attività dei notai. Viene coassicurata la responsabilità personale **dei notai**.

Art. 48

Chi si fregia illecitamente del titolo di "**notaia**" **rispettivamente "notaio"** oppure di "**notaia regionale**" **rispettivamente "notaio regionale"** oppure esercita illecitamente l'attività di notaia o notaio, viene punito dalla Commissione notarile con una multa fino a 5 000 franchi.

Art. 51

La legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni è modificata come segue:

Art. 150 cpv. 3

³ L'allestimento dell'inventario può essere affidato al competente notaio **regionale** contro versamento dell'usuale indennità.

Art. 51a

Disposizioni
transitorie

¹ **Con l'abrogazione del notariato di circolo, le notaie e i notai di circolo devono depositare presso la regione in questione, alla presenza di un membro della Commissione notarile, tutto ciò che è soggetto all'obbligo di conservazione.**

² **Si può prescindere da questo atto, se una notaia regionale o un notaio regionale rileva, allo scopo di conservarlo, tutto ciò che è soggetto all'obbligo di deposito.**

³ **In ogni caso va redatto un verbale di consegna, che va consegnato alla Commissione notarile.**

II.

La legge è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

Legge d'applicazione della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento (LAdLEF)

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale¹⁾,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I. Ufficio d'esecuzione e dei fallimenti

1. ORGANIZZAZIONE

Art. 1

¹ Ogni regione forma un circondario d'esecuzione e dei fallimenti.

Circondari
d'esecuzione e dei
fallimenti

² Due o più regioni possono unire la gestione e l'amministrazione dei loro uffici d'esecuzione e dei fallimenti. Una tale convenzione richiede l'approvazione dell'autorità di vigilanza.

³ Se non è garantita la gestione professionale, regolare o adeguata di un ufficio d'esecuzione e dei fallimenti, l'autorità di vigilanza può ordinare l'unificazione della gestione e dell'amministrazione con quelle di un altro ufficio d'esecuzione e dei fallimenti.

Art. 2

¹ La regione stabilisce la sede del suo ufficio d'esecuzione e dei fallimenti.

Sede

² Con l'approvazione dell'autorità di vigilanza, l'ufficio d'esecuzione e dei fallimenti può gestire degli uffici esterni. La direzione amministrativa e tecnica degli uffici esterni spetta all'ufficio d'esecuzione e dei fallimenti.

Art. 3

¹ La gestione degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti, nonché di eventuali uffici esterni compete alle regioni. La regione emana a questo scopo un regolamento di organizzazione, nella misura in cui la presente legge le conferisca l'autorizzazione e l'incarico in tal senso.

Regolamento di
organizzazione

¹⁾ CSC 110.100

² Il regolamento di organizzazione contiene in particolare disposizioni sul regolare svolgimento delle esecuzioni e dei fallimenti nella regione, nonché sull'impiego adeguato di personale e mezzi.

³ Il regolamento di organizzazione va sottoposto per approvazione all'autorità di vigilanza.

Art. 4

Tratti fondamentali dell'organizzazione

1. Direzione

¹ Per la direzione del suo ufficio d'esecuzione e dei fallimenti, la regione deve nominare un ufficiale esecutore e dei fallimenti e il suo supplente.

² Al titolare della carica compete la gestione amministrativa e tecnica dell'ufficio d'esecuzione e dei fallimenti, nonché di eventuali uffici esterni.

³ Può essere nominato quale ufficiale esecutore e dei fallimenti o quale supplente chi dispone della necessaria idoneità personale e professionale. Il Governo disciplina i particolari in un'ordinanza.

Art. 5

2. Altri impiegati

¹ Sono considerati altri impiegati ai sensi della presente legge tutti gli altri funzionari incaricati qualificati, nonché i collaboratori del segretariato degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti.

² Il regolamento di organizzazione deve contenere in particolare indicazioni riguardo alle competenze e al diritto di firma degli altri impiegati.

Art. 6

3. Impiego e previdenza professionale

¹ Il rapporto di lavoro di tutti gli ufficiali esecutori e dei fallimenti, nonché degli altri impiegati viene costituito con contratto di diritto pubblico.

² Se il regolamento di organizzazione non stabilisce diversamente, si applicano le disposizioni del diritto cantonale sul personale e sulla previdenza.

Art. 7

Comunicazione e pubblicazione

¹ La regione deve comunicare senza indugio all'autorità di vigilanza la nomina e le dimissioni di ufficiali.

² In caso di modifiche nell'organico, la regione deve pubblicare adeguatamente i nomi delle persone in questione. L'autorità di vigilanza informa periodicamente in merito all'organico degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti.

³ Il giudice del fallimento e il giudice dei concordati sono tenuti a comunicare senza indugio all'autorità di vigilanza la nomina di persone incaricate della gestione commissariale, della liquidazione o dell'amministrazione speciale del fallimento.

Art. 8

Stipendio

La regione disciplina nel regolamento di organizzazione lo stipendio fisso dei suoi ufficiali esecutori e dei fallimenti e degli altri impiegati.

2. DISPOSIZIONI COMUNI

Art. 9

Gli ufficiali, i loro impiegati e ausiliari, le persone incaricate dell'amministrazione speciale del fallimento, della gestione commissariale o della liquidazione, le autorità di vigilanza e giudiziarie, come pure la polizia sono tenuti a mantenere il segreto su qualsiasi fatto di cui sono venuti a conoscenza e su qualsiasi segreto loro confidato nell'esercizio della propria funzione, nella misura in cui il diritto federale non preveda un diritto di prendere visione di verbali e registri oppure essi non siano tenuti alla denuncia o alla notifica alle autorità sulla base di norme esplicite.

Obbligo del segreto

Art. 10

Nella misura in cui la legge federale sulla esecuzione e sul fallimento e la presente legge non contengano disposizioni, la procedura si conforma al Codice di procedura civile e alla legislazione cantonale d'applicazione.

Disposizioni procedurali

Art. 11

¹ La responsabilità di diritto civile si conforma agli articoli 5 e 6 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento.

Responsabilità

² Nella procedura conformemente alla legge sulla responsabilità dello Stato, il Cantone ha diritto di regresso nei confronti delle persone che hanno cagionato illecitamente il danno a seguito di una violazione dei propri obblighi d'ufficio effettuata con intenzione o per negligenza grave.

Art. 12

¹ Il Cantone assicura gli ufficiali e gli impiegati, i loro ausiliari, le persone incaricate dell'amministrazione speciale del fallimento, della gestione commissariale o della liquidazione, le autorità di vigilanza e giudiziarie, come pure la polizia contro pretese di risarcimento per danni conformemente all'articolo 5 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento da loro cagionati illecitamente nell'adempimento dei compiti loro assegnati dalla legge federale.

Assicurazione contro la responsabilità civile

² Il Governo stabilisce l'ammontare della somma garantita e di un'eventuale franchigia, determina la ripartizione dei premi e disciplina ulteriori dettagli in un'ordinanza.

II. Vigilanza

1. AUTORITÀ E COMPITI

Art. 13

Autorità di vigilanza

Unica autorità cantonale di vigilanza conformemente all'articolo 13 e autorità di ricorso conformemente all'articolo 17 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento è il Tribunale cantonale.

Art. 14

Compiti
1. In generale

¹ L'autorità di vigilanza esercita il controllo tecnico sull'intero settore delle esecuzioni e dei fallimenti e si assume le competenze e i doveri attribuiti dalla legge federale.

² Nei limiti del diritto federale essa può emanare circolari e istruzioni con obbligatorietà generale oppure riferite a un singolo caso.

Art. 15

2. In particolare

¹ L'autorità di vigilanza è tenuta a verificare o a far verificare regolarmente la gestione degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti e adotta le misure atte a impedire o a eliminare situazioni inadeguate o irregolari.

² Essa provvede al regolare passaggio di consegne.

³ Essa può organizzare corsi d'introduzione e di perfezionamento e dichiararne obbligatoria la partecipazione.

⁴ Essa può gestire un servizio di consulenza che consiglia gli uffici d'esecuzione e dei fallimenti in questioni riguardanti la gestione generale e in casi concreti.

⁵ Essa approva l'unificazione di due o più uffici d'esecuzione e dei fallimenti, la creazione di uffici esterni, nonché il regolamento di organizzazione.

Art. 16

Potere
disciplinare

L'autorità di vigilanza esercita i poteri disciplinari che le spettano conformemente all'articolo 14 capoverso 2 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento.

2. PROCEDURA

Art. 17

Procedura dinanzi
al Tribunale
cantonale
1. quale autorità
di vigilanza

¹ I ricorsi conformemente all'articolo 17 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento, nonché le domande e le denunce devono essere inoltrati per iscritto.

² L'autorità di vigilanza si procura le necessarie prese di posizione e accerta d'ufficio la fattispecie.

³ Non ha luogo una comparizione delle parti.

⁴ Per il resto sono applicabili per analogia le disposizioni del Codice di procedura civile.

Art. 18

¹ L'autorità di vigilanza può avviare un procedimento disciplinare sulla base di una denuncia oppure d'ufficio. 2. quale autorità disciplinare

² Essa comunica tale fatto all'ufficiale interessato ed effettua le indagini necessarie.

³ Terminata l'istruttoria, alla persona interessata viene data l'opportunità di prendere posizione; se necessario va eseguito un dibattimento.

⁴ La decisione disciplinare viene comunicata per iscritto indicando la fattispecie e i considerandi essenziali.

⁵ Per il resto sono applicabili per analogia le disposizioni della legge sulla giustizia amministrativa relative alla procedura dinanzi ad autorità amministrative cantonali.

Art. 19

In tutti i procedimenti dinanzi all'autorità di vigilanza, spese e ripetibili si conformano alle disposizioni del diritto federale e, se da queste non se ne può trarre nulla, alle disposizioni del Codice di procedura civile e della legislazione cantonale d'applicazione. Spese

III. Disposizioni diverse**Art. 20**

¹ Il Tribunale distrettuale è giudice dei concordati inferiori. Giudice dei concordati

² Il Tribunale cantonale è giudice dei concordati superiori.

Art. 21

¹ Sono autorizzati a esercitare la rappresentanza professionale in tutti i procedimenti gli avvocati legittimati a esercitare la rappresentanza dinanzi a un tribunale svizzero secondo la legge del 23 giugno 2000 sugli avvocati. Rappresentanza professionale

² Fa eccezione la rappresentanza nelle pratiche evase in procedura sommaria secondo l'articolo 251 del Codice di procedura civile, nella procedura di ricorso secondo l'articolo 17 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento, nonché nel procedimento dinanzi all'ufficio d'esecuzione e dei fallimenti.

Art. 22

Stabilimento di deposito

¹ Lo stabilimento di deposito conformemente agli articoli 9 e 24 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento è la Banca Cantonale Grigione con le sue agenzie.

² Il Governo può definire altri stabilimenti di deposito.

Art. 23

Potere di polizia

Gli ufficiali sono autorizzati a ricorrere, entro i limiti della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento, all'aiuto della Polizia cantonale e comunale. L'assistenza amministrativa è di regola gratuita.

Art. 24

Esecuzione coatta contro enti di diritto pubblico

¹ Per l'attuazione di esecuzioni nei confronti di Cantone, comuni, altri enti e istituti autonomi di diritto pubblico cantonale è competente l'ufficiale esecutore e dei fallimenti ordinario.

² Se vi sono motivi di ricusa conformemente all'articolo 10 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento, l'autorità cantonale di vigilanza designa l'ufficio d'esecuzione competente.

³ Se vengono presentate domande di pignoramento contro dei comuni, l'ufficio d'esecuzione deve informare l'ufficio cantonale competente per la vigilanza sui comuni.

Art. 25

Denuncia penale

Gli ufficiali sporgono denuncia penale alla Procura pubblica se, nell'esercizio della loro funzione, sorge in loro un sospetto fondato di reati nell'esecuzione per debiti o nel fallimento.

Art. 26

Custodia degli atti

¹ L'ufficio d'esecuzione e dei fallimenti è tenuto ad archiviare regolarmente gli atti non più necessari.

² La regione deve mettere a disposizione dei locali idonei a questo scopo.

Art. 27

Autorità competente secondo l'art. 230a cpv. 3 LEF

Il dipartimento competente per le finanze è l'autorità competente secondo l'articolo 230a capoverso 3 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento.

IV. Disposizioni finali**Art. 28**

Diritto transitorio

¹ Le disposizioni della presente legge si applicano anche ai procedimenti pendenti in giudizio al momento dell'entrata in vigore. Nel caso in cui, a seguito della riforma territoriale, un comune venga attribuito a un'altra

regione e quindi a un altro ufficio d'esecuzione e dei fallimenti, la competenza territoriale si basa per analogia sulle disposizioni relative al cambiamento di domicilio secondo l'articolo 53 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento.

² In cooperazione con l'organo transitorio conformemente all'articolo 103h della legge sui comuni, i circoli e i distretti devono provvedere a un'ordinata trasmissione delle pratiche degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti.

³ Con l'entrata in vigore della presente legge terminano i periodi di carica degli ufficiali esecutori e dei fallimenti.

Art. 29

¹ La legge è soggetta a referendum facoltativo.

² Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

Referendum ed
entrata in vigore

Legge sulle lotterie

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale¹⁾,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

La legge sulle lotterie del 24 aprile 2006 è modificata come segue:

Art. 3 cpv. 1 lett. a

¹ L'autorizzazione viene rilasciata:

a) **dalla competente regione** per le lotterie di intrattenimento;

Art. 9 cpv. 1

¹ L'estrazione deve avvenire in pubblico alla presenza **della persona designata dal comitato regionale della regione competente**, di un notaio o del notaio **regionale**.

Art. 25

Le autorità penali e **le regioni** devono inoltrare spontaneamente le decisioni e le autorizzazioni concernenti lotterie al servizio competente.

II.

La legge è soggetta a referendum facoltativo.
Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

¹⁾ CSC 110.100

Revisione parziale del regolamento organico del Gran Consiglio (ROGC)

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 32 cpv. 1 della Costituzione cantonale e l'art. 69 della legge sul Gran Consiglio,

decide:

I.

Il regolamento organico del Gran Consiglio dell'8 dicembre 2005 è modificato come segue:

Art. 3

La non partecipazione ad una sessione deve essere annunciata in anticipo al (...) **comitato regionale**, di regola al più tardi due settimane prima dell'inizio della sessione. **Il comitato regionale** comunica alla Cancelleria dello Stato il subentro di supplenti, al più tardi il venerdì precedente l'apertura della sessione. Sono fatti salvi casi particolari.

II.

La presente revisione parziale entra in vigore contemporaneamente alla legge sulla riforma territoriale.

Ordinanza d'esecuzione della legge federale per la lotta contro le malattie trasmissibili dell'uomo (legge sulle epidemie) del 18 dicembre 1970 e delle relative ordinanze federali

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

L'ordinanza d'esecuzione della legge federale per la lotta contro le malattie trasmissibili dell'uomo (legge sulle epidemie) del 18 dicembre 1970 e delle relative ordinanze federali è modificato come segue

Art. 2

Il Dipartimento d'igiene, il medico cantonale, i medici **delegati** e i comuni sono incaricati dell'esecuzione.

Art. 5

Ai medici **delegati** e ai loro supplenti incombono i compiti d'esecuzione **Medici delegati** loro affidati dalla presente ordinanza.

Art. 6

I medici ed i laboratori notificano al medico cantonale competente e contemporaneamente al medico **delegato** competente i casi di malattie trasmissibili ai sensi dell'ordinanza federale concernente la dichiarazione delle malattie trasmissibili dell'uomo.

Art. 9 cpv. 1 e 3

¹ Il medico **delegato** ordina la sorveglianza medica delle persone ai sensi dell'articolo 15 della legge federale sulle epidemie.

³ Il medico cantonale dev'essere informato dei provvedimenti presi. Egli può disporre l'isolamento a titolo precauzionale se contro il provvedimento del medico **delegato** vien interposto ricorso.

Art. 10

Il medico **delegato** ha facoltà di obbligare le persone ai sensi degli articoli 17 e 19 capoverso 1 della legge federale sulle epidemie a subire visite o prelevamenti di materiale d'analisi.

Art. 12 cpv. 2

²Nell'ambito regionale e locale egli emana questi provvedimenti dopo aver consultato il medico **delegato** e le autorità comunali.

Art. 13

¹I medici **delegati** provvedono nel loro **territorio di competenza** alle indagini epidemiologiche necessarie. Tutte le autorità cantonali e comunali devono collaborare senza diritto a indennizzo.

²Il medico **delegato** informa il medico cantonale dei provvedimenti presi.

³Se queste indagini si estendono a più di un **territorio di competenza**, sono dirette dal medico cantonale.

Art. 14 cpv. 1 e 4

¹Alle persone sane che in seguito alle disposizioni del Dipartimento d'igiene, del medico cantonale o del medico **delegato** subiscono una perdita di guadagno, il comune può corrispondere un indennizzo fino all'80 per cento della perdita.

⁴Le spese per le indagini mediche, microbiologiche e sierologiche, disposte dal Dipartimento d'igiene, dal medico cantonale o dal medico **delegato**, sono a carico del Cantone - in quanto le assicurazioni non siano obbligate a prestazioni - nei casi in cui non vi è colpa o l'esito è negativo.

Art. 16 cpv. 3

³Il medico **delegato** può ridurre questi termini e prendere altri provvedimenti con il consenso del medico cantonale.

Art. 17

Il medico **delegato** decide sulla riammissione alla scuola di portatori di batteri difterici o di agenti patogeni di tifo addominale o di paratifo.

Art. 19 cpv. 2

²Qualora queste disposizioni non vengano osservate, la competente autorità scolastica decide l'esclusione dopo aver consultato il medico **delegato**. Se necessario, possono essere chiuse intere classi, tutte le classi di una scuola o tutte le scuole del luogo.

Art. 22**Abrogato**

Art. 23

Il Dipartimento d'igiene ordina, su proposta del medico cantonale, dei provvedimenti nei confronti di tubercolotici che non osservano le disposizioni (...) del medico **delegato**.

Art. 24 cpv. 1 lett. a e cpv. 2

¹ La polizia può accompagnare da un medico per la visita le persone che hanno avuto dei rapporti sessuali con affetti da malattia venerea, si espongono ad un maggior pericolo di contagio o sono sotto sospetto fondato di un'affezione venerea, se esse

a) non obbediscono all'invito del medico **delegato**,

² La persona ammalata può essere ricoverata in un ospedale dal medico **delegato** se essa non si sottopone alla cura disposta o si sottrae prematuramente ad essa.

Art. 25 cpv. 2

² La disinfezione finale è obbligatoria se un malato di vaiolo, di tubercolosi, di colera, di peste o di tifo addominale cambia l'abitazione, vien ricoverato in ospedale o è deceduto. Il medico **delegato** può, con il consenso del medico cantonale, ordinare anche in altri casi una disinfezione finale.

Art. 27 cpv. 2

² Il medico cantonale notifica ai medici **delegati** i nomi dei nuovi disinfettori istruiti.

Art. 30

¹ Contro le decisioni dei comuni, del medico cantonale o del medico **delegato**, emanate in base alla presente ordinanza, può essere interposto ricorso entro 30 giorni al Dipartimento.

II.

La presente revisione parziale entra in vigore contemporaneamente alla legge sulla riforma territoriale.

Ordinanza d'esecuzione della legge federale sull'esecuzione e sul fallimento (OE della LEF)

Abrogazione del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

L'ordinanza d'esecuzione della legge federale sull'esecuzione e sul fallimento (OE della LEF) dell'8 ottobre 1996 è abrogata.

II.

La presente abrogazione entra in vigore insieme alla legge d'applicazione della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento (LAdLEF).

Geltendes Recht

Gesetz über Einteilung des Kantons Graubünden in Bezirke und Kreise

Vom Volke angenommen am 12. März 2000¹⁾

Art. 1

Gestützt auf Artikel 12 der Kantonsverfassung²⁾ wird der Kanton Graubünden in folgende Bezirke und Kreise eingeteilt: Einteilung

I. Bezirk Albula umfassend:

1. Kreis Alvaschein mit den Gemeinden Alvaschein, Mon, Mutten, Stierva, Tiefencastel und Vaz/Observaz;
2. Kreis Belfort mit den Gemeinden Alvaneu, Brienz/Brinzauls, Lantsch/Lenz, Schmitten und Surava;
3. Kreis Bergün mit den Gemeinden Bergün/Bravuogn, Filisur und Wiesen³⁾;
4. Kreis Surses mit den Gemeinden Bivio, Cunter, Marmorera, Mullegns, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Sur und Tinizong-Rona.

II. Bezirk Bernina umfassend:

1. Kreis Brusio mit der Gemeinde Brusio;
2. Kreis Poschiavo mit der Gemeinde Poschiavo.

III. Bezirk Hinterrhein umfassend:

1. Kreis Avers mit der Gemeinde Avers;
2. Kreis Domleschg mit den Gemeinden Almens, Feldis/Veulden⁴⁾, Fürstenau, Paspels, Pratval, Rodels, Rothenbrunnen, Scharans, Scheid⁵⁾,

¹⁾ B vom 23. Februar 1999, 57; GRP 1999/2000, 179 (1. Lesung), 417 (2. Lesung)

²⁾ In der neuen KV Art. 68; BR 110.100

³⁾ Davos und Wiesen zur Gemeinde Davos vereinigt; GRB vom 28. August 2008; B vom 27. Mai 2008, 67; GRP 2008/2009, 69; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

⁴⁾ Feldis/Veulden, Scheid, Trans und Tumeagl/Tomils zur Gemeinde Tomils vereinigt; GRB vom 28. August 2008; B vom 27. Mai 2008, 49; GRP 2008/2009, 76; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

⁵⁾ Feldis/Veulden, Scheid, Trans und Tumeagl/Tomils zur Gemeinde Tomils vereinigt; GRB vom 28. August 2008; B vom 27. Mai 2008, 49; GRP 2008/2009, 76; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

- Sils i.D., Trans¹⁾ und Tumeagl/Tomils²⁾;
3. Kreis Rheinwald mit den Gemeinden Hinterrhein, Medels i.Rh.³⁾, Nufenen, Splügen⁴⁾ und Sufers;
 4. Kreis Schams mit den Gemeinden Andeer⁵⁾, Ausserferrera⁶⁾, Casti-Wergenstein, Clugin⁷⁾, Donath⁸⁾, Innerferrera⁹⁾, Lohn, Mathon, Pat-Patzen-Fardün¹⁰⁾, Pignia¹¹⁾, Rongellen und Zillis-Reischen;

1) Feldis/Veulden, Scheid, Trans und Tumeagl/Tomils zur Gemeinde Tomils vereinigt; GRB vom 28. August 2008; B vom 27. Mai 2008, 49; GRP 2008/2009, 76; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

2) Feldis/Veulden, Scheid, Trans und Tumeagl/Tomils zur Gemeinde Tomils vereinigt; GRB vom 28. August 2008; B vom 27. Mai 2008, 49; GRP 2008/2009, 76; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

3) Medels i.Rh. und Splügen zur Gemeinde Splügen vereinigt; GRB vom 7. Dezember 2005, B vom 6. September 2005, 977, GRP 2005/2006, 815

4) Medels i.Rh. und Splügen zur Gemeinde Splügen vereinigt; GRB vom 7. Dezember 2005, B vom 6. September 2005, 977, GRP 2005/2006, 815

5) Andeer, Clugin und Pignia zur Gemeinde Andeer vereinigt; GRB vom 9. Dezember 2008; B vom 19. August 2008, 533; GRP 2008/2009, 424; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

6) Ausserferrera und Innerferrera zur Gemeinde Ferrera vereinigt; GRB vom 3. Dezember 2007; B vom 14. August 2007, 418; GRP 2007/2008, 349; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

7) Andeer, Clugin und Pignia zur Gemeinde Andeer vereinigt; GRB vom 9. Dezember 2008; B vom 19. August 2008, 533; GRP 2008/2009, 424; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

8) Donath und Patzen-Fardün zur Gemeinde Donat vereinigt; GRB vom 26. November 2002; B vom 17. September 2002, 177; GRP 2002/2003, 700; die Ortsnamen wurden wie folgt geändert: Patzen in Pazen und Fardün in Farden.

9) Ausserferrera und Innerferrera zur Gemeinde Ferrera vereinigt; GRB vom 3. Dezember 2007; B vom 14. August 2007, 418; GRP 2007/2008, 349; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

10) Donath und Patzen-Fardün zur Gemeinde Donat vereinigt; GRB vom 26. November 2002; B vom 17. September 2002, 177; GRP 2002/2003, 700; die Ortsnamen wurden wie folgt geändert: Patzen in Pazen und Fardün in Farden.

11) Andeer, Clugin und Pignia zur Gemeinde Andeer vereinigt; GRB vom 9. Dezember 2008; B vom 19. August 2008, 533; GRP 2008/2009, 424; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

5. Kreis Thusis mit den Gemeinden Cazis ¹⁾, Flerden, Masein, Portein ²⁾, Portein ²⁾, Präz ³⁾, Sarn ⁴⁾, Tartar ⁵⁾, Thusis, Tschappina und Urmein. Urmein.

IV. Bezirk Imboden umfassend:

1. Kreis Rhäzüns mit den Gemeinden Bonaduz, Domat/Ems und Rhäzüns;
2. Kreis Trins mit den Gemeinden Felsberg, Flims, Tamins und Trin.

V. Bezirk Inn umfassend:

1. Kreis Ramosch mit den Gemeinden Ramosch ⁶⁾, Samnaun und Tschlin ⁷⁾;
2. Kreis Suot Tasna mit den Gemeinden Ftan, Scuol und Sent;
3. Kreis Sur Tasna mit den Gemeinden Ardez, Guarda, Lavin, Susch, Tarasp und Zernez;
4. ⁸⁾Kreis Val Müstair mit den Gemeinden Fuldera, Lü, Müstair, Sta. Maria V.M., Tschierv und Valchava.

¹⁾ Cazis, Portein, Präz, Sarn und Tartar zur Gemeinde Cazis vereinigt; GRB vom 8. Dezember 2009; B vom 25. August 2009, 187; GRP 2009/2010, 273; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

²⁾ Cazis, Portein, Präz, Sarn und Tartar zur Gemeinde Cazis vereinigt; GRB vom 8. Dezember 2009; B vom 25. August 2009, 187; GRP 2009/2010, 273; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

³⁾ Cazis, Portein, Präz, Sarn und Tartar zur Gemeinde Cazis vereinigt; GRB vom 8. Dezember 2009; B vom 25. August 2009, 187; GRP 2009/2010, 273; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

⁴⁾ Cazis, Portein, Präz, Sarn und Tartar zur Gemeinde Cazis vereinigt; GRB vom 8. Dezember 2009; B vom 25. August 2009, 187; GRP 2009/2010, 273; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

⁵⁾ Cazis, Portein, Präz, Sarn und Tartar zur Gemeinde Cazis vereinigt; GRB vom 8. Dezember 2009; B vom 25. August 2009, 187; GRP 2009/2010, 273; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

⁶⁾ Ramosch und Tschlin zur Gemeinde Valsot vereinigt; GRB vom 17. April 2012; B vom 20. Dezember 2011, 1355; GRP 2011/2012, 1101; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁷⁾ Ramosch und Tschlin zur Gemeinde Valsot vereinigt; GRB vom 17. April 2012; B vom 20. Dezember 2011, 1355; GRP 2011/2012, 1101; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁸⁾ Fuldera, Lü, Müstair, Sta. Maria V.M., Tschierv und Valchava zur Gemeinde Val Müstair vereinigt; GRB vom 28. August 2008; B vom 3. Juni 2008, 167; GRP 2008/2009, 78; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

VI. Bezirk Landquart umfassend:

1. Kreis Fünf Dörfer mit den Gemeinden Haldenstein, Igis ¹⁾, Mastrils ²⁾, Mastrils ²⁾, Says ³⁾, Trimmis ⁴⁾, Untervaz und Zizers;
2. Kreis Maienfeld mit den Gemeinden Fläsch, Jenins, Maienfeld und Malans.

VII. Bezirk Maloja umfassend:

1. Kreis Bergell mit den Gemeinden Bondo ⁵⁾, Castasegna ⁶⁾, Soglio ⁷⁾, Stampa ⁸⁾ und Vicosoprano ⁹⁾;
2. Kreis Oberengadin mit den Gemeinden Bever, Celerina/Schlarigna, Madulain, Pontresina, La Punt-Chamues-ch, Samedan, St. Moritz, S-chanf, Sils i.E./Segl, Silvaplana und Zuoz.

VIII. Bezirk Moesa umfassend:

1. Kreis Calanca mit den Gemeinden Arvigo, Braggio, Buseno, Ca-staneda, Cauco, Rossa, Sta. Maria i.C. und Selma;
2. Kreis Misox mit den Gemeinden Lostalio, Mesocco und Soazza;

¹⁾ Igis und Mastrils zur Gemeinde Landquart vereinigt; GRB vom 7. Dezember 2011; B vom 9. August 2011, 913; GRP 2011/2012, 461; am 1. Januar 2012 in Kraft getreten.

²⁾ Igis und Mastrils zur Gemeinde Landquart vereinigt; GRB vom 7. Dezember 2011; B vom 9. August 2011, 913; GRP 2011/2012, 461; am 1. Januar 2012 in Kraft getreten.

³⁾ Says und Trimmis zur Gemeinde Trimmis vereinigt; GRB vom 3. Dezember 2007; B vom 14. August 2007, 383; GRP 2007/2008, 344; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

⁴⁾ Says und Trimmis zur Gemeinde Trimmis vereinigt; GRB vom 3. Dezember 2007; B vom 14. August 2007, 383; GRP 2007/2008, 344; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

⁵⁾ Bondo, Castasegna, Soglio, Stampa und Vicosoprano zur Gemeinde Bregaglia vereinigt; GRB vom 11. Februar 2009; B vom 4. November 2009, 895; GRP 2008/2009, 619; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

⁶⁾ Bondo, Castasegna, Soglio, Stampa und Vicosoprano zur Gemeinde Bregaglia vereinigt; GRB vom 11. Februar 2009; B vom 4. November 2009, 895; GRP 2008/2009, 619; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

⁷⁾ Bondo, Castasegna, Soglio, Stampa und Vicosoprano zur Gemeinde Bregaglia vereinigt; GRB vom 11. Februar 2009; B vom 4. November 2009, 895; GRP 2008/2009, 619; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

⁸⁾ Bondo, Castasegna, Soglio, Stampa und Vicosoprano zur Gemeinde Bregaglia vereinigt; GRB vom 11. Februar 2009; B vom 4. November 2009, 895; GRP 2008/2009, 619; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

⁹⁾ Bondo, Castasegna, Soglio, Stampa und Vicosoprano zur Gemeinde Bregaglia vereinigt; GRB vom 11. Februar 2009; B vom 4. November 2009, 895; GRP 2008/2009, 619; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

3. Kreis Roveredo mit den Gemeinden Cama, Grono, Leggia, Roveredo, San Vittore und Verdabbio.

IX. Bezirk Plessur umfassend:

1. Kreis Chur mit der Gemeinde Chur;
2. Kreis Churwalden mit den Gemeinden Churwalden¹⁾, Malix²⁾, Parpan³⁾, Praden⁴⁾ und Tschierschen⁵⁾;

¹⁾ Churwalden, Malix und Parpan zur Gemeinde Churwalden vereinigt; GRB vom 8. Dezember 2008; B vom 23. Juni 2009, 165; GRP 2009/2010, 269; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

²⁾ Churwalden, Malix und Parpan zur Gemeinde Churwalden vereinigt; GRB vom 8. Dezember 2008; B vom 23. Juni 2009, 165; GRP 2009/2010, 269; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

³⁾ Churwalden, Malix und Parpan zur Gemeinde Churwalden vereinigt; GRB vom 8. Dezember 2008; B vom 23. Juni 2009, 165; GRP 2009/2010, 269; am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

⁴⁾ Praden und Tschierschen zur Gemeinde Tschierschen-Praden vereinigt; GRB vom 9. Dezember 2008; B vom 9. September 2008, 681; GRP 2008/2009, 430; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

⁵⁾ Praden und Tschierschen zur Gemeinde Tschierschen-Praden vereinigt; GRB vom 9. Dezember 2008; B vom 9. September 2008, 681; GRP 2008/2009, 430; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

3. Kreis Schanfigg mit den Gemeinden Arosa ¹⁾, Calfreisen ²⁾, Castiel ³⁾, Langwies ⁴⁾, Lüen ⁵⁾, Maladers, Molinis ⁶⁾, Pagig ⁷⁾, Peist ⁸⁾ und St. Peter ⁹⁾.

X. Bezirk Prättigau/Davos umfassend:

1. Kreis Davos mit der Gemeinde Davos ¹⁰⁾;
2. Kreis Jenaz mit den Gemeinden Fideris, Furna und Jenaz;
3. Kreis Klosters mit der Gemeinde Klosters-Serneus;
4. Kreis Küblis mit den Gemeinden Conters i.P., Küblis und Saas i.P.;
5. Kreis Luzein mit den Gemeinden Luzein, St. Antönien ¹¹⁾ und St. Antönien-Ascharina ¹²⁾;

¹⁾ Arosa, Calfreisen, Castiel, Langwies, Lüen, Molinis, Peist und St. Peter-Pagig zur Gemeinde Arosa vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 639; GRP 2012/2013, 504; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

²⁾ Arosa, Calfreisen, Castiel, Langwies, Lüen, Molinis, Peist und St. Peter-Pagig zur Gemeinde Arosa vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 639; GRP 2012/2013, 504; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

³⁾ Arosa, Calfreisen, Castiel, Langwies, Lüen, Molinis, Peist und St. Peter-Pagig zur Gemeinde Arosa vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 639; GRP 2012/2013, 504; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁴⁾ Arosa, Calfreisen, Castiel, Langwies, Lüen, Molinis, Peist und St. Peter-Pagig zur Gemeinde Arosa vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 639; GRP 2012/2013, 504; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁵⁾ Arosa, Calfreisen, Castiel, Langwies, Lüen, Molinis, Peist und St. Peter-Pagig zur Gemeinde Arosa vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 639; GRP 2012/2013, 504; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁶⁾ Arosa, Calfreisen, Castiel, Langwies, Lüen, Molinis, Peist und St. Peter-Pagig zur Gemeinde Arosa vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 639; GRP 2012/2013, 504; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁷⁾ Pagig und St. Peter zur Gemeinde St. Peter-Pagig vereinigt; GRB vom 3. Dezember 2007; B vom 14. August 2007, 400; GRP 2007/2008, 348; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

⁸⁾ Arosa, Calfreisen, Castiel, Langwies, Lüen, Molinis, Peist und St. Peter-Pagig zur Gemeinde Arosa vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 639; GRP 2012/2013, 504; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁹⁾ Pagig und St. Peter zur Gemeinde St. Peter-Pagig vereinigt; GRB vom 3. Dezember 2007; B vom 14. August 2007, 400; GRP 2007/2008, 348; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

¹⁰⁾ Davos und Wiesen zur Gemeinde Davos vereinigt; GRB vom 28. August 2008; B vom 27. Mai 2008, 67; GRP 2008/2009, 69; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

¹¹⁾ St. Antönien und St. Antönien-Ascharina zur Gemeinde St. Antönien vereinigt; GRB vom 1. September 2006; B vom 30. Mai 2006, 331; GRP 2006/2007, 272

¹²⁾ St. Antönien und St. Antönien-Ascharina zur Gemeinde St. Antönien vereinigt; GRB vom 1. September 2006; B vom 30. Mai 2006, 331; GRP 2006/2007, 272

6. Kreis Schiers mit den Gemeinden Grüşch ¹⁾ und Schiers;
7. Kreis Seewis mit den Gemeinden Fanas ²⁾, Seewis ³⁾ und Valzeina ⁴⁾.
Valzeina ⁴⁾.

XI. Bezirk Surselva umfassend:

1. Kreis Disentis mit den Gemeinden Breil/Brigels, Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Schlans ⁵⁾, Sumvitg, Tujetsch und Trun ⁶⁾;

¹⁾ Grüşch, Fanas und Valzeina zur Gemeinde Grüşch vereinigt; GRB vom 7. Dezember 2010; B vom 24. August 2010, 401; GRP 2010/2011, 372; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten

²⁾ Grüşch, Fanas und Valzeina zur Gemeinde Grüşch vereinigt; GRB vom 7. Dezember 2010; B vom 24. August 2010, 401; GRP 2010/2011, 372; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten

³⁾ Seewis im Prättigau

⁴⁾ Grüşch, Fanas und Valzeina zur Gemeinde Grüşch vereinigt; GRB vom 7. Dezember 2010; B vom 24. August 2010, 401; GRP 2010/2011, 372; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten

⁵⁾ Schlans und Trun zur Gemeinde Trun vereinigt; GRB vom 7. Dezember 2011; B vom 9. August 2011, 931; GRP 2011/2012, 462; am 1. Januar 2012 in Kraft getreten

⁶⁾ Schlans und Trun zur Gemeinde Trun vereinigt; GRB vom 7. Dezember 2011; B vom 9. August 2011, 931; GRP 2011/2012, 462; am 1. Januar 2012 in Kraft getreten

2. Kreis Ilanz mit den Gemeinden Castrisch¹⁾, Falera, Flond²⁾, Ilanz³⁾, Laax, Ladir⁴⁾, Luven⁵⁾, Pitasch⁶⁾, Riein⁷⁾, Ruschein⁸⁾, Sagogn, Schluein, Schnaus⁹⁾, Sevgein¹⁰⁾, Valendas¹¹⁾ und Versam¹²⁾;

¹⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

²⁾ Flond und Surcuolm zur Gemeinde Mundaun vereinigt; GRB vom 9. Dezember 2008; B vom 19. August 2008, 547; GRP 2008/2009, 426; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

³⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

⁴⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

⁵⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

⁶⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

⁷⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

⁸⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

⁹⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

¹⁰⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

¹¹⁾ Safien, Tenna, Valendas und Versam zur Gemeinde Safiental vereinigt; GRB vom 23. Oktober 2012; B vom 3. Juli 2012, 613; GRP 2012/2013, 249; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

¹²⁾ Safien, Tenna, Valendas und Versam zur Gemeinde Safiental vereinigt; GRB vom 23. Oktober 2012; B vom 3. Juli 2012, 613; GRP 2012/2013, 249; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

3. Kreis Lumnezia/Lugnez mit den Gemeinden Camuns¹⁾, Cumbel²⁾, Duvin³⁾, Degen⁴⁾, Lumbrein⁵⁾, Morissen⁶⁾, St. Martin, Surcasti⁷⁾, Surcasti⁷⁾, Surcuolm⁸⁾, Tersnaus⁹⁾, Uors-Peiden¹⁰⁾, Vals, Vignogn¹¹⁾, Vignogn¹¹⁾, Vella¹²⁾ und Vrin¹³⁾;

¹⁾ Camuns, Surcasti, Tersnaus und Uors-Peiden zur Gemeinde Suraua vereinigt; GRB vom 27. November 2001; B vom 11. September 2001, 407; GRP 2001/2002, 434

²⁾ Cumbel, Degen, Lumbrein, Morissen, Suraua, Vignogn, Vella und Vrin zur Gemeinde Lumnezia vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 667; GRP 2012/2013, 505; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

³⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

⁴⁾ Cumbel, Degen, Lumbrein, Morissen, Suraua, Vignogn, Vella und Vrin zur Gemeinde Lumnezia vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 667; GRP 2012/2013, 505; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁵⁾ Cumbel, Degen, Lumbrein, Morissen, Suraua, Vignogn, Vella und Vrin zur Gemeinde Lumnezia vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 667; GRP 2012/2013, 505; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁶⁾ Cumbel, Degen, Lumbrein, Morissen, Suraua, Vignogn, Vella und Vrin zur Gemeinde Lumnezia vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 667; GRP 2012/2013, 505; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁷⁾ Camuns, Surcasti, Tersnaus und Uors-Peiden zur Gemeinde Suraua vereinigt; siehe FN zu Camuns

⁸⁾ Flond und Surcuolm zur Gemeinde Mundaun vereinigt; GRB vom 9. Dezember 2008; B vom 19. August 2008, 547; GRP 2008/2009, 426; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

⁹⁾ Camuns, Surcasti, Tersnaus und Uors-Peiden zur Gemeinde Suraua vereinigt; siehe FN zu Camuns

¹⁰⁾ Camuns, Surcasti, Tersnaus und Uors-Peiden zur Gemeinde Suraua vereinigt; siehe FN zu Camuns

¹¹⁾ Cumbel, Degen, Lumbrein, Morissen, Suraua, Vignogn, Vella und Vrin zur Gemeinde Lumnezia vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 667; GRP 2012/2013, 505; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

¹²⁾ Cumbel, Degen, Lumbrein, Morissen, Suraua, Vignogn, Vella und Vrin zur Gemeinde Lumnezia vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 667; GRP 2012/2013, 505; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

¹³⁾ Cumbel, Degen, Lumbrein, Morissen, Suraua, Vignogn, Vella und Vrin zur Gemeinde Lumnezia vereinigt; GRB vom 5. Dezember 2012; B vom 28. August 2012, 667; GRP 2012/2013, 505; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

4. Kreis Ruis mit den Gemeinden Andiastr, Obersaxen, Pigniu¹⁾, Rueun²⁾, Siat³⁾ und Waltensburg/Vuorz;
5. Kreis Safien mit den Gemeinden Safien⁴⁾ und Tenna⁵⁾.

Art. 2

Änderungen

¹ Die Vorschriften des kantonalen Gemeindegesetzes⁶⁾ über die Eingemeindung und über die Festsetzung und Änderung von Gemeindegrenzen finden sinngemäss auf die zum gleichen Bezirk gehörenden Kreise Anwendung.

² Die Festsetzung und Änderung von Gemeinde- und Kreisgrenzen gilt ohne weiteres auch für den Bezirk.

³ Änderungen im Bestand der Bezirke können nur durch Revision dieses Gesetzes erfolgen.

Art. 3

Bezirkshauptort

¹ Die Bezirke sind befugt, ihren Hauptort mittels Volksabstimmung zu bezeichnen. Wenn mindestens 10 Prozent aller Bezirksgemeinden es verlangen, muss eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

² Das Gesamtgericht legt fest, in welcher Gemeinde die Verwaltung des Bezirksgerichtes geführt wird.

³ Wird auf die Bestimmung eines Hauptortes gemäss Absatz 1 verzichtet, ist jene Gemeinde Hauptort, in der die Verwaltung des Bezirksgerichtes geführt wird.

¹⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

²⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

³⁾ Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schnaus, Sevgein und Siat zur Gemeinde Ilanz/Glion vereinigt; GRB vom 21. Oktober 2013; B vom 18. Juni 2013, 135; GRP 2013/2014, 203; am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

⁴⁾ Safien, Tenna, Valendas und Versam zur Gemeinde Safiental vereinigt; GRB vom 23. Oktober 2012; B vom 3. Juli 2012, 613; GRP 2012/2013, 249; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁵⁾ Safien, Tenna, Valendas und Versam zur Gemeinde Safiental vereinigt; GRB vom 23. Oktober 2012; B vom 3. Juli 2012, 613; GRP 2012/2013, 249; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

⁶⁾ BR 175.050

Art. 4

Mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wird das gleichnamige Gesetz vom 1. April 1851¹⁾ aufgehoben.

Aufhebung
bisherigen Rechts

¹⁾ aRB 17 und Änderungen gemäss Sachwortregister BR

Auszug aus dem geltenden Recht

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden

Vom 17. Juni 2005

Art. 1

¹ Das Gesetz regelt:

Geltungsbereich

- a) die Wahlen und Abstimmungen in kantonalen, in Bezirks- und Kreisangelegenheiten, sowie die Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände;
- b) die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in kantonalen Angelegenheiten;
- c) die Ausübung des Initiativrechts in Kreis- und Gemeindeangelegenheiten.

² Auf die eidgenössischen Abstimmungen und die Nationalratswahlen sowie die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in eidgenössischen Angelegenheiten ist das Gesetz anwendbar, soweit das Bundesrecht die Ordnung des Verfahrens den Kantonen überlässt.

³ Sinngemäss Anwendung findet das Gesetz auf Abstimmungen und Wahlen in kommunalen Angelegenheiten, soweit das Gemeinderecht nichts bestimmt.

Art. 2

¹ Kantonale Wahlen sind die Regierungsrats- und Ständeratswahlen; Kreiswahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und der weiteren vom Volk gewählten Kreisbehörden und -angestellten.

Begriffe

² Bezirkswahlen sind die Wahlen der Mitglieder der Bezirksgerichte.

³ Regionale Wahlen sind die Wahlen der Präsidentinnen beziehungsweise Präsidenten der Regionalverbände.

Art. 8

¹ Die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen, die Bezirksgerichtswahlen sowie die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Regionalverbandes werden gemeindeweise am gleichen Tag an der Urne durchgeführt.

Abstimmungsort,
-tag und -art

² Die Wahlen und Abstimmungen in Kreisangelegenheiten werden gemeindeweise am gleichen Tag oder in der Kreisversammlung durchgeführt.

Art. 9

Stimmbüro 1.
Organisation

¹ Der Gemeindevorstand, bei Kreisversammlungen der Kreisrat, setzt ein Stimmbüro von mindestens zwei stimmberechtigten Mitgliedern ein und bezeichnet dessen Präsidentin beziehungsweise Präsidenten und dessen Aktuarin beziehungsweise Aktuar. Er kann auch selbst als Stimmbüro amten.

² Dem Stimmbüro ist die nötige Anzahl stimmberechtigter Personen als Stimmzählerinnen beziehungsweise als Stimmzähler beizugeben

Art. 10

2. Amtszwang

¹ Jede stimmberechtigte Person ist verpflichtet, das Amt eines Mitgliedes, einer Präsidentin beziehungsweise eines Präsidenten oder einer Aktuarin beziehungsweise eines Aktuars des Stimmbüros oder einer Stimmzählerin beziehungsweise eines Stimmzählers anzunehmen und dieses Amt auszuüben, es sei denn, dass wichtige Gründe wie Krankheit, Alter oder Ortsabwesenheit sie daran hindern.

² Wer ohne wichtigen Grund die Übernahme oder Ausübung des Amtes ablehnt, kann vom Gemeindevorstand beziehungsweise vom Kreisrat mit einer Busse von 50 bis 400 Franken bestraft werden.

Art. 15

Anordnung,
Bekanntgabe

¹ Die Wahlen und Abstimmungen werden angeordnet:

- a) durch die Regierung:
die Regierungsrats- und Ständeratswahlen inklusive Ersatzwahlen, die Bezirksgerichts- und Kreiswahlen (Grossratswahlen und Wahlen Kreispräsident/in und Stellvertreter/in) sowie die Abstimmungen in kantonalen Angelegenheiten;
- b) durch die Verwaltungskommission:
die Ersatzwahlen im Bezirk sowie Abstimmungen in Bezirksgerichtsangelegenheiten;
- c) durch den Kreisrat:
die übrigen Kreiswahlen und die Ersatzwahlen im Kreis sowie die Abstimmungen in Kreisangelegenheiten;
- d) durch das zuständige Verbandsorgan:
die Wahl und Ersatzwahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände.

² Die anordnende Behörde gibt den Zeitpunkt der Wahl oder Abstimmung öffentlich bekannt und erlässt die für die Durchführung erforderlichen Weisungen.

Art. 16

Die Erneuerungswahlen finden an folgenden Terminen statt:

Wahltermine 1.
Erneuerungswahlen

- a) die Regierungsrats- und Kreiswahlen (Grossratswahlen und Wahlkreispräsidentin beziehungsweise Kreispräsident sowie Stellvertreterin beziehungsweise Stellvertreter) für die für die Regierung am 1. Januar des folgenden Jahres, für den Grossen Rat am ersten Tag der Augustsession und für die Kreispräsidien am 1. August des laufenden Jahres beginnende Amtsdauer gleichzeitig in der Regel im Mai oder Juni;
- b) die Bezirksgerichtswahlen in der Regel in den Monaten März, April, Mai oder Juni für die am 1. Januar des folgenden Jahres beginnende Amtsdauer;
- c) die Ständeratswahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen und für dieselbe Amtsdauer in der Regel am zweitletzten Sonntag im Oktober;
- d) die Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände in der Regel ein halbes Jahr vor Ablauf der Amtsdauer.

Art. 20

Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen werden vorbereitet und den Gemeinden rechtzeitig zugestellt:

Bereitstellung

- a) von der Standeskanzlei bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen;
- b) vom Bezirksamt bei Bezirksgerichtswahlen und -abstimmungen;
- c) vom Kreisamt bei Kreiswahlen und -abstimmungen;
- d) von der zuständigen Behörde des Regionalverbandes bei Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten.

Art. 21

Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen umfassen:

Umfang

- a) bei eidgenössischen Wahlen (Nationalratswahlen) die Wahlzettel und die Bundeswahlbroschüre, bei eidgenössischen Sachabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen des Bundesrates;
- b) bei kantonalen Wahlen die Wahlzettel, bei kantonalen Sachabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen des Grossen Rates;
- c) bei den Bezirksgerichtswahlen und den Kreiswahlen die Wahlzettel, bei den Bezirks- und Kreisabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen der Verwaltungskommission beziehungsweise des Kreisrates;
- d) bei der Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände die Wahlzettel.

Art. 26

2. In
Kreisangelegen-
heiten

¹ Soweit das Kreisrecht die Urnenabstimmung vorsieht, richtet sich die Stimmabgabe nach Artikel 25.

² Andernfalls erfolgt die Stimmabgabe in der Kreisversammlung oder in den Gemeinden.

Art. 36

Meldung der
Ergebnisse

¹ Das Stimmbüro meldet unverzüglich telefonisch die Gemeindeergebnisse:

- a) bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen der Standeskanzlei;
- b) bei Bezirksgerichtswahlen und -abstimmungen dem Bezirksamt;
- c) bei Kreiswahlen und -abstimmungen dem Kreisamt;
- d) bei der Wahl der Präsidentinnen oder der Präsidenten der Regionalverbände der zuständigen Behörde des Regionalverbandes.

² Das Stimmbüro erstellt zudem für jeden Urnengang ein Protokoll mit den Angaben gemäss Artikel 32 und übermittelt diese sowie die Wahl- oder Stimmzettel unverzüglich den zuständigen Stellen.

³ Die Kreisämter melden der Standeskanzlei am Wahltag unverzüglich telefonisch und am nächsten Tag auch noch schriftlich die Ergebnisse der Kreiswahlen.

⁴ Die Bezirksämter melden der Standeskanzlei am Tag nach der Wahl schriftlich die Ergebnisse der Bezirksgerichtswahlen. Gleiches gilt für die zuständigen Behörden der Regionalverbände bei der Wahl der Präsidentinnen oder der Präsidenten der Verbände.

Art. 37

Zusammen-
fassung der
Gemeinde-
ergebnisse

¹ Die Standeskanzlei ermittelt durch Zusammenzählen der Gemeindeergebnisse das kantonale Ergebnis bei eidgenössischen sowie kantonalen Wahlen und Abstimmungen und fertigt darüber ein Protokoll aus.

² Bei Wahlen und Abstimmungen im Bezirk kommt die Aufgabe dem Bezirksamt, bei Wahlen und Abstimmungen im Kreis dem Kreisamt und bei der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Regionalverbandes der zuständigen Verbandsbehörde zu.

Art. 41

c. Losentscheid

¹ Haben mehrere Personen gleich viele Stimmen erhalten, entscheidet über die Wahl oder die Reihenfolge der Einsitznahme das Los. Die Losziehung nimmt vor:

- a) bei kantonalen Wahlen die Regierung;
- b) bei Bezirksgerichtswahlen die Verwaltungskommission;
- c) bei Kreiswahlen der Kreisrat;
- d) bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes die zuständige Verbandsbehörde.

² Soweit möglich, werden die Betroffenen für die Losziehung beigezogen. Im Übrigen bestimmt die zuständige Instanz das Verfahren.

Art. 42

Die vorläufigen Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen werden von der Standeskanzlei, jene der Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene vom Bezirksamt beziehungsweise Kreisamt, und jene der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes von der zuständigen Verbandsbehörde unverzüglich öffentlich bekanntgegeben.

Veröffentlichung
1. Vorläufiges
Ergebnis

Art. 43

¹ Beträgt beim ermittelten vorläufigen Gesamtergebnis einer Wahl oder Abstimmung die Differenz der Stimmen zwischen der letzten gewählten und der ersten nicht gewählten Person beziehungsweise zwischen den Ja- und Nein-Stimmen weniger als 0,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmzettel, hat von Amtes wegen eine Nachzählung zu erfolgen.

2. Nachzählung

² Im Übrigen ordnet bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen die Regierung, bei Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene die Verwaltungskommission beziehungsweise der Kreirat, und bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes die zuständige Verbandsbehörde eine Nachzählung an, wenn konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten bestehen.

³ Die Nachzählung kann zentral, bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen durch die Standeskanzlei, bei Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene durch das Bezirksamt beziehungsweise Kreisamt, und bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes durch die zuständige Verbandsbehörde vorgenommen werden oder, auf Anordnung dieser Stellen, in den Gemeinden erfolgen.

Art. 44

¹ Gestützt auf die Protokolle der Gemeinden oder einer allfälligen Nachzählung werden die konsolidierten Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen unter Hinweis auf das Beschwerderecht durch die Standeskanzlei im Kantonsamtsblatt veröffentlicht.

3. Konsolidiertes
Ergebnis

² Bei Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene erfolgt die Veröffentlichung durch das Bezirks- beziehungsweise Kreisamt, bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes durch die zuständige Verbandsbehörde, im jeweiligen Publikationsorgan.

Art. 46

¹ Wer eine Wahl nicht binnen acht Tagen seit der amtlichen Bekanntgabe des Ergebnisses durch schriftliche Mitteilung an die Regierung bezie-

Annahme der
Wahl

ungsweise die Verwaltungskommission, den Kreisrat oder die zuständige Verbandsbehörde ablehnt, hat sie angenommen.

² Die Annahme gilt bei Unvereinbarkeit zwischen zwei Ämtern als Verzicht auf das bisherige, mit dem neuen nicht vereinbaren Amt.

³ Wenn mehrere Personen gleichzeitig in eine Behörde gewählt werden, der sie nicht zur gleichen Zeit angehören dürfen, ist die Wahl für diejenige gültig, die bisher im Amt war oder bei gleichzeitiger Neuwahl mehr Stimmen auf sich vereinigt. Bei einer Ersatzwahl hat die bereits im Amte stehende Person gegenüber der neu gewählten den Vorrang.

2. INITIATIVE IN KREIS- UND GEMEINDEANGELEGENHEITEN

Art. 73

Grundsatz

Die Kreise und Gemeinden gewährleisten das Initiativrecht nach Massgabe der folgenden Bestimmungen. Sie können es, insbesondere durch Herabsetzung der erforderlichen Unterschriftenzahl und Zulassung der Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes, erweitern.

Art. 74

Initiative in Kreisangelegenheiten

Die Bestimmungen über das Initiativrecht in Gemeinden gelten sinngemäss für die Kreise. Kreise, in denen für Sachabstimmungen nicht die Kreisversammlung zuständig ist, sind dabei den Gemeinden ohne Gemeindeversammlung gleichgestellt.

Art. 102

Weiterzug ans Verwaltungsgericht

¹ Entscheide der Regierung, des Grossen Rates und der zuständigen grossrätlichen Kommission sowie der Behörden der Regionalverbände, Bezirke, Kreise und Gemeinden unterliegen der Beschwerde wegen Verletzung von politischen Rechten an das Verwaltungsgericht.

² Das Verfahren richtet sich nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz.

Art. 105

2. Kreise

¹ Die Kreise regeln das Verfahren bei Wahlen und Abstimmungen in Kreisangelegenheiten, soweit dieses Gesetz und die Regierung nichts bestimmen.

² Kreise, die nur eine Gemeinde umfassen, können bestimmen, dass die Befugnisse, die nach diesem Gesetz im Verfahren der Urnenabstimmung den Gemeindebehörden zustehen, in Kreisangelegenheiten ganz oder teilweise von den Kreisbehörden ausgeübt werden.

Art. 106

Die Gemeinden erlassen die für ihr Gebiet erforderlichen ergänzenden Bestimmungen über das Verfahren bei Wahlen und Abstimmungen in kantonalen Angelegenheiten und in Kreisangelegenheiten. ^{3. Gemeinden}

Art. 107

Die Regionalverbände erlassen die für ihr Gebiet erforderlichen ergänzenden Bestimmungen über das Verfahren bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Verbandes. ^{4. Regionalverbände}

Gesetz über die Staatshaftung (SHG)

Vom 5. Dezember 2006

Art. 1

¹ Diesem Gesetz unterstehen:

Geltungsbereich

- a) der Kanton, die Bezirke, Kreise und Gemeinden sowie die übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und deren selbstständige Anstalten (Gemeinwesen);
- b) die Organe dieser Gemeinwesen;
- c) die im Dienste dieser Gemeinwesen stehenden Personen bei der Ausübung dienstlicher Tätigkeiten.

² Vorbehalten sind die haftpflichtrechtlichen Bestimmungen des Obligationenrechts für gewerbliche Tätigkeiten sowie die besonderen Haftungsbestimmungen anderer Gesetze.

³ Für strafprozessuale Entschädigungsforderungen gegenüber dem Kanton finden die Bestimmungen über die Staatshaftung nur Anwendung, wenn die Forderung im Strafverfahren nicht beurteilt worden ist.

⁴ Soweit dieses Gesetz keine Vorschriften enthält, sind die Bestimmungen des Abschnitts des Obligationenrechts über die Entstehung durch unerlaubte Handlungen (Art. 41 ff.) anwendbar.

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)

Vom 8. Dezember 2005

Art. 1

Für die Verteilung der Grossratssitze auf die Kreise ist massgebend die schweizerische Wohnbevölkerung der Kreise aufgrund der eidgenössischen Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes, die jeweils im Jahr vor den Kreiswahlen publiziert wird.

Grundlage der
Verteilung

Art. 2

Die 120 Sitze des Grossen Rates werden auf die Kreise nach folgendem Verfahren verteilt:

Verteilungs-
verfahren

a) Vorwegverteilung:

1. Die schweizerische Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 120 geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die erste Verteilungszahl. Jeder Kreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
2. Die schweizerische Wohnbevölkerung der verbleibenden Kreise wird durch die Zahl der noch nicht zugeteilten Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die zweite Verteilungszahl. Jeder Kreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz, er scheidet für die weitere Verteilung aus.
3. Dieses Verfahren wird wiederholt, bis die verbleibenden Kreise die letzte Verteilungszahl erreichen.

b) Hauptverteilung:

Jeder verbliebene Kreis erhält so viele Sitze, als die letzte Verteilungszahl in seiner Bevölkerungszahl enthalten ist.

c) Restverteilung:

Die restlichen Sitze werden auf die Kreise mit den grössten Restzahlen verteilt. Erreichen mehrere Kreise die gleiche Restzahl, so scheiden sie in der Reihenfolge der kleinsten Reste aus, die sich nach der Teilung ihrer Bevölkerungszahl durch die erste Verteilungszahl ergeben. Sind auch die Reste gleich, so entscheidet das Los.

Art. 3

Die Regierung gibt die Zahl der von jedem Kreis zu wählenden Abgeordneten jeweils vor den Kreiswahlen im Kantonsamtsblatt bekannt.

Bekanntgabe

Art. 4

Stellvertreter-
innen und
Stellvertreter

Jeder Kreis wählt so viele Stellvertreterinnen und Stellvertreter, als er Abgeordnete zu wählen hat, höchstens jedoch zehn.

Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)

Vom 8. Dezember 2005

Art. 3

Die Nichtteilnahme an einer Session ist frühzeitig, in der Regel spätestens zwei Wochen vor Beginn der Session, dem zuständigen Kreisamt zu melden. Das Kreisamt teilt der Standeskanzlei die Einsitznahme von Stellvertreterinnen oder Stellvertretern spätestens am Freitag vor der Eröffnung der Session mit. Vorbehalten bleiben besondere Fälle. 3. Nichtteilnahme

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG)

Vom 15. November 2006

Art. 3

Das Amt eines Mitglieds der Regierung ist unvereinbar mit Gemeinde-, Kreis- und Bezirksamtern sowie Ämtern in Regionalverbänden. Im Übrigen gelten die Unvereinbarkeitsbestimmungen gemäss Artikel 22 der Kantonsverfassung. Unvereinbarkeit

Kantonales Datenschutzgesetz (KDSG)

Vom 10. Juni 2001

Art. 1

¹ Dieses Gesetz dient dem Schutz von Personen vor widerrechtlichem Bearbeiten von Personendaten durch Behörden. Geltungsbereich

² Als Behörden im Sinne dieses Gesetzes gelten

- a) Behörden und Amtsstellen des Kantons und der Bezirke;
- b) öffentlich-rechtliche Anstalten, Stiftungen und Körperschaften des Kantons und der Bezirke;
- c) Private, soweit ihnen öffentliche Aufgaben übertragen sind.

³ Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten auch für Gemeinden, Gemeindeverbindungen und Kreise.

⁴ Die Ausschlussgründe des Bundesgesetzes über den Datenschutz gelten sinngemäss.

⁵ Zudem ist das Gesetz nicht anwendbar für:

- a) Behörden, die am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnehmen und dabei nicht hoheitlich handeln;
- b) Personendaten, die in einem öffentlichen Archiv archiviert sind.

Art. 6

¹ Entscheide von Behörden und Amtsstellen der Verwaltung und von un- Rechtsschutz
selbständigen Anstalten des kantonalen öffentlichen Rechts können beim vorgesetzten Departement angefochten werden.

² Gegen Entscheide Privater, die öffentliche Aufgaben erfüllen, steht die Beschwerde an die auftraggebende Instanz offen.

³ Entscheide der Departemente, der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksbehörden, der Gemeindeverbindungen sowie der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und Körperschaften können beim Verwaltungsgericht mit Beschwerde angefochten werden.

Gemeindegesez des Kantons Graubünden

Vom Volke angenommen am 28. April 1974 ¹⁾

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 ²⁾

¹⁾ Diesem Gesetz unterstehen die politischen Gemeinden, die Bürgergemeinden sowie die Regional- und Gemeindeverbände.

1. Geltungs- und Regelungsbereich

²⁾ Es regelt im Wesentlichen die Grundzüge der Organisation, der Finanzordnung, der interkommunalen Zusammenarbeit, des Zusammenschlusses von Gemeinden sowie der kantonalen Aufsicht.

II. Gemeindeorgane

Art. 9 ³⁾

In Gemeinden ohne Gemeindeparlament dürfen folgende Befugnisse der Gemeindeversammlung oder Urnenabstimmung nicht entzogen werden:

2. Unübertragbare Befugnisse
a) Gemeinden ohne Gemeindeparlament

- a) die Wahl des Vorstandes und der Geschäftsprüfungskommission;
- b) die Annahme und Änderung der Gemeindeverfassung und der Gemeindegesetze, mit Ausnahme dazugehöriger Ausführungsbestimmungen;
- c) die Genehmigung des Voranschlages und der Gemeinderechnung sowie die Festsetzung des Steuerfusses;
- d) die Aufnahme neuer Anleihen und das Eingehen von Bürgschaften;
- e) der Erwerb, die Veräusserung und Verpfändung von Grundeigentum sowie die Einräumung und Auflösung von Dienstbarkeiten und Grundlasten; für dingliche Verfügungen untergeordneter Natur und für Grenzbereinigungen sowie für Massnahmen im Rahmen der Boden- und Baulandpolitik der Gemeinden kann der Vorstand als zuständig erklärt werden;

¹⁾ B vom 28. Juni 1973, 121; GRP 1973/74, 221, 237, 246 (erste Lesung), 489 (zweite Lesung); vgl. dazu Art. 40 Kantonsverfassung, BR 110.100

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

³⁾ Fassung der Marginalie und von Litera a und e sowie Einfügung von Litera i und k gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

- f) ¹⁾ die Erteilung und wesentliche Änderung von Wassernutzungskonzessionen, die Einräumung anderer Sondernutzungsrechte und die Ausübung des Heimfallrechts im Sinne der Wasserrechtsgesetzgebung;²⁾
- g) die Bewilligung von Ausgaben und Aufwendungen, welche im Vorschlag nicht vorgesehen sind und die finanziellen Kompetenzen anderer Organe übersteigen;
- h) die Gewährung von Darlehen, wenn sie die Finanzkompetenz des Vorstandes übersteigt und nicht im Rahmen der bestimmungsgemässen Verwendung von Fondsgeldern durch die zuständige Behörde liegt;
- i) die Beschlussfassung über die Bildung eines Gemeinde- oder Regionalverbandes oder über den Beitritt zu einem solchen;
- k) die Beschlussfassung über den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden..

Art. 10³⁾

b) Gemeinden mit Gemeindeparlament

¹⁾ In Gemeinden mit Gemeindeparlament dürfen folgende Befugnisse der Gemeindeversammlung oder Urnenabstimmung nicht entzogen werden:

- a) die Wahl des Gemeindeparlamentes und des Vorstandes, sofern sie nach der Gemeindeverfassung nicht den Stimmberechtigten von Fraktionen zusteht;
- b) ⁴⁾ die Annahme und Änderung der Gemeindeverfassung;
- c) die Bewilligung von Ausgaben, die eine im Gemeinderecht festzusetzende Summe überschreiten;
- d) ⁵⁾ die Erteilung und wesentliche Änderung von Wassernutzungskonzessionen, die Einräumung anderer Sondernutzungsrechte mit einer Dauer von über 30 Jahren sowie die Ausübung des Heimfallrechts im Sinne der Wasserrechtsgesetzgebung.⁶⁾
- e) die Beschlussfassung über die Bildung eines Gemeinde- oder Regionalverbandes oder über den Beitritt zu einem solchen;
- f) die Beschlussfassung über den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden.

¹⁾ Fassung gemäss Art. 80 Wasserrechtsgesetz, BR 810.100

²⁾ vgl. dazu insbesondere das Wasserrechtsgesetz des Kantons Graubünden zur Errichtung von Wasserkräften, BR 810.100, und GAV dazu, BR 810.110

³⁾ Fassung der Marginalie und von Absatz 1, Litera a sowie Einfügung von Litera e und f und von Absatz 2 gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zu Art. 5a

⁵⁾ Fassung gemäss Art. 80 Wasserrechtsgesetz, BR 810.100

⁶⁾ vgl. dazu insbesondere das Wasserrechtsgesetz des Kantons Graubünden zur Errichtung von Wasserkräften, BR 810.100, und GAV dazu, BR 810.110

² Gemeindegesezt, Voranschlag, Steuerfuss und Jahresrechnung sowie die Geschäfte gemäss Artikel 9 litera e sind dem fakultativen oder dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

V. Rechnungswesen

Art. 49

¹ ¹⁾ Die Gemeinden sind verpflichtet, über ihren gesamten Finanzhaushalt Buch zu führen und jährlich Rechnung abzulegen. Buchführung und
Jahresrechnung

² ²⁾ Das Rechnungswesen wird nach den anerkannten Normen für die öffentlichen Haushalte geführt. Für die politischen Gemeinden gelten die Vorgaben des kantonalen Finanzhaushaltsgeseztes, soweit nicht abweichende kantonale Bestimmungen vorliegen.

³ ³⁾ Für die Regional- und Gemeindeverbände sowie die Bürgergemeinden gelten die Vorgaben des kantonalen Finanzhaushaltsgeseztes sinngemäss, soweit nicht besondere Bestimmungen vorliegen.

⁴ ⁴⁾ Innert Jahresfrist nach Beendigung des Rechnungsjahres sind dem Departement die von der Gemeindeversammlung oder vom Gemeindeparlament genehmigte Jahresrechnung und der Bericht der Geschäftsprüfungskommission zuzustellen.

VI. Interkommunale Zusammenarbeit

Art. 50⁵⁾

¹ Zur Besorgung bestimmter Aufgaben können sich Gemeinden wie folgt verbinden: ⁶⁾ I. Grundsatz,
Formen und
anwendbares
Recht

- a) ⁷⁾ als Regionalverband;
- b) ¹⁾ als Gemeindeverband;

-
- ¹) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zu Art. 5a
 - ²) Fassung gemäss Art. 50 des Geseztes über den Finanzhaushalt, BR 710.100; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.
 - ³) Fassung gemäss Art. 50 des Geseztes über den Finanzhaushalt, BR 710.100; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.
 - ⁴) Einfügung gemäss Art. 50 des Geseztes über den Finanzhaushalt, BR 710.100; am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.
 - ⁵) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zu Art. 5a
 - ⁶) Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesezt.
 - ⁷) Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesezt.

- c) als Gemeindeverbindung ohne Rechtspersönlichkeit;
- d) als gemeinsame Anstalt;
- e) als privatrechtliche Gemeindeverbindung.

² Die Gemeinden können bestimmte Aufgaben dem Kreis übertragen.

^{3 2)} Aufgaben von regionaler Bedeutung sind von einem Regionalverband zu erfüllen.

^{4 ... 3)}

⁵ Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf die Formen der Gemeindeverbindungen sinngemäss Anwendung.

Art. 51 ⁴⁾

II. Gemeindeverbindungen mit Rechtspersönlichkeit
1. Gemeinsame Bestimmungen
a) Begriff und Entstehung

¹ Regional- und Gemeindeverbände sind öffentlich-rechtliche Körperschaften.

^{2 5)} Sie erlangen die Rechtspersönlichkeit nach Annahme der Statuten durch die Mitgliedgemeinden mit der Genehmigung durch die Regierung, welcher auch jede nachträgliche Änderung bedarf. Der Entscheid der Regierung ist endgültig.

Art. 52 ⁶⁾

b) Statuten

¹ Die Statuten enthalten Bestimmungen über:

- a) Name, Sitz und Zweck des Verbandes;
- b) die notwendigen Organe und deren Zuständigkeiten;
- c) die Art der Vertretung der Gemeinden in den Verbandsorganen;
- d) die Vertretung des Verbandes nach aussen;
- e) das Verfahren für Beschlüsse allgemeinverbindlicher, insbesondere finanzieller Natur, für die Aufstellung des Voranschlages und der Rechnung sowie für deren Prüfung;

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

²⁾ Einfügung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

³⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 14. Februar 2012; B vom 25. Oktober 2011, 1235; GRP 2011/2012, 722; mit RB vom 5. Juni 2012 auf den 1. Juli 2012 in Kraft gesetzt.

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

⁵⁾ Fassung gemäss Anhang zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), AGS 2006, KA 3309, am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

⁶⁾ Fassung und Einfügung von Absatz 2 gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

- f) die Finanzierung der Aufgaben, insbesondere über die von den Gemeinden zu erbringenden Leistungen;
- g) den Beitritt und Austritt von Gemeinden sowie das Verfahren zur Feststellung von Ansprüchen und Verpflichtungen einer austretenden Gemeinde gegenüber dem Verband;
- h) die Haftung für Verbindlichkeiten des Verbandes;
- i) die Auflösung des Verbandes, die Verwendung des Vermögens und die Tilgung von Schulden;
- k) das Initiativrecht der Gemeinden und der Stimmberechtigten;
- l) das Referendum der Gemeinden und der Stimmberechtigten gegen Beschlüsse der Regional- oder Delegiertenversammlung, insbesondere welche deren finanzielle Kompetenzen übersteigen.

² Die Statuten können im Übrigen weitere der Erfüllung des Verbandszweckes dienende Vorschriften enthalten.

Art. 53 ¹⁾

¹ Folgende Befugnisse dürfen der Gesamtheit der Stimmberechtigten nicht entzogen werden:

- a) der Erlass der Statuten, welcher der Zustimmung aller Gemeinden bedarf;
- b) die Änderung der Statuten, wofür in Bezug auf den Verbandszweck und die Verbandsaufgaben beim Gemeindeverband die Zustimmung aller Gemeinden, beim Regionalverband die Zustimmung der Mehrheit der Stimmenden sowie die Mehrheit der Mitgliedgemeinden erforderlich ist;
- c) Beschlüsse über Ausgaben, deren Höhe die finanziellen Kompetenzen anderer Organe übersteigt, wobei die Statuten auch das fakultative Referendum vorsehen können.

c) Unübertragbare Befugnisse der Stimmberechtigten

² Erlasse auf Gesetzesstufe sind wenigstens dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

³ Für andere Erlasse und Beschlüsse können die Statuten ein anderes Verfahren vorsehen.

Art. 54 ²⁾

¹ Die Regional- und Gemeindeverbände treten im Umfang ihrer Aufgaben an die Stelle des Kantons oder des Kreises beziehungsweise der ihnen angeschlossenen Gemeinden und haben in diesem Bereich deren Rechte

d) Rechtliche Stellung

¹⁾ Fassung und Einfügung von Absatz 3 gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

und Pflichten mit Einschluss des Rechtes, Gebühren und Beiträge zu erheben und allfällige Subventionen zu beanspruchen.

² Sie erlassen die für die Aufgabenerfüllung erforderlichen generell-abstrakten Erlasse und schliessen die notwendigen Verträge ab.

Art. 55 ¹⁾

e) Beitritts-
verfügung

¹ Ist die Lösung der einem Regional- oder Gemeindeverband übertragenen öffentlichen Aufgaben nur möglich, wenn auch Gemeinden mitwirken, die ihm nicht beigetreten sind, so kann die Regierung ihren Beitritt anordnen, sofern zwei Drittel der Gemeinden diesem Verband bereits angehören.

² Ebenso kann die Regierung die Aufnahme einer Gemeinde anordnen, wenn diese vom Verband ohne zureichende Gründe abgelehnt wird.

³ Der Verband und die betroffenen Gemeinden sind vorher anzuhören.

⁴ ²⁾Die Beitrittsverfügung der Regierung ist endgültig.

Art. 56 ³⁾

f) Jahresrechnung
und Rechenschaftsbericht

¹ Die Regional- und Gemeindeverbände haben jährlich über ihren gesamten Finanzhaushalt Rechnung abzulegen und einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit zu erstatten.

² Voranschlag, Rechnung und Rechenschaftsbericht sind öffentlich aufzulegen.

³ Innert Jahresfrist nach Beendigung des Rechnungsjahres sind Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht dem Departement zuzustellen.

Art. 57 ⁴⁾

2. Regional-
verbände
a) Mitgliedschaft,
Abgrenzung

¹ Jede Gemeinde hat einem Regionalverband anzugehören. Davon ausgenommen sind Gemeinden, welche die regionalen Aufgaben selbstständig erfüllen.

² Ein Regionalverband ist unter anderem nach Zahl der Gemeinden und ihrer Einwohner, nach der räumlichen Ausdehnung sowie unter Berücksichtigung der örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse so abzugrenzen, dass er seine Aufgaben zweckmässig und rationell erfüllen kann.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

²⁾ Einfügung gemäss Anhang zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), AGS 2006, KA 3309, am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

³⁾ Fassung und Einfügung der Absätze 2 und 3 gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

³ In Ausnahmefällen kann sich eine Gemeinde für die Erfüllung bestimmter Aufgaben einem anderen Regionalverband anschliessen mit den Rechten und Pflichten, welche sich auf diesen Aufgabenbereich beschränken.

Art. 58 ¹⁾

¹ Die Statuten regeln die Zusammenarbeit mit anderen Regionalverbänden sowie die Einzelheiten im Zusammenhang mit der Integration von Gemeindeverbindungen und anderen Trägern öffentlicher Aufgaben.

b) Zusammen-
arbeit und
Integration
bestehender
Organisationen

² Die Statuten verschiedener Verbände sind gegebenenfalls aufeinander abzustimmen.

Art. 59 ²⁾

¹ Die ordentlichen Organe des Verbandes sind:

c) Organisation

- a) die Gesamtheit der stimmberechtigten Verbandseinwohner;
- b) die Regionalversammlung;
- c) der Regionalpräsident;
- d) der Regionalvorstand;
- e) die Geschäftsprüfungskommission.

² In der Regionalversammlung nehmen wenigstens die Gemeindepräsidenten des Verbandsgebietes oder ein anderes Mitglied des Gemeindevorstandes Einsitz.

³ Anstelle der Regionalversammlung kann ein in freier Wahl aus allen stimmberechtigten Verbandseinwohnern gebildetes Regionalparlament treten. Die Statuten regeln den Wahlmodus.

⁴ Die Statuten können die Wahl des Regionalvorstandes durch die Gesamtheit der stimmberechtigten Verbandseinwohner vorsehen.

⁵ Bei der Wahl in die Verbandsorgane sind die verschiedenen Teilgebiete angemessen zu berücksichtigen.

Art. 60 ³⁾

Für Gemeindeverbindungen ohne Rechtspersönlichkeit gelten die Bestimmungen über das entsprechende zivilrechtliche Verhältnis als subsidiäres öffentliches Recht.

III. Gemeindever-
bindungen ohne
Rechtspersön-
lichkeit

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

²⁾ Fassung und Einfügung der Absätze 3, 4 und 5 gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

Art. 61¹⁾

IV. Kreise

Die Kreisverfassung regelt die Zusammensetzung des Kreisrates.

Art. 62²⁾**IX. ³⁾Gemeindegrenzen und Zusammenschluss von politischen Gemeinden****Art. 90⁴⁾**

4. Zugehörigkeit zu Kreisen und Regionalverbänden

¹ Bei einem Zusammenschluss von Gemeinden, durch welche eine Änderung in der Gebietseinteilung der Kreise und Regionalverbände eintritt, sind die betroffenen Kreise beziehungsweise Regionalverbände vorgängig anzuhören.² Wenn keine wichtigen Gründe entgegenstehen, ist für die neue beziehungsweise für die durch den Zusammenschluss vergrösserte Gemeinde die bisherige Kreis- beziehungsweise Regionszugehörigkeit der Gemeinde mit der grösseren Einwohnerzahl massgebend.³ Findet keine Einigung statt, entscheidet die Regierung endgültig.**X. ⁵⁾Aufsicht****Art. 95⁶⁾**

I. Grundsatz

Die Regierung übt im Sinne der Kantonsverfassung die Aufsicht über die Gemeinden und die Träger der interkommunalen Zusammenarbeit aus.

² ¹⁾Entscheide der Regierung gemäss diesem Abschnitt sind unter Vorbehalt der Entscheide gemäss Artikel 100 Absatz 1 endgültig.

¹⁾ Fassung gemäss Anhang zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), AGS 2006, KA 3309, am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.²⁾ Aufhebung gemäss Volksbeschluss vom 26. November 2000; siehe FN zu Art. 5a³⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.⁴⁾ Fassung und Einfügung von Absatz 3 gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 7. Dezember 2005; B vom 6. September 2005, 997; GRP 2005/2006, 749; mit RB vom 23. Mai 2006 auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

XI. Schlussbestimmungen**Art. 103b**²⁾

Bestehende bürgerliche Korporationen unterstehen den Bestimmungen von Artikel 82. Bürgerliche Korporationen

Art. 104

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.⁴⁾ IV. In-Kraft-Treten³⁾

¹⁾ Einfügung gemäss Anhang zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), AGS 2006, KA 3310, am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

²⁾ Einfügung gemäss GRB vom 14. Februar 2012; B vom 25. Oktober 2011, 1235; GRP 2011/2012, 722; mit RB vom 5. Juni 2012 auf den 1. Juli 2012 in Kraft gesetzt.

³⁾ Fassung gemäss Anhang zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), AGS 2006, KA 3311, am 1. Januar 2007 in Kraft getreten

⁴⁾ Durch RB vom 10. Juni 1974 auf den 1. Juli 1974 in Kraft gesetzt

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch

Vom 12. Juni 1994

Art. 20

¹ Die Zivilstandskreise umfassen das Gebiet eines oder mehrerer Kreise oder Teile davon und werden von der Regierung im Rahmen des Bundesrechts und nach Anhörung der beteiligten Kreise endgültig festgelegt.

I. Zivilstandskreise, -ämter

² Die Regierung bezeichnet nach Anhörung der beteiligten Kreise Sitz und Name der Zivilstandsämter endgültig.

³ Wählbar sind Personen, welche die Voraussetzungen des Bundesrechts erfüllen und zur selbstständigen Amtsausübung befähigt erscheinen.

Art. 20a

¹ Der Kreisrat ernennt nach vorgängiger Genehmigung durch die kantonale Aufsichtsbehörde die nötige Anzahl Zivilstandsbeamte, bezeichnet den Leiter des Amtes und regelt die Stellvertretung.

II. Zivilstandsbeamte

² Erstreckt sich ein Zivilstandskreis über das Gebiet mehrerer politischer Kreise, einigen sich diese über das Wahlorgan und das Wahlverfahren.

³ Wählbar sind Personen, welche die Voraussetzungen des Bundesrechts erfüllen und zur selbstständigen Amtsausübung befähigt erscheinen.

Art. 38

¹ Es bestehen folgende Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden:

- a) Engadin/Südtäler (Bezirke Bernina, Inn und Maloja);
- b) Mittelbünden/Moesa (Bezirke Albula, Hinterrhein und Moesa);
- c) Nordbünden (Bezirke Landquart, Plessur und Imboden);
- d) Prättigau/Davos (Bezirk Prättigau/Davos);
- e) Surselva (Bezirk Surselva).

I. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde 1. Organisation und geografische Zuständigkeit

² Die Behördenmitglieder sind zur Stellvertretung in anderen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden berechtigt und verpflichtet.

³ Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sind dem von der Regierung bezeichneten Departement administrativ unterstellt.

Art. 51

¹ Befugt zur Anordnung der fürsorgerischen Unterbringung ist:

- a) jeder im Kanton zur selbstständigen Berufsausübung zugelassene Arzt:
 1. der Grundversorgung;
 2. mit einem Facharzttitel der Psychiatrie und Psychotherapie;

IV. Fürsorgerische Unterbringung 1. Ärztliche Unterbringung a) Anordnung

3. mit einem Facharzttitel der Kinder- und Jugendpsychiatrie und
-psychotherapie;
- b) jeder Bezirksarzt;
- c) der behandelnde Arzt der überweisenden Einrichtung.

² Für den Vollzug kann polizeiliche Hilfe beigezogen werden.

³ Der ärztliche Unterbringungsentscheid ist der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde und dem gesetzlichen Vertreter unverzüglich mitzuteilen.

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht

Vom 20. Oktober 2004

Art. 6

¹ Die öffentliche Versteigerung muss von der Kreispräsidentin oder vom Kreispräsidenten oder von einer oder einem von ihr oder ihm bezeichneten Kreisangestellten geleitet werden.

Öffentliche
Versteigerung 1.
Amtliche Leitung

² Die Leiterin oder der Leiter der Versteigerung bestellt eine geeignete Person für die Protokollführung.

Art. 6b

¹ Werden Grundstücke versteigert, sind die Steigerungsbedingungen schriftlich aufzusetzen, nötigenfalls unter Mitwirkung der amtlichen Leitung. Sie sollen eine genaue Liegenschaftsbeschreibung und ein vollständiges Lastenverzeichnis enthalten. Die Leiterin oder der Leiter hat die Steigerungsbedingungen vor Beginn der Versteigerung zu verlesen.

3. Versteigerung
von
Grundstücken

² Während der Steigerung sollen die Steigerungsbedingungen für alle zur Einsicht aufliegen.

³ Das Kreisamt ist zuständig, den Zuschlag bei der Versteigerung eines Grundstückes der Grundbuchverwalterin oder dem Grundbuchverwalter mitzuteilen (Art. 235 Abs. 2).

Art. 6c

¹ Über die Versteigerung ist ein Protokoll aufzunehmen. Darin sind anzugeben:

4. Protokoll

1. die Erfüllung der gesetzlichen Förmlichkeiten;
2. das Verkaufsobjekt;
3. der Name der Verkäuferin oder des Verkäufers;
4. die Steigerungsbedingungen;
5. der Kaufpreis für jeden ausgerufenen Gegenstand;
6. der Name der Käuferin oder des Käufers.

² Bei Grundstückssteigerungen hat die Käuferschaft ihren Namen eigenhändig beizufügen.

³ Das Steigerungsprotokoll ist von der Steigerungsleiterin oder vom Steigerungsleiter und von der Protokollführerin oder vom Protokollführer zu unterzeichnen und beim **Kreisamt** zu deponieren.

Schenkung

Art. 7

Zuständige Behörde zur Klage auf Vollziehung einer im öffentlichen Interesse liegenden Auflage bei der Schenkung nach dem Tode des Schenkers (Art. 246 Abs. 2) ist:

1. der Gemeindevorstand, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse der Gemeinde liegt;
2. der Kreisrat, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse des Kreises liegt;
3. die Regierung, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse mehrerer Gemeinden, mehrerer Kreise oder des Kantons liegt.

Notariatsgesetz

vom 18. Oktober 2004

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

¹ Als Notariatspersonen im Sinn dieses Gesetzes gelten

Notariats
personen

- a) patentierte Notarinnen und patentierte Notare,
- b) Kreisnotarinnen und Kreisnotare,
- c) Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sowie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter,

² Den Titel "Notarin oder Notar" darf nur eine patentierte Notariatsperson und den Titel "Kreisnotarin oder Kreisnotar" nur eine vom Kreisrat gewählte und amtierende Notariatsperson führen.

Art. 2

¹ Patentierte Notarinnen und Notare sind für alle öffentlichen Beurkundungen zuständig. Sie üben ihre Tätigkeit auf dem ganzen Kantonsgebiet aus.

Zuständigkeit für
Beurkundungen

² Kreisnotarinnen und Kreisnotare sind für die in ihrem Kreis anfallenden Beurkundungen zuständig, das heisst für Rechtsgeschäfte über Grundstücke, die ganz oder teilweise in ihrem Kreis liegen, und für andere Geschäfte, sofern mindestens eine Urkundspartei im Kreis wohnhaft ist oder ihren Sitz hat. Sie üben ihre Funktionen in ihrem Kreis aus.

³ ¹⁾ Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sind zuständig für Beurkundungen von Rechtsgeschäften betreffend Grundstücke in ihrem Grundbuchkreis. Sind diese Geschäfte mit solchen aus dem Personen-, Ehe-, Familien-, eingetragenen Partnerschafts-, Erb-, Gesellschaftsrecht oder mit einem Verpfändungsvertrag verbunden, entfällt ihre Zuständigkeit, ausser bei Verträgen über Abtretung auf Rechnung künftiger Erbschaft und über die Einbringung von Grundstücken in Personengesellschaften.

⁴ Erstreckt sich ein Grundstück über mehrere Grundbuchkreise, ist die Grundbuchverwalterin oder der Grundbuchverwalter des Kreises zuständig, in welchem der grösste Teil des Grundstückes liegt.

¹⁾ Fassung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 5, AGS 2006, KA 4885; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

Art. 3

Zuständigkeit für
Beglaubigungen

¹ Patentierte Notarinnen und Notare sind für alle Beglaubigungen im ganzen Kantonsgebiet zuständig.

² Kreisnotarinnen und Kreisnotare sind für alle Beglaubigungen in ihrem Kreis zuständig.

³ Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sind für alle Beglaubigungen in ihrem Grundbuchkreis zuständig. Vorbehalten sind amtliche Identitätsbescheinigungen nach Bundesrecht.

⁴ Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber sind für alle Beglaubigungen in ihrer Kanzlei zuständig und haben dabei die Artikel 26 ff. sinngemäss anzuwenden.

Art. 4

Notariats-
kommission
1. Wahl, Zusam-
mensetzung, Ent-
schädigung

¹ Kantonsgericht und Verwaltungsgericht wählen gemeinsam für eine Amtsdauer von vier Jahren eine Notariatskommission von fünf Mitgliedern und drei Stellvertretenden.

² Der Notariatskommission gehören in der Regel an:

- a) eine patentierte Notarin oder ein patentierter Notar, eine amtierende Kreisnotarin oder ein amtierender Kreisnotar und eine patentierte Grundbuchverwalterin oder ein patentierter Grundbuchverwalter;
- b) drei Inhaberinnen oder Inhaber des Bündner Fähigkeitsausweises für Notariatspersonen;
- c) ein Mitglied eines kantonalen Gerichtes.

³ Die Notariatskommission konstituiert sich selbst. Sie kann ein Sekretariat und eine Aktuarin oder einen Aktuar bestellen.

⁴ Die Regierung legt die Arbeitsentschädigungen und Spesenvergütungen der Mitglieder der Notariatskommission fest.

Art. 8

Unvereinbarkeit

¹ Nicht als Notariatsperson amten darf, wer:

- a) vollamtlich oder hauptamtlich im Dienst des Bundes, des Kantons, eines Regionalverbandes, eines Bezirkes oder einer Gemeinde steht;
- b) bei einer dem schweizerischen Bankengesetz unterstellten Unternehmung angestellt oder daran massgebend beteiligt ist.

² Keine Unvereinbarkeiten gemäss Absatz 1 Litera a bestehen bei den Grundbuchverwalterinnen und den Grundbuchverwaltern.

³ Die Notariatskommission kann im Einzelfall Ausnahmen gestatten.

III. Kreisnotarinnen und Kreisnotare

Art. 16

¹ Jeder Kreisrat wählt für eine Amtsdauer von vier Jahren einen oder zwei Wahl Kreisnotare oder Kreisnotarinnen.

² Wählbar sind nur Personen, welche die Voraussetzungen von Artikel 12 litera b bis e erfüllen und die Amtssprachen ihres Kreises beherrschen. In der Regel sollen patentierte Notarinnen und patentierte Notare gewählt werden, die im betreffenden Kreis ihren Wohn- oder Geschäftssitz haben.

³ Das Kreisamt teilt die vom Kreisrat getroffene Wahl der gewählten Person und der Notariatskommission schriftlich mit.

Art. 17

¹ Die Kreisnotarin oder der Kreisnotar wird von der Kreispräsidentin oder dem Kreispräsidenten vereidigt. Artikel 13 Absatz 1 ist sinngemäss anwendbar. Amtsantritt und Pflichten

² Nach der Vereidigung führt die Kreispräsidentin oder der Kreispräsident eine geordnete Amtsübergabe durch. Darüber ist ein Protokoll aufzunehmen und der Notariatskommission zuzustellen.

³ Die Notariatskommission führt periodische Ausbildungskurse für Kreisnotarinnen und Kreisnotare durch. Der Besuch dieser Kurse ist für alle Kreisnotarinnen und Kreisnotare, welche nicht patentierte Notarinnen oder patentierte Notare sind, obligatorisch.

Art. 18

¹ Das Amt der Kreisnotarin oder des Kreisnotars endet:

- a) durch Verzicht oder Tod der Inhaberin oder des Inhabers;
- b) mit Ablauf der Amtsperiode;
- c) durch Entzug der Notariatsberechtigung in sinngemässer Anwendung von Artikel 15.

Beendigung des Amtes

² Das Kreisamt teilt Fälle von Absatz 1 Litera a und b der Notariatskommission schriftlich mit.

³ In Fällen von Absatz 1 Litera c teilt die Notariatskommission ihre Einleitungsbeschlüsse und Entscheide dem Kreisamt mit.

⁴ Bei Beendigung des Amtes sind die Akten dem Kreisamt abzuliefern.

Art. 43

¹ ¹⁾Für Schäden, die im Rahmen einer notariellen Tätigkeit widerrechtlich verursacht worden sind, haftet: Schadenersatz

¹⁾ Fassung gemäss Art. 17, Ziff. 2 des Gesetzes über die Staatshaftung, BR 170.050; am 1. Mai 2007 in Kraft getreten.

1. der Kanton bei patentierten Notariatspersonen sowie bei Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwaltern;
2. der Kreis bei Kreisnotarinnen und Kreisnotaren;
3. die Gemeinde bei Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreibern.

² ¹⁾Im Übrigen richtet sich die vermögensrechtliche Verantwortlichkeit nach den Bestimmungen des kantonalen Staatshaftungsgesetzes.

³ ²⁾Der Kanton und die Kreise versichern sich gegen Schadenersatzansprüche, die wegen der notariellen Tätigkeit von Notariatspersonen gegen sie erhoben werden. Deren persönliche Haftpflicht wird mitversichert.

⁴ Die Regierung setzt in der Ausführungsverordnung³⁾ die für alle Notariatspersonen massgeblichen Mindestanforderungen für die Versicherung fest.

Art. 48

Unbefugtes Verwenden des Titels und Ausüben der Notariatstätigkeit

Wer unbefugterweise den Titel "Notarin oder Notar" oder "Kreisnotarin oder Kreisnotar" verwendet oder eine Notariatstätigkeit ausübt, wird von der Notariatskommission mit Busse bis 5'000 Franken bestraft.

¹⁾ Fassung gemäss Art. 17, Ziff. 2 des Gesetzes über die Staatshaftung, BR 170.050; am 1. Mai 2007 in Kraft getreten.

²⁾ Fassung gemäss Art. 17, Ziff. 2 des Gesetzes über die Staatshaftung, BR 170.050; am 1. Mai 2007 in Kraft getreten.

³⁾ BR 210.350

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GVV zum SchKG)

Gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 KV ¹⁾

vom Grossen Rat erlassen am 8. Oktober 1996 ²⁾

I. **Betreibungs- und Konkursamt**

1. ALLGEMEINES³⁾

Art. 1⁴⁾

¹ Jeder politische Kreis bildet einen Betreibungskreis, jeder Bezirk einen Konkurskreis. Betreibungs- und
Konkurskreis

² Zwei oder mehrere Kreise beziehungsweise Bezirke können die Führung und Verwaltung der Betreibungs- oder Konkursämter zusammenlegen. Eine solche Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

³ Ist die fachliche, ordnungsgemässe oder zweckmässige Führung eines Betreibungs- oder Konkursamtes nicht mehr gewährleistet, kann die Aufsichtsbehörde die Zusammenlegung der Führung und Verwaltung mit derjenigen eines anderen Betreibungs- oder Konkursamtes anordnen.

Art. 2⁵⁾

¹ Als Betreibungs- und Konkursbeamter oder -beamtin (im folgenden Amtsperson) ist wählbar, wer handlungsfähig ist und Gewähr für eine gewissenhafte, fachlich genügende und ordnungsgemässe Amtsführung bietet. Betreibungs- und
Konkursbeamter/
-beamtin

² Die gleichen Anforderungen gelten für den Stellvertreter oder die Stellvertreterin. In der Regel ist für die Stellvertretung die Amtsperson eines angrenzenden Betreibungs- beziehungsweise Konkurskreises zu wählen.

³ Die Amtspersonen und deren Stellvertreter oder Stellvertreterinnen sind in mehreren Betreibungs- oder Konkurskreisen wählbar.

¹⁾ BR 110.100

²⁾ B vom 4. Juni 1996, 301, GRP 1996/97, 360

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; B vom 23. Februar 1999, 57; GRP 1999/2000, 179 (1. Lesung), 417 (2. Lesung)

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

⁴Sind sie verhindert oder im Ausstand, so ernennt die Aufsichtsbehörde eine Person zur ausserordentlichen Stellvertretung.

Art. 3¹⁾

Art. 4²⁾

Art. 5³⁾

Dienstverhältnis

¹ Die Wahlbehörde regelt die Besoldung und das übrige Dienstverhältnis der Amtspersonen und Angestellten des Betreibungs- und Konkursamtes. Sie ist für die erforderlichen Lokalitäten und Einrichtungen besorgt.

² Die Wahlbehörde ist berechtigt, soweit in die Geschäftsführung des Betreibungs- oder Konkursamtes Einsicht zu nehmen, als es für die Organisation des Amtes, die Abrechnung über die dem Kreis beziehungsweise dem Bezirk anfallenden Gebühren und für die Ermittlung und Festsetzung der Entschädigungen erforderlich ist.

Art. 6

Entschädigung

¹ ⁴⁾Richten die Kreise beziehungsweise die Bezirke den Amtspersonen eine feste Besoldung aus, so fallen die Gebühren für die Schul- und Konkursbetreibung in die Kreis- beziehungsweise Bezirkskasse.

² ⁵⁾Fallen die Gebühren für die Schul- und Konkursbetreibung den Amtspersonen zu, sind die Kreise beziehungsweise Bezirke gehalten, ihnen zusätzlich ein angemessenes Wartgeld beziehungsweise Zuschläge für die einzelnen Verfahren zu bezahlen.

³ Die Aufsichtsbehörde kann Richtlinien über Art und Höhe der Entschädigungen aufstellen und im Falle von Absatz 2 verbindliche Weisungen über Mindestentschädigungen erteilen.

Art. 7

Mitteilung und Veröffentlichung

¹ Rücktritte und Wahlen von Amtspersonen sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich durch die Wahlbehörde mitzuteilen.

² ⁶⁾Bei Neuwahlen veröffentlicht die Wahlbehörde den Namen der oder des Gewählten und den Amtssitz einmal im Amtsblatt des Kantons Graubünden.

¹⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

³ Konkursgericht und Nachlassgericht sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde unverzüglich die Wahl von Personen mitzuteilen, die mit der Sachwaltung, der Liquidation oder der ausseramtlichen Konkursverwaltung beauftragt werden.

Art. 8

Die Amtspersonen, ihre Angestellten und Hilfspersonen, die mit der ausseramtlichen Konkursverwaltung, der Sachwaltung oder der Liquidation beauftragten Personen, die Aufsichts- und Gerichtsbehörden sowie die Polizei sind verpflichtet, über alle in Ausübung ihres Amtes erlangten Kenntnisse und anvertrauten Geheimnisse Verschwiegenheit zu wahren, soweit nicht nach Bundesrecht ein Einsichtsrecht in Protokolle und Register besteht oder sie durch ausdrückliche Vorschriften zur Anzeige oder Mitteilung an Behörden verpflichtet sind.

Schweigepflicht

Art. 9

¹ Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit richtet sich nach Artikel 5 f. des Bundesgesetzes ¹⁾.

Verantwortlichkeit

² ²⁾ Der Kanton kann im Verfahren gemäss Staatshaftungsgesetz ³⁾ auf die Personen, die den Schaden durch vorsätzliche oder grobfahrlässige Verletzung ihrer Amtspflicht widerrechtlich verursacht haben, Rückgriff nehmen.

Art. 10

¹ Der Kanton versichert die Amtspersonen und Angestellten, ihre Hilfspersonen, die mit der ausseramtlichen Konkursverwaltung, der Sachwaltung oder der Liquidation beauftragten Personen, die Aufsichts- und Gerichtsbehörden sowie die Polizei gegen Schadenersatzansprüche für Schäden gemäss Artikel 5 des Bundesgesetzes ⁴⁾, die diese bei der Erfüllung der Aufgaben, die ihnen das Bundesgesetz zuweist, widerrechtlich verursachen.

Haftpflichtversicherung

² Die Regierung legt die Höhe der Garantiesumme und eines allfälligen Selbstbehaltes fest, bestimmt die Aufteilung der Prämien und regelt weitere Einzelheiten.

¹⁾ SR 281.1

²⁾ Fassung gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung von grossrätlichen Verordnungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Zivilprozessordnung und des kantonalen Einführungsgesetzes Artikel 2 Ziffer 2, AGS 2010, KA 4821; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten

³⁾ BR 170.050

⁴⁾ SR 281.1

2. BETREIBUNGSAMT¹⁾**Art. 10a²⁾**

Wahl

¹ Der Kreisrat wählt den Betreibungsbeamten oder die Betreibungsbeamtin sowie deren Stellvertreter oder Stellvertreterin für die Dauer von vier Jahren.

² Er bestimmt bei jeder Wahl den Amtssitz des Betreibungsamtes.

3. KONKURSAMT³⁾**Art. 10b⁴⁾**

Wahl

¹ Die Verwaltungskommission des Bezirksgerichtes wählt den Konkursbeamten oder die Konkursbeamtin und deren Stellvertreter oder Stellvertreterin für die Dauer von vier Jahren.

² Sie bestimmt bei jeder Wahl den Amtssitz des Konkursamtes.

³ In der Regel ist ein Betreibungsbeamter oder eine Betreibungsbeamtin eines im Bezirk gelegenen Betreibungsamtes zu wählen.

⁴ In diesem Falle kann der Kreisrat im Einvernehmen mit der Verwaltungskommission des Bezirksgerichtes das Dienstverhältnis und die Entschädigung für die Funktionen des Betreibungs- und des Konkursamtes gesamt haft regeln.

Art. 10c⁵⁾

Kosten

¹ Der Bezirk führt für die Kosten des Konkursamtes eine eigene Rechnung.

² Fällt die Führung des Konkursamtes mit jener eines Betreibungsamtes zusammen, so werden die dem Konkursamt aufgrund seines Arbeitsaufwandes anfallenden Personal- und Sachkosten jährlich dem Bezirk in Rechnung gestellt.

³ Die nicht durch Gebühren gedeckten Kosten des Konkursamtes sind durch die Kreise des Bezirkes zu tragen. Sie werden jährlich zur einen Hälfte aufgrund der in den einzelnen Kreisen eröffneten Konkursverfahren, zur anderen Hälfte im Verhältnis der Wohnbevölkerung der Kreise gemäss eidgenössischer Volkszählung aufgeteilt.

¹⁾ Einfügung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Einfügung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Einfügung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Einfügung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

⁴Anstände zwischen dem Bezirk und seinen Kreisen über die Ermittlung und Festlegung der für die Führung des Konkursamtes massgeblichen Kosten sowie über deren Aufteilung entscheidet die Aufsichtsbehörde.

II. Aufsicht

Art. 11¹⁾

Einzig kantonale Aufsichtsbehörde gemäss Artikel 13 und Beschwerdeinstanz gemäss Artikel 17 des Bundesgesetzes²⁾ ist das Kantonsgericht. Aufsichtsbehörde

Art. 12

¹ Die Aufsichtsbehörde übt die Aufsicht über das gesamte Betreibungs- und Konkurswesen aus und nimmt die ihr gemäss Bundesrecht zugewiesenen Befugnisse und Pflichten wahr. Aufgaben
1. im allgemeinen

² Sie kann im Rahmen des Bundesrechtes Kreisschreiben und allgemein gültige oder für den Einzelfall verbindliche Weisungen erlassen.

Art. 13

¹ Die Aufsichtsbehörde hat die Geschäftsführung der Betreibungs- und Konkursämter regelmässig zu prüfen oder prüfen zu lassen und trifft die geeigneten Massnahmen zur Verhinderung oder Beseitigung von un- 2. im besonderen
zweckmässigen oder ordnungswidrigen Zuständen.

² Sie sorgt für eine ordnungsgemässe Amtsübergabe.

³ Sie kann Einführungs- und Weiterbildungskurse durchführen und die Teilnahme obligatorisch erklären.

⁴ Sie kann einen Beratungsdienst unterhalten, der die Betreibungs- und Konkursämter in Fragen der allgemeinen Geschäftsführung und in konkreten Einzelfällen berät.

Art. 14

Die Aufsichtsbehörde übt die ihr gemäss Artikel 14 Absatz 2 des Bundesgesetzes³⁾ zustehenden Disziplinarbefugnisse aus. Disziplinarbefugnis

¹⁾ Fassung gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung grossrätlicher Verordnungen im Zusammenhang mit dem Erlass des GOG Artikel 2 Ziffer 3, AGS 2007, KA 1043; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

²⁾ SR 281.1

³⁾ SR 281.1

Verfahren vor
Kantonsgesicht
1. als Aufsichts-
behörde

Art. 14a¹⁾

¹ Beschwerden gemäss Artikel 17 des Bundesgesetzes²⁾ sowie Gesuche und Anzeigen sind schriftlich einzureichen.

² Die Aufsichtsbehörde holt die erforderlichen Vernehmlassungen ein und klärt den Sachverhalt von Amtes wegen ab.

³ Ein Parteivortritt findet nicht statt.

⁴ Im übrigen sind die Bestimmungen über das kantonale Verfahren in Verwaltungssachen sinngemäss anwendbar.

Art. 14b³⁾

2. als Disziplinarbehörde

¹ Die Aufsichtsbehörde kann aufgrund einer Anzeige oder von Amtes wegen ein Disziplinarverfahren eröffnen.

² Sie teilt dies der betroffenen Amtsperson mit und nimmt die nötigen Abklärungen vor.

³ Nach Abschluss der Untersuchung erhält die betroffene Person Gelegenheit zur Stellungnahme; nötigenfalls ist eine mündliche Verhandlung durchzuführen.

⁴ Der Disziplinaentscheid wird unter Angabe des Sachverhaltes und der wesentlichen Erwägungen schriftlich eröffnet.

⁵ Im übrigen sind die Bestimmungen über das kantonale Verfahren in Verwaltungssachen sinngemäss anwendbar.

Art. 14c⁴⁾

Kosten

Kosten und Parteientschädigungen richten sich in allen Verfahren vor der Aufsichtsbehörde nach den Bestimmungen des Bundesrechtes und, wenn diesen nichts zu entnehmen ist, nach jenen der Zivilprozessordnung und der kantonalen Einführungsgesetzgebung.

¹⁾ Einfügung gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung von grossrätlichen Verordnungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Zivilprozessordnung und des kantonalen Einführungsgesetzes Artikel 2 Ziffer 2, AGS 2010, KA 4821; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten

²⁾ SR 281.1

³⁾ Einfügung gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung von grossrätlichen Verordnungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Zivilprozessordnung und des kantonalen Einführungsgesetzes Artikel 2 Ziffer 2, AGS 2010, KA 4821; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten

⁴⁾ Einfügung gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung von grossrätlichen Verordnungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Zivilprozessordnung und des kantonalen Einführungsgesetzes Artikel 2 Ziffer 2, AGS 2010, KA 4821; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten

III. Richterliche Behörden

Art. 15¹⁾

Soweit diese Verordnung keine Regelung enthält, richten sich die Zuständigkeit und das Verfahren nach der Zivilprozessordnung und der kantonalen Einführungsgesetzgebung.

Zuständigkeit und Verfahren

Art. 16²⁾

¹ Das Bezirksgericht ist unteres Nachlassgericht.

Nachlassgericht

² Das Kantonsgericht ist oberes kantonales Nachlassgericht.

Art. 17³⁾

IV. ...⁴⁾

Art. 18 – 26⁵⁾

V. Verschiedene Bestimmungen

Art. 27

Im Rechtsöffnungsverfahren sind gestützt auf Artikel 80 Absatz 2 Ziffer 3 des Bundesgesetzes⁶⁾ gerichtlichen Urteilen im Sinne von Artikel 80 des Bundesgesetzes gleichgestellt:

Definitive
Rechts-
öffnungstitel

-
- ¹⁾ Fassung gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung von grossrätlichen Verordnungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Zivilprozessordnung und des kantonalen Einführungsgesetzes Artikel 2 Ziffer 2, AGS 2010, KA 4821; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten
 - ²⁾ Fassung gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung von grossrätlichen Verordnungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Zivilprozessordnung und des kantonalen Einführungsgesetzes Artikel 2 Ziffer 2, AGS 2010, KA 4821; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten
 - ³⁾ Aufgehoben gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung von grossrätlichen Verordnungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Zivilprozessordnung und des kantonalen Einführungsgesetzes Artikel 2 Ziffer 2, AGS 2010, KA 4821; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten
 - ⁴⁾ Aufgehoben gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung von grossrätlichen Verordnungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Zivilprozessordnung und des kantonalen Einführungsgesetzes Artikel 2 Ziffer 2, AGS 2010, KA 4821; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten
 - ⁵⁾ Aufgehoben gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung von grossrätlichen Verordnungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Zivilprozessordnung und des kantonalen Einführungsgesetzes Artikel 2 Ziffer 2, AGS 2010, KA 4821; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten
 - ⁶⁾ SR 281.1

1. vollstreckbare Entscheide und Verfügungen der zuständigen Behörden des Kantons, seiner Bezirke, Kreise und Gemeinden sowie der Körperschaften und selbständigen Anstalten des kantonalen öffentlichen Rechts über öffentlich-rechtliche Ansprüche;
2. vollstreckbare Entscheide und Verfügungen natürlicher Personen sowie der in Formen des Zivilrechts organisierten juristischen Personen und Personengesellschaften, soweit sie im Rahmen übertragener Verwaltungsaufgaben über öffentlich-rechtliche Ansprüche verfügen;
3. Entscheide und Verfügungen der zuständigen Behörden anderer Kantone über öffentlich-rechtliche Ansprüche gemäss interkantonalen Übereinkommen.

Art. 28

Depositenanstalt ¹ Depositenanstalt gemäss Artikel 9 und 24 des Bundesgesetzes ¹⁾ ist die Graubündner Kantonalbank mit ihren Filialen.

² Die Regierung kann weitere Depositenstellen bestimmen.

Art. 29

Polizeigewalt Die Amtspersonen sind befugt, im Rahmen des Bundesgesetzes ²⁾ die Hilfe der kantonalen und kommunalen Polizei in Anspruch zu nehmen.

Art. 30

Zwangsvollstreckung gegen öffentlich-rechtliche Körperschaften ¹ Zuständig für die Durchführung von Betreibungen gegen Kanton, Gemeinden, andere Körperschaften und selbständige Anstalten des kantonalen öffentlichen Rechtes ist der ordentliche Betreibungsbeamte oder die ordentliche Betreibungsbeamtin.

² Liegen Ausstandsgründe gemäss Artikel 10 des Bundesgesetzes ³⁾ vor, so bezeichnet die kantonale Aufsichtsbehörde das zuständige Betreibungsamt.

³ ⁴⁾ Gehen Pfändungsbegehren gegen Gemeinden ein, so ist dem für die Aufsicht über die Gemeinden zuständigen kantonalen Amt durch das Betreibungsamt Mitteilung zu erstatten.

Art. 31

Strafanzeige

¹⁾ SR 281.1

²⁾ SR 281.1

³⁾ SR 281.1

⁴⁾ Fassung gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung von grossrätlichen Verordnungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Zivilprozessordnung und des kantonalen Einführungsgesetzes Artikel 2 Ziffer 2, AGS 2010, KA 4821; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten

Die Amtspersonen erstatten bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige, wenn sie in Ausübung ihrer Amtstätigkeit begründeten Verdacht auf Betreibungs- oder Konkursdelikte erhalten.

Art. 32

- ¹ Die Betreibungs- und Konkursämter sind verpflichtet, die nicht mehr benötigten Akten ordnungsgemäss zu archivieren. Aufbewahrung der Akten
- ² ¹⁾Die Kreise und die Bezirke haben hiefür die geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

VI. Schlussbestimmungen

Art. 33

- Die nachfolgenden grossrätlichen Erlasse werden aufgehoben: Aufhebung bisherigen Rechtes
1. Ausführungsverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 23. November 1954 ²⁾;
 2. Vollzugsbestimmungen zu Artikel 4 des Bundesgesetzes vom 4. Dezember 1947 über die Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts vom 23. Mai 1950 ³⁾.

Art. 34

- ¹ Ab 1. Januar 1997 beginnt für alle Amtspersonen eine neue Amtsdauer von zwei Jahren. Amtsdauer der Betreibungs- und Konkursbeamten/-beamtinnen
- ² Soweit die bisherigen Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen für die neue Amtsperiode von 1997/98 nicht oder nur für einen Teil davon gewählt sind, nehmen die Kreisgerichte die Wahl für die neue Amtsdauer vor.

Art. 35

- ¹ Die Bestimmungen dieser Verordnung finden auch auf Verfahren Anwendung, die im Zeitpunkte des Inkrafttretens rechtshängig sind. Übergangsrecht
- ² Dabei gelten folgende Ausnahmen und Einschränkungen:
1. Die Zuständigkeit der Instanz, bei welcher ein Verfahren im Zeitpunkte des Inkrafttretens hängig ist, beurteilt sich nach bisherigem Recht;
 2. Für alle nach Inkrafttreten mitgeteilten Verfügungen und Entscheide beurteilt sich die Zulässigkeit eines Rechtsmittels nach neuem Recht.

¹) Fassung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; siehe FN zu Art. 1

²) aRB 409; AGS 1975, 875; AGS 1978, 381; AGS 1985, 1573

³) aRB 414

Art. 36

Inkrafttreten

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens ¹⁾ dieser Verordnung nach der Genehmigung durch den Bund ²⁾.

¹⁾ Mit RB vom 25. November 1996 auf den 1. Januar 1997 in Kraft gesetzt

²⁾ Am 19. November 1996 vom EJPD genehmigt

Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EGzStPO)

Vom 16. Juni 2010

Art. 34

¹ Als amtliche oder dauernd bestellte Sachverständige im Sinn der Strafprozessordnung gelten insbesondere:

Amtliche
Sachverständige

- a) die Bezirksärztinnen und –ärzte;
- b) der forensische Dienst der Psychiatrischen Dienste Graubünden;
- c) das von der Regierung bezeichnete rechtsmedizinische Institut;
- d) die von der Regierung bezeichnete Institution für Kinder- und Jugendpsychiatrie beziehungsweise für Kinderschutz.

² Die Regierung kann weitere amtliche oder dauernd bestellte Sachverständige bezeichnen und regelt in einer Verordnung die jeweiligen Fachgebiete.

³ Soweit das Bundesrecht die Durchführung einer Durchsichtung oder Untersuchung von Personen durch eine Ärztin oder einen Arzt vorsieht, können die Strafbehörden alle im Kanton tätigen Ärztinnen und Ärzte beziehen.

Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG)

Vom 31. August 2006

Art. 2

Auf das Verwaltungsverfahren vor Kreis- und Gemeindebehörden finden die allgemeinen Verfahrensgrundsätze sowie die Bestimmungen über die Erläuterung, die Berichtigung, die Revision und die Vollstreckung Anwendung.

Kreis- und
Gemeindebe-
hörden

Art. 59

Mit der Beschwerde können geltend gemacht werden:

- a) Verletzungen von verfassungsmässigen und politischen Rechten sowie des Grundsatzes des Vorrangs von übergeordnetem Recht;
- b) Verletzungen der Autonomie der Gemeinden, der Kreise und anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften sowie der Landeskirchen.

Beschwerde-
gründe

Gesetz über die Unterstützung der Fortbildung Jugendlicher und Erwachsener im Kanton Graubünden (Fortbildungsgesetz)

Vom 13. Juni 1976

Art. 2

Beiträge werden ausgerichtet an Gemeinden, Gemeindeverbände oder Träger Kreise und an gemeinnützige und kulturelle Organisationen, wie Bäuerinnen- und Haushaltungsschulen und Volkshochschulen, wenn die Träger keinen Gewinn erzielen und auf Beiträge angewiesen sind. Für Fortbildungskurse der schulentlassenen Jugendlichen sollten keine oder nur bescheidene Kursgelder oder Gebühren erhoben werden.

Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, StipG)

Vom 5. Dezember 2006

Art. 18

¹ Die Fachstelle und die Behörden von Kanton, Bezirken, Kreisen und Gemeinden, welche Daten gemäss Absatz 2 bearbeiten, geben Daten weiter, die für die Durchführung dieses Gesetzes von Bedeutung sind.

Datenbearbeitung
und Amtshilfe

² Es sind folgende Daten von gesuchstellenden Personen und von diesen gegenüber eine Unterhalts- oder Unterstützungspflicht treffenden Personen weiterzugeben:

- a) Personalien;
- b) Angaben über den Zivilstand, den Wohn- und Aufenthaltsort, die Aufenthaltsbewilligung und die Einkommens- sowie Vermögensverhältnisse;
- c) Leistungen des Gemeinwesens.

³ Die Daten können einzeln, auf Listen oder auf elektronischen Datenträgern übermittelt und insbesondere mittels Abrufverfahren zugänglich gemacht werden. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

⁴ Die Fachstelle stellt dem Bund ihre Daten zur Auslösung des Bundesbeitrages und für die Erstellung einer jährlichen gesamtschweizerischen Statistik zur Verfügung.

Sprachengesetz des Kantons Graubünden (SpG)

Vom 19. Oktober 2006

Art. 1

¹ Dieses Gesetz bezweckt:

Zweck

- a) die Dreisprachigkeit als Wesensmerkmal des Kantons zu stärken;
- b) das Bewusstsein für die kantonale Mehrsprachigkeit individuell, gesellschaftlich und institutionell zu festigen;
- c) die Verständigung und das Zusammenleben zwischen den kantonalen Sprachgemeinschaften zu fördern;
- d) die rätoromanische und die italienische Sprache zu erhalten und zu fördern;
- e) die bedrohte Landessprache Rätoromanisch mit besonderen Massnahmen zu unterstützen;
- f) im Kanton Voraussetzungen für ein Institut für Mehrsprachigkeit zu schaffen.

² Kanton, Gemeinden, Regional- und Gemeindeverbände, Bezirke, Kreise sowie andere öffentlich-rechtliche Körperschaften tragen beim Erfüllen ihrer Aufgaben der herkömmlichen sprachlichen Zusammensetzung der Gebiete Rechnung und nehmen Rücksicht auf die angestammte Sprachgemeinschaft.

Art. 2

Dieses Gesetz regelt:

Gegenstand

- a) den Gebrauch der kantonalen Amtssprachen durch die kantonalen Behörden und die Gerichte;
- b) die Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und italienischen Sprache sowie den Austausch zwischen den kantonalen Sprachgemeinschaften;
- c) die Zuordnung der Gemeinden und Kreise zu den Sprachgebieten sowie das Zusammenwirken des Kantons mit den Gemeinden, Regional- und Gemeindeverbänden, Bezirken, Kreisen sowie mit anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften bei der Bestimmung ihrer Amts- und Schulsprachen.

Art. 3

¹ Die Amtssprachen des Kantons finden Anwendung in Rechtssetzung, Rechtsanwendung und Rechtsprechung.

Grundsätze

² Jede Person kann sich in einer Amtssprache ihrer Wahl an die kantonalen Behörden wenden.

³ Die kantonalen Behörden antworten in der Amtssprache, in der sie angegangen werden. Im Verkehr mit Gemeinden, Regional- und Gemeindeverbänden sowie Kreisen verwenden sie deren Amtssprachen. In Beschwerdeverfahren richtet sich die Verfahrenssprache nach der im angefochtenen Entscheid verwendeten Amtssprache.

⁴ Im Schriftverkehr benutzen die kantonalen Behörden und kantonalen Gerichte die Amtssprachen in ihren Standardformen.

⁵ Rätoromanische Standardform der kantonalen Behörden und kantonalen Gerichte ist Rumantsch Grischun. Personen rätoromanischer Sprache können sich in den Idiomen oder in Rumantsch Grischun an den Kanton wenden.

Art. 21

d) Zweisprachige Regionalschulen

Auf Antrag des Regionalverbandes kann die Regierung gestützt auf ein Konzept die Führung einer zweisprachigen Volksschule bewilligen. Der Kanton kann an diese Schulen Beiträge leisten.

Art. 23

4. Zusammenschluss von Gemeinden / Gemeindeverbindungen

¹ Schliessen sich zwei oder mehrere ein- und mehrsprachige Gemeinden zusammen, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes über den Gebrauch der Amts- und Schulsprachen sinngemäss Anwendung. Bei der Festlegung des prozentualen Anteils der Angehörigen einer Sprachgemeinschaft wird auf die Gesamtzahl der Wohnbevölkerung der neu geschaffenen Gemeinde abgestellt.

² Regional- und Gemeindeverbände regeln den Gebrauch der Amts- und gegebenenfalls der Schulsprachen in den Statuten. Sie berücksichtigen dabei in angemessener Weise die sprachliche Situation der einzelnen Gemeinden.

Art. 25

Kreise

¹ Kreise, welche sich aus einsprachigen Gemeinden mit identischer Amtssprache zusammensetzen, gelten als einsprachig. Amtssprache ist in diesen Kreisen die Amtssprache der angeschlossenen Gemeinden.

² Kreise, welche sich aus Gemeinden mit verschiedenen Amtssprachen beziehungsweise mehrsprachigen Gemeinden zusammensetzen, gelten als mehrsprachig. Amtssprachen in diesen Kreisen sind sämtliche Amtssprachen der im Kreis zusammengeschlossenen Gemeinden.

³ ...

⁴ Die Kreise regeln die Einzelheiten über den Anwendungsbereich ihrer Amtssprachen im Zusammenwirken mit der Regierung.

Gesetz über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (Gesundheitsgesetz)

Vom 2. Dezember 1984

Art. 9

¹ Die Bezirksärzte und ihre Stellvertreter werden von der Regierung im Nebenamt auf vier Jahre gewählt. Sie sind die gesundheitspolizeilichen Aufsichts- und Vollzugsorgane des Departementes und erfüllen die gerichtsärztlichen und anderen amtsärztlichen Aufgaben. 5. Bezirksärzte

² Jeder im Kanton praktizierende Arzt kann zur Übernahme amtlicher Aufgaben verpflichtet werden, wenn besondere Fachkenntnisse erforderlich sind oder der Bezirksarzt beziehungsweise sein Stellvertreter im Ausstand ist oder nicht zur Verfügung steht.

Art. 30a

¹ Die Bewilligung zur Berufsausübung erlischt:

- a) mit dem Verlust der zivilrechtlichen Handlungsfähigkeit;
- b) mit dem schriftlich erklärten Verzicht auf die Berufsausübung;
- c) mit der Erfüllung des 70sten Altersjahres.

Erlöschen der
Bewilligung

² Die Bewilligung erlischt mit der Erfüllung des 70sten Altersjahres nicht, wenn die betreffende Person aufgrund eines bezirksärztlichen Zeugnisses den Nachweis erbringt, sowohl in physischer als auch in psychischer Hinsicht in der Lage zu sein, weiterhin den Beruf ausüben zu können. Der Nachweis ist jeweils alle zwei Jahre einzureichen.

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) vom 18. Dezember 1970 und zu den dazu erlassenen eidgenössischen Verordnungen

Vom Grossen Rat erlassen am 26. Mai 1976

Art. 2

Das Sanitätsdepartement, der Kantonsarzt, die Bezirksärzte und die Gemeinden sind mit dem Vollzug beauftragt.

Vollzugsbehörden

Art. 5

Den Bezirksärzten und ihren Stellvertretern obliegen die ihnen durch diese Verordnung übertragenen Vollzugsaufgaben.

Bezirksärzte

Art. 6

Die Ärzte und Labors melden dem zuständigen Kantonsarzt und gleichzeitig dem zuständigen Bezirksarzt Fälle von übertragbaren Krankheiten gemäss der eidgenössischen Verordnung über die Meldung übertragbarer Krankheiten des Menschen.

Meldewesen

Art. 9

¹ Der Bezirksarzt ordnet die ärztliche Überwachung von Personen im Sinne von Artikel 15 des eidgenössischen Epidemiengesetzes an.

Ärztliche
Untersuchung
und Absonderung

² Er verfügt die Absonderung, wenn die ärztliche Überwachung nicht genügt und der behandelnde Arzt die erforderliche Absonderung nicht durchsetzen kann.

³ Der Kantonsarzt ist über die angeordneten Massnahmen zu orientieren. Er kann die Absonderung vorsorglich verfügen, wenn gegen die Massnahme des Bezirksarztes rekuriert wird.

Art. 10

Der Bezirksarzt ist befugt, Personen im Sinne von Artikel 17 und 19 Absatz 1 des eidgenössischen Epidemiengesetzes zu verpflichten, Untersuchungen und Entnahmen von Untersuchungsmaterial an sich vornehmen zu lassen.

Zwangsuntersuchungen

Art. 12Allgemeine
Verbotsanord-
nungen

¹ Der Kantonsarzt kann zur Verhütung der Weiterverbreitung übertragbarer Krankheiten Massnahmen gegenüber der Allgemeinheit anordnen wie Verbot oder Einschränkung von Veranstaltungen, Schliessung von Schulen, öffentlichen Anstalten und privaten Unternehmen, Verbot des Betretens oder Verlassens bestimmter Gebäude, Verbot des Badens an bestimmten Orten.

² Im regionalen und örtlichen Bereich erlässt er diese Massnahmen nach Rücksprache mit dem Bezirksarzt und den Gemeindebehörden.

Art. 13Epidemiologische
Abklärung

¹ Die Bezirksärzte sorgen in ihrem Bezirk für die notwendigen epidemiologischen Abklärungen. Alle Kantons- und Gemeindebehörden haben dabei ohne Entschädigungsanspruch mitzuwirken.

² Der Bezirksarzt orientiert den Kantonsarzt über die getroffenen Massnahmen.

³ Erstrecken sich diese Abklärungen über mehr als einen Bezirk, so stehen sie unter der Leitung des Kantonsarztes.

Art. 14

Entschädigung

¹ Gesunden Personen, die infolge Anordnungen des Sanitätsdepartementes, des Kantons- oder Bezirksarztes einen Erwerbsausfall erleiden, kann die Gemeinde eine Entschädigung bis 80% des Ausfalls ausrichten.

² Der Kanton leistet daran einen Beitrag in der Höhe des Bundesbeitrages.

³ Der Berechnung des Beitrages sind höchstens 80% des Erwerbsausfalls zugrunde zu legen.

⁴ Die Kosten der auf Anordnung des Sanitätsdepartementes, des Kantons- oder Bezirksarztes erfolgten ärztlichen, mikrobiologischen und serologischen Untersuchungen gehen bei Nichtverschulden und bei negativem Befund zu Lasten des Kantons, soweit nicht Versicherungen leistungspflichtig sind.

Art. 16Ausschluss von
Schulen und
ähnlichen
Anstalten

¹ Schüler, Lehrer und andere in einer Schule tätige Personen, die an einer übertragbaren Krankheit leiden, sind vom Schulbesuch auszuschliessen, bis sie nicht mehr ansteckend sind. Der Ausschluss vom Schulbesuch erfolgt auch, wenn Verdacht auf eine übertragbare Krankheit besteht.

² Der Schulausschluss hat nach Ausbruch der Krankheiten mindestens zu dauern bei:

Pocken:	bis zur vollständigen Abbor- kung, min- destens aber sechs Wochen;
---------	--

Scharlach:	bei komplikationslosem Verlauf und Chemotherapie mindestens eine bis zwei Wochen;
Diphtherie:	bis eine zweimalige, im Abstand von zwei Tagen vorgenommene bakteriologische Untersuchung des Nasen- und Rachenabstriches ein negatives Resultat ergibt;
epidemischer Genickstarre:	zwei Wochen nach Entfieberung;
Kinderlähmung:	drei Wochen;
Masern:	bis zum Verschwinden des Exanthems;
Keuchhusten:	mindestens drei Wochen;
Mumps:	bis zum Verschwinden der Drüenschwellung.

³ Der Bezirksarzt kann im Einverständnis mit dem Kantonsarzt diese Fristen verkürzen und weitere Massnahmen treffen.

Art. 17

Bei Dauerausscheidern von Diphtheriebakterien und von Erregern von Abdominaltyphus oder Paratyphus entscheidet über die Wiederzulassung zum Schulbesuch der Bezirksarzt.

Massnahmen gegenüber Dauerausscheidern

Art. 19

¹ Der behandelnde Arzt ordnet den Ausschluss im Sinne von Artikel 16 und 18 dieser Verordnung an.

Zuständigkeit für Anordnung des Ausschlusses

² Werden diese Anordnungen nicht befolgt, so verfügt die zuständige Schulbehörde nach Anhörung des Bezirksarztes den Ausschluss. Nötigenfalls können ganze Schulklassen, alle Klassen desselben Schulhauses oder alle Schulen des Ortes geschlossen werden.

Art. 22

Mit der Durchführung der Massnahmen gegen die Tuberkulose sind die Bezirksfürsorgestellen beauftragt. Sie werden dabei vom Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Graubünden unterstützt.

Fürsorge für Tuberkulose

Art. 23

Das Sanitätsdepartement ordnet auf Antrag des Kantonsarztes Massnahmen gegenüber Tuberkulösen an, die sich nicht an die Anordnungen der Bezirksfürsorgestellen und des Bezirksarztes halten.

Zwangsmassnahmen

Art. 24

¹ Personen, die mit Geschlechtskranken Geschlechtsverkehr hatten, sich einer erhöhten Ansteckungsgefahr aussetzen oder sonst in begründetem Verdacht stehen, geschlechtskrank zu sein, können durch die Polizei einem Arzt zur Untersuchung zugeführt werden, wenn sie

Zuführung zur Untersuchung

- a) einem Aufgebot des Bezirksarztes keine Folge leisten,
- b) keinen festen Wohnsitz im Kanton haben,
- c) sich bei einer Polizeikontrolle über ihre Personalien nicht ausweisen können.

² Die erkrankte Person kann nötigenfalls durch den Bezirksarzt in ein Krankenhaus eingewiesen werden, wenn diese sich der angeordneten Behandlung nicht unterzieht oder vorzeitig entzieht.

Art. 25

Zuständigkeit

¹ Die fortlaufende Desinfektion während einer übertragbaren Krankheit wird vom behandelnden Arzt je nach Bedarf angeordnet.

² Die Schlussdesinfektion ist obligatorisch, wenn ein an Pocken, Tuberkulose, Cholera, Pest oder Abdominaltyphus Erkrankter die Wohnung wechselt, hospitalisiert wird oder gestorben ist. Der Bezirksarzt kann im Einverständnis mit dem Kantonsarzt auch in andern Fällen eine Schlussdesinfektion anordnen.

Art. 27

Ausbildung von
Desinfektoren

¹ Der Kanton leistet an die Kosten der Ausbildung von Gemeindedesinfektoren in anerkannten Ausbildungskursen einen von der Regierung festzusetzenden Beitrag. Ferner übernimmt er die ausgewiesenen Reisespesen II. Klasse bis zum Kursort und zurück.

² Der Kantonsarzt meldet den Bezirksärzten die neu ausgebildeten Desinfektoren.

Art. 30

Rechtsmittel

¹ Gegen Verfügungen der Gemeinden, des Kantons- oder Bezirksarztes, die auf Grund dieser Verordnung erlassen werden, kann innert 30 Tagen beim Departement Einsprache erhoben werden.

Gesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Krankheiten (Impfgesetz)

Vom 13. Oktober 1957

Art. 10

¹ Der Kanton organisiert öffentliche Schutzimpfungen gegen die Pocken. Er trägt die dabei entstehenden Kosten. Die Durchführung dieser Impfungen besorgen die Bezirksärzte. Pocken-Impfung

² Die Regierung kann nötigenfalls die Impfung gegen die Pocken für die Bevölkerung des ganzen Kantons oder einzelner Gebiete obligatorisch erklären.

Finanzhaushaltsgesetz (FHG)

Vom 25. September 2012

Art. 1

¹ Dieses Gesetz gilt für die kantonalen Behörden und die Verwaltung, deren unselbstständige Anstalten sowie für das Kantons- und das Verwaltungsgericht. Geltungsbereich

² Für die kantonalen selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie für die kantonale Arbeitslosenkasse gelten die Vorgaben über die Führung des Finanzhaushaltes sinngemäss, soweit nicht besondere Bestimmungen gelten.

³ Für die politischen Gemeinden gilt das Gesetz, soweit nicht abweichende kantonale Bestimmungen gelten oder das Gesetz ausdrücklich kantonale Tatbestände regelt.

⁴ Für die Regional- und Gemeindeverbände sowie die Bürgergemeinden gilt das Gesetz sinngemäss, soweit nicht besondere Bestimmungen gelten.

Steuergesetz für den Kanton Graubünden

Vom 8. Juni 1986

Art. 78

¹ Von der Steuerpflicht sind befreit

- a) der Bund und seine Anstalten nach Massgabe des Bundesrechts,
- b) der Kanton und seine Anstalten,
- c) die Kreise und die Gemeinden des Kantons und ihre Anstalten,
- d) das Pfrund- und Kirchengut der beiden Landeskirchen und ihrer Kirchgemeinden,
- e) andere juristische Personen, die im kantonalen oder gesamtschweizerischen Interesse Kultuszwecke verfolgen, für den Gewinn und das Kapital, welche ausschliesslich, unwiderruflich und unmittelbar diesen Zwecken dienen,
- f) juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die im kantonalen oder im gesamtschweizerischen Interesse öffentliche oder ausschliesslich gemeinnützige Zwecke verfolgen, für den Gewinn und das Kapital, welche ausschliesslich und unwiderruflich diesen Zwecken dienen,
- g) inländische Sozialversicherungs- und Ausgleichskassen, insbesondere Arbeitslosen-, Krankenversicherungs-, Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenversicherungskassen, soweit das Bundesrecht es vorsieht,
- h) Vorsorgeeinrichtungen von Unternehmungen mit Sitz oder Betriebsstätte in der Schweiz und von ihnen nahestehenden Unternehmungen, soweit ihre Einkünfte und Vermögenswerte dauernd und ausschliesslich der beruflichen Vorsorge dienen, ausgenommen Mehrwerte aus der Veräusserung von Liegenschaften.
- i) die ausländischen Staaten für ihre inländischen, ausschliesslich dem unmittelbaren Gebrauch der diplomatischen und konsularischen Vertretungen bestimmten Liegenschaften sowie die von der Steuerpflicht befreiten institutionellen Begünstigten nach Artikel 2 Absatz 1 des Gaststaatgesetzes für die Liegenschaften, die Eigentum der institutionellen Begünstigten sind und die von deren Dienststellen benützt werden.
- j) die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz, sofern deren Anleger ausschliesslich steuerbefreite inländische Sozialversicherungs- und Ausgleichskassen nach Litera g oder steuerbefreite Einrichtungen der beruflichen Vorsorge nach Litera h sind.
- k) die vom Bund konzessionierten Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen, die für diese Tätigkeit Abgeltungen erhalten oder aufgrund ihrer Konzession einen ganzjährigen Betrieb von nationaler Bedeutung aufrecht erhalten müssen; die Steuerbefreiung erstreckt sich

VI. Ausnahmen
von der
Steuerpflicht

auch auf Gewinne aus der konzessionierten Tätigkeit, die frei verfügbar sind; von der Steuerbefreiung ausgenommen sind jedoch Nebenbetriebe und Liegenschaften, die keine notwendige Beziehung zur konzessionierten Tätigkeit haben

Art. 81

3.
Geschäftsmässig
begründeter
Aufwand

¹ Zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören insbesondere

- a) die Steuern des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der Kreise, ausgenommen die Strafsteuern und die Steuerbussen
- b) ausgewiesene Abschreibungen für Wertverminderungen des Geschäftsvermögens,
- c) Rückstellungen für betragsmässig noch unbestimmte Verpflichtungen oder andere unmittelbar drohende Verlustrisiken, die im Geschäftsjahr bestehen,
- d) die Rücklagen für künftige Forschungs- und Entwicklungskosten im Rahmen der regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen,
- e) Verluste auf Geschäftsvermögen, soweit sie verbucht worden sind,
- f) die im Rahmen des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) periodischen und einmaligen Beiträge an Vorsorgeeinrichtungen zugunsten des eigenen Personals, sofern jede zweckwidrige Verwendung ausgeschlossen ist
- g) die freiwilligen Leistungen von Geld und übrigen Vermögenswerten an juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die im Hinblick auf öffentliche oder ausschliesslich gemeinnützige Zwecke von der Steuerpflicht befreit sind (Art. 78 lit. a-d und lit. f), bis zu 20 Prozent des steuerbaren Reingewinns,
- h) Rabatte, Skonti, Umsatzbonifikationen und Rückvergütungen auf dem Entgelt für Lieferungen und Leistungen sowie die zur Verteilung an die Versicherten bestimmten Überschüsse von Versicherungsgesellschaften.

² Wertberichtigungen sowie Abschreibungen auf den Gesteungskosten von Beteiligungen, welche die Voraussetzungen nach Artikel 88a Absatz 1 Litera b erfüllen, werden dem steuerbaren Gewinn zugerechnet, soweit sie nicht mehr begründet sind.

³ Nicht zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts an schweizerische oder fremde Amtsträger.

Art. 122

I. Amtspflichten
I. Geheimhalte-
pflicht

¹ Mitglieder von Behörden, Beamte und Angestellte des Kantons, der Kreise und der Gemeinden haben über die bei ihrer amtlichen Tätigkeit gemachten Wahrnehmungen strengstes Stillschweigen zu wahren. Sie sind für Widerhandlungen nach den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich.

² Steuerakten sind Dritten nicht zugänglich. Inländischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden stehen sie offen, wenn das Bundesrecht oder das

Gesetzesrecht des Kantons es vorsehen oder soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse gegeben ist. Die Steuerakten der gemeinsam veranlagten Ehegatten stehen beiden Ehepartnern offen.

³ Auskünfte aufgrund der Steuerregister können Dritten im Einverständnis mit dem Steuerpflichtigen auf schriftliches Gesuch hin erteilt werden.

Art. 122a

Die Steuerbehörden erteilen den Steuerbehörden des Bundes, der Kantone, Kreise und Gemeinden kostenlos die benötigten Auskünfte und gewähren ihnen auf Verlangen Einsicht in die amtlichen Akten.

2. Amtshilfe
unter
Steuerbehörden

Art. 123

¹ Die Behörden des Bundes und des Kantons sowie der Bezirke, Kreise und Gemeinden erteilen den mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten Behörden ungeachtet einer allfälligen Geheimhaltungspflicht auf Ersuchen hin kostenlos alle erforderlichen Auskünfte. Sie können diese Behörden von sich aus informieren, wenn sie vermuten, dass eine Veranlagung unvollständig ist.

3. Amtshilfe
anderer Behörden

² Die Grundbuchämter melden der Steuerverwaltung jede Handänderung innert Monatsfrist. Steht nicht klar fest, welcher Steuertatbestand verwirklicht ist, übermitteln sie der Steuerverwaltung zudem eine Kopie des Rechtsgrundausseses.

³ Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am letzten Wohnsitz einer Person bringt die ihr mitgeteilten Todesfälle unverzüglich der kantonalen Steuerverwaltung zur Kenntnis.

Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuern (GKStG)

Vom 31. August 2006

Art. 11

Von der Handänderungssteuer befreit sind

- a) die Eidgenossenschaft und ihre Anstalten, soweit das Bundesrecht dies vorsieht;
- b) der Kanton und seine unselbständigen Anstalten;
- c) die selbständigen kantonalen Anstalten für Grundstücke, die unmittelbar öffentlichen Zwecken dienen;
- d) der Bezirk, der **Kreis**, die Gemeinde (mit deren Anstalten) und die Bürgergemeinde für Grundstücke im eigenen Gebiet;
- e) die Landeskirchen und ihre Kirchgemeinden sowie die kirchlichen Stiftungen für Grundstücke im eigenen Gebiet, die unmittelbar kirchlichen Zwecken dienen sowie für die Pfarrhäuser;
- f) die juristischen Personen, die gestützt auf Artikel 78 Absatz 1 Litera f Steuergesetz von der Steuerpflicht befreit sind, für Grundstücke, die unmittelbar, ausschliesslich und unwiderruflich dem steuerbefreien Zweck dienen.

5. Subjektive
Steuerbefreiung

Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden (KRG)

Vom 6. Dezember 2004

Art. 1

¹ Das Gesetz ordnet die Raumplanung auf Gebiet des Kantons Graubünden. Es bestimmt die von den Gemeinden, von den Regionalverbänden und vom Kanton zu erfüllenden Aufgaben. Gegenstand

² Das Gesetz legt kantonale Bau- und Zonenvorschriften fest. Es regelt die durch das kantonale Recht bestimmten Verfahren.

Art. 2

¹ Gemeinden, Regionalverbände und Kanton sorgen für die Planung im Sinne der Raumplanungsgesetzgebung. Sie berücksichtigen die Anliegen der Raumplanung auch bei ihren übrigen Tätigkeiten. Planungspflicht

² Gemeinden, Regionalverbände und Kanton erfüllen ihre Aufgaben im gegenseitigen Einvernehmen und stimmen ihre Grundlagen, Planungen und raumwirksamen Tätigkeiten aufeinander und mit den Grundlagen, Konzepten und Sachplanungen des Bundes sowie den Planungen der benachbarten Kantone und Länder ab.

Art. 3

¹ Die Ortsplanung ist Aufgabe der Gemeinden. Sie erfüllen diese Aufgabe im Rahmen des übergeordneten Rechts autonom. Planungsträger

² Die überörtliche Planung ist in der Regel Sache der Regionalverbände und des Kantons.

Art. 5

¹ Für die in diesem Gesetz und in der Verordnung festgelegten Verfahren für Planungen, Bauvorhaben, Landumlegungen und die Erhebung von Erschliessungsabgaben gilt ausschliesslich kantonales Recht, soweit die Gemeinden und Regionalverbände nicht ausdrücklich ermächtigt oder verpflichtet werden, abweichende oder ergänzende eigene Verfahrensvorschriften zu erlassen oder bestimmte Verfahren selbst zu regeln. Verfahren,
Erledigungs-
fristen

² Die zuständigen Behörden erledigen Gesuche in den in diesem Gesetz oder in der Verordnung festgelegten Ordnungsfristen, sofern nichts anderes vereinbart wurde. Die Fristen beginnen, sobald die Gesuche formell richtig und vollständig vorliegen, sofern nichts anderes bestimmt ist.

³ Kann eine Frist ausnahmsweise nicht eingehalten werden, teilt die zuständige Behörde die Verzögerung den Betroffenen vor Ablauf der Frist

mit kurzer Begründung und unter Bekanntgabe einer neuen Erledigungsfrist mit.

Art. 10

Kantonsbeiträge
1. Grundsatz,
Voraussetzungen

¹ Der Kanton kann im Rahmen der verfügbaren Mittel Beiträge ausrichten an Gemeinden und Regionalverbände sowie an Organisationen, Institutionen und andere Projektträger für:

1. Grundlagen und Planungen;
2. Projekte wie Konzepte, Untersuchungen, Studien, Leitbilder, Analysen, die der nachhaltigen räumlichen Entwicklung des Kantons, der Regionen, Agglomerationen und Gemeinden, der Verbesserung der Zusammenarbeit, gegenseitigen Information und Grundlagenkenntnisse, der Aus- und Weiterbildung von Personen mit raumplanerischen Aufgaben oder dem Vollzug dienen;
3. Wettbewerbe, Vollzugshilfen.

² Der Kanton kann ferner Betriebsbeiträge ausrichten an Organisationen und Fachgremien, die in besonderem Masse und regelmässig auf dem Gebiet der Raumplanung beratend und informierend tätig sind.

³ Die Gewährung von Beiträgen setzt insbesondere voraus, dass die Arbeiten im kantonalen Interesse liegen und unter fachkundiger Leitung ausgeführt werden.

Art. 11

2. Bemessung

¹ Beiträge an Gemeinden und Regionalverbände werden in der Form von Grundbeiträgen und von Zusatzbeiträgen ausgerichtet.

² Die Grundbeiträge werden nach der Finanzkraft der Gemeinden und Regionalverbände und der Art der Leistung abgestuft. Die maximalen Grundbeiträge an die anrechenbaren Kosten betragen für:

1. Gemeinden:
Planungen 30%
Grundlagen, Projekte 40%
2. Regionalverbände:
Grundlagen, Planungen, Projekte 50%

Die Regierung kann Grundbeiträge um 10 - 50 Prozent kürzen, wenn der kantonale Finanzhaushalt dies erfordert.

³ Zusatzbeiträge bis maximal 20 Prozent der anrechenbaren Kosten werden gewährt, wenn die Arbeiten von besonderer raumplanerischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung sind.

⁴ Beiträge an Organisationen, Institutionen und andere Projektträger für Vorhaben gemäss Artikel 10 Absatz 1 sind nach der raumplanerischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung abzustufen und betragen maximal 50 Prozent der anrechenbaren Kosten.

Art. 14

¹ Der Richtplan Graubünden und dessen Änderungen werden von Kanton und Regionalverbänden partnerschaftlich erarbeitet. Kantonaler Richtplan

² Zuständig für Beschlüsse über Erlass und Änderungen des kantonalen Richtplans ist die Regierung. Fortschreibungen sind in der Regel Sache des Departements.

³ Die Regierung regelt durch Verordnung das Richtplanverfahren.

Art. 17

¹ Regionale Planungsaufgaben werden von Regionalverbänden erfüllt. Bei Aufgaben, die über das Regionsgebiet hinausgehen, streben die Regionalverbände eine gemeinsame Aufgabenerfüllung an. Aufgaben

² Die Regionalverbände sorgen für die nachhaltige räumliche Entwicklung in ihrem Gebiet. Sie erfüllen insbesondere Aufgaben, die ihnen aufgrund der Raumplanungsgesetzgebung und des kantonalen Richtplans zufallen oder die sich aus der Regional- und Agglomerationspolitik oder weiteren raumwirksamen Politikbereichen ergeben. Sie tragen zur stufengerechten Umsetzung des kantonalen Richtplans bei.

Art. 18

¹ Die Regionalverbände erlassen die zur Umsetzung des kantonalen Richtplans erforderlichen sowie die in der Gesetzgebung vorgeschriebenen regionalen Richtpläne. Sie können weitere regionale Richtpläne erlassen. Regionaler Richtplan

² Zuständig für Beschlüsse über Erlass und Änderungen von regionalen Richtplänen sind die Delegierten des Regionalverbands (Regionalversammlung). Fortschreibungen sind in der Regel Sache des Vorstandes.

³ Erlass und Änderungen von regionalen Richtplänen bedürfen der Genehmigung durch die Regierung und werden mit der Genehmigung für die Behörden des Kantons, der Region und der beteiligten Gemeinden verbindlich. Fortschreibungen genehmigt in der Regel das Departement.

⁴ Können Richtpläne oder Teile davon voraussichtlich nicht genehmigt werden, kann der Regionalverband beim Departement eine Einigungsverhandlung verlangen. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet die Regierung.

⁵ Die Regierung regelt durch Verordnung weitere Einzelheiten des Verfahrens. Die Regionalverbände erlassen ergänzende Vorschriften.

Art. 20

¹ Die Gemeinden können kommunale Richtpläne erlassen. Diese legen die von ihnen angestrebte räumliche Entwicklung bezüglich Nutzung, Gestaltung, Erschliessung und Ausstattung fest. Sie zeigen auf, wie die raum- Kommunale Richtpläne, Leitbilder

wirksamen Tätigkeiten der Gemeinde mit jenen der Nachbargemeinden, des **Regionalverbands** und des Kantons koordiniert werden.

² Die Gemeinden regeln Zuständigkeit und Verfahren für den Erlass von kommunalen Richtplänen. Sie führen eine Mitwirkungsaufgabe durch.

³ Kommunale Richtpläne werden der Regierung zur Kenntnis gebracht und sind für die mit Planungsaufgaben betrauten Organe der Gemeinde verbindlich. Sie sind öffentlich und können von jedermann eingesehen werden.

⁴ Die anzustrebende räumliche Entwicklung kann auch in Leitbildern und dergleichen festgehalten werden.

Art. 102

Beschwerde 1.
Entscheide der
Regierung

¹ Entscheide der Regierung über den Erlass von kantonalen Nutzungsplänen und Ersatzordnungen, über die Genehmigung von kommunalen Grundordnungen sowie über Planungsbeschwerden können mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

² Entscheide der Regierung gemäss Absatz 1 sowie Entscheide über den Erlass des kantonalen Richtplans und die Genehmigung von regionalen Richtplänen können von den betroffenen Gemeinden und Regionalverbänden als Träger der Orts- beziehungsweise Regionalplanung mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

Gesetz über das Lotteriewesen

vom 24. April 2006¹⁾

Art. 3

¹ Die Bewilligung wird erteilt:

- a) für Unterhaltungslotterien vom zuständigen Kreisamt;
- b) für die übrigen Lotteriearten von der zuständig Dienststelle.

Bewilligungs-
und Vollzugs-
instanzen

² Die Bewilligungsinstanzen sorgen für den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften. Sie können für die Überwachung und Kontrolle des Lotteriewesens die Kantons- und die Gemeindepolizei in Anspruch nehmen.

Art. 9

¹ Die Ziehung ist öffentlich und unter Beizug der zuständigen Kreispräsidentin oder des zuständigen Kreispräsidenten, einer Notarin oder eines Notars oder der Kreisnotarin oder des Kreisnotars vorzunehmen.

Ziehung

² Innert 14 Tagen seit der Ziehung stellt die mitwirkende Amtsperson das von ihr verfasste Protokoll über den Ziehungsvorgang mit der Ziehungsliste der Bewilligungsinstanz zu.

³ Das Protokoll muss unter namentlicher Anführung aller mitwirkenden Personen eine Darstellung des Ziehungsvorganges enthalten, aus welcher sich insbesondere ergibt, dass die Amts- oder öffentliche Urkundsperson der Ziehung von Anfang bis zum Ende beigewohnt hat, und welche Vorkehrungen getroffen wurden, um jeden Einfluss der an der Ziehung Beteiligten auf das Ergebnis der Ziehung auszuschliessen. Auf der Ziehungsliste sind die gezogenen Nummern und Treffer, welche auf noch nicht ausgegebene Stücke gefallen sind, besonders zu kennzeichnen.

⁴ Das Ergebnis der Ziehung ist auf Kosten der Lotterieveranstalterin oder des Lotterieveranstalters zu veröffentlichen. Dabei ist bekanntzugeben, wo die Ziehungslisten und die Treffer innerhalb der Frist von wenigstens sechs Monaten abgeholt werden können.

Art. 25²⁾

Die Strafbehörden und die Kreisämter haben Entscheide und Bewilligungen, die das Lotteriewesen betreffen, der zuständigen Dienststelle unaufgefordert einzusenden.

Zustellung von
Entscheiden und
Bewilligungen

¹⁾ GRP 2005/2006, 1100

²⁾ Fassung gemäss Anhang Ziffer 31 EGzStPO, KA 2010, 2415; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten

